Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. September 1979
Jg. 7 Nr. 38

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Parlamentsauflösung und Neuwahlen in Japan

z.dab. Mit der Auflösung des Parlaments und der Einberufung von Neuwahlen für den 7. Oktober will sich der japanische Ministerpräsident Ohira das Mandat für eine verschärfte Ausplünderung der Volksmassen sichern. Über die Einführung einer Mehrwertsteuer und der Heraufsetzung des Rentenalters auf 65 Jahre soll das Volk zur weiteren Subventionierung der Werft- und Stahlindustrie sowie dem Ausbau des Transportwesens zur Kasse gebeten werden, um damit die japanischen Kapitalisten für die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt zu rüsten. Die dazu notwendige Energiebasis soll über Kohleverflüssigung und den Ausbau der Kernenergie geschaffen, der Anteil des Öls von 74,5% 1977 auf 43,1% 1995 gesenkt werden. Zur militärischen Absicherung nach innen und nach außen wurde der Verteidigungshaushalt für 1980 um 9,6% erhöht.

EG-Außenminister beraten „gemeinsame Außenpolitik“

z.acr. Die verstärkte Einmischung der EG-Imperialisten in „Krisenherden“ stand auf dem Programm der EG-Außenminister am 11.9. in Dublin: Südostasien, Rhodesien, Iran, Nicaragua, Irland und vor allem der Nahe Osten. Aber in Vorbereitung auf die UNO-Debatte am 25.9. konnten sie sich nicht auf eine „gemeinsame Haltung zur PLO“ einigen. Für ihre Interessen im Nahen Osten hielten es die französischen und italienischen Imperialisten für richtig, die „Teilnahme der PLO an den nächsten Verhandlungen in Camp David“ zu fordern, während die westdeutschen Imperialisten das Wort „PLO“ lieber durch „Vertreter des palästinensischen Volkes“ ersetzen wollten und die britischen Imperialisten „Vertreter einschließlich PLO“ vorschlugen. Der gerechte Kampf des palästinensischen Volkes bringt die Widersprüche zum Tanzen.

EG muß den Boykott der Lomé-Verhandlungen aufgeben

z.jon. Im Juni hatten die EG-Imperialisten die Verhandlungen über ein neues Lomé-Abkommen mit den 57 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) einseitig beendet. Das Abkommen regelt den Finanzverkehr, Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise und den Zugang zum EG-Markt. Die EG weigerte sich, ihre Finanzleistungen im notwendigen Umfang auf 27 Mrd. DM

„Sozialliberaler“ Verfassungsschutz an der Arbeit

Gesetzentwurf über Personalausweise / Betriebsräte bespitzelt / Proteste des DGB / Winkelzüge der Regierung

z.gek. Gesetzgeberisch steht nur noch wenig aus vom Reformwerk der sozialliberalen Koalition auf dem Felde der „inneren Sicherheit“ – ihrem wohl umfassendsten Reformwerk. Dem Bundestag liegt noch vor das *Änderungsgesetz über Personalausweise*. Regierung und Opposition sind sich darin einig, daß die Volksmassen so rasch wie möglich zum ständigen Tragen einer neuen, „fälschungssicheren“, d.h. in eine Plastikhülle eingeschweißten Ausweiskarte zu verpflichten sind, die alle 5 bzw. 10 Jahre eingezogen und neu ausgestellt wird. Zwischenzeitlich kann nichts eingetragen werden. Alle Daten werden im Zentralcomputer eingespeichert; auch die Ausstellung der Ausweise erfolgt zentral und dauert 3 Monate. Der Ausweis ist automatisch lesbar für Geräte, mit denen in Zukunft alle Polizeistationen und -wagen ausgestattet werden (DISPOL), die ihrerseits an die 2,3 Mio. Dossiers umfassende Datenkartei des Bundeskriminalamtes (*INPOL*) angeschlossen sind. DISPOL wieder steht in diskreter Beziehung zu *NADIS*, einer eigenen Computerkartei des Verfassungsschutzes. Daneben will das Bundeskriminalamt noch den *ZPI (Zentralen Personenindex)* einführen, als „Fundstellenverzeichnis“. Außerdem hat man in Wiesbaden noch *PIOS*, mit Daten über 130000 „Terrorismusverdächtige“. Das Bundesverwaltungsamt führt ein *Ausländerzentralregister* mit lückenloser Erfassung. Ein *Bundeszentralregister* enthält alle Vorstrafen und dergleichen. Wir hoffen, wir haben nichts größeres vergessen.

Am 29. August ist der DGB-Vorstand beim Verfassungsschutzpräsidenten Meier vorstellig geworden, der sich danach eilig zum Innenminister Baum begeben haben soll. Zuvor schon hat, wie die „Metall“ am 12. September veröffentlicht, Loderer namens der IG Metall schriftlich beim Verfassungsschutz Protest angemeldet. Ruchbar geworden war die Praxis, sämtliche Kandidaten für Betriebsratswahlen, zumindest in allen Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten und in solchen, „in denen in der Vergangenheit und/oder Gegenwart linksextremistische Aktivitäten (Betriebsgruppen, Betriebszeitungen, Betriebsräte) festgestellt worden sind“, auf ihre Verfassungstreue zu überprüfen. So hatte es dieser Meier mit Schreiben vom 4. April 1978 einheitlich geregelt. Die Informationen liefern sog. „Sicherheitsbeauftragte“ der betreffenden Kapitalisten.

Die Verwunderung, die Loderer und der DGB-Vorstand an den Tag legen, könnte vielleicht selbst verwundern. Schließlich ist die Praxis so alt wie Grundgesetz, Betriebsverfassungsgesetz und KPD-Verbot, diese drei Säulen der freiheitlich-demokratischen. Außerdem, haben die Sozialdemokraten in den Gewerkschaftsvorständen nicht vielleicht selbst das eine oder andere Mal sich für Gewerkschaftsausschlüsse auf die Dossiers des Verfassungsschutzes ...? Aber für Loderer stellt sich das Problem auch spezieller: in seinem Brief an Meier (den er „Herr Meyer“ nennt) hält er es für „äußerst bedenklich“, die „große Mehrzahl aller Betriebsratsmitglieder im Sinne einer Regelanfrage zu überprüfen“. Kurzum, daß die Verfassungsschützer nicht nur Kommunisten, sondern zunehmend auch Sozialdemokraten bespitzeln, ist sein Problem. Da kann man ihm schwer helfen. Man kann doch nicht im Ernst annehmen, wenn sich die Widersprüche zwischen der herrschenden Ausbeuterklasse und den ausgebeuteten und unterdrückten Volksklassen schärfer anspannen, würde die Sozialdemokratie vom bürgerlichen Staat pauschal einen Persilschein erhalten. Das entspricht ja auch nicht der Realität des Klassenkampfs: die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre, die in den letzten Jahren Forderungen aufgestellt und Kampfaktionen organisiert haben, worin der von der Verfassung geforderte Respekt vor dem kapitalistischen Privateigentum deutlich gefehlt hat, sind doch selber Sozialdemokraten. Der Verfassungsschutz hat 1978 genau 2980 Demonstrationen registrieren (und überwachen) müssen; das ist eine weitere Ausdehnung der politischen Aktivitäten der Volksmassen im Vergleich zu allen Jahren, seit diese Statistik 1969 eröffnet wurde (mit damals 2253 registrierten Demonstrationen).

Die sozialliberale Regierung hat von Anfang an die Linie verfolgt, die elektronische Datenverarbeitung breitflächig zu nutzen, um die polizeiliche Überwachung „vorbeugend“ auf breiteste Massen des Volkes auszudehnen. Gleichzeitig sollten daraus Raster gewonnen werden, um den „harten Kern“ der Gegner der herrschenden Gesellschaftsordnung zu eliminieren. „Nicht noch mehr mit dem Holzhammer draufschlagen, sondern der gezielt zupackende Zugriff“, hatte weiland Prof. Maihofer liberal bewegt der christlichen Opposition zugerufen. Schon 1976 zeigte sich Schmidt in seiner Regierungserklärung dann besorgt, wie „gezielt“ der Zugriff nun wirklich sei, und philosophierte über „drohenden Vertrauensverlust“. Kurz danach wurde Maihofer geopfert, um seinen Staatssekretär Baum als lilienreinen Liberalen präsentieren zu können. Nollau, Verfassungsschutzpräsident, Admiral Scherer vom MAD und Leber, Verteidigungsminister (tatsächlich war der Ex-Gewerkschafter nicht der Mann, die Bundeswehr auf Zack zu bringen), mußten gehen wegen übertriebener „Schnüffelpraxis“. Dann kam noch der Rüffel von Baum für den BKA-Präsidenten Herold wegen zuviel Schnüffelei an Grenzübergängen; die heuchlerischen Tiraden von Klose, Hamburg, wegen der „Regelanfrage“ im öffentlichen Dienst; im Mai / Juni ein Lamento des „Datenschutzbeauftragten“ der Regierung über die „unkontrollierte Ausdehnung“ der Polizeicomputer – kurzum, ein ganzes sozialliberales Katzenkonzert, mit dem einzigen Zweck und Resultat, den politischen Opportunismus zu fördern, die Instrumente der Selektion zu schärfen und im übrigen unbeirrt an der Ausdehnung des Systems weiterzuarbeiten. Mit dem jetzigen Änderungsgesetz über Personalausweise als neuem Höhepunkt.

Streikbewegung der britischen Metallarbeiter gegen fortgesetzte Lohnsenkung



Streikposten vor dem Vauxhall-Werk Ellesmore Port, dessen 8000-Mann-Belegschaft seit dem 4. September streikt. Die Kapitalisten behaupten, ihr Angebot mache 17% aus, dabei rechnen sie schon gezahlte Zuschläge mit ein und wollen die Zustimmung zur Arbeitsintensivierung. Die Gewerkschaften der Metallarbeiter führen am Montag und Dienstag ihren dritten zweitägigen Streik für 60 Pfund Wochenmindestlohn bei ungelernten und 80 Pfund bei gelernten Arbeitern durch. Die Kapitalisten drohen mit Aussperrungen. Der Tarifvertrag war im April fällig. Die Mindestlöhne, Arbeitszeiten und Überstundenzuschläge gelten für mehr als zwei Millionen Arbeiter.

EG-Außenminister beraten „gemeinsame Außenpolitik“

z.acr. Die verstärkte Einmischung der EG-Imperialisten in „Krisenherden“ stand auf dem Programm der EG-Außenminister am 11.9. in Dublin: Südostasien, Rhodesien, Iran, Nicaragua, Irland und vor allem der Nahe Osten. Aber in Vorbereitung auf die UNO-Debatte am 25.9. konnten sie sich nicht auf eine „gemeinsame Haltung zur PLO“ einigen. Für ihre Interessen im Nahen Osten hielten es die französischen und italienischen Imperialisten für richtig, die „Teilnahme der PLO an den nächsten Verhandlungen in Camp David“ zu fordern, während die westdeutschen Imperialisten das Wort „PLO“ lieber durch „Vertreter des palästinensischen Volkes“ ersetzen wollten und die britischen Imperialisten „Vertreter einschließlich PLO“ vorschlugen. Der gerechte Kampf des palästinensischen Volkes bringt die Widersprüche zum Tanzen.

EG muß den Boykott der Lomé-Verhandlungen aufgeben

z.jon. Im Juni hatten die EG-Imperialisten die Verhandlungen über ein neues Lomé-Abkommen mit den 57 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) einseitig beendet. Das Abkommen regelt den Finanzverkehr, Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise und den Zugang zum EG-Markt. Die EG weigerte sich, ihre Finanzleistungen im notwendigen Umfang auf 27 Mrd. DM
zu erhöhen und den AKP-Staaten Einspruchsrecht zu geben, wenn sie den Markt bestimmter Waren sperrt. Nach der geschlossenen Weigerung der AKP-Staaten, sich dem EG-Diktat zu beugen, zeigte sich der irische Außenminister O'Kennedy jetzt bei neuen Verhandlungen „sehr viel offener“. Die AKP-Außenminister berieten am 13./14.9. erneut in Brüssel. Sie rechnen damit, daß sie ihre Forderungen weitgehend durchsetzen und das Abkommen Ende Oktober unterzeichnen können.

Portugal: Abzug der BRD-Luftwaffe gefordert

z.rua. Am 16.8. haben die BRD-Imperialisten nach eineinhalbjährigen Verhandlungen mit Portugal ein Abkommen über die weitere Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Beja im Alentejo bis 1988 geschlossen. Er war von ihnen 1960 gebaut worden, als „rückwärtige Auffrischungsmöglichkeit im Kriegsfall“. Seit der Revolution 1975 lag er weitgehend still, 80 Soldaten waren dort stationiert. Jetzt soll er modernisiert und als Übungsstätte für Alpha-Jet-Flüge genutzt werden. Bis 1980 werden 500 Soldaten der Bundesluftwaffe und Wartungspersonal nach Beja verlegt. In einem weiteren Abkommen wurde der Bau eines eigenen Schießplatzes vereinbart. Vier regionale Organisationen haben ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem sie den Abzug der BRD-Luftwaffe und die Auflösung aller NATO-Stützpunkte fordern.

denen in Zukunft alle Polizeistationen und -wagen ausgestattet werden (DISPOL), die ihrerseits an die 2,3 Mio. Dossiers umfassende Datenkartei des Bundeskriminalamtes (*INPOL*) angeschlossen sind. DISPOL wieder steht in diskreter Beziehung zu *NADIS*, einer eigenen Computerkartei des Verfassungsschutzes. Daneben will das Bundeskriminalamt noch den *ZPI (Zentralen Personenindex)* einführen, als „Fundstellenverzeichnis“. Außerdem hat man in Wiesbaden noch *PIOS*, mit Daten über 130000 „Terrorismusverdächtige“. Das Bundesverwaltungsamt führt ein *Ausländerzentralregister* mit lückenloser Erfassung. Ein *Bundeszentralregister* enthält alle Vorstrafen und dergleichen. Wir hoffen, wir haben nichts größeres vergessen.

Am 29. August ist der DGB-Vorstand beim Verfassungsschutzpräsidenten Meier vorstellig geworden, der sich danach eilig zum Innenminister Baum begeben haben soll. Zuvor schon hat, wie die „Metall“ am 12. September veröffentlicht, Loderer namens der IG Metall schriftlich beim Verfassungsschutz Protest angemeldet. Ruchbar geworden war die Praxis, sämtliche Kandidaten für Betriebsratswahlen, zumindest in allen Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten und in solchen, „in denen in der Vergangenheit und/oder Gegenwart linksextremistische Aktivitäten (Betriebsgruppen, Betriebszeitungen, Betriebsräte) festgestellt worden sind“, auf ihre Verfas-

Meyer“ nennt) hält er es für „äußerst bedenklich“, die „große Mehrzahl aller Betriebsratsmitglieder im Sinne einer Regelanfrage zu überprüfen“. Kurzum, daß die Verfassungsschützer nicht nur Kommunisten, sondern zunehmend auch Sozialdemokraten bespitzeln, ist sein Problem. Da kann man ihm schwer helfen. Man kann doch nicht im Ernst annehmen, wenn sich die Widersprüche zwischen der herrschenden Ausbeuterklasse und den ausgebeuteten und unterdrückten Volksklassen schärfer anspannen, würde die Sozialdemokratie vom bürgerlichen Staat pauschal einen Persilschein erhalten. Das entspricht ja auch nicht der Realität des Klassenkampfs: die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre, die in den letzten Jahren Forderungen aufgestellt und Kampfaktionen organisiert haben, worin der von der Verfassung geforderte Respekt vor dem kapitalistischen Privateigentum deutlich gefehlt hat, sind doch selber Sozialdemokraten. Der Verfassungsschutz hat 1978 genau 2980 Demonstrationen registrieren (und überwachen) müssen; das ist eine weitere Ausdehnung der politischen Aktivitäten der Volksmassen im Vergleich zu allen Jahren, seit diese Statistik 1969 eröffnet wurde (mit damals 2253 registrierten Demonstrationen).

Die sozialliberale Regierung hat von Anfang an die Linie verfolgt, die elektronische Datenverarbeitung breitflächig zu nutzen, um die polizeiliche Überwachung „vorbeugend“ auf brei-

der Ex-Gewerkschafter nicht der | Höhepunkt.

Streikbewegung der britischen Metallarbeiter gegen fortgesetzte Lohnsenkung



Streikposten vor dem Vauxhall-Werk Ellesmore Port, dessen 8000-Mann-Belegschaft seit dem 4. September streikt. Die Kapitalisten behaupten, ihr Angebot mache 17% aus, dabei rechnen sie schon gezahlte Zuschläge mit ein und wollen die Zustimmung zur Arbeitsintensivierung. Die Gewerkschaften der Metallarbeiter führen am Montag und Dienstag ihren dritten zweitägigen Streik für 60 Pfund Wochenmindestlohn bei ungelernten und 80 Pfund bei gelernten Arbeitern durch. Die Kapitalisten drohen mit Aussperrungen. Der Tarifvertrag war im April fällig. Die Mindestlöhne, Arbeitszeiten und Überstundenzuschläge gelten für mehr als zwei Millionen Arbeiter.

Patriotische Front setzt Konferenz-Tagesordnung durch

Britische Regierung muß Verhandlungen um Machtübergabe zustimmen / Muzorewa-Delegation uneinig

z.hef.London. Einen wichtigen Erfolg erzielte die Delegation der Patriotischen Front bei der Londoner Rhodesien-Konferenz in der Auseinandersetzung über den Charakter der Konferenz.

Die britischen Imperialisten hatten zu einer *Verfassungs*konferenz eingeladen. „Die Verfassung ist das grundlegende Problem, dem wir uns zuwenden müssen. Mir ist bewußt, daß es andere Aspekte bei einer Lösung gibt, die im weiteren geklärt werden müssen“, erklärte der britische Außenminister Lord Carrington in seiner Eröffnungsrede. Die Patriotische Front antwortete darauf: „Die Aufgabe dieser *Friedens*konferenz ist es, mittels eines unzertrennbaren und umfassenden Abkommens den unwiderruflichen Übergang der Macht an das Volk von Zimbabwe zu sichern. Das ist ein zusammengehöriges Ganzes und kann nicht stückchenweise behandelt werden, die entscheidende Periode vor der Unabhängigkeit ist ebenso bedeutend wie die Unabhängigkeitsverfassung.“ Sie verlangte die Behandlung folgender Punkte: 1) Übergangsverwaltung, darunter a) Armee, b) Polizei, c) Verwaltung, d) Justiz; 2) Übergangsverfassung; 3) Verfassung; 4) Waffenstillstand.

Damit forderte die Patriotische Front Verhandlungen um die Übergabe der Macht, die Auflösung der Siedlertruppen und Polizei und die Übergabe an die Befreiungsstreitkräfte – während die britische Regierung die Konferenz auf die Verfassung ohne Klärung, wer die Macht haben soll, beschränken wollte. Die Delegation der Patriotischen Front erklärte, sie bestehe nicht unbedingt auf der Reihenfolge der Behandlung, aber es werde nur ein Abkommen über *alle* Punkte oder überhaupt kein Abkommen geben.

Die britische Regierung schlug daraufhin folgende Tagesordnung vor: „1. Unabhängigkeitsverfassung; 2. Regelungen vor der Unabhängigkeit, u.a. a) Wahlen, b) Waffenstillstand und militärische Regelungen, c) Verwaltungsregelungen und die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung während der Übergangsperiode.“ Lord Carrington gab auf der Konferenz die Zusage, daß kein Abkommen bindend sei, wenn nicht Übereinkunft über alle Punkte der Tagesordnung erreicht sei. Die Patriotische Front stimmte der Tagesordnung zu. Muzorewa teilte der Presse mit, er werde nach der Debatte der Verfassung abreisen, er sei nur zu einer Verfassungskonferenz gekommen. Sithole distanzierte sich von dieser Erklärung (er ist als Mitglied der Delegation Muzorewas in London) und verurteilte gleichzeitig die Überfälle der Söldner-Truppen auf Mozambique.

Der von Carrington am Mittwoch vorgelegte britische Verfassungsentwurf ist ein Neuaufguß der jetzigen Kolonialverfassung in Rhodesien. Am Verfassungsvorschlag der Patriotischen Front empört die Imperialisten am meisten, daß keine besonderen Parlamentssitze und Vorrechte für die weißen Siedler vorgesehen sind. Die Patriotische Front fordert die Errichtung einer vollständig souveränen Republik – nach dem britischen Vorschlag kann das Parlament Zimbabwes für eine bestimmte Zahl von Jahren die Paragraphen über „weiße“ Parlamentssitze und „über bestimmte Menschenrechte“ (z.B. das auf Privateigentum) nicht ändern. In dieser Woche wird die Verhandlung über die Verfassungsvorschläge beginnen.

25 000 Lehrer demonstrieren in Stuttgart für Einstellung aller Lehrer und Arbeitszeitverkürzung



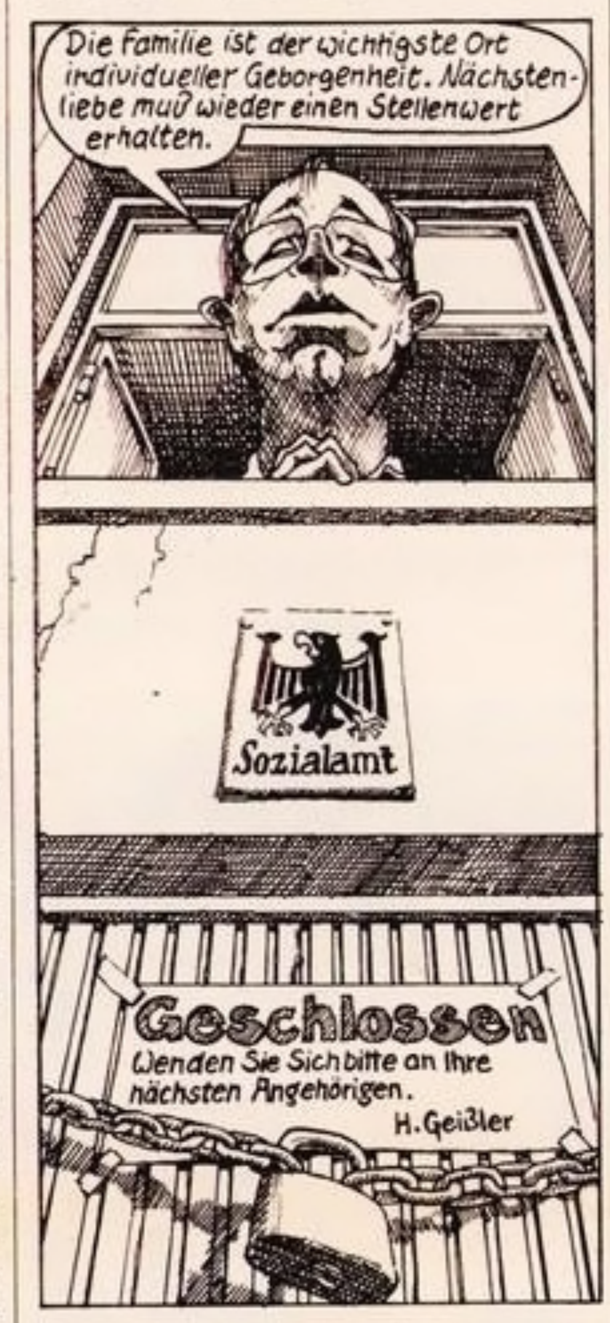
40-Stunden-Woche für alle Lehrer; Streikrecht für Lehrer wie für alle Beamte; gegen Teilzeitverträge, für Einstellung aller Lehrer. Diese Forderungen bestimmten die Demonstration am 15.9. DGB-Vertreter Zimmermann sicherte die Unterstützung aller Einzelgewerkschaften für die Forderungen der Lehrer zu.

z.gek. **„Insgesamt war das Geschäft zähflüssig im Parlament", faßte die Frankfurter Allgemeine ungnädig die Haushaltsdebatte zusammen.** „Strauß sagte zur Vorsicht gleich gar nichts", Kohls lange Rede war „eine Art Eintopf mit zuvielen Zutaten", Schmidts „halbstündige Einlassung ... wirkte zerfahren." Und „was die meisten Redner dann boten, wirkte auch wirklich wie Krampf." Dabei hätten doch „die strategischen Linien für den Wahlkampf deutlich werden" sollen! (FAZ, 15.9.) – Was die Bourgeoisie besonders mürrisch stimmt, ist der Mangel an „Ideen" der Christlichen unter ihrem neuen Führer Strauß. Wie soll da Schmidt zur Wirkung kommen? Z.B. was nützt es, wenn Kohl rücksichtslos ausspricht, was schon zum Himmel stinkt: daß die Regierung „einen neuen Rentenbetrug vorbereitet" – wenn er selbst nicht weiß, wie man es *anstellt*, damit die Rentenkassen nach Strauß denkwürdigem Wort, wieder „zu Kapitalgebern der Wirtschaft" werden. Häfele beging sogar einen regelrechten Schnitzer, als er mit Blick auf die 420 Milliarden Gesamtschuld des Staates und die enormen Zinszahlungen ans Finanzkapital bemerkte: „Das war genau der Betrag, mit dem Adolf Hitler 1945 das deutsche Volk seinem Schicksal überlassen hat." „Pfui!" brüllte Wehner von der linken Seite des Hauses, und im Geiste mit ihm die ganze staatscouponschneidende Bourgeoisie. Das sind vielleicht Volkstribunen, die die intimsten Familiengeheimnisse ausplaudern für ein bißchen Popularität! – Strauß, der größte aller Volkstribunen, hatte dem Geschwätz im Parlament gelangweilt zugehört und sich ganz auf seine ersten großen Wahlkampfauftritte in Essen und Köln gespitzt. Jeweils einige tausend Zuhöhrer bedachten seine Ausführungen („warnte davor, sich weiter von den Ölstaaten und ihren Erpressungen abhängig zu machen", etc.) mit mäßigem Beifall, dagegen lauten Mißfallensäußerungen. Darauf bezeichnete er die Jugendlichen und Gewerkschafter als „rote Terroristen", „beste Schüler von Goebbels" und schickte die Polizei zum Knüppeln, was seine Lage auch nicht besserte. – Auf dem Kongreß der „Christlich-Sozialen Arbeitnehmer" (CDA) am selben Tag ließ sich Strauß nicht blicken. Sie hatten ihm beibringen wollen, wie er die entscheidenen 5% Arbeiterstimmen vielleicht fangen könnte. Blüms „breit angelegtes" Referat handelte von Mitbestimmung, Volksaktien, Erziehungsgeld, „partnerschaftlicher" Rententeilung, Recht auf Arbeit und anderem. Das stellen die „christlich-sozialen Arbeitnehmer" als Bedingung an Strauß, wenn sie ihn unterstützen sollen.

z.hej. **Das Bundeskabinett hat am 12.9.79 die Einführung der Entfernungspauschale anstelle der Kilometerpauschale in die nächste Legislaturperiode vertagt.** Die Kilometerpauschale beträgt für PKW 36 Pf für die einfache Entfernung zwischen Wohnung und

die sie 1979/80 an den Bund zu zahlen hat. Die Post wird dabei ihren Schnitt machen, und die Regierungsparteien haben ihr Wahl„geschenk": 3 Mark 45 Pfennig für jeden Telefoninhaber.

z.urb. **„Die Koalition will sich zusammenraufen", so hatte das Handelsblatt eine Ministerrunde zwischen Ehrenberg, Matthöfer und Lambsdorff zur Vermögensbildung angekündigt.** Staatssekretär Böhme unterbreitete dazu die Vorschläge: Ausweitung von Belegschaftsaktien und vor allem die Einbeziehung eines sogenannten Tariffonds in das System der staatlichen Förderung. „Eine tariffähige Lösung sei ... Grundlage und Schwungrad einer Vermögensbildung. Nur so sei auch das Interesse der Gewerkschaften zu erhalten." Das zielt auf den Lohnkampf. Nach der Ministerrunde ist es darum still geworden. Sie haben sich wohl nicht über die Wirksamkeit des Manövers einigen können. Hat sich doch der DGB bereits im Februar gegen diese Pläne gewandt, „Barlohn in Sparlohn" umzuwandeln.



z.doj. **1980 wird „die tarifbedingte Dynamik der Lohnsteuer wieder voll wirksam werden"**, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest. Nachdem mit den Lohnsteuerreformen 1975, 78 und 79 der Steuerbetrag jedesmal kurzfristig gesenkt wurde, entfaltet die Progression des reformierten Steuertarifs ihre volle Wirkung: die Steigerung wird höher sein, als sie bei Anwendung des reformierten Steuertarifs von 1975 wäre. Insgesamt 108 Mrd. DM sollen aus den Löhnen in die Staatskasse fließen, d.h. 11,8 Mrd.

Verkehrspolitik „im Herzen Europas"

Bundesverkehrswegeplan für die 80er Jahre kurz vor der Verabschiedung

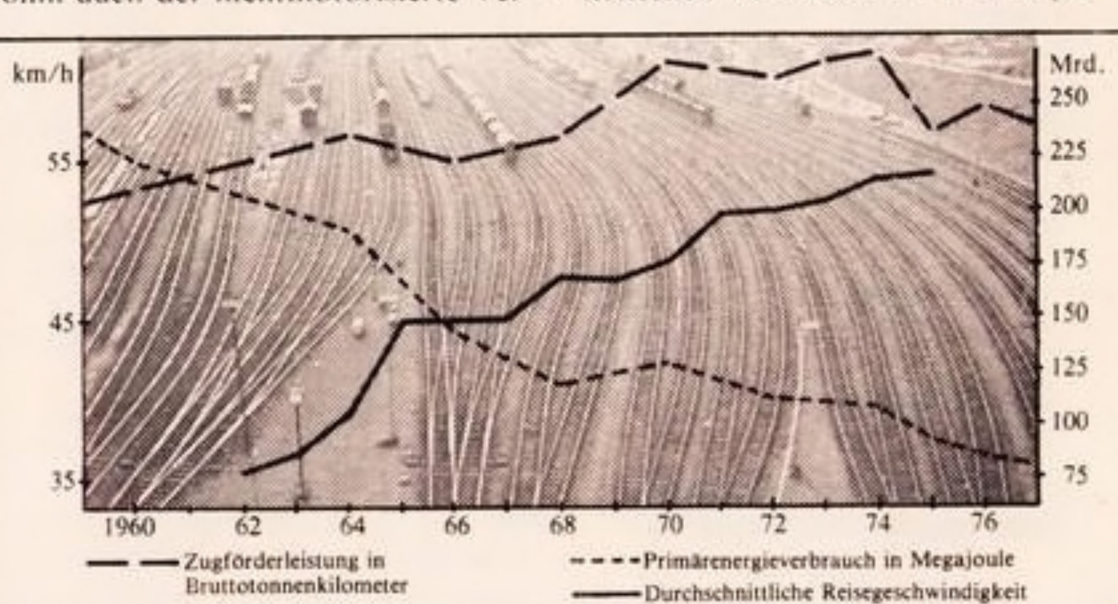
z.hev. In aller Stille will Bundesverkehrsminister Gscheidle am 20. September die Pläne für den weiteren Ausbau der Bundesfernstraßen mit den Verkehrsministerien der Länder unter Dach und Fach bringen, nachdem er noch Anfang August mit großem Gedöns von einer Streichung von 3500 km Autobahnbau bis 1995 an die Öffentlichkeit gegangen war. Tatsächlich aber werden in den nächsten 15 Jahren 10000 km Autobahnen *neu* gebaut und von den 3½ Tausend Kilometern nur rund 1200 km ganz zurückgestellt, der Rest als Bundesstraßen verwirklicht. Dieses fadenscheinige Streichungsprogramm muß nun für eine ganze Reihe weiterer Straßen- und Eisenbahnprojekte herhalten: angefangen bei der „Sanierung und Modernisierung der Bundesbahn" über die „Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs" und die „Verkehrsberuhigung in Wohngebieten" bis zur „Förderung des öffentlichen Nahverkehrs."

Das heißt im einzelnen: bei der Bahn werden mit den Bahnübergängen gleich die Bahnwärter mitbeseitigt, mit der Zusammenfassung von Rangierbahnhöfen zu großen Verteilerzentren die Rangierarbeiter, mit dem Zugbahnfunk die Zugbegleiter und mit Streckenstillegungen das Personal ganzer Bahnhöfe. Bis 1982 werden das noch mal 60000 Mann Personal sein und dann nur noch 300000 Eisenbahner beschäftigt sein. 1958 waren es noch 500000, 1974 noch 400000. Streckenstillegungen allerdings werden

nicht mehr pauschal, sondern noch enger nach den Interessen der betroffenen Kapitalisten verfügt, die einen subventionierten Gütertransport bekommen werden. Wie das Schaubild zeigt, fehlt nicht mehr viel, dann ist der Gütertransport per Bahn schneller als mit dem LKW. 1980 werden die schnellsten Güterzüge 120 km pro Stunde erreichen, von Haus zu Haus sind das immer noch 80 km pro Stunde gegenüber maximal 65 km mit dem LKW.

Die Verkehrsberuhigung in den bürgerlichen Wohngebieten wird durch den Bau von sog. Ortsumgehungen erreicht, die die Arbeiterwohnviertel im allgemeinen mitten durchschneiden, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs durch Fußgängerzonen, Verteuerung des Benzins auf für die Massen nicht mehr bezahlbare Höhen, die sie schließlich aufs Fahrrad zwingen – womit auch der nichtmotorisierte Verkehr gefördert wäre. Da *muß* das Benzin dann sehr teuer werden. Gscheidle: „Selbst bei einer Verdoppelung des heutigen Literpreises passiert noch nichts Außergewöhnliches in der Verkehrsstruktur."

Täglich werden rund 10 Hektar Ackerland durch Straßen und andere Verkehrswege zubetoniert, hat der Bayerische Bauernverband für die Jahre 1970 bis 1976 errechnet. „Überall regen sich Bürgerinitiativen", bedauerte Altbundespräsident Scheel im Juni, „die schon jetzt an vielen Orten Baumaßnahmen verzögern, wenn nicht gar verhindern." Der Bundesverkehrswegeplan für die 80er Jahre wird den Willen der Regierung dokumentieren, das schon jetzt produktivste europäische Verkehrssystem weiter auszubauen als wichtige Voraussetzung einer unbestrittenen Vorherrschaft in Europa.



Tauziehen um sowjetische Truppen auf Kuba

Hinter dem SALT-Nebel: Intensivierung der Kriegsvorbereitungen

z.zik. Der Zeitpunkt war ausgesucht. Kaum hatte die Konferenz der blockfreien Staaten in Havanna ihre Arbeit aufgenommen, brachen die US-Imperialisten den Krach mit der Sowjetunion über die Stationierung sowjetischer Truppen auf Kuba vom Zaun. Zwar richtet sich der Krach hauptsächlich gegen die rivalisierende Supermacht, aber die Gelegenheit, den versammelten Vertretern der Länder der Dritten Welt ihren Anspruch auf die Beherrschung der Welt zu demonstrieren, ließen sich die US-Imperialisten nicht entgehen. Die Beschließung der Forderung nach Auflösung aller Militärstützpunkte im Indischen Ozean konnten sie dadurch nicht verhindern.

Chruschtschow und Kennedy hatten sich 1962 nach der Kuba-Krise darüber verständigt, daß die Sowjetunion keine Atomwaffen und keine Kampfeinheiten auf der Insel stationieren würde, der US-Supermacht wurde die Aufrechterhaltung ihres Stützpunktes Guantanamo auf Kuba garantiert, sie versprach dafür, die Anwesenheit so-

haben inzwischen Kampftruppen in der Stärke von 2000 bis 3000 Mann auf Kuba stationiert. Zwar sind die paar tausend Mann nicht in der Lage, die USA zu überrennen, eine feste Stationierung von Kampfeinheiten der Sozialimperialisten auf Kuba aber würde den strategischen Plan der USA für den Krieg mit der anderen Supermacht gefährden. Von Kuba aus kann nicht nur die Verbindung zwischen der Mündung des Mississippi in den Golf von Mexiko mit dem Atlantik blockiert, sondern können insbesondere die Seeverbindungen zwischen den amerikanischen Atlantikhäfen und Europa empfindlich gestört werden und damit die Nachschubwege der USA für den entscheidenden Krieg um Europa, der über die Beherrschung der Welt entscheidet.

Die US-Imperialisten haben selbst auf dem Stützpunkt Guantanamo, im besetzten Puerto Rico und in ihrer Halbkolonie Dominikanische Republik insgesamt über 14500 Mann stehen, was sie aber als ihr „natürliches

„Unannehmbar" sei dieser Zustand, hat Carter in seiner Fernsehrede erklärt, und Außenminister Vance: „Ich werde mich nicht mit der Aufrechterhaltung des Status quo zufrieden geben". Die Drohung haben sie gleich mit Taten verbunden. Wenige Tage nach Beginn des Krachs um die sowjetischen Truppen hat die US-Regierung die Installierung der MX-Raketen beschlossen, von denen 200 Stück, mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet und auf unterirdischen Ringsystemen zu immer wechselnden Abschußorten transportabel, in Nevada und Utah stationiert werden. Im selben Atemzug wurde die Aufstockung des amerikanischen Militärhaushalts um 4 Mrd. $ bekanntgegeben. Bereits Anfang September hatte der ehemalige Außenminister Kissinger auf einer Nato-Tagung in Brüssel die Stationierung weiterer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa als dringend notwendig bezeichnet.

Gegen das SALT-Abkommen ver-

größte aller Volkstribunen, hatte dem Geschwätz im Parlament gelangweilt zugehört und sich ganz auf seine ersten großen Wahlkampfauftritte in Essen und Köln gespitzt. Jeweils einige tausend Zuhöhrer bedachten seine Ausführungen („warnte davor, sich weiter von den Ölstaaten und ihren Erpressungen abhängig zu machen", etc.) mit mäßigem Beifall, dagegen lauten Mißfallensäußerungen. Darauf bezeichnete er die Jugendlichen und Gewerkschafter als „rote Terroristen", „beste Schüler von Goebbels" und schickte die Polizei zum Knüppeln, was seine Lage auch nicht besserte. – Auf dem Kongreß der „Christlich-Sozialen Arbeitnehmer" (CDA) am selben Tag ließ sich Strauß nicht blicken. Sie hatten ihm beibringen wollen, wie er die entscheidenen 5% Arbeiterstimmen vielleicht fangen könnte. Blüms „breit angelegtes" Referat handelte von Mitbestimmung, Volksaktien, Erziehungsgeld, „partnerschaftlicher" Rententeilung, Recht auf Arbeit und anderem. Das stellen die „christlich-sozialen Arbeitnehmer" als Bedingung an Strauß, wenn sie ihn unterstützen sollen.

z.hej. Das Bundeskabinett hat am 12.9.79 die Einführung der Entfernungspauschale anstelle der Kilometerpauschale in die nächste Legislaturperiode vertagt. Die Kilometerpauschale beträgt für PKW 36 Pf für die einfache Entfernung zwischen Wohnung und
Arbeitsplatz, für Moped 16 Pf. Sie ist über den Lohnsteuerjahresausgleich absetzbar. Die Entfernungspauschale soll für alle, ob Autofahrer oder Fußgänger, gleich gewährt werden. Bei Mitfahrt in einer Fahrgemeinschaft und 10 km entferntem Arbeitsplatz beträgt die Begünstigung 10 DM im Monat. Gleichzeitig mit der Einführung will die Regierung die bisherige KFZ-Steuer in eine Mineralölsteuer umwandeln. Das Benzin wird dadurch um ca. 16 Pf. pro Liter verteuert. Bei 10000 km im Jahr sind es 160 DM im Jahr. Je mehr Kilometer, desto höher die Steuer, im Gegensatz zu der KFZ-Steuer nach Hubraum, ein berechnetes Betrugsgeschäft. Einige begünstigen, andere bestehlen und hitzige Debatten über das teuere Autofahren, das ist Plan der Regierung, um die Mineralölbesteuerung zu vertuschen.

z.kam. **Der Postminister will die Telefongebühren 1980 geringfügig lockern, um sie auf Dauer anziehen zu können.** Ein Fünfminutengespräch im Umkreis von 20350 km wird dananch tagsüber 1,61 DM statt bisher 2,53 DM kosten. Die jetzigen Nachtgebühren werden zu einem „Billigtarif" zusammengefaßt – das Fünfminutengespräch kostet dann 1,15 DM (jetzt nach „Mondscheintarif": 1,02 DM). Auch soll jeder Telefonkunde 15 Gebühreneinheiten monatlich kostenlos vertelefonieren können. Die Ortstarife im Zeittakt (23 Pfennig/8 Minuten) bleiben. – 1978 hat die Post allein durch die Telefongebühren einen Gewinn von 6,3 Mrd. DM zusammmengeraubt. Die Gebührensenkung wird sie rund 2 Mrd. DM kosten. Das ist weniger als die Sonderabgabe von 2,6 Mrd. DM,



z.doj. 1980 wird „die tarifbedingte Dynamik der Lohnsteuer wieder voll wirksam werden", stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung fest. Nachdem mit den Lohnsteuerreformen 1975, 78 und 79 der Steuerbetrag jedesmal kurzfristig gesenkt wurde, entfaltet die Progression des reformierten Steuertarifs ihre volle Wirkung: die Steigerung wird höher sein, als sie bei Anwendung des reformierten Steuertarifs von 1975 wäre. Insgesamt 108 Mrd. DM sollen aus den Löhnen in die Staatskasse fließen, d.h. 11,8 Mrd.
DM oder 12,5% mehr, nachdem schon 1979 4,2 Mrd. DM mehr geraubt wurden. Anders bei der veranlagten Einkommenssteuer: Nach der trockenen Feststellung, daß sie mit nur 1,5% Steigerung 1979 „nicht die verbesserte Gewinnlage widerspiegelt", weist das DIW darauf hin, daß die Körperschafts- und Einkommenssteuerreformen der letzten Jahre bis 1980 nachhaltig durchschlagen werden. „Mit rund 8,5 Mrd. DM wird der Ausfall mehr als doppelt so hoch sein wie 1979 (3,9 Mrd. DM)."

z.guw. **Thema des deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) am 3.9. war die Durchsetzung von weiteren Gewerbesteuersenkungen.** Durch den Wegfall der Lohnsummensteuer ab 1.1.80 in den 800 Gemeinden, werden die dortigen Kapitalisten 3,4 Mrd. DM einsacken. Um dies gegenüber den Gemeinden durchzusetzen, mußte die Bundesregierung einen „Ausgleich" von insgesamt 4,2 Mrd. DM beschließen. Davon gehen 1,4 Mrd. DM (je 0,7 Mrd. von Bund und Ländern) über die Länder direkt an die bisher Lohnsummensteuer erhebenden Gemeinden. 2,8 Mrd. DM beruhen auf einer Senkung der Gewerbesteuerumlage der Gemeinden an Bund und Land um 1/3 und Erhöhung ihres Anteils an der Einkommensteuer von 14 auf 15%. 2,5 Mrd. DM davon werden die 7700 Gemeinden bekommen, die bisher keine Lohnsummensteuer, aber höhere Gewerbesteuerhebesätze erhoben hatten. Das veranlaßt die die Kapitalisten, eine Senkung der Hebesätze um 60 Punkte oder 17,6% oder 4 Mrd. DM zu fordern. Das lehnen die Gemeinden ab

noch mal 60000 Mann Personal sein und dann nur noch 300000 Eisenbahner beschäftigt sein. 1958 waren es noch 500000, 1974 noch 400000. Streckenstillegungen allerdings werden

35
1960 62 64 66 68 70 72 74 76
75
Zugförderleistung in Bruttotonnenkilometer
Primärenergieverbrauch in Megajoule
Durchschnittliche Reisegeschwindigkeit

Tauziehen um sowjetische Truppen auf Kuba

Hinter dem SALT-Nebel: Intensivierung der Kriegsvorbereitungen

z.zik. Der Zeitpunkt war ausgesucht. Kaum hatte die Konferenz der blockfreien Staaten in Havanna ihre Arbeit aufgenommen, brachen die US-Imperialisten den Krach mit der Sowjetunion über die Stationierung sowjetischer Truppen auf Kuba vom Zaun. Zwar richtet sich der Krach hauptsächlich gegen die rivalisierende Supermacht, aber die Gelegenheit, den versammelten Vertretern der Länder der Dritten Welt ihren Anspruch auf die Beherrschung der Welt zu demonstrieren, ließen sich die US-Imperialisten nicht entgehen. Die Beschließung der Forderung nach Auflösung aller Militärstützpunkte im Indischen Ozean konnten sie dadurch nicht verhindern.

Chruschtschow und Kennedy hatten sich 1962 nach der Kuba-Krise darüber verständigt, daß die Sowjetunion keine Atomwaffen und keine Kampfeinheiten auf der Insel stationieren würde, der US-Supermacht wurde die Aufrechterhaltung ihres Stützpunktes Guantanamo auf Kuba garantiert, sie versprach dafür, die Anwesenheit so-
wjetischer Militärberater auf der Insel zu dulden.

Mit der zunehmenden Verschärfung der Rivalität konnte diese Vereinbarung über den Kopf des kubanischen Volkes hinweg nur von begrenzter Festigkeit sein. Die Sozialimperialisten

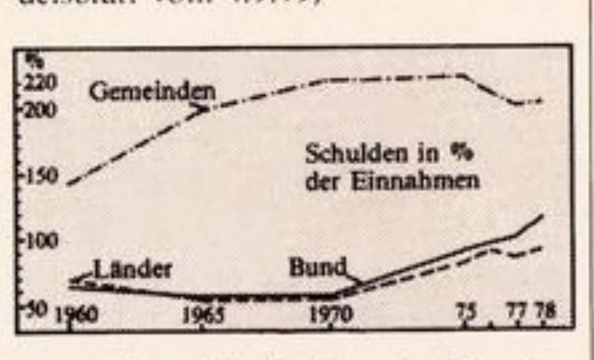
haben inzwischen Kampftruppen in der Stärke von 2000 bis 3000 Mann auf Kuba stationiert. Zwar sind die paar tausend Mann nicht in der Lage, die USA zu überrennen, eine feste Stationierung von Kampfeinheiten der Sozialimperialisten auf Kuba aber würde den strategischen Plan der USA für den Krieg mit der anderen Supermacht gefährden. Von Kuba aus kann nicht nur die Verbindung zwischen der Mündung des Mississippi in den Golf von Mexiko mit dem Atlantik blockiert, sondern können insbesondere die Seeverbindungen zwischen den amerikanischen Atlantikhäfen und Europa empfindlich gestört werden und damit die Nachschubwege der USA für den entscheidenden Krieg um Europa, der über die Beherrschung der Welt entscheidet.

Die US-Imperialisten haben selbst auf dem Stützpunkt Guantanamo, im besetzten Puerto Rico und in ihrer Halbkolonie Dominikanische Republik insgesamt über 14500 Mann stehen, was sie aber als ihr „natürliches
Recht" betrachten, seit sie Ende des letzten Jahrhunderts die Hegemonie auf dem amerikanischen Kontinent errungen haben. Um so empfindlicher reagieren sie auf die Aufrüstung eines Stützpunktes der Sozialimperialisten in ihrer unmittelbaren Nähe.

„Unannehmbar" sei dieser Zustand, hat Carter in seiner Fernsehrede erklärt, und Außenminister Vance: „Ich werde mich nicht mit der Aufrechterhaltung des Status quo zufrieden geben". Die Drohung haben sie gleich mit Taten verbunden. Wenige Tage nach Beginn des Krachs um die sowjetischen Truppen hat die US-Regierung die Installierung der MX-Raketen beschlossen, von denen 200 Stück, mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet und auf unterirdischen Ringsystemen zu immer wechselnden Abschußorten transportabel, in Nevada und Utah stationiert werden. Im selben Atemzug wurde die Aufstockung des amerikanischen Militärhaushalts um 4 Mrd. $ bekanntgegeben. Bereits Anfang September hatte der ehemalige Außenminister Kissinger auf einer Nato-Tagung in Brüssel die Stationierung weiterer nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa als dringend notwendig bezeichnet.

Gegen das SALT-Abkommen ver-
stößt keine dieser Kriegsvorbereitungen der Supermächte. Im Gegenteil. Nach SALT II haben die US-Imperialisten noch ein Quantum von über 300 nuklearen Raketen gut, abgesehen von den uneingeschränkten Möglichkeiten zur konventionellen Rüstung.

und wehren sich gegen die Eingriffe in ihre Finanzhoheit. Denn selbst nach Matthöfers Rechnung werden sie 1980 insgesamt 4,7 Mrd. (einschließlich der Senkung der Gewerbeertragsteuer) weniger haben. In die Gemeindehaushalte direkt einzugreifen, dazu hat bis jetzt die Bundesregierung keine Möglichkeit. Deshalb rät Matthöfer am 24.8.79 den Kapitalisten zu Erpressung: „Die für eine Senkung der Hebesätze erforderliche Überzeugungsarbeit wird – wie es die kommunale Selbstverwaltung erfordert – insbesondere auch von den Betroffenen, nämlich der örtlichen Wirtschaft, auf der Ebene der Gemeinden geleistet werden müssen." Der DIHT verlangte, daß der Staatsapparat die Gemeinden an die Leine zu sorgen, daß die Gemeinden die Steuererleichterungen weitergeben". (Handelsblatt vom 4.9.79)



z.sog. **Das Bundesfinanzministerium hat seiner 100jährigen Geschichte gedacht.** 1879 hat Bismarck das Reichsschatzamt gegründet und damit das Finanzwesen zentralisiert, das insbesondere aus Eintreiben von Zöllen und Steuern (vorher Deutscher Zollverein) und dem Auffüllen des Kriegsschatzes bestand. Matthöfer bezeichnet den damaligen Reichsschatzsekretär überlegen als Urahn und verzichtete auf eine größere Feier.

z.ans. **Das Verwaltungsgericht Bremen entschied: Der gegen die Innenbehörde auf Genehmigung eines Waffenscheins klagende Kapitalist darf sich selbst bewaffnen.** „Schon das Bewußtsein, daß gefährdete Unternehmer eine Waffe bei sich tragen könnten", könne „auf Gewaltverbrecher abschreckend wirken." Laut Waffengesetz von 1976 § 32 ist dem ein „Bedürfnis" auf Bewaffnung zuzusprechen, der „wesentlich mehr als die Allgemeinheit durch Angriffe auf Leib oder Leben gefährdet" und zudem „zuverlässig" ist. Für die Bourgeoisie sind nur die Vertreter ihrer eigenen Klasse zuverlässig, die allen gesellschaftlichen Reichtum usurpieren und darum, zweifellos, besonders gefährdet sind.

z.mam. **Vor 2 Jahren schrieb Schleyer an Kohl: „Ich bin nicht bereit, lautlos aus diesem Leben abzutreten..."** Ihm blieb zwar dann nichts anderes übrig, – dafür haben jetzt BDA und BDI ihres Märtyrers mit einer 10-Mio.-„Stiftung zur Förderung der Staats- und Geisteswissenschaften und zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse" gedacht. Da sein Abtreten die Jugend alles andere als bedrückt hat, will Sohn Eberhard jetzt die „Möglichkeiten neuer Jugendorientierungen" fördern. Seinerzeit stöhnte Schmidt: „Ich weiß, ... wie reserviert junge Menschen häufig sind, wenn sie das Gefühl haben belehrt werden zu sollen."

z.svm. **„Die Solidaritätsdemonstrationen der Metallarbeiter in NRW Anfang Dezember 1978 waren rechtswidrig", stellt das Arbeitsgericht Hagen in seinem Urteil vom 3.9.79 fest.** Begründung: die Demonstrationen hätten während der Arbeitszeit stattgefunden. Das Ziel der Demonstration, ‚Verbot der Aussperrung' sei eine ‚unmögliche Leistung', da die Aussperrung ein ‚unverzichtbares Recht' der Arbeitgeber ‚im Arbeitskampf' sei. Außerdem hätten die demonstrierenden Metallarbeiter selbst nicht im Arbeitskampf gestanden. Das Urteil verdreht die Tatsachen: Im Dezember 1978 standen die Stahlarbeiter mittem im Tarifkampf, im Streik für die 35-Stundenwoche und ausreichenden Lohn. Die Unterstützung des Streiks durch die Arbeiter-

Regierung des Demokratischen Kampuchea: Programmentwurf der Front der nationalen Eintracht

z.lup. Khieu Samphan, Präsident des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, hat am 6. September namens des Staatspräsidiums und der Regierung des Demokratischen Kampuchea den Entwurf des politischen Programms der „Patriotischen Demokratischen Front der Großen Nationalen Eintracht von Kampuchea" veröffentlicht.

Welche Aufgaben hat dieser Programmentwurf, in welchem Verhältnis steht er zur Verfassung des Demokratischen Kampuchea und in welchem Verhältnis steht die Front zur Regierung des Demokratischen Kampuchea? In der Verfassung des Demokratischen Kampuchea wird die Staatsform folgendermaßen festgelegt: „Der Staat von Kampuchea ist der Staat der Arbeiter, der Bauern und der anderen Werktätigen Kampucheas." Ferner heißt es „Alle wichtigen Produktionsmittel sind das gemeinsame Eigentum des demokratischen Staates und das gemeinsame Eigentum des genossenschaftlich organisierten Volkes. Die Gegenstände des täglichen Bedarfs bleiben individuelles Eigentum des Einzelnen." Und: „Jeder Arbeiter ist Herr der Fabrik. Jeder Bauer ist Herr der Reisfelder und der Anbauflächen."

Die Verfassung des Demokratischen Kampuchea entspricht dem Interesse der Arbeiter und der armen Bauern, zur sozialistischen Revolution voranzuschreiten, nachdem im Kampf gegen die US-imperialistische Aggression und mit dem Sieg in diesem Kampf die Aufgaben der neudemokratischen Revolution im wesentlichen erfüllt, die nationale Unabhängigkeit verwirklicht und die Agrarrevolution bereits weitgehend durchgeführt worden waren.

Durch die sowjetisch-vietnamesische Aggression, deren Ziel die Beseitigung der Unabhängigkeit und die Zerschlagung der sozialistischen Errungenschaften des Demokratischen Kampuchea ist, ist das kampucheanische Volk darauf zurückgeworfen, erneut seine nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und wiederherzustellen als unerläßliche Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Bauern. Entsprechend heißt es in dem Programmentwurf: „Eine und einzige Bedingung dieser großen Eintracht der ganzen Nation und des ganzen Volkes von Kampuchea ist der Zusammenschluß, um gemeinsam in allen Formen gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Volksmörder und Landräuber zu kämpfen." Und die Aufgabe der Front ist: „Der Zusammenschluß zu einer breiten nationalen Front aller patriotischen und demokratischen Kräfte, um 1. – entschlossen gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Volksmörder zu kämpfen, um sie voll-

zur sozialistischen Revolution voranzuschreiten, nachdem im Kampf gegen die US-imperialistische Aggression und mit dem Sieg in diesem Kampf die Aufgaben der neudemokratischen Revolution im wesentlichen erfüllt, die nationale Unabhängigkeit verwirklicht und die Agrarrevolution bereits weitgehend durchgeführt worden waren.

Durch die sowjetisch-vietnamesische Aggression, deren Ziel die Beseitigung der Unabhängigkeit und die Zerschlagung der sozialistischen Errungenschaften des Demokratischen Kampuchea ist, ist das kampucheanische Volk darauf zurückgeworfen, erneut seine nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und wiederherzustellen als unerläßliche Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Bauern. Entsprechend heißt es in dem Programmentwurf: „Eine und einzige Bedingung dieser großen Eintracht der ganzen Nation und des ganzen Volkes von Kampuchea ist der Zusammenschluß, um gemeinsam in allen Formen gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Volksmörder und Landräuber zu kämpfen." Und die Aufgabe der Front ist: „Der Zusammenschluß zu einer breiten nationalen Front aller patriotischen und demokratischen Kräfte, um 1. – entschlossen gegen die vietnamesischen Aggressoren, Expansionisten, Landräuber und Volksmörder zu kämpfen, um sie voll-

ständig von dem Territorium Kampucheas zu vertreiben und ihren Lakaien Heng Samrin, Kettenhund der vietnamesischen Aggressoren, zu stürzen. 2. – ein unabhängiges, einiges, demokratisches, friedliches, neutrales und blockfreies Kampuchea aufzubauen." Um die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren vernichtend zu schlagen, ist es möglich und notwendig, auf der Grundlage der Festigung der Einheitsfront der Arbeiter und Bauern all jene Kräfte einzubeziehen, die bereit sind, wenn auch nur vorübergehend, den Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren zu führen. Diesem Zusammenschluß dient der Programmentwurf. In ihm werden eine Reihe von politische Freiheiten ausdrücklich garantiert, wie die Freiheit der Meinung, der Rede, der Presse, Versammlungsfreiheit und die Freizügigkeit, und – was in der Verfassung nicht enthalten ist – die Freiheit, politische Parteien, Vereinigungen und Massenorganisationen zu bilden. Um den Widerstand derjenigen, die in die Armee und den Verwaltungsapparat des Marionettenregimes gezwungen wurden, weiter zu fördern, werden alle, „die die vietnamesischen Aggressoren und ihre Lakaien verlassen, um sich dem Volk und der Patriotischen und Demokratischen Front der großen nationalen Eintracht von Kampuchea anschließen, herzlich willkommen geheißen." Den Angehörigen der vietnamesischen Aggressionsarmee, die die Waffen niederlegen und den Kriegsgefangenen wird die Sicherung ihres Lebens und eine korrekte Politik der Großzügigkeit und Nachsicht zugesichert.

Hinsichtlich der Produktions- und Eigentumsverhältnisse wird festgelegt: „Jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit und die Freiheit, allein oder mit seiner Familie einer produktiven Tätigkeit nachzugehen, die Freiheit, jede Art von Produktion nach den eigenen Wünschen zu betreiben, wird garantiert. Die Freiheit des privaten Eigentums jedes kampucheanischen Bürgers und jedes Ausländers in Kampuchea werden garantiert." Nachdem die sowjetisch-vietnamesische Aggression die Volkskommunen zerschlagen hat, ist es unvermeidlich, daß Kleinproduktion und Privateigentum neu entsteht, und wird entsprechend dem Programmentwurf anerkannt. Von der Rückgängigmachung der Nationalisierung von Grund und Boden sowie der Fabriken ist nicht die Rede. Dadurch und durch den Zusammenhang, in dem das Recht auf Privateigentum garantiert wird – der individuellen und familienmäßigen Produktion – ist auch klargestellt, daß es sich um Zulassung von Kleinproduktion und durch eigene Arbeit selbsterworbenes Privateigentum handelt und nicht darum, kapitalistisches Privateigentum wiederzubeleben.

Ebensowenig, wie der Programmentwurf die Verfassung des Demokratischen Kampuchea aufhebt und ersetzt, sondern der Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit dient, die zur Verwirklichung der Verfassung des Demokratischen Kampucheas unerläßlich ist, wird die Regierung des Demokratischen Kampuchea durch die Front ersetzt. Die Regierung wird erweitert um „Vertreter der verschiedenen politischen Organisationen, sozialen Schichten und patriotischen, unabhängigen Persönlichkeiten, die gegen die vietnamesischen Aggressoren und ihre Lakaien auf der Basis des politischen Programms der Front kämpfen." Ferner wird die Durchführung freier und geheimer Wahlen festgelegt, zu deren Aufsicht der Generalsekretär der Vereinten Nationen eingeladen wird.

Indem sie alle Kräfte, die für den Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren zumindest zeitweilig gewonnen werden können, zusammenschließt, richtet sich die Front der nationalen Eintracht gegen alle Versuche, den Widerstandskrieg durch den Aufbau einer dritten Kraft zu spalten und zu schwächen. Khieu Samphan hat am 10.9. in Genf während eines Treffens mit Vertretern von Organisationen und Gruppen, die den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea unterstützen, alle Versuche, eine solche dritte Kraft zu bilden, ausdrücklich zurückgewiesen und erklärt, daß sie nur dazu führen, die kämpfenden Kräfte zu zersetzen und den vietnamesischen Expansionisten zu nutzen.



Hinsichtlich der Produktions- und Eigentumsverhältnisse wird festgelegt: „Jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit und die Freiheit, allein oder mit seiner Familie einer produktiven Tätigkeit nachzugehen, die Freiheit, jede Art von Produktion nach den eigenen Wünschen zu betreiben, wird garantiert. Die Freiheit des privaten Eigentums jedes kampucheanischen Bürgers und jedes Ausländers in Kampuchea werden garantiert." Nachdem die sowjetisch-vietnamesische Aggression die Volkskommunen zerschlagen hat, ist es unvermeidlich, daß Kleinproduktion und Privateigentum neu entsteht, und wird entsprechend dem Programmentwurf anerkannt. Von der Rückgängig-

sischen Aggressoren zumindest zeitweilig gewonnen werden können, zusammenschließt, richtet sich die Front der nationalen Eintracht gegen alle Versuche, den Widerstandskrieg durch den Aufbau einer dritten Kraft zu spalten und zu schwächen. Khieu Samphan hat am 10.9. in Genf während eines Treffens mit Vertretern von Organisationen und Gruppen, die den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea unterstützen, alle Versuche, eine solche dritte Kraft zu bilden, ausdrücklich zurückgewiesen und erklärt, daß sie nur dazu führen, die kämpfenden Kräfte zu zersetzen und den vietnamesischen Expansionisten zu nutzen.



Nach dem Sieg über die US-Aggressoren hatten die Arbeiter und Bauern Kampucheas ihr Land in einen blühenden Garten verwandelt.



Waffenstillstandskommission, Sommer 1979 in Panmunjon. Die DVR Korea fordert von den USA: Friedensvertrag und Abzug ihrer Besatzertruppen.

Korea: Klassenbündnis für Demokratie und Wiedervereinigung erstarkt

z.pek. Am 9. September hat das Landgericht Seoul den Vorsitzenden der südkoreanischen Neuen Demokratischen Partei (NDP), Kim Yong Sam, und seine vier Stellvertreter ihrer Funktionen enthoben. An ihrer Stelle wurde ein Vertreter des Park-Regimes als Parteivorsitzender eingesetzt. Die NDP verfügt über 71 der insgesamt 219 Abgeordnetensitze im Parlament und ist damit die größte Oppositionspartei der nationalen Bourgeoisie. Unter dem Druck der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen hatte sie in den letzten Monaten zunehmend die faschistische Kompradorendiktatur Park Chung Hees angegriffen und die Aufhebung des Kriegsrechts sowie den Sturz der Regierung gefordert. Kim Yong Sam hat seine Amtsenthebung mit der Erklärung beantwortet, daß die NDP jetzt mit noch größerer Entschlossenheit den Kampf für Demokratie und den Sturz Park Chung Hees weiterführen werde.

Anfang August hatten sich 172 Textilarbeiterinnen im Hauptquartier der NDP verschanzt, um so gegen die Stillegung ihres Betriebs zu protestieren und die volle Auszahlung ihrer Löhne zu fordern. Am 11. August stürmten Polizeitruppen das Gebäude. Bei der erbitterten Gegenwehr wurde eine Arbeiterin getötet. Mit einem Sitzstreik protestierten die Abgeordneten der Neuen Demokratischen Partei gegen die wiederholten Polizeiüberfälle auf ihr Büro und gegen die Beschlagnahmung ihres Parteiorgans „Minju Chonson". Sie forderten uneingeschränkte Versammlungs- und Pressefreiheit und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Demokratische Vereinigungspartei, eine weitere Fraktion der parlamentarischen Opposition, schloß sich dem Sitzstreik an. Am 20. August führten 300 Studenten in Seoul eine Demonstration gegen die politische Unterdrückung durch das Park-Regime durch.

Zur gleichen Zeit standen 500 Arbeiter der „Silla Metallwerke" in Seoul im Streik für die volle Auszahlung ihrer Löhne, die die Kapitalisten gestützt auf die Notstandsverordnungen seit Juni

Yong Sam hat seine Amtsenthebung mit der Erklärung beantwortet, daß die NDP jetzt mit noch größerer Entschlossenheit den Kampf für Demokratie und den Sturz Park Chung Hees weiterführen werde.

Anfang August hatten sich 172 Textilarbeiterinnen im Hauptquartier der NDP verschanzt, um so gegen die Stillegung ihres Betriebs zu protestieren und die volle Auszahlung ihrer Löhne zu fordern. Am 11. August stürmten Polizeitruppen das Gebäude. Bei der erbitterten Gegenwehr wurde eine Arbeiterin getötet. Mit einem Sitzstreik protestierten die Abgeordneten der Neuen Demokratischen Partei gegen die wiederholten Polizeiüberfälle auf ihr Büro und gegen die Beschlagnahmung ihres Parteiorgans „Minju Chonson". Sie forderten uneingeschränkte Versammlungs- und Pressefreiheit und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Demokratische Vereinigungspartei, eine weitere Fraktion der parlamentarischen Opposition, schloß sich dem Sitzstreik an. Am 20. August führten 300 Studenten in Seoul eine Demonstration gegen die politische Unterdrückung durch das Park-Regime durch.

Zur gleichen Zeit standen 500 Arbeiter der „Silla Metallwerke" in Seoul im Streik für die volle Auszahlung ihrer Löhne, die die Kapitalisten gestützt auf die Notstandsverordnungen seit Juni

verweigert hatten. Die Unterdrückung der elementaren politischen Rechte mithilfe des Kriegsrechts ermöglicht den US- und japanischen Imperialisten, die über den Löwenanteil der Kapitalanlagen in Südkorea verfügen, die maßlose Ausbeutung der Arbeiter. Streiks und Demonstrationen sind verboten. Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden an sechs Tagen pro Woche. Überstunden ohne Bezahlung können angeordnet werden.

Ende Juni besuchte das Oberhaupt der US-Imperialisten, Carter, Südkorea. Mit seinem Geschwätz vom US-Truppenrückzug gab er dabei endgültig als Betrugsmanöver, mit dem die weitere Aufrüstung der US-Bastionen verschleiert werden sollte, zu erkennen. Er erklärte, daß „die USA ihre militärische Präsenz in der Republik Korea aufrechterhalten" und die militärische Aufrüstung des Park-Regimes fortsetzen werden. Anstatt die gerechte Forderung der VDR Korea nach Abschluß eines Friedensvertrags und bedingungslosem Abzug der US-Besatzertruppen zu erfüllen, legte er einen neuen betrügerischen Vorschlag auf den Tisch: Durch „dreiseitige Verhandlungen", an denen die USA, das südkoreanische Marionetteregime und die Regierung der VDR Korea beteiligt sein sollen, sollte die Einmischung der USA in die Angelegenheiten der koreanischen Nation und die Teilung des Landes aufrechterhalten werden.

Demgegenüber unterstützt die VDR Korea den Zusammenschluß der Volksmassen in Südkorea und die Herausbildung eines revolutionären Klassenbündnisses für den Sturz des Park-Regimes und die Vertreibung der US-Besatzer. Sie tritt für einen gesamtnationalen Kongreß der Wiedervereinigung ein, an dem alle politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Verwaltungsorgane des Südens und des Nordens teilnehmen sollen. Dagegen hat das Park-Regime die bloße Erwähnung der Wiedervereinigung unter Zuchthausstrafe gestellt und will nur Verhandlungen der Regierungen, bei denen die „Verringerung der Spannungen" und sonst nichts auf der Tagesordnung steht, zulassen.

Im März haben sich 14 Organisationen der Massen in Südkorea zur „Nationalunion für Demokratie und Wiedervereinigung" zusammengeschlossen. Unmittelbar nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Neuen Demokratischen Partei erklärte Kim Yong Sam,

truppen zu erfüllen, legte er einen neuen betrügerischen Vorschlag auf den Tisch: Durch „dreiseitige Verhandlungen", an denen die USA, das südkoreanische Marionetteregime und die Regierung der VDR Korea beteiligt sein sollen, sollte die Einmischung der USA in die Angelegenheiten der koreanischen Nation und die Teilung des Landes aufrechterhalten werden.

Demgegenüber unterstützt die VDR Korea den Zusammenschluß der Volksmassen in Südkorea und die Herausbildung eines revolutionären Klassenbündnisses für den Sturz des Park-Regimes und die Vertreibung der US-Besatzer. Sie tritt für einen gesamtnationalen Kongreß der Wiedervereinigung ein, an dem alle politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Verwaltungsorgane des Südens und des Nordens teilnehmen sollen. Dagegen hat das Park-Regime die bloße Erwähnung der Wiedervereinigung unter Zuchthausstrafe gestellt und will nur Verhandlungen der Regierungen, bei denen die „Verringerung der Spannungen" und sonst nichts auf der Tagesordnung steht, zulassen.

Im März haben sich 14 Organisationen der Massen in Südkorea zur „Nationalunion für Demokratie und Wiedervereinigung" zusammengeschlossen. Unmittelbar nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Neuen Demokratischen Partei erklärte Kim Yong Sam,

daß das Park-Regime keine Berechtigung habe, in Verhandlungen um Wiedervereinigung das Volk von Südkorea zu vertreten und bekundete seine Bereitschaft, gemeinsam mit anderen Parteien und Organisationen Gespräche mit der Regierung der VDR Korea aufzunehmen.

---

klasse drückte sich in Solidaritätsstreiks und -demonstrationen von Arbeitern in vielen Gewerken aus, u.a. hatten 150000 Metallarbeiter in NRW am 12.12.1978 Demonstrationen während der Arbeitszeit durchgeführt. Die Arbeitsgerichte hatten sich seinerzeit nicht getraut, den zig Anträgen der Kapitalistenverbände auf Verbot dieser Aktionen per einstweiliger Verfügung stattzugeben. Tatsächlich haben die Solidaritätsstreiks und -demonstrationen im Kern nicht das Verbot der Aussperrung zum Ziel gehabt, sondern die Unterstützung der Stahlarbeiterstreiks und die Vorbereitung des Tarifkampfs ihres Gewerkes. Das Verbot solcher Demonstrationen und Aufrufe der IG Metall beinhaltet das Urteil des Arbeitsgericht Hagen indes *nicht*.

z.frb. **Dollar fällt, Goldpreis steigt, so kündigt sich eine neue Dollarkrise an, an der die Bundesbank kräftig schürt.** Der verengte Weltmarkt macht heftige Schlachten der gewichtigsten Konkurrenten unumgänglich, und die westdeutschen Kapitalisten scheinen fest entschlossen, in dieser Schlacht Angriffe auf den Dollar zu eröffnen. Die amtlich ausgewiesenen Preissteigerungen betrugen im 1. Halbjahr 10,1% in den USA, Frankreich und Großbritannien, 13% in Italien, 3,4% in Westdeutschland und 2,7% in Japan. In den USA befindet sich die Produktion bereits im Übergang zur Stagnation, während in der BRD der Kreditschwindel noch Konjunktur vortäuscht. Alles Vorteile für die Stellung der Mark gegenüber dem Dollar wie gegenüber den Währungen des Europäischen Währungssystems. Vorteile, die durch die in die Höhe getriebenen Leitzinsen der Bundesbank zu einem Angriff genutzt werden können. Ausländische Währungen fließen in die BRD, weil hier jetzt auch noch höhere Zinsen locken. Der Kurs der Mark erhebt sich noch weiter über die anderen Währungen. Um dem entgegenzuwirken, mußten die anderen Notenbanken ebenfalls in den Zinstreiber-Wettlauf einsteigen. In den USA steht der Kreditzins mittlerweile bei 13%, angeblich zu hoch für die Bedürfnisse der US-Bourgeois. Henry Reuss, Vorsitzender des Bankenausschusses des Repräsentantenhauses, mahnte die Bundesbank: „Seid vorsichtig". Sie treibe „die ganze übrige Welt in den Ruin". Auch aus Westeuropa hagelt es Kritik. Die Bundesbank meinte dazu sinngemäß, was für die BRD gut sei, sei es auch für den Rest der Welt.

z.ulo. **Eine 30 Seiten starke Belehrung hat die Bundeswehrführung für die Soldaten herausgegeben mit einer Preisliste für durch Manöver verursachte Flurschäden.** (Bild: Lippertz/Landkreis Hof) Dort wird der Versuch unternommen, die Soldaten aufgrund „einem Mangel an staatsbürgerlichem Bewußtsein" als Verursacher der Schäden hinzustellen. Schäden an einem Maisfeld sind vom Panzerkommandanten selbst zu tragen. Für 500 m Panzerspur durch ein Kartoffelfeld werden die Bauern mit 200 – 240 DM, durch ein Kleefeld mit 60 – 70 DM, für einen beschädigten Feldweg am Waldrand mit 300 – 800 DM pro Kilometer „entschädigt".



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL – a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst / *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau / *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl / *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau / *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung / *Heft 06:* Handel / *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse / *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten / *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung / *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten / *Heft 11:* Juristisches Register · Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM / Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

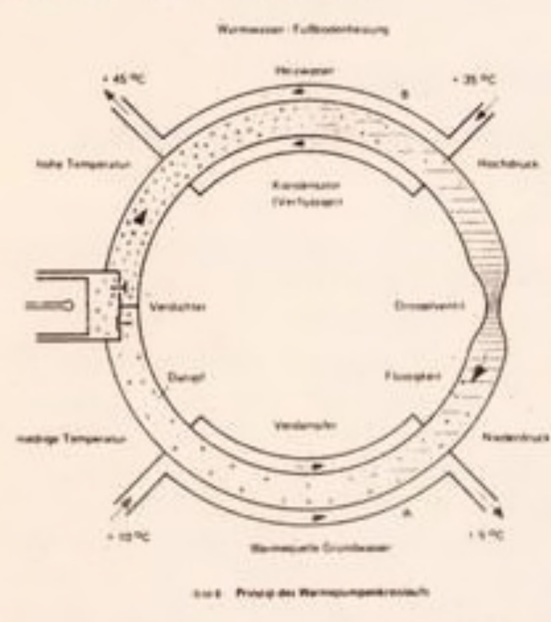
Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730231-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



b.ulh. **Bausenator Lange und die HEW propagieren die weitere Verbreitung von Wärmepumpen.** Die Wärmepumpe schränkt den Energieverbrauch der Massen ein, mit nachteiligen Folgen für die Massen – denn der Einbau ist teuer. Ca. 12000 DM soll es kosten, und eine zusätzliche Heizung muß auch noch da sein. Die Wärmepumpe nutzt die Wärme, die sich in Grundwasser, Erdreich oder Luft befindet. Aber: Grundwasser muß mehr als 3 Grad sein, Erdreichpumpen brauchen viel Fläche zum Verlegen von Rohren, Luftwärmepumpen sind ungeheuer laut. Einige tausend Wärmepumpen soll es in Hamburg geben.



Funktionsweise: Dem Grundwasser wird Wärme entzogen durch verdampfendes Kältemittel. Im Verdichter wird der Dampf komprimiert und bei Rückverwandlung des Dampfes in Flüssigkeit wird Wärme abgegeben.

b.mav. **Mit Mahnbescheiden gegen „säumige" Mieter hat die Kieler Wohnungsbaugesellschaft ein hinterhältiges Netz ausgelegt.** Damit treibt sie die Verschuldung der Mieter ständig voran. 590,65 DM kostet eine 2 1/2 Zimmer-Wohnung der WoBau in Mettenhof. Laut Mietvertrag ist die Miete bis zum 3. eines Monats im voraus zu zahlen; die Kapitalisten zahlen den Lohn aber erst rückwirkend zum Monatsende oder als Abschlag, viele können deshalb die Miete erst nach dem 3. zahlen. Ist die Miete nicht bis zum 3. auf dem Konto der WoBau, beantragt diese bei Gericht einen Mahnbescheid. Bis dieser erlassen ist, ist die Miete in der Regel gezahlt, die Kosten für den Mahnbescheid trägt der Mieter, das sind jedesmal 54,50 DM. Gegen diese Plünderung findet am 20.9. um 10.30 Uhr im Raum 378 des Amtsgerichts Kiel eine mündliche Verhandlung statt.

b.ana. **Das Lehrerprüfungsamt (LPA) verweigert die Zulassung zur Staatsprüfung.** Das LPA hat Andreas Adrians mitgeteilt, daß ihn nach § 6 Abs. 2 (b) der Lehrerprüfungsordnung („ Die Zulassung darf ... versagt werden, wenn der Bewerber wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich bestraft ist, das ihn zur Ausübung des Lehrerberufs als nicht geeignet erweist") nicht zur Prüfung zulassen will. Das LPA sieht die „Straftat" im Hinblick auf die Ausübung eines späteren Lehrerberufs als so schwerwiegend an, daß eine Zulassung vor dem erfolg-

b.hör. **Unter dem Deckmantel des Denkmalschutzes werden den Lübecker Hauseigentümern in der Altstadt die Häuser aus öffentlichen Gelder renoviert.** Besonders dort, wo Kapitalisten bereits durch Konjunkturprogramme gefördert worden sind, wird aufgrund des Städtebauförderungsgesetzes die Sanierung finanziert. Erneuert wurden u.A. die alten Lübecker Kaufmannshäuser in der Wahmstraße, der Menckstraße, der Glockengießerstraße und am Glandorpsgang sowie das Heiligen-Geist-Hospital, die die Erinnerung an die hanseatische Handelsbourgeoisie und ihre Ostkolonisation seit dem 12. Jahrhundert wachhalten sollen. Bis 1978 waren für die Sanierung der Lübecker Altstadt 25 Mio. DM ausgegeben worden. Insgesamt umfaßt das Städtebauförderungsprogramm in Schleswig-Holstein 30 Städte und Gemeinden. Bis 1978 waren bereits eine halbe Milliarde öffentlicher Finanzierungsmittel gemeinsam von den Kommunen, dem Land und dem Bund für städtebauliche Neuordnung und Entwicklung (darunter auch für Denkmalschutz) bereitgestellt worden.

r.hoh. **Die Osnabrücker Staatsanwaltschaft hat insgesamt 17 Teilnehmer wegen einer Aktion gegen einen Stand der JN (3.9.77) in drei getrennten Strafprozessen angeklagt.** Das erste Verfahren gegen zwei Angeklagte mußte in Anwesenheit von ca. 130 Zuschauern (bei 34 Sitzmöglichkeiten) eingestellt werden. Das zweite Verfahren gegen 12 Angeklagte bereitete dem Richter Schäfer (siehe Abbildung) nach seinen eigenen Worten „große Malässe": er mußte alle 12 freisprechen. An den vier Verhandlungstagen marschierten insgesamt über 500 Zuschauer, darunter 8 Schulklassen in den Gerichtssaal; von 5 Karmann Arbeitern, von 12 Gesamtschullehrern und von 47 Beschäftigten des Kaufhauses Horten wurden Erklärungen gegen die Prozesse verlesen.



b.ulh. **Durch die Änderung des Schulgesetzes will der Hamburger Senat Lücken schließen.** Per Gerichtsurteil waren die Gesamtschulklassen am Gymnasium Neu-Altona dichtgemacht worden. Das ging, weil die Gesamtschule als Schulversuch läuft. Dies zu

Rationalisierungsmaßnahmen der Bankkapitalisten stoßen auf den Widerstand der Beschäftigten

r.nom. Die Berliner Commerzbank hat zwei Funktionäre der Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen (HBV) fristlos gekündigt. Es handelt sich um ein Betriebsratsmitglied, das gleichzeitig Sprecher der HBV-Betriebsgruppe und Mitglied der Bundestarifkommission Banken ist, sowie um den stellvertretenden Betriebsgruppensprecher.

Offizieller Anlaß war ein Leserbrief der beiden Kollegen an die Tageszeitung „Die Neue", in dem Vertreter der Zeitung zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen wurden.

Auf dieser Veranstaltung sollte über Maßnahmen diskutiert werden, die die Geschäftsleitung der Commerzbank eingeleitet hat, um die Zeitung unter finanziellen Druck zu setzen, wie z.B. Kreditsperre. Mit der Begründung, daß dadurch das Vertrauensverhältnis zwischen der Geschäftsleitung und den beiden Kollegen gestört sei, ist die fristlose Kündigung ausgesprochen worden.

In den letzten Jahren wurden in zunehmendem Maße Rationalisierungsmaßnahmen in den Banken eingeleitet und z.T. bereits durchgeführt. Die Berliner Commerzbank hat Anfang des Jahres die Schalteröffnungszeit in ihren Geshäftsstellen in den Mittagsstunden um eine halbe Stunde von 13.00 h auf 13.30 h verlängert. Das bedeutete für die Kollegen eine erhebliche Mehrbelastung, da für die Erledigung aller Arbeiten, die nicht direkt mit dem Kunden verrichtet werden wie z.B. Tagesabschlußarbeiten, Bearbeitung von Überweisungen, Schecks, Kreditverträgen, Abwicklung des gesamten Schriftverkehrs etc. überall dort eine halbe Stunde weniger zur Verfügung steht, wo Schalterbetrieb stattfindet. Gegen diese Maßnahmen hat die HBV-Betriebsgruppe der Commerzbank den Widerstand der Belegschaft organisiert.

Intensivierung der Arbeit und Mehrarbeit sind jedoch nur ein Schritt der Bankkapitalisten, um Höchstprofite zu erringen. Der zweite besteht darin, komplizierte Arbeit in einfache, schlecht bezahlte zu verwandeln und die Anzahl der Beschäftigten zu verringern. Zu diesem Zweck sollen z.B. in der Berliner Bank Datensichtgeräte (Terminals) eingeführt werden, über die anfänglich nur die Kassen- und Wertpapiergeschäfte, später aber die gesamten Geschäftsumsätze abgewickelt werden sollen. Das heißt, daß Kontoführer und Locherinnen eingespart werden und die Mehrarbeit den Kassierern übertragen wird. Der notwendige Stand an Ausbildung und Erfahrung wird bei den Wertpapiersachbearbeitern und Vermögensberatern verringert, da ein Großteil der Informationsbeschaffung, Speicherung und die Überwachung der Depots vom Computer über die Datensichtgeräte erledigt bzw. vorbereitet und erleichtert wird. Die Verringerung der notwendigen Qualifikation ist für die Kapitalisten die Voraussetzung für die Senkung des Lohnniveaus.

Die fristlose Kündigung der beiden gewerkschaftlichen Funktionäre ist der Versuch der Bankkapitalisten, den Kampf der Belegschaften gegen Rationalisierung und Intensivierung und Mehrarbeit zu zerschlagen. Ob sie freilich mit diesen Kündigungen selbst vor ihren bürgerlichen Arbeitsgerichten durchkommen, ist nicht sicher.

Innerhalb der Belegschaft der Berliner Commerzbank ist in der letzen Woche eine schwierige Lage eingetreten. Zum einen hat der Betriebsrat der Berliner Commerzbank, der mehrheitlich von Kollegen der Deutschen Angestellten Gewerkschaft gestellt wird, den Entlassungen mehrheitlich zugestimmt. Die dadurch entstehende Spaltung der Belegschaft schadet nicht nur dem Kampf gegen die Entlassungen, sondern ist ebenso schädlich für die Einheit im Kampf gegen die Rationalisierungen der Bankkapitalisten. Zum anderen ist die Geschäftsleitung dadurch in der Spaltung vorangekommen, daß eine Gegenbewegung iniziiert wurde, die mit einer Unterschriftensammlung die fristlosen Kündigungen unterstützen soll. Der Geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV hat seine volle Unterstützung für die beiden Kollegen zugesagt.

„In 8 Stunden für 12 Stunden arbeiten"

Über die Einführung des Prämienlohnsystems bei DIAG (Westberlin)

r. In einer Presseerklärung vom 3.9.79 stellte die DIAG-Betriebsführung fest: „Die neue DIAG-Geschäftsführung war Mitte 1978 angetreten, um den Konzern in 3 Jahren aus der Verlustzone zu führen. (...) Die Geschäftsführung (hat) inzwischen die Planung gestrafft und den veränderten Verhältnissen angepaßt." Bestandteil dieser Planung der DIAG-Betriebsführung ist die Einführung des Prämienlohnes für die zur Zeit in Zeitlohn Beschäftigten in den Montageabteilungen. Eine Vorlage für eine solche Prämienentlohnung hat die Betriebsführung vorgelegt im Kölner DIAG-Werk Kolb und jetzt auch bei Fritz Werner in Westberlin. Der neu eingesetzte Betriebsführer des Fritz Werner Werkes, Schulz, begründet diese Vorlage zur Prämienentlohnung auf der Betriebsversammlung am 5.7.79 mit der „Ungerechtigkeit" des Zeitlohnes: „Ich meine, es ist unfair, wenn ein Teil der Mitarbeiter in unserem Betrieb ihren Verdienst erhöhen können, indem sie mehr leisten und so eine höhere Akkordabrechnung erhalten, während diejenigen, die in Zeitlohn arbeiten, ihren Verdienst nur durch Überstunden und Samstags- und Sonntagsarbeit erhöhen können. Auch diese Mitarbeiter sollen durch die Prämienentlohnung die Möglichkeit erhal-

Natürlich gibt es diese Abrechnungen, wobei jedoch die Arbeiter nur durch übermäßige Verausgabung ihrer Arbeitskraft ihren individuellen Lohn bei der Bezahlung nach Stücklohn etwas aufbessern können. Das Gelächter der Akkordarbeiter war dennoch nur zu berechtigt: Denn Stücklohn bewirkt, daß es das persönliche Interesse des Arbeiters wird, seine Arbeitskraft möglichst intensiv zu verausgaben. Dies wiederum erleichtert dem Kapitalisten, den Durchschnittsgrad der Arbeitsintensität zu erhöhen. (...)

Die Methode, dies zu erreichen, hat F. Baierl in seinem Buch „Lohnanreizsysteme – Mittel zur Produktionssteigerung" für die Kapitalistenklasse wissenschaftlich untersucht. Über den Prämienlohn schreibt er dort: „Je kürzer die Arbeitszeit für die Auftragserledigung, desto höher ist für die Arbeiter die Prämie und desto niedriger sind für das Unternehmen die Lohnkosten je Produktionseinheit."

Von Beginn der Einführung des Prämienlohns an machen die Kapitalisten also einen Schnitt durch die Senkung der Lohnkosten je Produktionseinheit, sprich: Erhöhung der Ausbeutung. Anfangs sind sie dabei noch gezwungen, die Erhöhung des individuellen

weist F. Baierl den Kapitalisten den Weg, wie sie den Lohn weiter senken können. „Die Soll-Leistung soll möglichst mit Hilfe von Zeitaufnahmen ermittelt werden. Notfalls kann dies auch mit Hilfe der bereinigten Ist-Leistung aus zurückliegenden Abrechnungsperioden unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Zeitgrades ermittelt werden." (Baierl) Und dann weiter unter der Überschrift „Ausbaufähigkeit": „Im Laufe der Zeit dann werden die Richtzeiten eine ausreichende Genauigkeit ergeben haben, so daß häufig anfangs auftretende unangemessen hohe Prämienabrechnungen korrigiert werden." Weiter empfiehlt Herr Baierl bei der Festsetzung der Vorgabezeiten, soweit sie noch auf Daten beruhen, als Zeitlohn bezahlt wurde, diese Arbeitsleistung zu „Zeitlohnzeiten" lediglich gleich 80% zu setzen.

Nach unseren bisherigen Kenntnissen beinhaltet die Vorlage der Betriebsführung von Fritz Werner zum Prämienlohn darüber hinaus noch den Plan, als Grundlohn lediglich den Tariflohn zu zahlen und nicht den derzeitigen Effektivlohn. Dies lehnt der Betriebsrat ab, darüber hinaus hat er es abgelehnt, mit der Betriebsführung überhaupt über die Prämienlohnver-

nungsbaugesellschaft ein hinterhältiges Netz ausgelegt.Damit treibt sie die Verschuldung der Mieter ständig voran. 590,65 DM kostet eine 2 1/2 Zimmer-Wohnung der WoBau in Mettenhof. Laut Mietvertrag ist die Miete bis zum 3. eines Monats im voraus zu zahlen; die Kapitalisten zahlen den Lohn aber erst rückwirkend zum Monatsende oder als Abschlag, viele können deshalb die Miete erst nach dem 3. zahlen. Ist die Miete nicht bis zum 3. auf dem Konto der WoBau, beantragt diese bei Gericht einen Mahnbescheid. Bis dieser erlassen ist, ist die Miete in der Regel gezahlt, die Kosten für den Mahnbescheid trägt der Mieter, das sind jedesmal 54,50 DM. Gegen diese Plünderung findet am 20.9. um 10.30 Uhr im Raum 378 des Amtsgerichts Kiel eine mündliche Verhandlung statt.

b.ana. **Das Lehrerprüfungsamt (LPA) verweigert die Zulassung zur Staatsprüfung.** Das LPA hat Andreas Adrians mitgeteilt, daß ihn nach § 6 Abs. 2 (b) der Lehrerprüfungsordnung („ Die Zulassung darf ... versagt werden, wenn der Bewerber wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich bestraft ist, das ihn zur Ausübung des Lehrerberufs als nicht geeignet erweist") nicht zur Prüfung zulassen will. Das LPA sieht die „Straftat" im Hinblick auf die Ausübung eines späteren Lehrerberufs als so schwerwiegend an, daß eine Zulassung vor dem erfolg-
reichen Ablauf der Bewährungsfrist leider nicht in Betracht kommt." A.Adrians war 1976 zu 3 Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung verurteilt worden, weil er zusammen mit 80 Leuten im Strafjustizgebäude die Verurteilung eines Arbeiters bekämpft hatte, der an eine Mauer „Weg mit dem § 218" gemalt hatte, was „Sachbeschädigung" sein sollte.

b.ulh. **Der Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea wird unterstützt.** Im Studentenwohnheim Paul-Sudeck-Haus wurden 49,23 DM und 15 Unterschriften, im Studentenwohnheim Gustav-Radbruch-Haus 99,11 DM und 52 Unterschriften gesammelt. Die Aktionen wurden besonders von den ausländischen Studenten unterstützt. Im Harburger Phoenix-Viertel Eddelbüttelstraße wurden 67,20 DM und 14 Unterschriften gesammelt.

b.dam.Flensburg. **Die Verwaltungsstelle der Gewerkschaft NGG Kiel/Flensburg hat den Hauptvorstand der NGG in Hamburg am 3.9. aufgefordert, für eine ausreichende Schadensregulierung bei dem Ausfall während der sogenannten Schneekatastrophe zu sorgen.** In der Fischfabrik Glyngoere in Flensburg z.B. konnten viele Arbeiter 3 bis 4 Tage lang nicht zur Arbeit kommen, da große Teile der Belegschaft vom Land kommen. Die Arbeiter bekamen die Hälfte des Lohns als „Kompromiß", die Arbeiter in den kleinen Betrieben bekamen aber nichts an Lohn, darum geht es jetzt.

gesamt über 500 Zuschauer, darunter 8 Schulklassen in den Gerichtssaal; von 5 Karmann Arbeitern, von 12 Gesamtschullehrern und von 47 Beschäftigten des Kaufhauses Horten wurden Erklärungen gegen die Prozesse verlesen.



b.ulh. **Durch die Änderung des Schulgesetzes will der Hamburger Senat Lücken schließen.** Per Gerichtsurteil waren die Gesamtschulklassen am Gymnasium Neu-Altona dichtgemacht worden. Das ging, weil die Gesamtschule als Schulversuch läuft. Dies zu
ändern, hat die SPD-Fraktion jetzt einen Gesetzesänderungsantrag in der Bürgerschaft eingebracht, der am 26.9. entschieden werden soll. Die SPD-Fraktion hat folgende Änderungen des Schulgesetzes im Auge: „Die Gesamtschule wird Regelschule ... Gleichzeitig werden in den Gesamtschulen künftig bildungspolitische Ziele erprobt ... Eine ausdrückliche zusätzliche Ermächtigung im Schulgesetz gestattet der Behörde unter ganz bestimmten Voraussetzungen, schulorganisatorische Änderungen, z.B. die Schließung einer Schule, vorzunehmen ..." Unter großem parlamentarischen Getöse spielen sich CDU und SPD die Bälle zu, um zu erreichen, daß das Schulwesen noch fester unter die Fuchtel der Bourgeoisie kommt.

b.gip. **Landesregierung unternimmt Modellversuch: mehr Ausbildungsplätze für Mädchen.** Im Arbeitsamtsbereich Kiel ist im September 78 der Anteil der Frauenarbeitslosigkeit bei insgesamt 8569 Arbeitslosen auf 54,3% angestiegen. Bei den unter 20jährigen (478) waren 125 Hilfsarbeiterinnen und 109 Frauen ohne bestimmten Beruf. Demgegenüber hat die Vereinigung der Unternehmensverbände am Beispiel Neumünster festgestellt, daß 80% der freibleibenden Ausbildungsplätze in Männerberufen liegen. 60% der Bewerber, die nicht in eine Ausbildung vermittelt werden können, seien jedoch Mädchen. Minister Westphal verkündet deshalb „Land hilft Mädchen" in der KN vom 6.9.79 und finanziert den Kapitalisten Ausbildungsplätze für Mädchen, um über Frauen in Facharbeiterberufen einen Mangel an Facharbeitern zu verhindern und Druck auf den Facharbeiterlohn auszuüben.

„In 8 Stunden für 12 Stunden arbeiten"

Über die Einführung des Prämienlohnsystems bei DIAG (Westberlin)

r. In einer Presseerklärung vom 3.9.79 stellte die DIAG-Betriebsführung fest: „Die neue DIAG-Geschäftsführung war Mitte 1978 angetreten, um den Konzern in 3 Jahren aus der Verlustzone zu führen. (...) Die Geschäftsführung (hat) inzwischen die Planung gestrafft und den veränderten Verhältnissen angepaßt." Bestandteil dieser Planung der DIAG-Betriebsführung ist die Einführung des Prämienlohnes für die zur Zeit in Zeitlohn Beschäftigten in den Montageabteilungen. Eine Vorlage für eine solche Prämienentlohnung hat die Betriebsführung vorgelegt im Kölner DIAG-Werk Kolb und jetzt auch bei Fritz Werner in Westberlin. Der neu eingesetzte Betriebsführer des Fritz Werner Werkes, Schulz, begründet diese Vorlage zur Prämienentlohnung auf der Betriebsversammlung am 5.7.79 mit der „Ungerechtigkeit" des Zeitlohnes: „Ich meine, es ist unfair, wenn ein Teil der Mitarbeiter in unserem Betrieb ihren Verdienst erhöhen können, indem sie mehr leisten und so eine höhere Akkordabrechnung erhalten, während diejenigen, die in Zeitlohn arbeiten, ihren Verdienst nur durch Überstunden und Samstags- und Sonntagsarbeit erhöhen können. Auch diese Mitarbeiter sollen durch die Prämienentlohnung die Möglichkeit erhal-
ten, in acht Stunden für 12 Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen. (Gelächter bei den Akkordlöhnern) Wer hier lacht, dem kann ich gerne die Abrechnungen von 140 – 160% und darüber zeigen."

Natürlich gibt es diese Abrechnungen, wobei jedoch die Arbeiter nur durch übermäßige Verausgabung ihrer Arbeitskraft ihren individuellen Lohn bei der Bezahlung nach Stücklohn etwas aufbessern können. Das Gelächter der Akkordarbeiter war dennoch nur zu berechtigt: Denn Stücklohn bewirkt, daß es das persönliche Interesse des Arbeiters wird, seine Arbeitskraft möglichst intensiv zu verausgaben. Dies wiederum erleichtert dem Kapitalisten, den Durchschnittsgrad der Arbeitsintensität zu erhöhen. (...)

Die Methode, dies zu erreichen, hat F. Baierl in seinem Buch „Lohnanreizsysteme – Mittel zur Produktionssteigerung" für die Kapitalistenklasse wissenschaftlich untersucht. Über den Prämienlohn schreibt er dort: „Je kürzer die Arbeitszeit für die Auftragserledigung, desto höher ist für die Arbeiter die Prämie und desto niedriger sind für das Unternehmen die Lohnkosten je Produktionseinheit."

Von Beginn der Einführung des Prämienlohns an machen die Kapitalisten also einen Schnitt durch die Senkung der Lohnkosten je Produktionseinheit, sprich: Erhöhung der Ausbeutung. Anfangs sind sie dabei noch gezwungen, die Erhöhung des individuellen
Lohns des Arbeiters hinzunehmen, der eben jetzt in acht Stunden für zwölf Stunden arbeitet. Dieser Effekt ist es ja auch, mit dem Betriebsführer Schulz bei Fritz Werner lockt. Ist der Prämienlohn aber erst mal durchgesetzt,

weist F. Baierl den Kapitalisten den Weg, wie sie den Lohn weiter senken können. „Die Soll-Leistung soll möglichst mit Hilfe von Zeitaufnahmen ermittelt werden. Notfalls kann dies auch mit Hilfe der bereinigten Ist-Leistung aus zurückliegenden Abrechnungsperioden unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Zeitgrades ermittelt werden." (Baierl) Und dann weiter unter der Überschrift „Ausbaufähigkeit": „Im Laufe der Zeit dann werden die Richtzeiten eine ausreichende Genauigkeit ergeben haben, so daß häufig anfangs auftretende unangemessen hohe Prämienabrechnungen korrigiert werden." Weiter empfiehlt Herr Baierl bei der Festsetzung der Vorgabezeiten, soweit sie noch auf Daten beruhen, als Zeitlohn bezahlt wurde, diese Arbeitsleistung zu „Zeitlohnzeiten" lediglich gleich 80% zu setzen.

Nach unseren bisherigen Kenntnissen beinhaltet die Vorlage der Betriebsführung von Fritz Werner zum Prämienlohn darüber hinaus noch den Plan, als Grundlohn lediglich den Tariflohn zu zahlen und nicht den derzeitigen Effektivlohn. Dies lehnt der Betriebsrat ab, darüber hinaus hat er es abgelehnt, mit der Betriebsführung überhaupt über die Prämienlohnver-
einbarung zu verhandeln, solange diese nicht sämtliche Unterlagen darüber zur Verfügung stellt, was sie bisher nicht getan hat.

(Aus: Betriebsausgabe der KVZ für DIAG-Fritz Werner, Westberlin, 11.9.79)



b.dam.Flensburg. **Die Städtische Kinder- und Frauenklinik der Stadt Flensburg soll auf dem Gelände der Diakonissenanstalt Flensburg gebaut werden.** Dies hat die Ratsversammlung der Stadt in der letzten Woche beschlossen. Den ganzen Krankenhausbedarfs- und -finanzierungsplan muß man im Zusammenhang mit der Schließung der Klinik Ost sehen. – 20000 Unterschriften hatten im letzten Jahr die Schließung der Krankenanstalten Ost verurteilt und ein endgültiges Urteil der Stadt darüber gefordert. Ausgetragen soll diese Schließung werden auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten der Stadt Flensburg. 940 statt 1100 Betten sind in dem neuen Krankenhausbedarfsplan der Stadt vorgesehen. Die Krankenhäuser Diakonissenanstalt und Franziskus-Hospital sind jetzt schon überbelegt. Operationen müssen angemeldet werden. Patienten liegen in den Fluren des Krankenhauses. Gleichzeitig wird von der Stadt Flensburg die Hauspflege – ambulante Pflege ohne Krankenhausaufenthalt – vorangetrieben. Auf einem Treffen in der letzten Woche sagte der Vertreter der Stadt Flensburg dazu, vielleicht könne man das Problem Schließung Klinik Ost gleich mit lösen, wenn die Hauspflege so weiter mache. – In einem Prozeß vor dem Amtsgericht Flensburg am Mittwoch wegen Beleidigung Ehrenbergs wird der Leiter der Diako Stellung nehmen müssen.

b.sal.Heide. **Nach verschiedenen Manövern darf Aldra jetzt seine Produktion erweitern.** Der Antrag auf eine neue Fertigungshalle wurde bisher wegen der anfallenden Immissionen von der Stadt Meldorf verweigert. Schon vor acht Jahren gründete sich die Interessengemeinschaft Bismarckstrasse, die ständig wegen des Lärms, der Verstopfung von Dachrinnen und Wasserleitungen durch Sägespäne Auseinandersetzungen mit dem Fensterkonzern führt. Die „Lösung" ist gefunden. Zum „Schutz vor Immission" sollen die 20 direkten Anlieger ausgesiedelt werden. Außerdem wurde das ganze Gebiet zwischen Marsch- und Hindenburgstraße (50% Aldra-Gelände, 50% Wohngebiet) als Industrie- und Gewerbegebiet ausgewiesen, so daß zum einen die auf fünf Jahre befristete Standgenehmigung für neue Aldra-Hallen aufgehoben wird, zum anderen die Möglichkeit der weiteren Ausdehnung und somit Aussiedlung des ganzen Wohngebietes offengehalten wird.

r.klm. **Die Lernmittelfreiheit in Niedersachsen setzt sich durch.** Gegen den Willen der Landesregierung steigt die Zahl der Kommunen, die die Lernmittelfreiheit einführen. Von den insgesamt 462 Gebietskörperschaften in Niedersachsen übernehmen bisher 70 (davon 11 Landkreise, 8 kreisfreie Städte und 51 kreisangehörige Gemeinden/Samtgemeinden) Kosten für Lernmittel. 6 weitere Körperschaften beab-

„Der Hamburger Hafen ist das Eingangs- und Ausgangstor für die CSSR“

r.güt. Die Hamburger Regierungssozialdemokraten treibt es gen Osten. Im August hielt sich Bürgermeister Klose in Prag auf. Im September schickte er seinen Wirtschaftssenator Steinert erneut nach Prag, während der ehemalige Wirtschaftssenator und jetzige Chef der Hamburger Lagerhaus-Aktiengesellschaft, Kern, als Begleiter von Schmidt nach Ungarn reiste. Kern über den Grund seiner Reise: „... es gibt da gewisse Zuwachsprobleme und die waren natürlich Thema unserer Gespräche.“ (Umschau am Abend, 7.9.79) Zuwachsprobleme soll heißen, daß die Zuwachsrate einiger RGW-Länder nicht mehr den steilen Anstieg haben, wie in den letzten Jahren. Die Zuwachsraten waren darauf zurückzuführen, daß die RGW-Länder gezwungen waren ihre Wirtschaft auf Export auszurichten, um Devisen hereinzuholen, mit denen sie die Schulden bei den westdeutschen Imperialisten begleichen müssen. Ende 1977 betrug der Schuldenstand der RGW-Länder rund 25 Mrd. DM und verschlingt bereits mehr als ein Zehntel des Exports.

Den so erzwungenen Export wollen die Hamburger Hafenkapitalisten am liebsten einzig und allein über den Hamburger Hafen leiten. Sie betrachten das quasi als die ihnen naturgemäß zustehende Aufgabe:

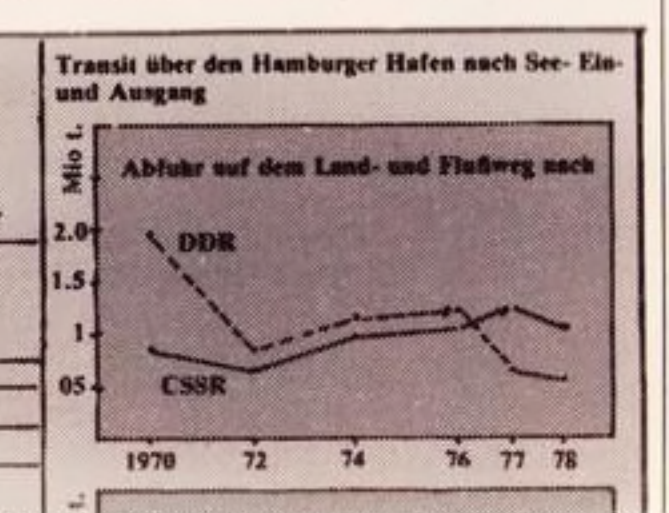
Klose über die CSSR: „Wir sind für die CSSR das Eingangs- und Ausgangstor für den Handel über See und nach Westeuropa.“ Während Klose die CSSR bereits als Teil des Hamburger Hafens betrachtet, sieht Kern die Sache etwas differenzierter: „Die Ungarn haben es verstanden, sich von einer reinen Agrarnation auf eine Industrienation umzugestalten ... Ich glaube, daß auch durch die Regelung mit den Vereinigten Staaten, die Meistbegünstigungsklausel einzuführen, die Chance wächst, den Verkehr über den Hamburger Hafen in die USA zu verstärken.“

Klose hat in Prag über ein Binnenschiffahrtsabkommen verhandelt. Über den Inhalt des Abkommens ist noch wenig bekannt. Die Benutzung des Elbe-Seiten-Kanals soll der CSSR gestattet werden. Doch offensichtlich sieht die Prager Regierung die CSSR nicht als Teil des Hamburger Hafens an, denn „es gab da schwierige politische Probleme.“ (Klose), weshalb das Abkommen noch nicht zustande kam. Doch: „Wir haben außerdem um Beschleunigung gebeten. Ob das gewirkt hat, wird man sehen.“

Die CSSR ist der derzeit größte „Transpartner“ des Hamburger Hafens. Zweifellos ist der Hamburger Hafen für die CSSR der günstigste Transportweg und der Hamburger Bürgermeister läßt es die CSSR-Regierung spüren, daß er am „Ein- und Ausgangstor“ sitzt und Bedingungen diktieren kann. Er schickt Steinert 4 Wochen später wieder nach Prag und der kabelt zurück, daß er bereits von einer Reiseroute Hamburg-Prag träumt. Das Binnenschiffahrtsabkommen ist jedoch immer noch nicht unterschrieben.

Die westdeutschen Kapitalisten setzen die Kreditschlinge an, um die entscheidenden Konkurrenten auf den Transportwegen zu verdrängen. Das sind die polnischen und ostdeutschen Ostseehäfen und für Ungarn auch die Adriahäfen.

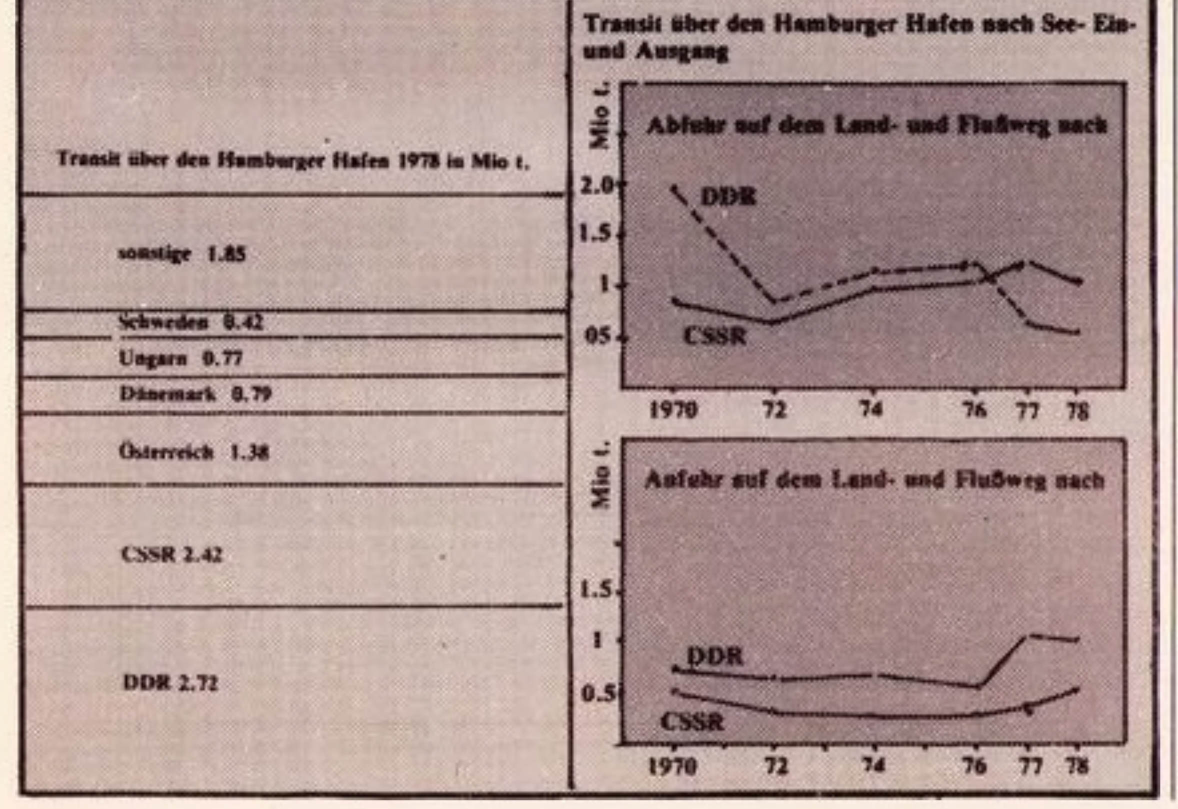
Kern, nachdem er aus Ungarn zurück, wird gefragt: „Man sollte meinen Herr Kern, daß die Ungarn den Namen Büchen noch nie gehört hätten, aber sie haben und das aus gutem Grund.“ Darauf Kern: „Oh ja, das Problem im Massengutbereich ist ja, daß die Trassen über Büchen insgesamt beschränkt sind und daß die Ungarn das Gefühl haben, bei einer starken Anforderung auf diesen Trassen schlechter behandelt zu werden als andere Partner.... und darum war ein wichtiger Gesprächsteil die Frage, ob es möglich sein könnte, im gebrochenen Tarif Schiene/Binnenschiff über Regensburg eine ähnliche Regelung zu finden, wie wir sie heute für die Stahlwerke in Österreich haben.“ Das sind Sondertarife, die Kern da anbietet. Und die Devisen, die die Ungarn dafür bezahlen müssen? „Sie sind bereit eine zusätzliche Devisenbelastung auf sich zu nehmen,“ antwortet Kern. Die westdeutschen Kapitalisten wissen wovon sie reden: von der Beherrschung der Transportwege ans offene Meer. Diesen Traum hegte bereits die Hanse.



nach Westeuropa.“ Während Klose die CSSR bereits als Teil des Hamburger Hafens betrachtet, sieht Kern die Sache etwas differenzierter: „Die Ungarn haben es verstanden, sich von einer reinen Agrarnation auf eine Industrienation umzugestalten ... Ich glaube, daß auch durch die Regelung mit den Vereinigten Staaten, die Meistbegünstigungsklausel einzuführen, die Chance wächst, den Verkehr über den Hamburger Hafen in die USA zu verstärken.“

Klose hat in Prag über ein Binnenschiffahrtsabkommen verhandelt. Über den Inhalt des Abkommens ist noch wenig bekannt. Die Benutzung des Elbe-Seiten-Kanals soll der CSSR gestattet werden. Doch offensichtlich sieht die Prager Regierung die CSSR

daß die Trassen über Büchen insgesamt beschränkt sind und daß die Ungarn das Gefühl haben, bei einer starken Anforderung auf diesen Trassen schlechter behandelt zu werden als andere Partner.... und darum war ein wichtiger Gesprächsteil die Frage, ob es möglich sein könnte, im gebrochenen Tarif Schiene/Binnenschiff über Regensburg eine ähnliche Regelung zu finden, wie wir sie heute für die Stahlwerke in Österreich haben.“ Das sind Sondertarife, die Kern da anbietet. Und die Devisen, die die Ungarn dafür bezahlen müssen? „Sie sind bereit eine zusätzliche Devisenbelastung auf sich zu nehmen,“ antwortet Kern. Die westdeutschen Kapitalisten wissen wovon sie reden: von der Beherrschung der Transportwege ans offene Meer. Diesen Traum hegte bereits die Hanse.



Erklärung der 4 noch inhaftierten iranischen Studenten (Auszüge)

Wir – die vier iranischen Studenten, Mitglieder und Freunde der Conföderation Iranischer Studenten (CIS) – werden schon seit dem 22. Juli dieses Jahres durch die Polizei aufgrund verleumderischer Vorwürfe eines SAVAK-Agenten, nämlich „gefährliche Körperverletzung“, „Raub“ und „Versuch der Verschleppung“, von dem Hamburger Senat im Untersuchungsgefängnis festgehalten. Obwohl die Absurdität und die Haltlosigkeit dieser Vorwürfe, die alle auf falschen Aussagen und Anschuldigungen dieses einen SAVAK-Agenten beruhen, schon längst offensichtlich geworden sind, und vier andere Studenten, die mit uns gleichzeitig wegen derselben Vorwürfe festgenommen worden waren, bereits am 17. August freigelassen werden mußten, (...) ist der Hamburger Senat immer noch nicht gewillt, das endgültige Scheitern seines Angriffes auf die antiimperialistische iranische Studentenbewegung und die iranische Revolution einzugestehen und hält uns vier noch weiterhin wegen angeblicher „Fluchtgefahr“ in Haft. Die Staatsanwaltschaft ist sogar – nach uns zugegangenen Informationen – dabei, eine „Anklageschrift“ gegen uns zu fabrizieren. Wir sehen deshalb die Zeit für gekommen, uns mit dieser Erklärung direkt an die deutsche Bevölkerung zu wenden.

(...) Während wir nun seit mehr als sieben Wochen wegen solcher absurder und erfundener Vorwürfe in Haft sitzen müssen, genießen die Agenten der Mord- und Terrorbande SAVAK hier in der BRD den Schutz der Bundesregierung, und so können sie weiterhin ihrem schmutzigen und verbrecherischen Geschäft nachgehen. Diese Tatsache beweist erneut, daß die Bundesregierung nach wie vor an ihrer feindseligen Haltung gegenüber dem iranischen Volk und seiner nationalen Regierung wie an der Unterstützung der dekadenten und reaktionären Kräfte im Iran festhält; (...) Das ist für uns auch in keiner Weise verwunderlich, denn wir wissen, daß die Imperialisten sich mit ihrer Niederlage nie abfinden, daß sie immer wieder versuchen, ihr verlorenes Profitparadies aufs neue zu gewinnen. Sie haben damals die Mord- und Terrorbande SAVAK für die Aufrechterhaltung ihres Handlangers, des faschistischen Schah-Regimes, benutzt, heute versuchen sie die zerschlagenen Kräfte der SAVAK wieder zusammenzuflicken und sie für den Sturz der neuen nationalen Macht und die Rückkehr der gestürzten reaktionären Kräfte einzusetzen.

(...) Die deutsche Presse (...) hat versucht, durch eine verleumderische Berichterstattung, die ihren Ausdruck in unserer Diffamierung als „Khomeinis Blutrichter“, „Khomeinis Folterer“, „Khomeini Tribunal“ etc.pp. fand, die falschen Anschuldigungen der Bundesregierung gegen uns in der deutschen Öffentlichkeit zu untermauern und so in der BRD eine antiiranische Stimmung zu erzeugen. Damit sollte die iranische Revolution isoliert und, wie im Falle des Demokratischen Kampuchea, der Boden für die jetzigen und zukünftigen Komplotte der Imperialisten vorbereitet werden. (...)



Am Samstag demonstrierten 1000 afghanische und iranische Arbeiter und Studenten zur Unterstützung der Revolution im Iran und Afghanistan durch die Hamburger Innenstadt: Schluß mit der Manipulation der islamischen Revolution durch die deutschen Massenmedien! Nieder mit dem Imperialismus!

Haushalt der Konsolidierung

Gestärkt werden die Profiterwartungen des Finanzkapitals

b.wiv. Am 18.9. soll er das erste Mal im Landtag beraten werden, der „Haushalt der Konsolidierung“. So hatte CDU-Barschel ihn bereits am 28.6. der Presse vorgestellt. Es war seine letzte Amtshandlung als Finanzminister, seit dem 1.7. ist er Polizeiminister. Konsolidierung heißt laut Ullsteins Fremdwörterlexikon Zusammenlegung von Staatsanleihen zu einer Gesamtschuld, und allgemein heißt es Stärkung, Festigung. Sehen wir zu, *was* dort gestärkt und gefestigt werden soll.

Zunächst und als erstes die „Arbeitsplatzsicherung“. Konkret: Die Landesregierung will die Werfthilfe aufstocken, ihr „Existenzgründungsprogramm“ voranbringen und Erdgastransportleitungen bauen. Zudem sollen alle Bundesmittel für Struktur-und Investitionsprogramme der Wirtschaft und der Landwirtschaft ausgeschöpft werden. Diese Gelder gibt es nur, wenn die Landesregierung eigene Mittel zuschießt. Gestärkt und gefestigt werden so die Profiterwartungen der Kapitalisten, indem die Regierungsprogramme ihnen die Investitionskosten verbilligen oder gleich ganz abnehmen.

Gestärkt und gefestigt wird des weiteren der staatliche Schnüffel-und Unterdrückungsapparat. Beim Sozialministerium soll eigens ein Referat für „familienpolitische Aktivitäten“ eingerichtet werden. 107 neue Planstellen erhält die Polizei, 64 Justiz und Strafvollzug. Stolz verkündet der jetzige Polizeiminister, das sich so die Polizeidichte von 1:394 auf 1:390 verändere und Schleswig-Holstein nunmehr an dritter Stelle nach Bayern und dem Saarland liege.

Das sind die *wesentlichen* Elemente des Landeshaushaltes. Die Opposition ist damit unzufrieden: Neitzel (FDP) nennt den Entwurf „halbherzig“, weil er nichts über die Entwicklung des Personalhaushaltes aussage. Ihm sind die Löhne und Gehälter der Beschäftigten noch viel zu hoch, wieviel könnte da frei werden für die Kapitalisten! Hamer (SPD) kritisiert das Gerede von der Steuersenkung. Ihm reicht offenbar die Steigerung der Lohnsteuereinnahmen in Schleswig-Holstein um 8,4% im 1.Hj. 1979 auf 1,25 Mrd. noch nicht aus. Außerdem müsse man einige Haushaltsansätze ändern. Einig sind sich alle jetzt schon, daß die vorgesehene „Kredit-ermächtigung“ bleiben soll, also weitere Zunahme der Staatsverschuldung. Ihre bisherige Entwicklung ist unten dargestellt und zwar nur die *direkte* gegenüber dem Finanzkapital, d.h. aus Kreditmarktmitteln.

Die genauen Zahlen am 18.9. werden ganz in der Tradition der unten dargestellten Entwicklung liegen. Weitere Ausplünderung durch Gebührenerhöhungen ist bereits angekündigt oder beschlossen. Man versteht, daß die Steigerungsrate des Unterdrückungsetats nur durch die Steigerungsrate der Plünderung selbst übertroffen wird.



und erfundener Vorwürfe in Haft sitzen müssen, genießen die Agenten der Mord- und Terrorbande SAVAK hier

denten zur Unterstützung der Revolution im Iran und Afghanistan durch die Hamburger Innenstadt: Schluß mit der Manipulation der islamischen Revolution durch die deutschen Massenmedien! Nieder mit dem Imperialismus!

Haushalt der Konsolidierung

Gestärkt werden die Profiterwartungen des Finanzkapitals

b.wiv. Am 18.9. soll er das erste Mal im Landtag beraten werden, der „Haushalt der Konsolidierung“. So hatte CDU-Barschel ihn bereits am 28.6. der Presse vorgestellt. Es war seine letzte Amtshandlung als Finanzminister, seit dem 1.7. ist er Polizeiminister. Konsolidierung heißt laut Ullsteins Fremdwörterlexikon Zusammenlegung von Staatsanleihen zu einer Gesamtschuld, und allgemein heißt es Stärkung, Festigung. Sehen wir zu, was dort gestärkt und gefestigt werden soll.

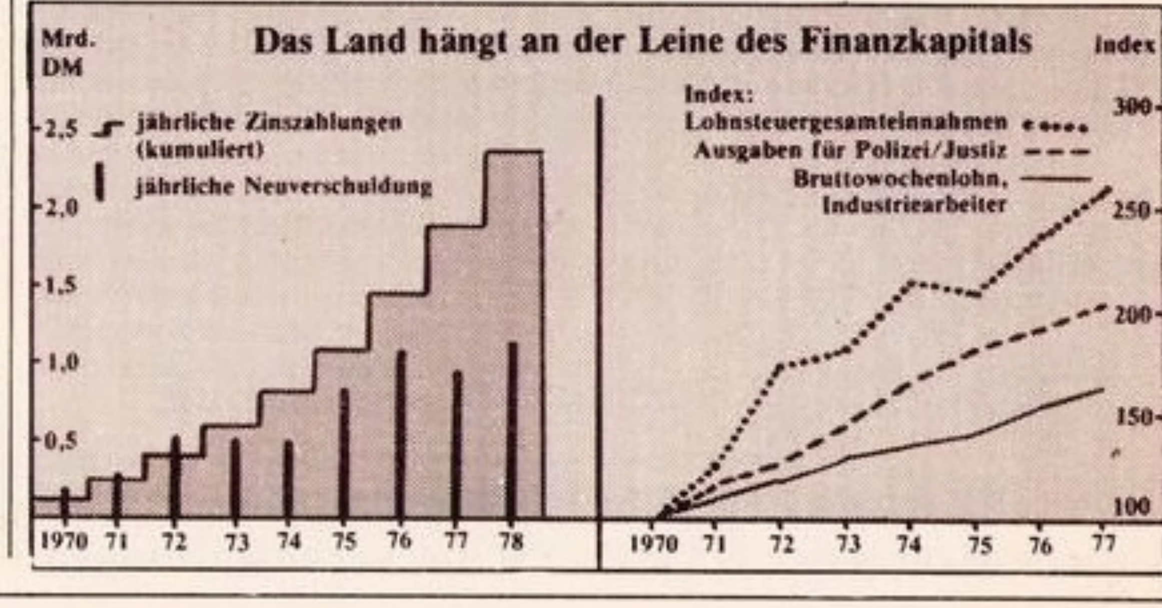
Zunächst und als erstes die „Arbeitsplatzsicherung“. Konkret: Die Landesregierung will die Werfthilfe aufstocken, ihr „Existenzgründungsprogramm“ voranbringen und Erdgastransportleitungen bauen. Zudem sollen alle Bundesmittel für Struktur-und Investitionsprogramme der Wirtschaft und der Landwirtschaft ausgeschöpft werden. Diese Gelder gibt es nur, wenn die Landesregierung eigene Mittel zuschießt. Gestärkt und gefestigt werden so die Profiterwartungen der Kapitalisten, indem die Regierungsprogramme

vollzug. Stolz verkündet der jetzige Polizeiminister, das sich so die Polizeidichte von 1:394 auf 1:390 verändere und Schleswig-Holstein nunmehr an dritter Stelle nach Bayern und dem Saarland liege.

Das sind die wesentlichen Elemente des Landeshaushaltes. Die Opposition ist damit unzufrieden: Neitzel (FDP) nennt den Entwurf „halbherzig“, weil er nichts über die Entwicklung des Personalhaushaltes aussage. Ihm sind die Löhne und Gehälter der Beschäftigten noch viel zu hoch, wieviel könnte da frei werden für die Kapitalisten! Hamer (SPD) kritisiert das Gerede von der Steuersenkung. Ihm reicht offenbar die Steigerung der Lohnsteuereinnahmen in Schleswig-Holstein um 8,4% im 1.Hj. 1979 auf 1,25 Mrd. noch nicht aus. Außerdem müsse man

einige Haushaltsansätze ändern. Einig sind sich alle jetzt schon, daß die vorgesehene „Kredit-ermächtigung“ bleiben soll, also weitere Zunahme der Staatsverschuldung. Ihre bisherige Entwicklung ist unten dargestellt und zwar nur die direkte gegenüber dem Finanzkapital, d.h. aus Kreditmarktmitteln.

Die genauen Zahlen am 18.9. werden ganz in der Tradition der unten dargestellten Entwicklung liegen. Weitere Ausplünderung durch Gebührenerhöhungen ist bereits angekündigt oder beschlossen. Man versteht, daß die Steigerungsrate des Unterdrückungsetats nur durch die Steigerungsrate der Plünderung selbst übertroffen wird.



sichtigen die Einführung. Die Form der Lernmittelfreiheit ist dabei unterschiedlich. Das geht von der kostenlosen Leihe über Gutscheine hin zur unentgeltlichen Übereignung. In einigen Kommunen ist die Gewährung vom Besuch der eigenen Schule abhängig, in anderen erhalten alle Schüler, die in der Kommune wohnhaft sind, die Kosten ersetzt. Von 60 Körperschaften liegen jetzt die Angaben über die Höhe der Kosten vor:

Jahr	Landkreis DM	kreisfreie Städte DM	Gemeinden DM
1977	400000	1600000	900000
1978	450000	1650000	1000000
1979	500000	1600000	1300000

Die Bedingungen zur Durchsetzung der vollen Lernmittelfreiheit sind gut.

b.mie. **Am letzten Donnerstag haben die Vertrauensleute der IGM bei Haller-Meurer mit einer Unterschriftensammlung für die Forderung von 170 DM/8 % mindestens im Betrieb begonnen.** Der Beschluß soll in der VK-Sitzuung besprochen werden, um dann an die Bezirksleitung der IGM Hamburg geschickt zu werden, weiter an die Tarifkommission sowie als Antrag an die große Funktionärsversammlung am 3.10.79. Bis Freitag zum Feierabend haben fast 150 Arbeiterinnen und Arbeiter die Liste unterschrieben, einschließlich dem Betriebsratsvorsitzenden.

r.mar. **Betriebsrat VW-Braunschweig lehnt Springerregelung für Pausen ab.** Auf seiner Sitzung am letzten Donnerstag hat der Betriebsrat die Betriebsführung des Braunschweiger Werkes aufgefordert, den Einsatz von Springern während der Kurzpausen (bezahlte Pausen für Akkordarbeiter) sofort zurückzunehmen. Die Betriebsführung hatte die Verlängerung der Akkordpausen ab 1.9.79 dazu benutzt, in vielen Produktionsbereichen die Pausen mit Springern durchfahren zu lassen. 43 Arbeiter von der ET-Lackieranlage (Halle 3), die Belegschaft von allen 3 Schichten, hat am Donnerstag in einer Unterschriftenliste von der Betriebsführung die Rücknahme der Springerregelung gefordert. Auf einer kurzfristig am Freitag angesetzten Abteilungsversammlung für die Lackiererei erklärte das Mitglied des Betriebsratausschusses Ahrends, die Betriebsführung weigere sich der Forderung des Betriebsrates zu entsprechen, sie gefährde damit ernstlich den sozialen Frieden im Werk.

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents
Eutin, 17. bis 21. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Das Christentum
Lübeck, 24. bis 28. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Zur Tonne“, Marliring

Der Islam
Neumünster, 24. bis 28. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Straße

Deutsche Geschichte
Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens
Lüneburg, 17. bis 21. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Stucksaal, An der Münze

Die Deutschen Bauernkriege
Hamburg-Harburg, 17. bis 21. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Union-Kate, Eddelbüttelstr. 24a

Der Dreißigjährige Krieg
Hamburg-Eimsbüttel, 17. bis 21. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer

Die französische Revolution rüttelt die deutsche Nation wach
Uelzen, 24. bis 28. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Wienerwald“, Veerßer Straße

Die Epoche des Imperialismus
Der deutsche Imperialismus greift nach der Weltherrschaft
Pinneberg, 17. bis 21. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Karl Sörensen Schule, Kirchenstr. 14

Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie Raumordnung und Ernährung
Stade, 24. bis 28. September, 19.30 bis 21.30, „Grafenklause“, Udonenstraße

Die Ministerien für Auswärtiges, Innerdeutsches, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verteidigung
Heide, 17. bis 21. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Grund- und Hauptschule 4

Reihe Europäische Gemeinschaft
Rendsburg, 17. bis 21. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Am Rothenhof, Rothenhöfer Weg

Reihe zur Kritik am Reformismus
Mölln, 17. bis 21. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Zur Linde“, Königsberger Straße 19

Die Geschichte der Klassenkämpfe in Hamburg nach 1945
Hamburg-Nord, 17. bis 21. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Schule Fraenkelstraße

Engels: „Anti-Dühring“
Kiel-Ost, 17. bis 21. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Dorfschänke, Zum Brook

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –
Sportkurse
Flensburg, Donnerstag, 20. September, 18.30 bis 19.30 Uhr, Städtisches Hallenbad
Kiel, Sonntag, 23. September, 10 Uhr, Raisdorf Schwimmbad, Treffpunkt 9.30 Uhr, Kiel-Wilhelmsplatz
Hamburg, Sonntag, 23. September, 10 Uhr, Stadtparkwiesen

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung
Flensburg, Freitag, 21. September, 9.15 Uhr, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Verteilens der Volksmiliz

Prozeß wegen Plakatierens
Hamburg, Donnerstag, 20. September, 13.00 Uhr, Strafjustizgebäude, Raum 297, gegen M.T. und E.H.

Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten im Schlechtwetterfall

b.deb. Man hat das Gejammer der Bourgeoisie in den Ohren: die Löhne auf dem Bau wären zu hoch. Dies hat seine Grundlage darin, daß die Baukapitalisten in der Hochkonjunktur in der ersten Hälfte der 60er Jahre relativ hoch über Tarif zahlen mußten, und die Bauarbeiter durch bloßen Wechsel des Ausbeuters eine Lohnerhöhung durchsetzen konnten, weil der Arbeitsmarkt leergefegt war. Mit der Krise Ende der 60er Jahre und seit 1975 ist es den Baukapitalisten aber gelungen, den Lohn weitgehend auf den Tariflohn zu drücken.

Für die Bauarbeiter wird die Lage erheblich verschärft, wenn sie in der Schlechtwetterzeit (1.11.-31.3.) durch Arbeitsausfall erhebliche Lohneinbußen haben. Können die Arbeiter wegen schlechten Wetters nicht arbeiten, so meldet der Kapitalist Schlechtwetter an. Er zahlt den Arbeitern dann Schlechtwettergeld (SWG), das er sich vom Arbeitsamt wiederholt. Das SWG beträgt 65% vom Nettolohn. Für den letzten Winter beziffert die IG Bau Steine Erden den Einkommensverlust je Arbeiter auf rund 3700 DM. Können die Bauarbeiter im Sommer wegen schlechtem Wetter nicht arbeiten, so kriegen sie keinen Pfennig.

Wir haben einen Jahreslohnvergleich gemacht zwischen einem Bauarbeiter (Facharbeiter, LG 6, Tariflohn 10,69 DM plus 1 DM übertarifliche Leistungszulage) und einem Metallarbeiter (Tariflohn 9,35 DM incl. tarifliche Leistungszulage). Während der Metallarbeiter seinen Tariflohn das ganze Jahr über erhält, liegt beim Bauarbeiter der tarifliche Durchschnittslohn auf das ganze Jahr (von Juli 78 bis Juni 79) gerechnet bei 8,50 DM.

Für die Bauarbeiter heißt das vermehrte Überstunden und Arbeit am Wochenende. Dadurch kann der Verlust aber allenfalls geschmälert, nicht wettgemacht werden. Der Vorstand der IG Bau Steine Erden, Bezirksverband Niederelbe, hat in einem Interview mit dem Stader Tageblatt im März erklärt, er wolle an den Gewerkschaftstag im Oktober in Berlin den Antrag stellen, daß die Bauarbeiter ein „ganzjährig gesichertes Einkommen" haben, d.h. Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten im Schlechtwetterfall. Der Antrag ist vollständig richtig und findet bei allen Bauarbeitern Unterstützung. Auf der Gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung am 2.11. in Stade müssen die Bauarbeiter weitere Schritte beraten, wie sie die Forderung durchsetzen können.


Arbeitsausfall wegen Schlechtwetter: Baustelle Stader Bahnüberführung.

OVG-Lüneburg gegen 40-Stundenwoche der Lehrer – GEW beschließt erneut Streik

b.gog. In einem von der GEW angestrengten Normenkontrollverfahren ist das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg am 4.9. gezwungen worden zu entscheiden, daß die bisher geltende Regelung, nach der an den Orientierungsstufen in Niedersachsen die Gymnasiallehrer 23, die Realschullehrer 26 und die Hauptschullehrer 28 Pflichtstunden haben, aufgehoben ist. Es soll nun eine Angleichung stattfinden. Damit hat das OVG nur die Unverschämtheit in der Behandlung der Orientierungsstufenlehrer anerkannt, ist es doch selbstverständlich, bei gleicher Arbeit gleiche Behandlung zu erwarten. Mit dem Urteil will das OVG die Front der Lehrer für die Arbeitszeitverkürzung und die Einführung der 40-Stundenwoche endlich auch für Lehrer aufweichen. Dagegen hat Hamburgs GEW-Vorsitzender Lemke laut

maßnahmen geäußert, daß dem einen oder anderen Lehrer geholfen werden müßte. Er hat dabei an die Einrichtung eines Stundentopfes gedacht, über dessen Verteilung sich die Lehrer untereinander erstmal kräftig in die Haare geraten sollen.

Das OVG soll da Remmers bei seinen Spaltungsabsichten helfen. Es ist kein Schritt in Richtung Erfüllung der Forderungen nach einer 40-Stunden-Woche für alle, einer Pflichtstunde weniger für alle und daß keiner über 25 Stunden Unterricht hat. Remmers denkt daran, die Lehrer auf die ohnehin hohe Arbeitszeit von durchschnittlich 50 Wochenstunden eines Gymnasiallehrers festzulegen. Eine richtige Antwort ist da der Beschluß des GEW-Hauptvorstands, der nach dem OVG-Urteil gefaßt wurde, im Spätherbst in Niedersachsen, Hamburg und Hessen

gleich gemacht zwischen einem Bauarbeiter (Facharbeiter, LG 6, Tariflohn 10,69 DM plus 1 DM übertarifliche Leistungszulage) und einem Metallarbeiter (Tariflohn 9,35 DM incl. tarifliche Leistungszulage). Während der Metallarbeiter seinen Tariflohn das ganze Jahr über erhält, liegt beim Bauarbeiter der tarifliche Durchschnitts-


Arbeitsausfall wegen Schlechtwetter: Baustelle Stader Bahnüberführung.

OVG-Lüneburg gegen 40-Stundenwoche der Lehrer – GEW beschließt erneut Streik

b.gog. In einem von der GEW angestrengten Normenkontrollverfahren ist das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg am 4.9. gezwungen worden zu entscheiden, daß die bisher geltende Regelung, nach der an den Orientierungsstufen in Niedersachsen die Gymnasiallehrer 23, die Realschullehrer 26 und die Hauptschullehrer 28 Pflichtstunden haben, aufgehoben ist. Es soll nun eine Angleichung stattfinden. Damit hat das OVG nur die Unverschämtheit in der Behandlung der Orientierungsstufenlehrer anerkannt, ist es doch selbstverständlich, bei gleicher Arbeit gleiche Behandlung zu erwarten. Mit dem Urteil will das OVG die Front der Lehrer für die Arbeitszeitverkürzung und die Einführung der 40-Stundenwoche endlich auch für Lehrer aufweichen. Dagegen hat Hamburgs GEW-Vorsitzender Lemke laut „Welt" vom 7.9. für die Gymnasien gleich 200 neue Planstellen gefordert. Bereits zu Beginn des Schuljahres hat Remmers in Niedersachsen in einem Brief an die Lehrer neben Drohungen gegen Streikmaßnahmen geäußert, daß dem einen oder anderen Lehrer geholfen werden müßte. Er hat dabei an die Einrichtung eines Stundentopfes gedacht, über dessen Verteilung sich die Lehrer untereinander erstmal kräftig in die Haare geraten sollen.

Das OVG soll da Remmers bei seinen Spaltungsabsichten helfen. Es ist kein Schritt in Richtung Erfüllung der Forderungen nach einer 40-Stunden-Woche für alle, einer Pflichtstunde weniger für alle und daß keiner über 25 Stunden Unterricht hat. Remmers denkt daran, die Lehrer auf die ohnehin hohe Arbeitszeit von durchschnittlich 50 Wochenstunden eines Gymnasiallehrers festzulegen. Eine richtige Antwort ist da der Beschluß des GEW-Hauptvorstands, der nach dem OVG-Urteil gefaßt wurde, im Spätherbst in Niedersachsen, Hamburg und Hessen einen Streik für die Forderungen der Lehrer durchzuführen. Landesvorsitzender Gallas aus Niedersachsen hat am 12.9. gegenüber der „Morgenpost" einen 2-Stundenstreik bis spätestens Mitte November angekündigt.

Die dänischen Fährarbeiter brauchen Unterstützung der ÖTV durch die Veranstaltungen

b.clm. Ab Montag treten die ersten beschlossenen Blockademaßnahmen des dänischen Gewerkschaftsbundes LO in Kraft: Die Gewerkschaft Handel und Büro stoppt alle Schiffsproviantlieferungen und deren Transport an die Förderreederei. Die Druckergewerkschaft wird Anzeigen, in denen für die Förderreederei Reklame gemacht wird, nicht drucken. Reeder Nissen hat dagegen verlauten lassen, daß er die Lieferung mit deutschen Waren sichern könne, und die Reklame läßt er sich von der Deutschen Bundesbahn besorgen. Die Einwinterung der „Westerland" in Flensburg deutet darauf hin, daß die Reederei weiterhin darauf setzt, für begrenzte Zeit Verluste hinzunehmen, um nach der Zermürbung der Fährarbeiter die Ausbeutung und die Profite um so stärker zu steigern. Die meisten Fahrgäste, 90%, sind Deutsche. Ohne die Information in Westdeutschland über den Kampf der Fährarbeiter zu verbessern und ohne Verstärkung der Unterstützung durch die Gewerkschaftsbewegung kann die Förderreederei von den dänischen Arbeitern nicht schnell in die Knie gezwungen werden.

Die dänischen Fährarbeiter hatten sich bereit erklärt, daß ein Vertreter der Blockadewacht und der Vorsitzende des Dänischen Seemannsbundes, Preben Möller Hansen, auf Veranstaltungen der ÖTV sprechen, um über die Auseinandersetzungen zu informieren. Daraufhin hat der Kreisjugendausschuß des DGB Hamburg folgenden Beschluß einstimmig gefaßt: „Der Kreisjugendausschuß des DGB erklärt sich solidarisch mit den streikenden Fährarbeitern der Römö-Sylt-Linie und beschließt auf ausdrücklichen Wunsch der dänischen Seeleutegewerkschaft die Durchführung einer gemeinsamen Veranstaltung. Termin: 25. September 79, 19.00 Uhr." Der ÖTV Kreisvorstand wurde darum gebeten, diese Veranstaltung zu genehmigen und zu unterstützen. Nachdem diesem vom ÖTV-Hauptvorstand die Entscheidung darüber überlassen worden ist, steht der Veranstaltung eigentlich nichts mehr im Wege. Möglichst viele Gewerkschaftsgruppen in Hamburg sollten den ÖTV-Kreisvorstand zur Organisierung einer erfolgreichen Solidaritätsveranstaltung unterstützen. Das Günstigste wäre, wenn die ÖTV-Kreisvorstände in Flensburg, Kiel und Lübeck auch gleich Veranstaltungen beschließen würden, so daß die ÖTV eine Rundreise der Seeleute organisieren kann.

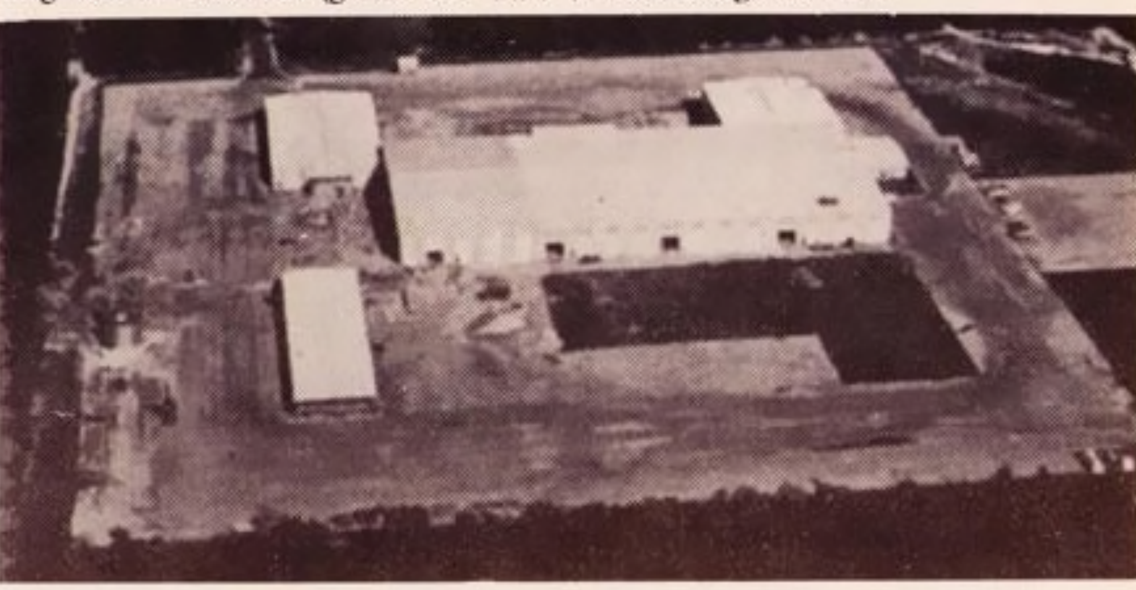
VAW-Arbeiter sind für Festgeld
Prozente müssen noch gefordert werden

b.stk. Am 13. August fand bei VAW Neumünster eine Betriebsversammlung statt, bei der von 450 Kollegen ca. 150 anwesend waren. Die Geschäftsführung hatte von vornherein auf einen Redebeitrag „verzichtet", so daß als erstes der Betriebsrat über seine Tätigkeit berichtete. Der Betriebsratsvorsitzende, Kollege Behrend, griff verschiedene Maßnahmen der VAW-Kapitalisten an, so unter anderem, daß die VAW-Kapitalisten den zusätzlichen Winter-Urlaub (1 Tag extra pro Woche, wenn man in der Zeit vom 1.10 bis 31.3. seinen Urlaub nimmt) streichen wollen. Im wesentlichen verlangte er jedoch von den VAW-Kapitalisten, daß sie im Werk Neumünster endlich Neuinvestitionen tätigen, damit die Arbeitsplätze sicherer würden. Gleichzeitig appellierte er an die Belegschaft, mehr Leistungsbereitschaft zu zeigen, damit die VAW-Kapitalisten das Werk nicht schließen, was sie seit 4 Jahren permanent androhen.

Ein Kollege griff diese Politik der VAW-Kapitalisten an, die mit dieser Drohung Lohnsenkungen und eine ständige Steigerung der Arbeitshetze durchgesetzt haben. Auf dieser Grundlage betreiben sie Kapitalexport, um ihren Hauptkonkurrenten Reynolds auszubooten. So haben sie letztes Jahr einen französischen Aluminiumkonzern aufgekauft und dieses Jahr haben sie ein zweites Werk in den USA bauen lassen. Der Kollege führte weiter aus, daß durch die dauernden Lohnsenkungen, vor allem durch den niedrigen 4,3%/13 Monate-Abschluß die Kollegen zu immer mehr Überstunden und Schichtarbeit gezwungen werden. In der Duschkabinenfertigung machen jetzt Kollegen 6 Wochen hintereinander nur Nachtschicht und außerdem noch jede Woche eine zusätzliche Schicht von Freitag auf Samstag.

Ein anderer Kollege meinte daraufhin, das wäre ja freiwillig. Es stellte sich jedoch schnell heraus, daß der niedrige Lohn die Kollegen zwingt, sich solch mörderischen Arbeitsbedingungen zu unterwerfen und daß es jetzt darauf ankommt, eine hohe Tarifforderung aufzustellen, wobei die Forderung 170 DM/8% mindestens vorgeschlagen wurde. Der Betriebsratsvorsitzende stellte daraufhin eine Forderung von 1 DM/Std. (gleich 173 DM im Monat) als Empfehlung an die Tarifkommission zur Abstimmung, was mit einer Gegenstimme angenommen wurde.

Der Verlauf der Betriebsversammlung zeigt, daß fast alle Kollegen für Festgeld sind in einer Höhe, die sich auch durchsetzen läßt. Der Kollege, der dagegen gestimmt hatte, hatte 2 DM als Forderung vorgeschlagen, was auf Empörung der Belegschaft stieß. Am Schluß wurde noch einmal herausgearbeitet, daß die Forderung ohne eine prozentuale Absicherung schlecht durchzusetzen ist, weil man die Einheit mit den etwas besser verdienenden Kollegen nicht herstellen kann und daß die Vertrauensleute auf ihrer Sitzung Anfang Oktober noch einmal beraten sollen, ob die Forderung durch 8% mindestens ergänzt wird.



Vorbereitung der ÖTV-Bezirksjugendkonferenz zeigt Fortschritte im Kampf gegen den Dienstherren

Am 27./28.10.1979 findet in Hamburg die ÖTV-Bezirksjugendkonferenz (BJK) statt. Zur Vorbereitung werden Bereichsmitgliederversammlungen gemacht, wo Anträge an die BJK verhandelt und verabschiedet werden. Gewählte Delegierte der einzelnen Bereiche beschließen dann auf der BJK über alle vorgelegten Anträge und wählen aus ihren Reihen den Bezirksjugendausschuß (BJA) der für die Durchsetzung sorgen muß.

Am 7.9. fand die Bereichsmitgliederversammlung Gesundheitswesen statt. Die hier beschlossenen Anträge machen einen Fortschritt im Kampf gegen die Absichten des Dienstherren deutlich, der im Rahmen des Mordprogramms von Ehrenberg die Angriffe z.B. auf die Krankenpflegeschüler in den letzten Jahren ständig verschärft hat. Herausragende Maßnahme ist der Entwurf für ein neues Krankenpflege- und Hebammengesetz. Hier soll u.a. die entgültige Anrechnung auf den Stellenplan geregelt werden. Die Hamburger GB hat alles versucht, das ihrige zu tun. Durch die Nichtübernahme

einen französischen Aluminiumkonzern aufgekauft und dieses Jahr haben sie ein zweites Werk in den USA bauen lassen. Der Kollege führte weiter aus,

auf die Auszubildenden abzuwälzen, indem sie 25 DM von jedem Schüler kassieren will, wenn er seine Examensurkunde abholt.

Alle diese Angriffe sind mit einem Antrag zur Durchsetzung des Manteltarifvertrages für Auszubildende im Öffentlichen Dienst (MTV-A) in den anstehenden Manteltarifauseinandersetzungen zurückgewiesen worden. Der neu gewählte BJA und das Jugendsekretariat der ÖTV werden aufgefordert, 5 Veranstaltungen zu den Schwerpunktforderungen des MTV-A zu organisieren.

1) muß der MTV-A auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten. Auf dieser Veranstaltung wird das Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit für Auszubildende sowie das Verbot, an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten eine entscheidende Rolle spielen.
2) zur Stufenausbildung
3) zur Verkürzung der Probezeit
4) zur Übernahme aller Auszubildenden.

die Forderungen schwerpunktmäßig zu unterstützen und dazu z.B. den 1. Mai zu nutzen.

Ein weiterer entscheidender Angriff des Dienstherrn gilt den Löhnen der Krankenpflegeschüler. 1977 konnte er die Rückstufung durchsetzen. Letztes Jahr ließ die Hamburger GB für die gleichen Lohngelder 200 Schüler mehr die Krankenpflegeausbildung beginnen. Mit der bundesweiten Absicht, die Schüler auf den Stellenplan anzurechnen, folgt sie so vorbildlich dem erklärten Ziel, immer mehr billige Arbeitskräfte gegen „teures" examiniertes Personal auszutauschen. Dagegen wird in einem Antrag der BJA aufgefordert, beim Bundesjugendausschuß und beim Tarifsekretariat für die wiederholte Aufstellung der Forderung „Rücknahme der Rückstufung" beim nächsten Tarifkampf zu sorgen und auf Maßnahmen zur Durchsetzung hinzuwirken. Zur Vorbereitung des Tarifkampfes soll in Hamburg zu dieser Forderung eine Veranstaltung stattfinden.

Weitere nützliche Anträge sind u.a.

Vorbereitung der ÖTV-Bezirksjugendkonferenz zeigt Fortschritte im Kampf gegen den Dienstherren

Am 27./28.10.1979 findet in Hamburg die ÖTV-Bezirksjugendkonferenz (BJK) statt. Zur Vorbereitung werden Bereichsmitgliederversammlungen gemacht, wo Anträge an die BJK verhandelt und verabschiedet werden. Gewählte Delegierte der einzelnen Bereiche beschließen dann auf der BJK über alle vorgelegten Anträge und wählen aus ihren Reihen den Bezirksjugendausschuß (BJA) der für die Durchsetzung sorgen muß.

Am 7.9. fand die Bereichsmitgliederversammlung Gesundheitswesen statt. Die hier beschlossenen Anträge machen einen Fortschritt im Kampf gegen die Absichten des Dienstherren deutlich, der im Rahmen des Mordprogramms von Ehrenberg die Angriffe z.B. auf die Krankenpflegeschüler in den letzten Jahren ständig verschärft hat. Herausragende Maßnahme ist der Entwurf für ein neues Krankenpflege- und Hebammengesetz. Hier soll u.a. die entgültige Anrechnung auf den Stellenplan geregelt werden. Die Hamburger GB hat alles versucht, das ihrige zu tun. Durch die Nichtübernahme von Schülern nach dem Examen versucht sie immer wieder, alle Schüler ruhig und arbeitswillig zu halten. Anfang diesen Jahres hat sie einen Vorstoß auf die Arbeitszeiten der Krankenpflegeschüler gewagt, indem sie durch einen Erlaß die Nachtarbeit legalisieren und eine Mindestanzahl zu wachender Nächte festlegen wollte. Gerade jetzt versucht die GB, Ausbildungskosten auf die Auszubildenden abzuwälzen, indem sie 25 DM von jedem Schüler kassieren will, wenn er seine Examensurkunde abholt.

Alle diese Angriffe sind mit einem Antrag zur Durchsetzung des Manteltarifvertrages für Auszubildende im Öffentlichen Dienst (MTV-A) in den anstehenden Manteltarifauseinandersetzungen zurückgewiesen worden. Der neu gewählte BJA und das Jugendsekretariat der ÖTV werden aufgefordert, 5 Veranstaltungen zu den Schwerpunktforderungen des MTV-A zu organisieren.

1) muß der MTV-A auch für die Auszubildenden in der Krankenpflege gelten. Auf dieser Veranstaltung wird das Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit für Auszubildende sowie das Verbot, an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten eine entscheidende Rolle spielen.
2) zur Stufenausbildung
3) zur Verkürzung der Probezeit
4) zur Übernahme aller Auszubildenden.

Auf einem Seminar sollen alle möglichen Kampfmaßnahmen zusammengestellt werden und das Streikrecht der Auszubildenden verhandelt werden. Im Frühjahr sollen alle Aktionen in einer Höhepunktveranstaltung der ÖTV-Jugend zusammenfließen. In einem Zusatzantrag wird die Kreisjugendkonferenz des DGB aufgefordert, die Forderungen schwerpunktmäßig zu unterstützen und dazu z.B. den 1. Mai zu nutzen.

Ein weiterer entscheidender Angriff des Dienstherrn gilt den Löhnen der Krankenpflegeschüler. 1977 konnte er die Rückstufung durchsetzen. Letztes Jahr ließ die Hamburger GB für die gleichen Lohngelder 200 Schüler mehr die Krankenpflegeausbildung beginnen. Mit der bundesweiten Absicht, die Schüler auf den Stellenplan anzurechnen, folgt sie so vorbildlich dem erklärten Ziel, immer mehr billige Arbeitskräfte gegen „teures" examiniertes Personal auszutauschen. Dagegen wird in einem Antrag der BJA aufgefordert, beim Bundesjugendausschuß und beim Tarifsekretariat für die wiederholte Aufstellung der Forderung „Rücknahme der Rückstufung" beim nächsten Tarifkampf zu sorgen und auf Maßnahmen zur Durchsetzung hinzuwirken. Zur Vorbereitung des Tarifkampfes soll in Hamburg zu dieser Forderung eine Veranstaltung stattfinden.

Weitere nützliche Anträge sind u.a. zur Durchsetzung folgender Forderungen beschlossen worden: Nach bestandenem Examen haben wir das Recht auf Kr 3 – Zum weiteren Aufbau von gewerkschaftlichen Jugendgruppen in den Betrieben und zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten und dem Betriebsrat – Zur Aufnahme der Krankengymnastikschüler in die ÖTV.

Billigproduktion durch Behinderte

b.klw. Die Ratsversammlung in Flensburg verteilte am 13.9. den „Überschuß" der Stadtsparkasse Flensburg. 100000 DM wurden dabei an die Werkstatt für Behinderte in Flensburg-Mürwik „verschenkt". Als Wohltäter spielen sich die Kapitalisten und ihre Kommunalpolitiker gern auf. Ihr Herz kann aber nicht anderswo als im Geldbeutel schlagen.

Die Mürwiker Werkstätten, betrieben vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, produzieren hauptsächlich für die Elektroindustrie, an die sie die Produkte verkaufen. Dabei machen sowohl örtliche Kapitalisten als auch internationale Konzerne Riesenprofite. Früher wurden für die Firma Storno (70% General Electric) Kabelbäume gefertigt, heute machen die Behinderten für die Firma Eltro (zu 73,8% im Besitz von AEG und 26,2% von US-Kapital) Schleifarbeiten und Bohraufträge, für die für Behindertenarbeit bekannte Firma Kuhnke in Preetz und Malente produzieren sie Sockel für Ampelanlagen und Elektrogeräte, und nicht zuletzt für die Deutsche Bundespost werden Fernsprechanlagenteile überholt.

Fünf mal sechs Stunden in der Woche wird in der Behindertenwerkstatt gearbeitet. Pro Stunde erhalten die Arbeiter ca. 0,90 DM. Bezahlt wird nach Stückzahl. Für die meisten ergibt dies 100 DM im Monat. Ist eine Arbeit schlecht gemacht und werden drei Hauptfehler festgestellt, muß sie noch einmal ohne Bezahlung gemacht werden. Vor einiger Zeit war es noch so, daß die Aufseher den Arbeitern wegen schlechten Betragens z.B. bei Schlägereien, Geld vom Lohn abgezogen haben, vom Wochenlohn von 25 DM manchmal 5 DM. Dagegen haben sich die Arbeiter und Arbeiterinnen aber erfolgreich zur Wehr gesetzt.

Auf eine Frage, wie sie dorthin gekommen sei, antwortete eine Arbeiterin, daß sie geistig behindert sei. Wieso – sie war schlicht auf der Sonderschule gewesen, war mit dem zweiten Schuljahr dorthin gekommen, weil sie im Rechnen schlecht war und nach ihren Aussagen längere Zeit als die anderen Schüler zum Überlegen brauchte. Nach der Schule hatte sie dann keine Arbeit gefunden und war vom Arbeitsamt in die Behindertenwerkstatt „vermittelt" worden.

Die fast kostenlose Vernutzung der behinderten menschlichen Arbeitskraft in diesem Arbeitshaus wird von den Bourgeois-Politikern gehegt und gepflegt. Aber hier soll andererseits auch ein unterdrückter Teil der Arbeiterklasse gezüchtet werden, der auf den Lohn der gesamten Klasse drückt. Zum einen suchen die Arbeiter, sobald des eben geht, auf dem Arbeitsmarkt Arbeit, wobei die Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen gegenüber der Rechtlosigkeit und Ausbeutung dort noch rosig erscheint. Zum anderen erwählen einige Kapitalisten, für die in Mürwik gearbeitet wird, einige Arbeiter und bezahlen sie in der Firma nach Tarif. Daß sie dann, wenn diese sich nicht zum Lohndrücken und zur Steigerung der Produktion eignen, nicht zimperlich rausschmeißen, zeigt ein Beispiel einer Arbeiterin bei Storno, die nach dem Behindertengesetz eingestellt war und im Sommer entlassen wurde.

Statt „pädagogischem Auftrag" der Lehrer – schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft

b.mak. Der Schulleiter an der Volks- und Realschule in Bergstedt begrüßt die Kollegen nach den Ferien: auf Anweisung muß innerhalb von 30 Minuten entschieden werden, wie das Kollegium eine volle Stelle an andere Schulen im Kreis „abordnen" kann. High noon im Lehrerzimmer. Wer geht? Schließlich teilen sich zwei Kollegen die Abordnung, sie werden ab jetzt pendeln. Einer aus der Oberstufe an die Sonderschule im Kreis, seine 7. Klasse will er nicht aufgeben, weil einige Schüler den Wechsel nicht „überstehen" würden, so verzichtet er „freiwillig" auf die bereits genehmigte Befreiung von drei Stunden für Lehrerfortbildung. Der Stundenplan der Schule ist hinfällig geworden, ein Notplan wird erstellt, die Ferienvorbereitung der Kollegen war für die Katz. Nach der Abordnung bleibt ein Minus von 17,5 Stunden: Stundenausfall oder Mehrarbeit.

Erste Stunde am Walddörfer-Gymnasium nach den Sommerferien, kurze Konferenz im Lehrerzimmer, die Schulleitung erklärt, die Lage sei viel besser, als man je hätte hoffen dürfen – die angeforderten Lehrer seien da, keine genauen Zahlen. Die Kollegen zählen schnell ihre Stundenpläne aus, die ersten fluchen, rennen zu den Aushängen mit der Gesamtverteilung der Stunden, Stundenplänen der Klassen, Pausenaufsichten, Kursverteilung und -frequenz. In dem Gedrängel läutet es zur zweiten Stunde, die Klassenlehrer müssen los. In der großen Pause platzt mehreren Kollegen der Kragen: Schülerzahlen in den Deutschkursen Stufe 11: 30 und 31, Unterricht z.T. in die 8., 9. oder 10. Stunde (bis 17.00 Uhr), Streichung von Tutorenstunden und anderen Entlastungsstunden. Der neue Kollege, der vorher als Referendar bereits an der Schule war, macht den Versuch, über Inhalte zu sprechen, die er nun unterrichten möchte; die Kollegen klopfen ihm freundlich auf die Schulter; viele Kurse in der Oberstufe, gleich Klassenlehrer, nur Korrekturfächer, viel Deutsch, das wird nicht einfach für ihn, da gehen auch alte Hasen unter.

Zwei Lehrer entwerfen rasch einen Fragebogen, um die Mehrarbeit der Kollegen zu erfassen, die Schulleitung kommt in die Enge und hält auf der folgenden Lehrerkonferenz einen Vortrag über „Zwänge", die sich z.B. aus der Wahlfreiheit der Schüler im Kurssystem ergeben – vom pädagogischen Auftrag traut sie sich nicht offen zu reden.

Für den Unterricht der 288000 Hamburger Schüler, für die 14607 Lehrerplanstellen eingerichtet sind, bleiben zum Schuljahresanfang, vor allem in den Fächern Biologie, Chemie, Physik und Musik, an VR-Schulen 222 Stellen unbesetzt, an Gesamtschulen 12, an Gymnasien 59. Ausgebildete Lehrer sind da, aber nur mit der Note 4, sie werden nicht eingestellt.

An den Gesamtschulen fallen Förderunterricht und Teilungsstunden weitgehend aus, in Mümmelmannsberg Musik und Physik ganz in Klasse 7 und 8, in Steilshoop Arbeitslehre in Klasse 5 sowie die Neigungskurse, am Alten Teichweg werden keine Schülerstunden gestrichen, dafür 37 Stunden der Lehrer für Koordination und Sammlungen.

Bereits am 25.6.79 hatte Oberschulrat Brüggemann den Schulleitern der Gymnasien per Brief empfohlen, neben Streichung des Physikunterrichts in Klasse 6 die Zuwahlkurse in Klasse 11 und die naturwissenschaftlichen Grundkurse der Oberstufe 2- statt 3-stündig zu führen, für die Lehrer also drei statt zwei Kurse bei sechs Lehrerstunden. So wird es jetzt vielfach praktiziert. Viel Humor zeigte Brüggemann mit der Anweisung „,...können Lehraufträge bis zu acht Wochenstunden an Pensionäre zwischen vollendetem 65. und 70. Lebensjahr vergeben werden"; die Gewerkschaftsmehrheit im Personalrat hat neue Lehraufträge generell abgelehnt

An der Gewerbeschule 5 sind im Stundenplan bei Schulbeginn 43 Stunden Mehrarbeit verplant. Ein Kollege, der gerade mit seiner Ausbildung fertig ist, kriegt 33 Stunden bei 24 Pflichtstundenzahl aufgebrummt – „Überpflicht" wird das genannt. Drei teilzeitbeschäftigte Kollegen sind nicht weiterbeschäftigt worden, deren Festeinstellung von Schülern und Kollegen gefordert worden war. Die Schüler erhalten nach Notplan vor allem „abweichenden" Unterricht, einzelne Klassen müssen „mit Aufgaben ganz zu Hause" bleiben – der Schülerrat erhebt 156 ausgefallene Stunden in den ersten beiden Schulwochen. Zwei Klassen erhalten Unterricht im Keller, mit Ausblick auf eine weite Landschaft – die ist auf die Betonwand gemalt, auf die die Schüler starren.

Kaum sind die ersten Schultage vorüber, läßt Grolle sich im „Hamburger Abendblatt" als Sieger über den Stundenausfall feiern (30.8.79), Landesschulrat Neckel entschuldigt die Notpläne an den Schulen als „möglich, weil etwa Lehrer, die neu eingestellt werden sollten, ihre Zusage plötzlich änderten' (HA, 30.8.). Der Personalrat der Gewerbeschule hatte vor den Ferien Senator Grolle geschrieben: „Der Vertrauensverlust bei den Kollegen ist groß, und die Bereitschaft der Kollegen, die erhöhte Arbeitsbelastung im Interesse der Schüler weiterhin zu leisten, hat ihre Grenzen seit langem erreicht." Die Fachgruppe der Gewerbelehrer in der GEW hatte als erste bereits im Mai in einem Beschluß „Streik zur Senkung der Arbeitszeit" gefordert.

Inzwischen beraten und beschließen die Lehrer in vielen Schulen über Urabstimmung und Warnstreik diesen Herbst, um die Forderung „kein Lehrer über 25 Stunden! Alle Lehrer eine Stunde weniger!" durchzusetzen. Auf Elternabenden informieren die Kollegen über die Lage an der Schule und erklären, wie die Lehrer auf eine Wochenarbeitszeit von über 50 Stunden kommen. Es zeigt sich schon, daß die lohnabhängigen Eltern den Kampf der Lehrer gegen die Ruinierung der Arbeitskraft unterstützen.





Pausenaufsichten, Kursverteilung und -frequenz. In dem Gedrängel läutet es zur zweiten Stunde, die Klassenlehrer müssen los. In der großen Pause platzt mehreren Kollegen der Kragen: Schülerzahlen in den Deutschkursen Stufe 11: 30 und 31, Unterricht z.T. in die 8., 9. oder 10. Stunde (bis 17.00 Uhr), Streichung von Tutorenstunden und anderen Entlastungsstunden. Der neue Kollege, der vorher als Referendar bereits an der Schule war, macht den Versuch, über Inhalte zu sprechen, die er nun unterrichten möchte; die Kollegen klopfen ihm freundlich auf die Schulter; viele Kurse in der Oberstufe, gleich Klassenlehrer, nur Korrekturfächer, viel Deutsch, das wird nicht einfach für

ben Streichung des Physikunterrichts in Klasse 6 die Zuwahlkurse in Klasse 11 und die naturwissenschaftlichen Grundkurse der Oberstufe 2- statt 3-stündig zu führen, für die Lehrer also drei statt zwei Kurse bei sechs Lehrerstunden. So wird es jetzt vielfach praktiziert. Viel Humor zeigte Brüggemann mit der Anweisung „,...können Lehraufträge bis zu acht Wochenstunden an Pensionäre zwischen vollendetem 65. und 70. Lebensjahr vergeben werden"; die Gewerkschaftsmehrheit im Personalrat hat neue Lehraufträge generell abgelehnt

An der Gewerbeschule 5 sind im Stundenplan bei Schulbeginn 43 Stunden Mehrarbeit verplant. Ein Kollege,

lehrer in der GEW hatte als erste bereits im Mai in einem Beschluß „Streik zur Senkung der Arbeitszeit" gefordert.

Inzwischen beraten und beschließen die Lehrer in vielen Schulen über Urabstimmung und Warnstreik diesen Herbst, um die Forderung „kein Lehrer über 25 Stunden! Alle Lehrer eine Stunde weniger!" durchzusetzen. Auf Elternabenden informieren die Kollegen über die Lage an der Schule und erklären, wie die Lehrer auf eine Wochenarbeitszeit von über 50 Stunden kommen. Es zeigt sich schon, daß die lohnabhängigen Eltern den Kampf der Lehrer gegen die Ruinierung der Arbeitskraft unterstützen.





Die Lehrer beteiligen sich in großer Zahl an den gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen (linkes Bild); seinen Arbeitsplatz finanziert der Lehrer vollständig selbst.

Nur mit der Gewerkschaft kann die Kampffront aufgebaut werden

b.trg. Die in der GEW organisierten Lehrer und Sozialpädagogen sind nicht länger bereit, die Festschreibung der Arbeitszeit hinzunehmen. Mit allen gewerkschaftlichen Mitteln arbeitet die GEW auf eine Arbeitszeitverkürzung für die Lehrer hin. Die Hauptversammlung der GEW Hamburg faßte 1971 einen Beschluß, der von der Hauptversammlung 1974 bestätigt wurde: „,... Der Vorstand wird aufgefordert, mit Nachdruck die unverzügliche und strukturelle Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Lehrer und Sozialpädagogen im schulischen Bereich zu fordern ..." Auch der DGB forderte auf seinem 10. o. Bundeskongreß im Mai 1975 die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, die bei ihnen beschäftigten Lehrer durch eine angemessene Senkung der wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden an der Herabsetzung der Arbeitszeit – wie die 40-Stundenwoche im gesamten öffentlichen Dienst – zu beteiligen.

Am 2.7.79 beschließt die Vertrauensleuteversammlung der GEW Hamburg Kampfmaßnahmen zur Senkung der Arbeitszeit der Lehrer. Im November soll ein Warnstreik durchgeführt werden. Der Streit geht zur Zeit um die Durchführung der Urabstimmung. Der Vorstand und breite Teile der Mitgliedschaft sind für eine Urabstimmung, sie schafft Geschlossenheit und mobilisiert die Kollegen. „,...Die Urabstimmung selbst hat immer mobilisierende Funktion und gibt den Kollegen die Gewißheit des geschlossenen Vorgehens der gesamten Mitgliedschaft. Dieses ist aber unabdingbar für einen Erfolg in der Sache", schreibt Lemke, Vorsitzender der GEW Hamburg, in der Hamburger Lehrerzeitung. Das ist richtig.

Wichtigste Aufgabe ist es jetzt, Spaltungen unter den Kollegen zu bekämpfen und die Einheit für den anstehenden Streik herzustellen. Die Opportunisten haben gerade zur rechten Zeit entdeckt, daß es doch „fortschrittlicher" ist, für kleinere Klassen und Verbesserungen in der Schule aufzutreten als für Arbeitszeitverkürzung. Just dasselbe hat Senator Grolle gleich nach den Ferien vorgeschlagen, und Stoltenberg hat das in Schleswig-Holstein jetzt auch entdeckt. Sie hetzen auf die Kollegen, die noch nicht so weit seien und verbreiten die Stimmung, daß die Urabstimmung sowieso nie 75% bekommen wird.

Gestützt auf die gewerkschaftlichen Kampfmittel, können die Lehrer sich auch gegen die Angriffe und Drohungen des Dienstherrn durchsetzen.

Die Richtlinien der Behörde: ständiger Angriff auf die Arbeitszeit der Lehrer

b.rad. Jahr ums Jahr haben Senat und Behörde durch Gesetzgebungs- und Richtlinientätigkeit die Arbeitskraft der Lehrer stärker vernutzt. Nur die einschneidendsten Bestimmungen sind im folgenden aufgeführt. Quelle waren die jeweiligen „Informationen" des Amtes für Schule.

Juli 1973: „Richtlinien für die Erteilung von Hausaufgaben." „Hausarbeiten müssen vom Lehrer regelmäßig zur Kenntnis genommen werden. Dabei ist nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form zu würdigen." Die Lehrer sollen also die Hefte mit nach Hause nehmen.

Herbst 1973: Umstellung des Unterrichts auf die neuen Lehrpläne für die Grundschule und die Sekundarstufe I. In der Folgezeit neue Richtlinien auch für Gymnasien, Gesamtschulen, Sonderschulen u.a.

Frühjahr 1974: Ausweitung des „Ausländerförderunterrichts" an den Grund- und Hauptschulen. Eine stets wachsende Zahl von Lehrern muß „Deutsch als Fremdsprache" unterrichten lernen

April 1974: „Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung." „Die Schule (d.h. der Lehrer) unterstützt die Anfertigung von Unterlagen, die die Einzelberatung des Schülers fördern sollen, und stellt der Berufsberatung Angaben über die Entwicklung, die Leistungen und die Interessen, sowie über Verhaltensweisen des Jugendlichen zur Verfügung ..."

Oktober 1974: Lehrer können gegen ihren Willen zur Mehrarbeit verpflichtet werden, bis zu 4 Unterrichtsstunden innerhalb eines Monats, einmalig im Laufe des Schulhalbjahres.

November 1974: „Formen der Zusammenarbeit" aus den „Richtlinien über Versuche mit der Mitarbeit von Eltern im Unterricht der Grundschule". U.a.: Einzelgespräche, regelmäßige Sprechstunden, Hausbesuche, Elternfeste, Film- und Vortragsabende.

Dezember 1974: „Sparmaßnahmen des Senats". 737 Lehrerplanstellen werden gestrichen.

Dezember 1975: Wegfall der Organisationspause. Die Planung hat in den Ferien zu geschehen. Außerdem: Verkürzung der Ferien um 4 Tage.

Oktober 1976: Für die Sekundarstufe I werden Klassenbücher eingeführt, später auch für die Grundschule, die den Lehrer verpflichten, über jede Stunde „Tagebuch" zu führen und verschiedene Daten einzutragen, wie: Zensuren, Versäumnisse etc.

November 1976: Die Vervielfältigung von Unterrichtsmaterial in den Schulen wird von der Behörde „aus urheberrechtlichen Gründen" auf 10 Exemplare limitiert. Folge: Tippen statt Kopieren.

Oktober 1977: Verabschiedung des neuen Schulgesetzes. Darin wird der Lehrer u.a. verpflichtet, „sich zur Erhaltung seiner Unterrichtsfähigkeit in der unterrichtsfreien Zeit fortzubilden".

Februar 1979: „Entwurf für Richtlinien von Klassenarbeiten." Festlegung und Ausweitung der zu schreibenden Klassenarbeiten und „anderen schriftlichen Arbeiten". Festlegung von Beurteilungskriterien.

Mai 1979: Neue „Zeugnis- und Versetzungsbestimmungen".

b.rad. Jahr ums Jahr haben Senat und Behörde durch Gesetzgebungs- und Richtlinientätigkeit die Arbeitskraft der Lehrer stärker vernutzt. Nur die einschneidendsten Bestimmungen sind im folgenden aufgeführt. Quelle waren die jeweiligen „Informationen" des Amtes für Schule.

Juli 1973: „Richtlinien für die Erteilung von Hausaufgaben." „Hausarbeiten müssen vom Lehrer regelmäßig zur Kenntnis genommen werden. Dabei ist nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form zu würdigen." Die Lehrer sollen also die Hefte mit nach Hause nehmen.

Herbst 1973: Umstellung des Unterrichts auf die neuen Lehrpläne für die Grundschule und die Sekundarstufe I. In der Folgezeit neue Richtlinien auch für Gymnasien, Gesamtschulen, Sonderschulen u.a.

Frühjahr 1974: Ausweitung des „Ausländerförderunterrichts" an den Grund- und Hauptschulen. Eine stets wachsende Zahl von Lehrern muß „Deutsch als Fremdsprache" unterrichten lernen.

April 1974: „Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung." „Die Schule (d.h. der Lehrer) unterstützt die Anfertigung von Unterlagen, die die Einzelberatung

innerhalb eines Monats, einmalig im Laufe des Schulhalbjahres.

November 1974: „Formen der Zusammenarbeit" aus den „Richtlinien über Versuche mit der Mitarbeit von Eltern im Unterricht der Grundschule". U.a.: Einzelgespräche, regelmäßige Sprechstunden, Hausbesuche, Elternfeste, Film- und Vortragsabende.

Dezember 1974: „Sparmaßnahmen des Senats". 737 Lehrerplanstellen werden gestrichen.

Dezember 1975: Wegfall der Organisationspause. Die Planung hat in den Ferien zu geschehen. Außerdem: Verkürzung der Ferien um 4 Tage.

Oktober 1976: Für die Sekundarstufe I werden Klassenbücher eingeführt, später auch für die Grundschule, die den Lehrer verpflichten, über jede Stunde „Tagebuch" zu führen und verschiedene Daten einzutragen, wie: Zensuren, Versäumnisse etc.

November 1976: Die Vervielfältigung von Unterrichtsmaterial in den Schulen wird von der Behörde „aus urheberrechtlichen Gründen" auf 10 Exemplare limitiert. Folge: Tippen statt Kopieren.

Oktober 1977: Verabschiedung des neuen Schulgesetzes. Darin wird der Lehrer u.a. verpflichtet, „sich zur Erhaltung seiner Unterrichtsfähigkeit in der unterrichtsfreien Zeit fortzubil

Pinneberger Magistrat will die Jugendlichen per Justiz und Polizeiknüppel unterdrücken

b.thc. Am 25.9. findet in Pinneberg ein Prozess gegen 13 Jugendliche statt, die im Dezember 1977 und Januar 1978 für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum eingetreten sind und dazu die Räumlichkeiten des unter Magistratsaufsicht stehenden Jugendzentrums in Pinneberg genutzt hatten. Der Magistrat versucht mit aller Gewalt jede Regung der Jugendlichen unter seine Kontrolle zu bekommen oder sie direkt zu unterdrücken. So hat er auf die Forderung der Jugendlichen nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum ein von ihm verwaltetes Jugendzentrum eingerichtet und es gleich mit einem Schergen, Götz Löwe als Leiter des JZ, ausgerüstet.

Wäre alles nach Plan gelaufen, würden sich die Jugendlichen mit Nudelnkochen, DRK-Feldlagern und dem Bestaunen von V-1 Raketen aus dem 2. Weltkrieg (vorgeführt in der Eggerstedt-Kaserne) beschäftigen. Die Jugendlichen hielten es jedoch für wichtiger, das damals anrollende neue Schulgesetz als Unterdrückungsinstrument zu bezeichnen und den Kampf dagegen zu organisieren. Der Magistrat will Aktivitäten dieser Art unterdrücken und hat dazu für das JZ eine entsprechende Satzung herausgegeben, die die Benutzer des Jugendzentrums auf die Verfassung festnageln soll: „Alle Benutzungen, Veranstaltungen und deren Inhalt müssen im Einklang mit der Verfassung stehen und dürfen Gesetz und Recht nicht verletzen." Wer dagegen verstößt, kann des Hauses verwiesen werden.

Als willfähriger Handlanger des Magistrats hat G.Löwe damals diese Ordnung zur Anwendung gebracht und, nachdem die Jugendlichen das JZ selbstständig mit Parolen ausgeschmückt hatten, die Polizei geholt, um sie aus dem JZ entfernen zu lassen. Die Eltern haben in Briefen an das Gericht gegen die Maßnahmen des Staatsapparates protestiert und die Einstellung des Verfahrens gefordert.

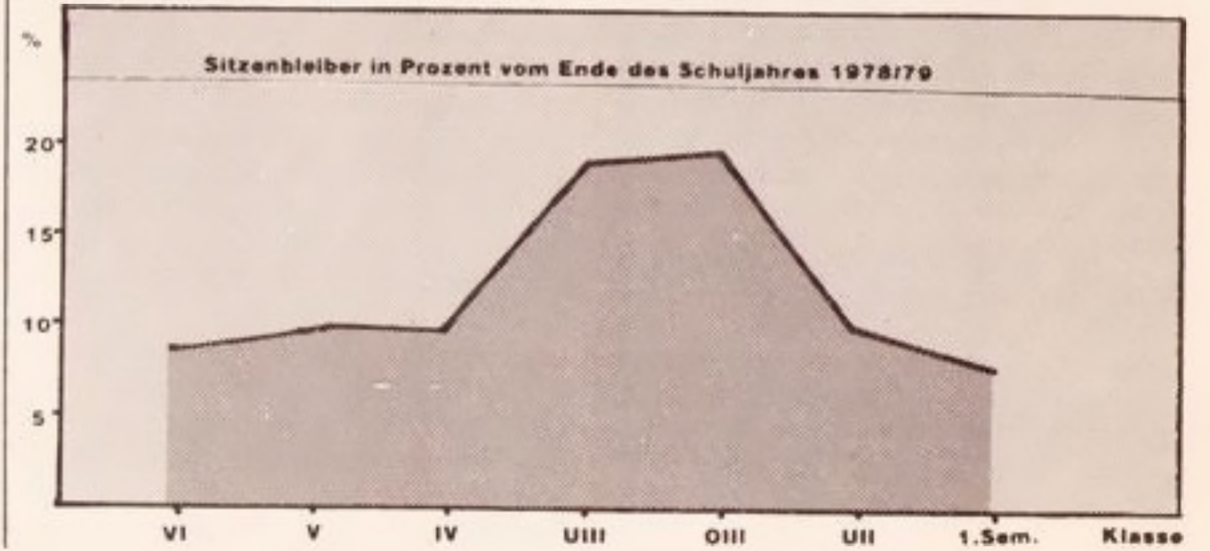
Das Interesse der Jugendlichen an der Waffentechnik versucht die Bourgeoisie in Propaganda für den imperialistischen Krieg umzumünzen.

Notensystem – System für billige Arbeitskraft

b.ron. Wir haben an der Lornsenschule in Schleswig eine Untersuchung durchgeführt, um die Sitzenbleiberquote in den verschiedenen Klassenstufen festzustellen. Das Ergebnis haben wir anhand von Durchschnittswerten in einer Grafik zusammengefaßt.

Aus der Statistik kann man eindeutig ersehen, daß die Konzentration der Sitzenbleiber in den Klassen U III (8. Schuljahr) und O III (9. Schuljahr) liegt. Um nun möglichst viele Schüler ohne Abschluß zu bekommen, hat die Schulbehörde die Anforderungen in den Klassen U III und O III radikal heraufgesetzt (z.B. wird Physik ab U III Hauptfach), so daß in U III besonders viele Schüler „hängen" bleiben. Schaffen sie es dann nicht ohne nochmaliges Sitzenbleiben bis zur U II, müssen sie die Schule ohne Abschluß verlassen.

Es wäre sehr nützlich, wenn die SV diese Untersuchung weitertriebe und unter Umständen Fragebogenaktionen zu diesem Thema durchführte.



Landesbauerntag: Programm zum Bauernlegen

b.chc. Im Rahmen des Landesbauerntages auf der NORLA hat Ministerpräsident Stoltenberg in seiner Rede über „Wirtschafts- und Agrarpolitik“ vor den 1200 versammelten Bauern, Agrarkapitalisten und „Ehrengästen“ unter dem Deckmantel „mehr Steuergerechtigkeit“ eine geringere Besteuerung der Agrarkapitalisten und Steuererhöhung für die kleinen und mittleren Bauern gefordert. „Wir sind offen für eine Steuerneuregelung auch in der Landwirtschaft. Wir sind für mehr Steuergerechtigkeit. Wir sind für eine Anpassung der jetzigen Durchschnittssätze der Besteuerung... Für eine Verminderung der Steuer- und Abgabenlast, die bei Mehreinkommen zu einer Grenzbelastung von 50 bis 60% führt“.



Schlepper, der zu 50% mit Rapsöl betrieben werden kann.

Bundes- und Landesregierung sind sich darin einig,daß Steuern und Abgaben, die die kleinen und mittleren Bauern zahlen müssen, erhöht werden. Die Bundesregierung will durch Anhebung der Durchschnittssätze bei Gewinnermittlung und Buchführungspflicht dies erreichen. Stoltenberg hält eine „Anpassung der jetzigen Durchschnittssätze der Besteuerung“ für zweckmäßiger und leichter durchsetzbar und nennt die Buchführungspflicht deswegen „einen unnötigen Arbeitsaufwand für die Betriebe,der zudem mehr staatliche Bürokratie zur Folge (habe).“

So muß ein Bauer mit einem 30 Hektar Hof 11002 DM jährlich an Steuern und Abgaben zahlen. Die kleinen und mittleren Bauern haben daran kein Interesse ob mit oder ohne Buchführung mehr Gelder für den Unterhalt des bürgerlichen Staatsapparates zu zahlen. Der Vorsitzende des Bauernverbandes Klinker, mußte sich gegen jede Art der Steuererhöhung aussprechen.

Laut Angaben des Bundesverbandes bedeutet der um 60% gestiegene Preis für Dieselöl für einen 40 ha Betrieb eine Erhöhung der Betriebskosten um 3000 DM, und ein weiteres Auseinanderklaffen der Preisentwickling landwirtschaftlicher Betriebsmittel im Vergleich zu den Erzeugerpreisen, die bereits jetzt um 20% den Preissteigerungen der Betriebsmittel hinterher hinkt. Seit langem führen die Bauern den Kampf gegen die Bundesregierung zur Durchsetzung höherer Erzeugerpreise. Stoltenberg will die Verschlechterung der Lebensbedingungen der kleinen und mittleren Bauern nutzen, um sie für das Programm zum Bauernlegen in der EG zu gewinnen und ihre Konkurrenz zu den französischen, holländischen und dänischen Bauern zu schüren. Er fordert „Angleichungsmaßnahmen, damit unsere Bauern nicht unzumutbare Nachteile gegenüber ihren Partnern zu tragen haben,“ und ist stolz darauf, daß Schleswig-Holstein innerhalb der EG eine Spitzenstellung innehat. Über 70% der in der Landwirtschaft Beschäftigten sind in den letzten Jahren von ihrem Land vertrieben und zu besitzlosen Lohnarbeitern gemacht worden, die die Arbeitslosenarmee auffüllen.

Mittels „steuer- und finanzpolitischer Anreize“, also durch Steuererhöhung, Errichtung neuer Abgaben einerseits, und zeitweiliger Bezuschussung für Anwendung „alternativer Energien“, will Stoltenberg die Bauern zwingen, „in der Energieversorgung neue Wege zu gehen, selbst wenn diese betriebswirtschaftlich nicht rentabel sind.“

Unter dem Stichwort „Verminderung der Abgabenlast der Betriebe, Senkung der Staatsverschuldung durch Abbau der Bürokratie“ hat Stoltenberg versucht, sich bei den versammelten Bauern als „Bauernfreund“ anzupreisen, in Wirklichkeit hat diese Politik bereits viele Bauern den Hof gekostet.

Hamburger Feuerwehrleute demonstrieren gegen den Senat

ÖTV fordert mehr Lohn/vollständige Besatzungen/40 Stundenwoche

r.hos. „56 Stunden sind zu schwer - jetzt brennt es bei der Feuerwehr.“ „9,80 Mark Stundenlohn – und das seit 6 Jahren schon.“ Ca 2000 Menschen beteiligten sich am 11.9. an der Demonstration der Hamburger Berufsfeuerwehr, zu der die ÖTV aufgerufen hatte. Ein großer Teil der Feuerwehrmänner demonstrierte in Uniform. Seit Jahren stehen die Forderungen: 40-Stundenwoche Herabsetzung der Pensionsaltergrenze auf das 55. Lebensjahr, Schaffung von 12- und später 16-Mann Zügen, Bereitstellung von Urlaubs- und Ausbildungsreserven. Der Kampf, der zu 70% in der ÖTV organisierten Feuerwehrmänner findet Unterstützung. Delegationen der Müllabfuhr, der Flughafenbetriebe, der Kieler und der Berliner Berufsfeuerwehr nehmen an der Demonstration teil.

Derzeit beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 56 Stunden pro Woche in Wechselschicht. ..In 3 Schichten wird an den Wachen gearbeitet. Der Schichtplan eines Feuerwehrmanns sieht dann so aus: 1. Woche 8 Stunden Tagschicht von Montags bis Donnerstags, Freitag auf Samstag 24 Stunden Schicht. 2. Woche Montags nachmittags auf Dienstag früh und Mittwoch nachmittags auf Donnerstag früh jeweils 16 Stunden, von Sonntag auf Montag 24 Stunden. Woche für Woche vereinnahmt der Staatsapparat 16 Überstunden. Dazu noch unbezahlt. Als Überstunde bekommt der Feuerwehrmann sowieso erst die eine 60-Stunden wöchentliche Arbeitszeit überschreitende Zahl von Stunden bezahlt.

Die 16-Mann Züge rücken mit 10 Mann aus. Einer soll für 2 arbeiten. Von 1971 bis 1978 stiegen die Brandeinsätze um 12%, die Rettungswagenfahrten (RTW) um 36% und die technischen Hilfsleistungen (Unfall, etc.) um 59%. Am schlimmsten ist es für die RTW-Fahrer. 24 Stunden Schicht, dauernde Einsätze und Blaulichtfahrten. Am Tag der Demonstration wurde ein Feuerwehrmann wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht gestellt, weil er nach 15-stündigem Dienst bei einer Rettungswagenfahrt eine Straßenbahn rammte und der Kranke später starb. Ein Kollege wurde selber bei dem Unfall schwer verletzt. Der imperialistische Staatsapparat vereinnahmt und ruiniert immer mehrArbeits- und Lebenskraft der Feuerwehrbeschäftigten. Die Zahl der Frühpensionierungen und der „langfristig Erkrankten“ steigt, die Zahl der „eingeschränkt dienstfähigen“ Kollegen erhöht sich ständig.

Ab 1980 springt die Zahl der Kollegen, die jährlich pensioniert werden von ca 10-15 auf etwa 40 an. Durch Frühpensionierung und Ruinierung der Arbeitskraft liegt die Zahl in Wirklichkeit jedoch noch viel höher. Der Hamburger Senat will erreichen, daß die Arbeit von den noch beschäftigten Kollegen mitgemacht wird. Letztes Jahr posaunt der Senat herum, er würde 55 neue Planstellen einrichten. Tage später kommt heraus, daß dafür allerdings 55 Telegraphistenstellen – im wesentlichen durch Frühpensionierung beseitigt werden. Dieses Jahr sagte der Senat 75 neue Planstellen zu. Ohne weitere Begründung wurden schließlich nur 25 bewilligt.

Mit der Einrichtung der computergesteuerten Einsatzzentrale hat sich die Zeit der Weitergabe des Einsatzbefehls an die Feuerwachen und Krankenwagen auf 30 Sekunden gesenkt und die Zeit bis zum Ausrücken auf weitere 40 Sekunden. Mit der Neuordnung der Feuerwachen werden die Reviere vergrößert. Warum sollen die Feuerwehrleute nicht pausenlos auf Achse sein, über Funk jederzeit erreichbar, kann man sie durch die Stadt jagen, so rechnet Klose und sein Innensenator. Die Feuerwehrmänner haben diese Manöver satt. 70% in der ÖTV organisierte Feuerwehrleute sind eine gute Bedingung für die Durchsetzung grundlegender Forderungen der Arbeiterbewegung.





Bild links: Auf der Kundgebung vor der Hauptfeuerwache Berliner Tor nahmen ca.1000Feuerwehrleute teil. Auf der Demonstration reihten sich noch etwa 1000 Menschen ein. Bild rechts: 24 Stunden in Nacht- und Wechselschicht – Ruinierung der Lebenskraft.

Hamburger Senatsmodell: Zwangsausbildung zum Feuerwehrmann

r.hos. Im Rahmen des Senatsprogramms „Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Jugendliche“ wurde jetzt der erste „Modellversuch“ mit 36 arbeitslosen Jugendlichen gestartet. Innensenator Staak:„ Mit diesem Programm erreicht der Senat zweierlei: Er schafft unter anderem neue betriebliche Ausbildungsplätze und übernimmt dabei die vollen Kosten, das sind für den Bereich, um den es heute geht, immerhin 16,6 Mill. DM. Der Senat gewinnt mit diesem Programm Nachwuchskräfte für die Feuerwehr, die nach modernsten Gesichtspunkten ausgebildet werden. Den Kapitalisten wird die jugendliche Arbeitskraft kostenlos bereitgestellt. Scharfe Ausbeutung kündigt der Senator an:„Sie erhalten eine zentral geführte Ausbildung in den Innungswerkstätten mit einer Aufgliederung in Kurssysteme. Sie werden ihre unterschiedliche Handhabung und Anwendung (von Werkzeug etc, d. Verf.) unter erschwerten Bedingungen und in unterschiedlichen Situationen erproben. Sie lernen Betriebs- und Produktionsabläufe kennen, wie sie nur vor Ort, z. B. auf Bau- und Reparaturstellen vorkommen.“ Nach solcherlei Abrichtung will sich dann das Feuerwehramt bedienen. „Voraussetzung für die Übernahme der Auszubildenden in den Feuerwehrdienst wird nach abgeschlossener Ausbildung die Feuerwehrtauglichkeit sein.“ 1978 wollte das Feuerwehramt die Anwärterbezüge A5 von Brutto 1376 DM auf 754 DM senken. Das wurde verhindert. Aus Dankbarkeit für die „Fürsorge“ des Senats wird man das bei den zwangsausgebildeten Feuerwehrleuten wohl schaffer können, hofft der Senator.

P&S – Gesamtkonzept in Salami-Taktik

Siemens-Martin-Stahlwerk soll geschlossen werden / Adams versucht faule Kompromisse

r.res. „Wir gehen auf dünnem Eis“, kennzeichnet P&S-Betriebsführer Adams die Lage, daß einerseits „die notwendigen Strukturbereinigungen und Kapazitätsbeschränkungen“ dem Unternehmen noch bevorstünden und andererseits man, „anders als im Vorjahr Tariferhöhungen nicht mehr durch Abbau der Belegschaft auffangen“ könne. Einerseits als technische Umwälzung und Konzentrierung der Stahlproduktion zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen imperialistischen Konzernen, andererseits der dazu notwendige Angriff auf die Arbeiter, um die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft durchzusetzen.

Mit einem Investitionsaufwand von 150 Millionen DM und veränderter Taktik soll das im April vom Aufsichtsrat abgelehnte Gesamtkonzept, Schließung des Ilseder Hochofenwerkes, Schließung des Siemens-Martin-(SM)-Stahlwerks, Verlagerung der Feineisenstraße von Salzgitter nach Peine, Bau zweier Stranggießanlagen, jetzt durchgesetzt werden. So ist als erstes Scheibchen die Schließung des SM-Stahlwerks zum Juni 1980 vom Aufsichtsrat beschlossen worden.

Das Werk ist 75 Jahre alt und repräsentiert unter den Stahlkapitalisten eine veraltete Technologie. In der BRD werden gegenwärtig nur 4,922 Millionen Tonnen SM-Stahl von ca. 40 Millionen Tonnen Rohstahl insgesamt produziert, fast drei Viertel wird im Oxygen-Verfahren erzeugt. Die drei SM-Öfen in Peine haben eine monatliche Kapazität von 12000 Tonnen Stahl ausschließlich aus Schrott, je Ofen 50 Tonnen. Der Schmelzprozeß dauert pro Charge 4,5 Stunden. Die drei neuen Oxygen-Konverter (Sauerstoff-Aufblasverfahren) ermöglichen inzwischen bei der Stahlerzeugung aus Roheisen einen Schrotteinsatz bis zu 25%, der im wesentlichen der Kühlung dient. Die Kapazität pro Konverter (Charge) liegt bei 200 Tonnen, Produktionszeit ca. 20 Minuten. Die profitablere Einsatzmöglichkeit der Oxygen-Konverter liegt auf der Hand. So wird die Schließung des SM-Werks eben mit den hohen Schrott- und Heizölpreisen begründet. Der P&S-Vorstand berechnet eine Kostenersparnis von 13 Millionen DM, sowie eine Personalersparnis von 160 Arbeitern. Das SM-Verfahren ermöglicht die Erzeugung von hochwertigem Qualitätsstahl, somit ist das Verfahren noch nicht überholt. Überholt ist bloß die mögliche Profitrate. Wobei als neue Technologie auf die Elektroöfen spekuliert wird.

Der neu gekürte Chef des Salzgitter-Konzerns, Pieper, erklärte anläßlich seiner Amtsübernahme am 1. August, daß „der Salzgitter-Konzern sich derzeit in einer Expansionsphase befinde und im nationalen Wettbewerb gut vor dem Wind liege“ (Salzgitter Zeitung, 13.9.). P&S rechnet im gerade abgelaufenen Geschäftsjahr 78/79 mit 40 Millionen DM Bilanzgewinn. Die Rohstahlproduktion nahm von 3,87 auf 4,26 Millionen Tonnen um 10% zu. Die Steigerung in der gesamten BRD liegt bei 8,1%. Die Belegschaft wurde von 16204 auf 15600 reduziert. Damit erhöhte sich die Rohstahlproduktion pro Beschäftigtem von 238,8 auf 273,1 Tonnen.

Die Expansionsphase darf nicht durch den Lohnkampf und den Widerstand gegen die Stillegung des SM-Stahlwerks, gegen das Gesamtkonzept des Rationalisierungsprogramms gefährdet werden. Als Köder soll ein „Interessenausgleich und Sozialplan“ für die Arbeiter ausgelegt werden, den der Betriebsrat bis zum 15. Oktober im Detail aushandeln will. Die Eckwerte legen fest: Eine Kündigung wegen Rationalisierung soll ausgeschlossen, eine Versetzung der Arbeiter müsse zumutbar sein. Die Verdienstsicherung über zwei Jahre bleibt bestehen. Darüberhinaus soll sie – wenn notwendig – um zwei Jahre verlängert werden können. Anschließend soll 2 mal zwei Jahre ein Teil des alten Lohns gesichert werden. Die Möglichkeit der frühzeitigen Pensionierung soll von 59 auf 58 Jahre herabgesetzt werden. Auf diesen Köder braucht man sich nicht leimen zu lassen. Ist der Sozialplan unter Dach und Fach, glaubt Adams die Zustimmung zum Gesamtkonzept schon in der Tasche zu haben. Mit den Forderungen „Keine Entlassungen! Keine Rückstufungen und Lohneinbußen bei Umsetzung!“ und Ablehnung des Rationalisierungsprogramms kann man vorankommen gegen die Verschärfung der Ausbeutung bei Nacht, in Schicht und im Akkord, sowie gegen weitere Lohnsenkungen. Die Beschlüsse der Vertrauensleute Walzwerke 2, 3, 4 und der Belegschaftsversammlungen zur Dynamisierung der Produktionsprämie zeigen die Vorbereitungen des Lohnkampfs, ersetzen jedoch keine Sonderzahlungen, weil in der Forderung Spaltung angelegt ist zu den Angestellten, die die Prämie im Tariflohn haben und leer ausgingen, zu den Facharbeitern, weil von Anhebung der niedrigen Prämien die Rede ist. Die Effektivprämien liegen zwischen 0,45 und 1,50 DM. Den Lohnkampf mit der Forderung 170 DM / 8% mindestens und einer Sonderzahlung vorzubereiten, ist richtig gegen die Angriffe der P&S-Betriebsführung.

Arbeitslosigkeit und Überstunden

r.kea. Die durchschnittlichen Wochen arbeitszeiten der männlichen Industriearbeiter Niedersachsens sind von Januar 1979 bis April 1979 von 41,8 Stunden auf 42,2 Stunden gestiegen. Die durchschnittlich in einer Woche geleisteten Überstunden pro Arbeiter sind im gleichen Zeitraum von 2,0 auf 2,3 gestiegen. Im Vorjahr sind ebenfalls zwischen den Monaten Januar und April die durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten von 41,6 auf 42,0 Stunden gestiegen und die wöchentlichen Überstunden von 1,9 auf 2,2. Im Schaubild ist der Zusammenhang zwischen Überstunden und Arbeitslosigkeit dargestellt.

Gelingt den Kapitalisten die Expansion ihres Warenabsatzes und der Produktion, so saugen sie zum einen Arbeitskraft aus der Reservearmee der Arbeitslosen auf, während sie gleichzeitig die Masse der Arbeiter zur vermehrten Überstundenleistung antreiben. Wenn bei Produktionsrückgang die Überstunden abnehmen, werden gleichzeitig Arbeiter auf die Straße geworfen und die Arbeitslosigkeit nimmt wieder zu. Egal ob saisonale Schwankungen oder die zyklischen Überproduktionskrisen die Ursache sind, egal ob *Jugendarbeitslosigkeit, Altersarbeitslosigkeit*, ob *Frauenarbeitslosigkeit* oder *Ausländerarbeitslosigkeit* oder sonst eine *Problemarbeitslosigkeit*, wie es die Bourgeoisie nennt, vorliegt, stets wird der betroffene Arbeiter Opfer einer Produktionsweise, wo weder die Produktion noch die Arbeitszeit gesellschaftlich geplant werden können, sondern einzig und allein die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals und das Profitinteresse der Kapitalistenklasse gelten.



Arbeitslosenzahlen in der Region

	Arbeitsamtsbezirk Schl.-Holst.-Hamb.		Arbeitsamtsbezirk Niedersn.-Bremen		Arbeitsamtsbezirk Westberlin	
	1977/78	1978/79	1977078	1978/79	1977/78	1978/79
Juli/Aug.	67361	64536	148966	137772	31657	32120
Sep./Okt.	64912	62512	137591	129888	30845	30755
Nov./Dez.	75744	70417	153363	140763	36554	33922
Jan./Feb.	90085	85673	181139	180193	43451	40486
März/Apr.	83746	75668	162099	149866	42569	36374
Mai/Juni	66823	55862	139164	116708	37028	30173

Schlepper, der zu 50% mit Rapsöl betrieben werden kann.

Bundes- und Landesregierung sind sich darin einig,daß Steuern und Abgaben, die die kleinen und mittleren Bauern zahlen müssen, erhöht werden. Die Bundesregierung will durch Anhebung der Durchschnittssätze bei Gewinnermittlung und Buchführungspflicht dies erreichen. Stoltenberg hält eine „Anpassung der jetzigen Durchschnittssätze der Besteuerung“ für zweckmäßiger und leichter durchsetzbar und nennt die Buchführungspflicht deswegen „einen unnötigen Arbeitsaufwand für die Betriebe,der zudem mehr staatliche Bürokratie zur Folge (habe).“

So muß ein Bauer mit einem 30 Hektar Hof 11002 DM jährlich an Steuern und Abgaben zahlen. Die kleinen und mittleren Bauern haben daran kein Interesse ob mit oder ohne Buchführung mehr Gelder für den Unterhalt des bürgerlichen Staatsapparates zu zahlen. Der Vorsitzende des Bauernverbandes Klinker, mußte sich gegen jede Art der Steuererhöhung aussprechen.

Laut Angaben des Bundesverbandes bedeutet der um 60% gestiegene Preis für Dieselöl für einen 40 ha Betrieb eine Erhöhung der Betriebskosten um 3000 DM, und ein weiteres Auseinanderklaffen der Preisentwickling landwirtschaftlicher Betriebsmittel im Vergleich zu den Erzeugerpreisen, die be-

weils 16 Stunden, von Sonntag auf Montag 24 Stunden. Woche für Woche vereinnahmt der Staatsapparat 16 Überstunden. Dazu noch unbezahlt. Als Überstunde bekommt der Feuerwehrmann sowieso erst die eine 60-Stunden wöchentliche Arbeitszeit überschreitende Zahl von Stunden bezahlt.

Die 16-Mann Züge rücken mit 10 Mann aus. Einer soll für 2 arbeiten. Von 1971 bis 1978 stiegen die Brandeinsätze um 12%, die Rettungswagenfahrten (RTW) um 36% und die technischen Hilfsleistungen (Unfall, etc.) um 59%. Am schlimmsten ist es für die RTW-Fahrer. 24 Stunden Schicht, dauernde Einsätze und Blaulichtfahr-

Mit der Einrichtung der computergesteuerten Einsatzzentrale hat sich die Zeit der Weitergabe des Einsatzbefehls an die Feuerwachen und Krankenwagen auf 30 Sekunden gesenkt und die Zeit bis zum Ausrücken auf weitere 40 Sekunden. Mit der Neuordnung der Feuerwachen werden die Reviere vergrößert. Warum sollen die Feuerwehrleute nicht pausenlos auf Achse sein, über Funk jederzeit erreichbar, kann man sie durch die Stadt jagen, so rechnet Klose und sein Innensenator. Die Feuerwehrmänner haben diese Manöver satt. 70% in der ÖTV organisierte Feuerwehrleute sind eine gute Bedingung für die Durchsetzung grundlegender Forderungen der Arbeiterbewegung.

wurde jetzt der erste „Modellversuch“ mit 36 arbeitslosen Jugendlichen gestartet. Innensenator Staak:„ Mit diesem Programm erreicht der Senat zweierlei: Er schafft unter anderem neue betriebliche Ausbildungsplätze und übernimmt dabei die vollen Kosten, das sind für den Bereich, um den es heute geht, immerhin 16,6 Mill. DM. Der Senat gewinnt mit diesem Programm Nachwuchskräfte für die Feuerwehr, die nach modernsten Gesichtspunkten ausgebildet werden. Den Kapitalisten wird die jugendliche Arbeitskraft kostenlos bereitgestellt. Scharfe Ausbeutung kündigt der Senator an:„Sie erhalten eine zentral geführte Ausbildung in den Innungswerkstätten mit einer Aufgliederung in Kurssyste-

schwerten Bedingungen und in unterschiedlichen Situationen erproben. Sie lernen Betriebs- und Produktionsabläufe kennen, wie sie nur vor Ort, z. B. auf Bau- und Reparaturstellen vorkommen.“ Nach solcherlei Abrichtung will sich dann das Feuerwehramt bedienen. „Voraussetzung für die Übernahme der Auszubildenden in den Feuerwehrdienst wird nach abgeschlossener Ausbildung die Feuerwehrtauglichkeit sein.“ 1978 wollte das Feuerwehramt die Anwärterbezüge A5 von Brutto 1376 DM auf 754 DM senken. Das wurde verhindert. Aus Dankbarkeit für die „Fürsorge“ des Senats wird man das bei den zwangsausgebildeten Feuerwehrleuten wohl schaffer können, hofft der Senator.

P&S – Gesamtkonzept in Salami-Taktik

Siemens-Martin-Stahlwerk soll geschlossen werden / Adams versucht faule Kompromisse

r.res. „Wir gehen auf dünnem Eis“, kennzeichnet P&S-Betriebsführer Adams die Lage, daß einerseits „die notwendigen Strukturbereinigungen und Kapazitätsbeschränkungen“ dem Unternehmen noch bevorstünden und andererseits man, „anders als im Vorjahr Tariferhöhungen nicht mehr durch Abbau der Belegschaft auffangen“ könne. Einerseits als technische Umwälzung und Konzentrierung der Stahlproduktion zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den anderen imperialistischen Konzernen, ande-

gründet. Der P&S-Vorstand berechnet eine Kostenersparnis von 13 Millionen DM, sowie eine Personalersparnis von 160 Arbeitern. Das SM-Verfahren ermöglicht die Erzeugung von hochwertigem Qualitätsstahl, somit ist das Verfahren noch nicht überholt. Überholt ist bloß die mögliche Profitrate. Wobei als neue Technologie auf die Elektroöfen spekuliert wird.

Der neu gekürte Chef des Salzgitter-Konzerns, Pieper, erklärte anläßlich seiner Amtsübernahme am 1. August, daß „der Salzgitter-Konzern sich der-

Rückstufungen und Lohneinbußen bei Umsetzung!“ und Ablehnung des Rationalisierungsprogramms kann man vorankommen gegen die Verschärfung der Ausbeutung bei Nacht, in Schicht und im Akkord, sowie gegen weitere Lohnsenkungen. Die Beschlüsse der Vertrauensleute Walzwerke 2, 3, 4 und der Belegschaftsversammlungen zur Dynamisierung der Produktionsprämie zeigen die Vorbereitungen des Lohnkampfs, ersetzen jedoch keine

Sonderzahlungen, weil in der Forderung Spaltung angelegt ist zu den Angestellten, die die Prämie im Tariflohn haben und leer ausgingen, zu den Facharbeitern, weil von Anhebung der niedrigen Prämien die Rede ist. Die Effektivprämien liegen zwischen 0,45 und 1,50 DM. Den Lohnkampf mit der Forderung 170 DM / 8% mindestens und einer Sonderzahlung vorzubereiten, ist richtig gegen die Angriffe der P&S-Betriebsführung.

Die Bauern in den Fängen der Handelsmonopole

Absatzwege für Getreide / Über den Warenkredit steigt die Verschuldung

z.bil. Mitte Juli beginnt in der Regel die Getreideernte und zwar mit der Wintergerste, es folgen Roggen, dann Winterweizen und Sommergerste, schließlich Hafer und Sommerweizen.

Durch die Anwendung der Maschinerie, insbesondere des Mähdreschers, ist die Erntezeit auf einen kurzen Zeitraum zusammengedrängt. Der Bauer muß schnell verkaufen. Mit seinem Getreide steht er im wesentlichen den Landwarenkapitalisten und den Genossenschaften gegenüber. Das „Absatzgeschäft" (Ankauf von Getreide) wird zu über 50% von den Genossenschaften getätigt. Ca. 33% des Getreides kaufen die Landwarenkapitalisten, die restlichen 10–15% verkaufen die Bauern an die verarbeitende Industrie (Mühlen, Mälzereien usw.). Die Konkurrenz zwischen den Landwarenkapi-

Durchschnittsabzüge bei Getreide

	DM/t
Einlagerung bzw. Auslagerung	6,50
Bonitierung	0,50
Lagergeld	2,50
Verwiegung	2,40
Aspiration ohne Verwiegung	4,55
Kaltluftbehandlung	5,50
Zusätzliche Verwiegung im Zuge eines Arbeitsganges	0,35
Trocknung einschl. Staubabsaugung	
– bei einem Feuchtigkeitsabzug bis zu 4 Prozent	9,65
– bei Feuchtigkeitsabzug von mehr als 4% wird für jedes weitere 1% berechnet	0,25
Silobegasung ohne Käferabsiebung	6,20

talisten und den Genossenschaften, die gesetzmäßige Monopolbildung im Imperialismus, hat einen gewaltigen Konzentrationsprozeß eingeleitet; einige wenige Landwarenkapitalisten beherrschen heute das „Absatz- und Bezugsgeschäft". Die Zahl der Genossenschaften hat sich um über die Hälfte verringert, sie erpressen unter der Regie des Finanzkapitals die knapp eine Million kleinen landwirtschaftlichen Betriebe. Außer Abnehmer der Ernte sind die Landwarenkapitalisten und Genossenschaften auch *Verkäufer*. Die Bauern kaufen von ihnen ihre Betriebsmittel (Düngemittel, Futtermittel, Maschinerie).

Können sich die Bauern ihre Käufer und Verkäufer aussuchen und so versuchen, einen möglichst hohen Preis für ihre Erzeugnisse zu erzielen? Um sein Feld zu bestellen, muß der Bauer Betriebsmittel einkaufen, also Saatgut, Düngemittel und eine bestimmte Maschinerie mit den entsprechenden Betriebsstoffen, wie Mineralöl usw. zur Verfügung haben. Das Geld, um all das vorzuschießen, fehlt ihm. Er kauft bei den Landwarenkapitalisten die Waren auf Kredit. Damit ist die Kette schon geschlossen. Der Landwarenkapitalist läßt sich das Vorkaufsrecht auf seine Ernte unterschreiben, folglich muß er an ihn verkaufen. Ist die Ernte schlecht, kann der Bauer den vorgeschossenen Warenkredit nicht bezahlen und gerät noch tiefer in Abhängigkeit; aber auch eine gute Ernte kann er nicht ausnutzen, weil der Landwarenkapitalist, an den er verkaufen muß, einen niedrigeren Preis zahlt als die anderen. Der ehemals kurzfristige Warenkredit, der mit der nächsten Ernte bezahlt wurde, verwandelt sich in langfristige immer tiefere Verschuldung. Die Bauern müssen bei den Landwarenkapitalisten Fremdkapital aufnehmen, um neue Produktionsmethoden einzuführen, von denen sie einen höheren Ertrag erhoffen. 80% der Bauern bis zu 20 ha Hofgröße und 60% der Bauern bis zu 50 ha Hofgröße sind so gezwungen, bei *einem* Landwarenkapitalist alles zu verkaufen und einzukaufen. Die Agrarkapitalisten dagegen können wählen, bei wem sie kaufen und verkaufen; ca. 25% von ihnen tätigen den Kauf und Verkauf über einen Landwarenkapitalisten. Die Verschuldung der Masse der Bauern wird dadurch beschleunigt, daß sie teurer einkaufen, als sie verkaufen können. Die Verkaufsgeschäfte der Landwarenkapitalisten nehmen gegenüber dem „Absatzgeschäft" ca. 65% ein. Was der Bauer im Sommer als Ernte verkauft, muß er im Winter teurer als Futtermittel wieder einkaufen.

Wie bestimmt sich der Preis, den der Bauer für sein Getreide erhält? Sein Weizen kommt direkt vom Mähdrusch in die Genossenschaft. Welche Sortenbezeichnung es erhält, ob es als wertvoller Backweizen oder Futtergetreide eingestuft wird, bestimmt der Landwarenkapitalist *nach* dem Verkauf. Das Mähdruschgetreide wird als erstes gereinigt, den Abfall erhält der Bauer entweder zurück oder er wird vernichtet. Dadurch tritt der erste Preis- und Gewichtsverlust ein. Sodann muß es getrocknet und gelagert werden. Dieses Jahr hat das Getreide ungefähr 25% Feuchtigkeit. Um lagerfähig zu sein, muß es auf ca. 14% heruntergetrocknet werden. Pro 1% Feuchtigkeit werden ca. 40 Pf. / dz in Abzug gebracht. Durch die Trocknung verliert das Getreide wiederum an Gewicht (10000 kg Getreide, die von 25 auf 24% heruntergetrocknet werden, erleiden einen Gewichtsverlust von 1270 kg), d.h., der Preis wird nochmals gesenkt. (Durchschnittsabzüge siehe Tabelle, Stand 31.12.1977). Nach der Ernte steigt der Getreidepreis sofort um ca. 10%. Im letzten Jahr erhielten die Bauern 40 DM / dz, nach der Ernte kostete ein dz 50 DM.

Die Landwirte demonstrieren gegen die Tiefbohrungen in Gorleben



b.thr. Angeführt von 104 Treckern demonstrierten am Samstag, den 15.9. ca. 5000 gegen den Beginn der Vorbereitungsmaßnahmen für die Tiefbohrungen. Seit Montag, den 10.9. haben Bautrupps unter dem „Schutz" von über 500 BGS- und Polizeitruppen ca. 4 Hektar Wald gerodet, um dort die Bohrstelle 1003 zu bauen. „Wir wollen ‚Gorleben' verhindern" hatten die Landwirte in ihrem Aufruf geschrieben. Sie fordern: Keine Tiefbohrungen und Abzug der BGS- und Polizeitruppen. „Wer mit Gewalt arbeitet, wird Bruch und Ärger ernten" sagte ein Sprecher der Landwirte auf der Kundgebung am Samstag. Ein anderer betonte, daß viele Landwirte gekommen seien, obwohl sie mit der Kartoffelernte beschäftigt sind. Am Sonntag, 16.9., wird das weitere Vorgehen beraten.

Aktionen der Krabbenfischer für höhere Abnahmepreise

r.sal. Im August haben sich die Krabbenfischer in Büsum Fangbeschränkungen auferlegt, um den Krabbenerzeugerpreis bei 3 DM pro Kilogramm vorläufig halten zu können. Sie sind nur an 3 Tagen in der Woche jeweils 12-15 Stunden auf Fang gegangen und haben entsprechend weniger Krabben an die Fischgroßhandlungen und Fischereigenossenschaften abgeliefert. Weil jetzt die Hauptfangzeit begonnen hat, haben die Abnehmer den Erzeugerpreis am 31.8.79 auf 2 DM pro Kilo gedrückt, bei 100% höheren Ladenpreisen. Am gleichen Tag haben die Husumer Fischer einen Streik dagegen durchgeführt, indem sie die Krabben 1½ Stunden verspätet anlandeten. Ein Mangel dieser Aktion war, daß sie nur örtlich und ohne konkrete Forderung stattgefunden hat. So sind die Fischer erst einmal gezwungen, an 4-5 Tagen zu fischen, um die augenblicklichen Verluste etwas abzufangen. Aber das bedeutet gleichzeitig für 1-2 Tage mehr Gasölkosten, die von der Bundesregierung um 16-20 DM je 100 Liter hochgetrieben worden sind. Weil die Gasölpreise ohnehin ein hoher Unkostenfaktor für die Fischer sind, fordern sie von der Bundesregierung die Senkung des Preises auf 28 DM je 100 Liter. In der letzten Woche wurden die Verhandlungen vom Vorstand des Landesfischereivereins Schleswig-Holstein in Bonn geführt.

Untersuchung zur Überarbeit der Bäuerin

z.chv. Der Landesfrauenverband Schleswig-Holstein führte im Auftrag der Landwirtschaftskammer eine Untersuchung über die besondere Belastung der Bäuerin durch. Von den 1,8 Mio. Frauen, die in der Landwirtschaft leben, sind 1,5 Mio. sowohl im Betrieb als auch im Haushalt tätig. Die wöchentliche Arbeitszeit von weiblichen Betriebsinhabern in der Landwirtschaft beträgt 47,4 Stunden und bei weiblichen Familienarbeitskräften 43,3 Stunden. Hinzu kommt die Hausfrauentätigkeit und die Kinderaufzucht. Zusammen ergibt das eine Wochenarbeitszeit von 70 bis 80 Stunden. Was Wunder, daß trotz „gesunder Landluft" der Gesundheitszustand der Bäuerinnen schlechter ist, als der von Frauen anderer Berufsgruppen. Vor allem in mittleren Vollerwerbsbetrieben und in vom finanziellen Ruin bedrohten Kleinbetrieben führt diese ständige Überarbeitung zum schnellen Verschleiß der Gesundheit. Dazu der Untersuchungsbericht: „Streßsymptome und berufsspezifische Erkrankungen sind hier am häufigsten." Als „nicht berufstätig" hat die Bäuerin keinen Anspruch auf Mutterschutz und Rentenversicherung. Dagegen stellt der Landesfrauenverband anläßlich der Novellierung des Mutterschutzgesetzes die Forderung auf, daß für Bäuerinnen und Frauen in Handwerksbetrieben die gleichen Rechte wie für andere berufs-

z.chv. Der Landesfrauenverband Schleswig-Holstein führte im Auftrag der Landwirtschaftskammer eine Untersuchung über die besondere Belastung der Bäuerin durch. Von den 1,8 Mio. Frauen, die in der Landwirtschaft leben, sind 1,5 Mio. sowohl im Betrieb als auch im Haushalt tätig. Die wöchentliche Arbeitszeit von weiblichen Betriebsinhabern in der Landwirtschaft beträgt 47,4 Stunden und bei weiblichen Familienarbeitskräften 43,3 Stunden. Hinzu kommt die Hausfrauentätigkeit und die Kinderaufzucht. Zusammen ergibt das eine Wochenarbeitszeit von 70 bis 80 Stunden. Was Wunder, daß trotz „gesunder Landluft" der Gesundheitszustand der Bäuerinnen schlechter ist, als der von Frauen anderer Berufsgruppen. Vor allem in mittleren Vollerwerbsbetrieben und in vom finanziellen Ruin bedrohten Kleinbetrieben führt diese ständige Überarbeitung zum schnellen Verschleiß der Gesundheit. Dazu der Untersuchungsbericht: „Streßsymptome und berufsspezifische Erkrankungen sind hier am häufigsten." Als „nicht berufstätig" hat die Bäuerin keinen Anspruch auf Mutterschutz und Rentenversicherung. Dagegen stellt der Landesfrauenverband anläßlich der Novellierung des Mutterschutzgesetzes die Forderung auf, daß für Bäuerinnen und Frauen in Handwerksbetrieben die gleichen Rechte wie für andere berufs-tätige Frauen gelten sollen.

Dänische Arbeiter und Bauern gegen Atommülldeponien

z.bag.Aarhus. Bis zum 1. September wurden im westlichen Teil der dänischen Provinz Jütland 3500 Unterschriften gegen erste Flachbohrungen zur Erforschung von Salzhorsten für die Lagerung von Atommüll gesammelt. Die Unterschriftensammlung geht von der lokalen Abteilung des Spezialarbeiterverbandes (SID) aus; die Unterschreiber sind zu einem großen Teil Bauern, vor allem diejenigen, auf deren Grund und Boden die Bohrungen fast ohne jede vorherige Information vorgenommen wurden. Auch wurden zwei Fahrzeuge der Bohrgesellschaft „verheert", schreibt die dänische Presse. Die Bohrungen wurden von der westdeutschen Bohrgesellschaft „Prakla Seismos" durchgeführt. An drei oder vier Orten, je nach dem Ergebnis der Analyse, soll die Arbeit im Spätherbst mit Tiefbohrungen weitergehen. Das dänische Kernenergieprogramm mußte aufgrund von massiven Protesten bisher bis zur Lösung der Atommüllfrage aufgeschoben werden. Die starke westdeutsche Beteiligung legt die Vermutung nahe, daß in Jütland geschehen soll, was in Niedersachsen bisher nicht gelang. Fest steht jedenfalls, daß die Energiekonzerne ELSAM (Dänemark) und NWK eng zusammenarbeiten. Fest steht aber auch, daß die dänischen Arbeiter und Bauern in der Mehrheit gegen den Bau von Kernkraftwerken und Atommülldeponien sind.

Erneute Hungersnöte in mehreren indischen Bundesstaaten

Grundlage ist die Ausbeutung und Ausplünderung der Bauern durch Imperialisten und Großgrundbesitzer

z.rül. Gewaltige Gebiete Zentral-, Nord- und Ostindiens seien von einer Hungersnot bedroht, nachdem eine Trockenheit große Teile der Winterernte zerstört habe, meldeten vorletzte Woche die Nachrichtenagenturen AFP und Reuter. Allein im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh seien 30 Millionen Menschen bedroht, weitere elf Millionen im ostindischen Bundesstaat Orissa und fünf Millionen in Uttar Pradesh

die Ausbeutung und Ausplünderung durch Grundherren und Imperialisten und den Raub ihres Bodens sind die Kreise Jogityala und Sirisilla im Bezirk Karimnagar im Staat Andra Pradesh. Die Mehrheit der 600000 Einwohner in diesen Kreisen sind Landarbeiter und kleine Bauern mit unter ein, zwei, maximal fünf Hektar Land. Die zahlreichen Dörfer werden von Grundherren beherrscht, die über durchschnittlich 75 Hektar Land verfügen.

Wassergräben – die sie, wenn überhaupt, nur mit Regierungsgeldern anlegen –, sie haben sich das ehemalige Gemeindeland und die gemeindeeigenen Wälder unter den Nagel gerissen. Oft verkaufen sie den Bauern das Holz, das sie selber vorher aus den Wäldern geraubt haben, als Feuerholz. Die Grundherren sind die Steuereintreiber und plündern so die Bauern zusätzlich aus. So sind Fälle bekannt, in denen ein Grundherr 60000 Rupien

September letzten Jahres 40000 Bauern für ihre Forderungen demonstrierten, erklärte die Regierung das Gebiet zum „Unruhegebiet". Die Dörfer der Bauern wurden von der Polizei überfallen, viele Bauernführer verhaftet. Die Organisation der Bauern konnten die Grundherren nicht unterdrücken. Anfang des Jahres meldete die Presse neue Demonstrationen und Zusammenstöße.

Die Lage der Bauern im Bezirk Ka-

bis zu 4 Prozent	9,65
– bei Feuchtigkeitsabzug von mehr als 4% wird für jedes weitere 1% berechnet	0,25
Silobegasung ohne Käferabsiebung	6,20

talisten und den Genossenschaften, die gesetzmäßige Monopolbildung im Imperialismus, hat einen gewaltigen Konzentrationsprozeß eingeleitet; einige wenige Landwarenkapitalisten beherrschen heute das „Absatz- und Bezugsgeschäft". Die Zahl der Genossenschaften hat sich um über die Hälfte verringert, sie erpressen unter der Regie des Finanzkapitals die knapp eine Million kleinen landwirtschaftlichen

men, um neue Produktionsmethoden einzuführen, von denen sie einen höheren Ertrag erhoffen. 80% der Bauern bis zu 20 ha Hofgröße und 60% der Bauern bis zu 50 ha Hofgröße sind so gezwungen, bei *einem* Landwarenkapitalist alles zu verkaufen und einzukaufen. Die Agrarkapitalisten dagegen können wählen, bei wem sie kaufen und verkaufen; ca. 25% von ihnen tätigen den Kauf und Verkauf über einen Landwarenkapitalisten. Die Verschuldung der Masse der Bauern wird dadurch beschleunigt, daß sie teurer einkaufen, als sie verkaufen können. Die Verkaufsgeschäfte der Landwarenkapitalisten nehmen gegenüber dem „Absatzgeschäft" ca. 65% ein. Was



b.thr. Angeführt von 104 Treckern demonstrierten am Samstag, den 15.9. ca. 5000 gegen den Beginn der Vorbereitungsmaßnahmen für die Tiefbohrungen. Seit Montag, den 10.9. haben Bautrupps unter dem „Schutz" von über 500 BGS- und Polizeitruppen ca. 4 Hektar Wald gerodet, um dort die Bohrstelle 1003 zu bauen. „Wir wollen ‚Gorleben' verhindern" hatten die Landwirte in ihrem Aufruf geschrieben. Sie fordern: Keine Tiefbohrungen und Abzug der BGS- und Polizeitruppen. „Wer mit Gewalt arbeitet, wird Bruch und Ärger ernten" sagte ein Sprecher der Landwirte auf der Kundgebung am Samstag. Ein anderer betonte, daß viele Landwirte gekommen seien, obwohl sie mit der Kartoffelernte beschäftigt sind. Am Sonntag, 16.9., wird das weitere Vorgehen beraten.

Erneute Hungersnöte in mehreren indischen Bundesstaaten

Grundlage ist die Ausbeutung und Ausplünderung der Bauern durch Imperialisten und Großgrundbesitzer

z.rül. Gewaltige Gebiete Zentral-, Nord- und Ostindiens seien von einer Hungersnot bedroht, nachdem eine Trockenheit große Teile der Winterernte zerstört habe, meldeten vorletzte Woche die Nachrichtenagenturen AFP und Reuter. Allein im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh seien 30 Millionen Menschen bedroht, weitere elf Millionen im ostindischen Bundesstaat Orissa und fünf Millionen in Uttar Pradesh.

Noch vor wenigen Wochen hatten die Imperialisten gemeldet, dieses Jahr sei mit einem Anstieg der Nahrungsgetreideproduktion auf etwa 130 Mio. Tonnen zu rechnen. Im vergangenen Erntejahr betrug die Produktion 125,7 Mio. Tonnen, Indien exportierte mehrere Millionen Tonnen Getreide. 1974/75 dagegen hatte die Produktion erst etwa 100 Mio. Tonnen betragen.

Eines der Zentren der gegenwärtig in ganz Indien zunehmenden Kämpfe der Bauernmassen und Landarbeiter gegen die Ausbeutung und Ausplünderung durch Grundherren und Imperialisten und den Raub ihres Bodens sind die Kreise Jogityala und Sirisilla im Bezirk Karimnagar im Staat Andra Pradesh. Die Mehrheit der 600000 Einwohner in diesen Kreisen sind Landarbeiter und kleine Bauern mit unter ein, zwei, maximal fünf Hektar Land. Die zahlreichen Dörfer werden von Grundherren beherrscht, die über durchschnittlich 75 Hektar Land verfügen.



Kundgebung tausender Bauern in Dehli am 25. März dieses Jahres. In ganz Indien haben sich die kleinen Bauern in den letzten Jahren in Bauernvereinigungen zusammengeschlossen und bekämpfen die Ausbeutung und Ausplünderung durch Großgrundbesitzer und Imperialisten.

Die Grundherren sind in der Regel die einzigen Aufkäufer für die Ernten der Bauern und drücken entsprechend die Preise. Sie selbst kassieren dann beim Verkauf an die staatlichen Getreidelager die staatlich garantierten Preise von 115 Rupien (ca. 29 DM) je Quintal Weizen oder 85 Rupien (ca. 21 DM) je Quintal Reis (ein Quintal entspricht ca. 50 kg).

Die Grundherren erheben von den Bauern Abgaben für die Wasserversorgung, für den Bau von Straßen und Wassergräben – die sie, wenn überhaupt, nur mit Regierungsgeldern anlegen –, sie haben sich das ehemalige Gemeindeland und die gemeindeeigenen Wälder unter den Nagel gerissen. Oft verkaufen sie den Bauern das Holz, das sie selber vorher aus den Wäldern geraubt haben, als Feuerholz. Die Grundherren sind die Steuereintreiber und plündern so die Bauern zusätzlich aus. So sind Fälle bekannt, in denen ein Grundherr 60000 Rupien Steuern von den Bauern eintrieb, aber nur 20000 Rupien an die Regierung abführte. Die ständige Plünderung zwingt die Bauern zu Überarbeit auf ihrem eigenen Land und zum Verkauf von beträchtlichen Teilen ihrer Ernte, die sie eigentlich für den eigenen Lebensunterhalt brauchen. Immer mehr Bauern müssen zusätzlich als Lohnarbeiter für ein bis drei Rupien am Tag – das reicht gerade für eine Reismahlzeit für vier Personen – für den Grundherren arbeiten und verschulden sich dennoch ständig weiter. Die Grundherren kontrollieren die Bodenkreditbanken oder sind oft die einzigen Geldverleiher – zu Zinsen von 50% und mehr – und vertreiben so schließlich die Bauern völlig von ihrem Land, um sie ständig als Lohnarbeiter auszubeuten.

Bereits 1972 hatten die Bauern und landlosen Arbeiter begonnen, sich in Bauernverbänden zusammenzuschließen. Während des Notstands 1975 bis 1977 wurden diese Vereinigungen brutal unterdrückt, die Grundherren erpressten große Geldsummen von den Bauern – mit der Drohung, sie andernfalls verhaften zu lassen – oder zwangen sie gleich zur Aufgabe des Landes. Nach der Aufhebung des Notstandes nahm die Bewegung der Bauern einen erneuten Aufschwung, inzwischen sind fast alle Bauern organisiert. Ihre Hauptforderungen sind: Zurückzahlung der während des Notstands erpreßten Gelder durch die Grundherren, höhere Löhne für die Landarbeit, Zurückgabe des gemeindeeigenen Landes und der Wälder. Nachdem Anfang September letzten Jahres 40000 Bauern für ihre Forderungen demonstrierten, erklärte die Regierung das Gebiet zum „Unruhegebiet". Die Dörfer der Bauern wurden von der Polizei überfallen, viele Bauernführer verhaftet. Die Organisation der Bauern konnten die Grundherren nicht unterdrücken. Anfang des Jahres meldete die Presse neue Demonstrationen und Zusammenstöße.

Die Lage der Bauern im Bezirk Karimnagar ist typisch für die Lage in ganz Indien. Überall ist der größte Teil des Bodens in der Händen der Großgrundbesitzer und Imperialisten.

Fast 70% der 70 Mio. indischen Höfe besaßen bereits bei der letzten offiziellen Zählung 1970/71 weniger als zwei Hektar Land, 51% sogar weniger als ein Hektar. In den wenigsten Fällen reichen diese winzigen Parzellen für den Erwerb des Lebensunterhaltes. Die Ausplünderung durch die Grundherren, die imperialistischen Banken und den Staat zwingt die Bauern zum Verkauf von selbst zu ihrer Reproduktion notwendigen Teilen der Ernte und zur Lohnarbeit. 50 Millionen Landarbeiter, d.h. landlose Bauern, wurden 1971 von den Grundherren und Imperialisten ausgebeutet. Der Anteil der Lohnarbeit an der landwirtschaftlichen Arbeit insgesamt ist wegen der Lohnarbeit der kleinen Bauern noch höher. Nach letzten Regierungsschätzungen betrug er in Punjab 55% (1968/69), in Uttar Pradesh 36% (68/69) in Westbengalen 50% (70/71), in Tamilnadu sogar 82% (71/72).

Irgendwelche Reserven anzulegen, ist für die Masse der indischen Bauern bei dieser Ausbeutung und Ausplünderung ein Ding der Unmöglichkeit, Hunger dagegen Dauererscheinung. Allgemeine Hungersnöte sind die Folge selbst kleiner Ernteverluste. Vor allem den von Lohnarbeit lebenden Bauern ist es dann unmöglich, noch Lebensmittel zu erwerben; Hunderttausende werden in die Städte getrieben, wo sie das Reserveheer für die Ausbeutung durch die Imperialisten vermehren.

Autobranche: Volle Fahrt voraus zum Krach

,,Investitionsprogramme'' hoch wie nie / Märkte verstopft / Fracksausen vor der Lohnbewegung

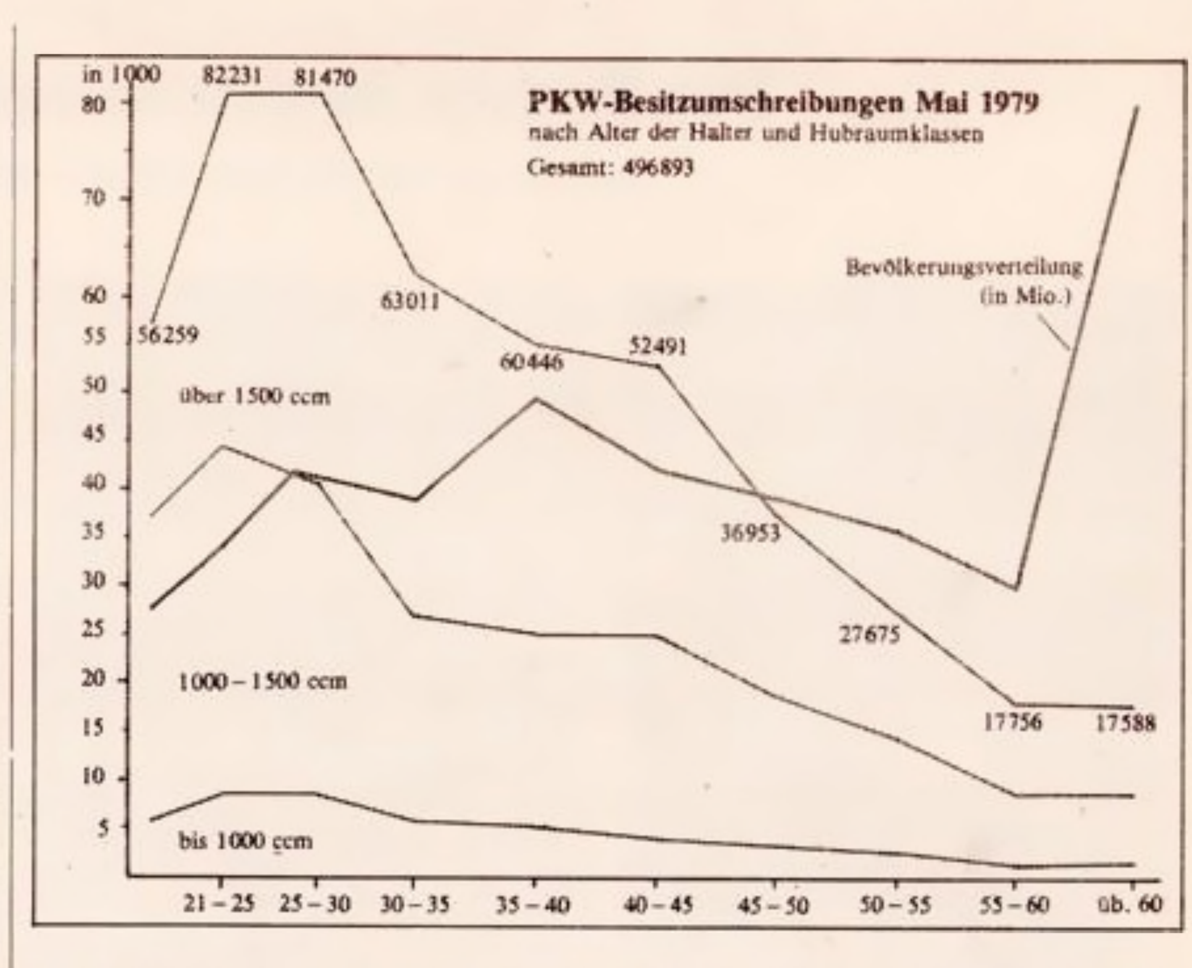
z.mif. Bei den Werken und bei den Autohändlern in Westdeutschland stehen derzeit etwa ebensoviel Wagen auf Halde wie monatlich neu zugelassen werden. Im Juni stand ein Lager von 235000 fabrikneuen Kraftwagen 264739 Neuzulassungen gegenüber. Die Halden wachsen, vor einem Jahr waren sie fast ein Viertel kleiner. Ford USA schließt fünf Werke bis auf weiteres und verschiebt den Produktionsbeginn der '80er Modelle auf Oktober, um zunächst zu versuchen, die Haldenautos noch loszuschlagen. Alle Zulassungs- und Bestelldaten weisen nach unten, und auch aus den bestens gelackten und polierten Erklärungen der Herren Manager der Automobilbranche anläßlich der 48. Internationalen Automobilausstellung scheint durch, daß das nächste Jahr ziemlich grausam wird. Die ,,Frankfurter Allgemeine'' gab schon vor ein paar Wochen bekannt, daß ,,im Hintergrund schon überall die Messer gewetzt'' würden. Der Begriff ist vergleichsweise direkt gewählt: in den Fabriken werden die Antreiber scharf gemacht, das Arbeitstempo noch einmal zu forcieren, und die Arbeitswissenschaftler und Ingenieure werden angespitzt, die für die Produktion erforderlichen Zeiten und Aufwendungen weiter zu drücken. In den Presseerklärungen heißt das ,,Investitionsprogramme'': ,,General Motors wird bis 1982 in der BRD 6 Mrd. DM investieren.'' – ,,VW wird bis 1981 8,9 Mrd. investieren.'' – Daimler wird in den nächsten Jahren 10 Mrd. investieren.'' – ,,Fiat wird bis 1985 5 Mrd. Dollar investieren.'' Es sind alles ganz ähnliche Zahlen, und es sind alles die gleichen Pläne. Neue Ausbeutungsmethoden, neue Fabriken in Ländern mit Niedrigstlohn und gutem Zugang zu den großen Märkten. Spanien ist seit der Festlegung des EG-Beitritts als Opfer auserwählt. General Motors baut ein PKW-Montage-werk bei Saragossa und eine Kfz-Teilefabrik in Cadiz. Ford baut seine spanischen Werke aus, ,,zusammen'' denken die Automobilimperialisten 1984 jährlich 2 Mio. Fahrzeuge von der spanischen Arbeiterklasse produzieren zu lassen. Die mehrheitlich spanische Firma Seat (Minderheitsbeteiligung Fiat) wurde von den Imperialisten gezwungen, Fiat bis 1981 eine 90-prozentige Beteiligung einzuräumen und sich an die Produktions- und Absatzpolitik des italienischen Monopols zu binden.

	Jahres-produktion (Stück) pro Beschäftigtem	Bilanz-gewinn (1000 EUR) pro Beschäftigtem
GM	9,6	15,5
Ford	12,0	13,8
Toyota	51,3	14,9
Nissan	34,2	10,0
Renault	13,7	8,0
VW	12,3	9,5
Fiat	8,1	7,7
Brit. Leyland	5,4	5,0

Der Markt ist knüppelvoll und bereits verstopft, die Expansion jedes Monopols geht nur auf Kosten eines Konkurrenten. Der gegenwärtige Stand der Autokapitale ist höchst unterschiedlich und kann so nicht lange bleiben:

Den letzten beißen die Hunde. Die britische Regierung Thatcher ist entschlossen, dieser letzte nicht zu sein und durch Massenentlassungen und modernste Schweißauspressungsmethoden die Profitrate von British Leyland wieder zu heben.

Die westdeutschen Kraftfahrzeugkapitalisten, voran der staatseigene VW-Konzern, rühmen sich höchster technischer Modernität, haben aber bisher international an Geld und Marktstellung nicht viel davon gehabt. Der westdeutsche Export in Nicht-EG-Länder stagniert seit 1971, der Export in die USA und Kanada ist in dieser Zeit auf die Hälfte gedrückt, was durch einen gewissen Zuwachs an Export innerhalb der EG keineswegs ausgeglichen wird. Von der Automation von Teilbereichen versprechen sich die Automonopole jetzt Extraprofite und neue Impulse für die Verschärfung der Akkordhetze in der großen Mehrzahl der nicht automatisierten Abteilungen. Führend sind dem Vernehmen nach die japanischen Kapitale in der Automation; im Kamigo-Werk von Toyota wird die Motorenproduktion computergesteuert. Bei VW in Salzgitter wurde kürzlich der erste Schweißroboter in Halle 1 aufgestellt; Schmücker hofft, ziemlich bald aus der erfolgten Aneignung von Triumph-Adler die technischen Mittel für eine Aufholbewegung billig in die Hand zu kriegen. Bei General Motors werden neuerdings die Ventildeckel der Sechszylindermotoren für den neuen Frontantrieb-Kompaktwagen durch zwei mikroprozessorgesteuerte Kameras mit einer Stundenleistung von 1200 Teilen visuell geprüft.



Ein Auto dringend brauchen und auch bezahlen können, das trifft im wesentlichen nur für Arbeitskraft im besten Ausbeutungsalter zu.

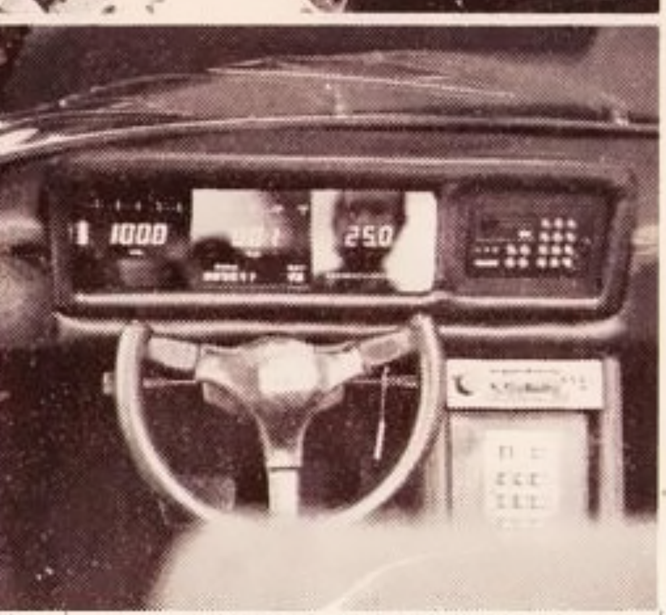
Die Automaten, in Anwendung durch die Kapitalisten, drücken auf den Lohn und ermöglichen, durch Beschleunigung der Produktion an einzelnen Punkten Druck auf das Arbeitstempo in den anschließenden Produktionsabschnitten. Entscheidend für die Konkurrenzschlacht ist die Lohnsenkung und Arbeitshetze, und so gern die westdeutschen Kapitalisten den US-Monopolen die Pest an den Hals wünschen, fürchten sie sich wegen des internationalen Zusammenschlusses des Proletariats ebenso vor der gegenwärtig in den USA stattfindenden Tarifauseinandersetzung wie diese. 1978 sind in Westdeutschland durch Streik und Aussperrung im Straßenfahrzeugbau 1,3 Mio. Arbeitstage ,,verlorengegangen'', wie das Statistische Jahrbuch schreibt. Neuerlich verbreitet sich in den Vorstandsetagen das Fracksausen.

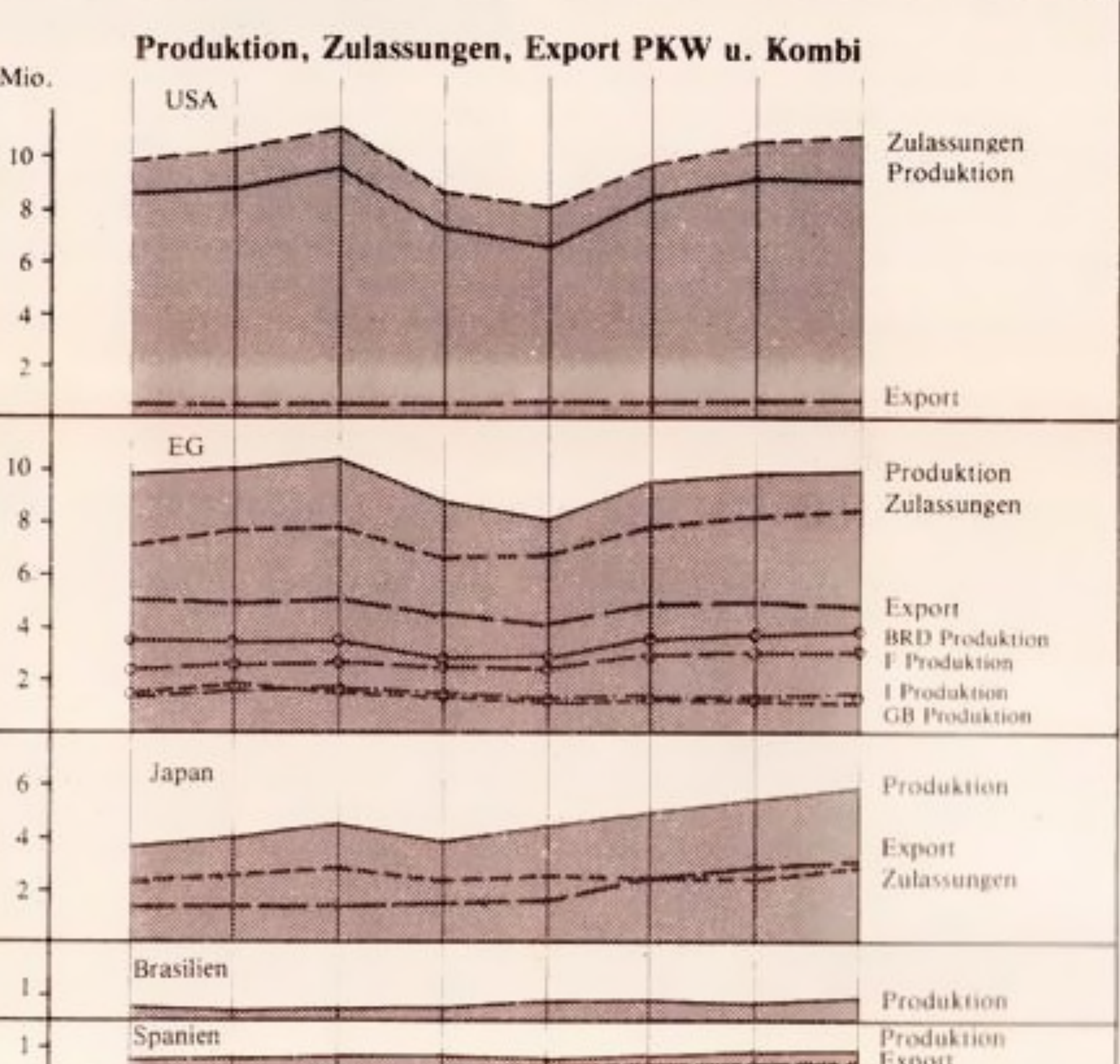
Die Sozialimperialisten lauern darauf, auf den westeuropäischen Markt vorzudringen. Sie sind technisch zurück, verfügen aber über billige und entrechtete Arbeitskraft, was es ihnen erlaubt, mit Dumpingpreisen auf den Markt zu treten. Ihre Jahresproduktion liegt derzeit bei über 2 Millionen. Den ,,Lada'' haben sie in der BRD im 1. Halbjahr 1979 6288 mal verkauft, das entspricht dem Absatz von British Leyland.

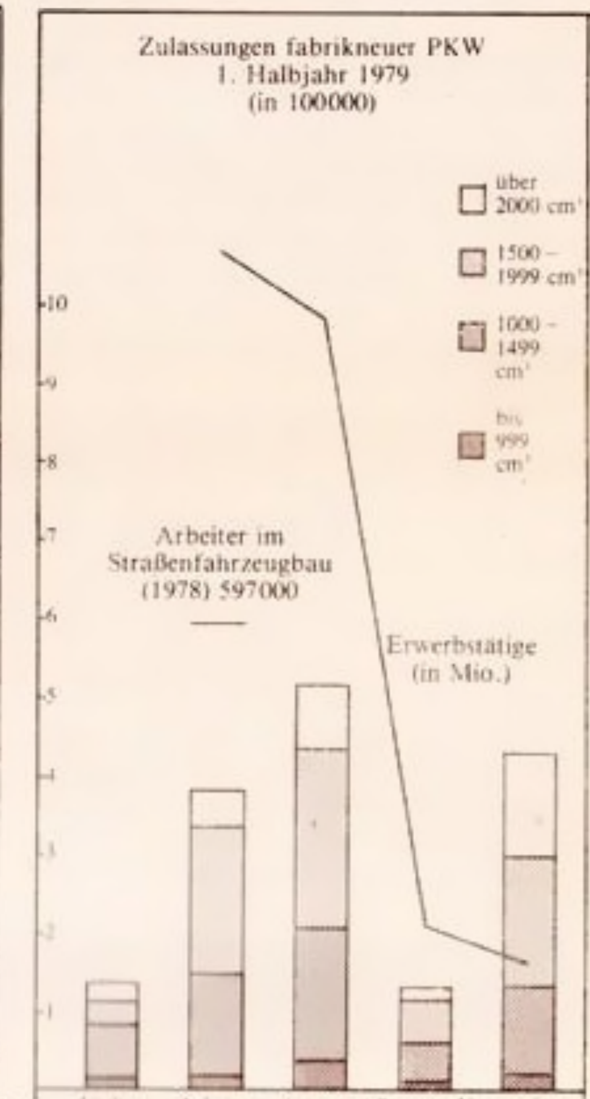












tors wird bis 1982 in der BRD 6 Mrd. DM investieren.'' – ,,VW wird bis 1981 8,9 Mrd. investieren.'' – Daimler wird in den nächsten Jahren 10 Mrd. investieren.'' – ,,Fiat wird bis 1985 5 Mrd. Dollar investieren.'' Es sind alles ganz ähnliche Zahlen, und es

Der Markt ist knüppelvoll und bereits verstopft, die Expansion jedes Monopols geht nur auf Kosten eines Konkurrenten. Der gegenwärtige Stand der Autokapitale ist höchst unterschiedlich und kann so nicht lange bleiben:

schen Mittel für eine Aufholbewegung billig in die Hand zu kriegen. Bei General Motors werden neuerdings die Ventildeckel der Sechszylindermotoren für den neuen Frontantrieb-Kompaktwagen durch zwei mikroprozessorgesteuerte Kameras mit einer Stundenleistung

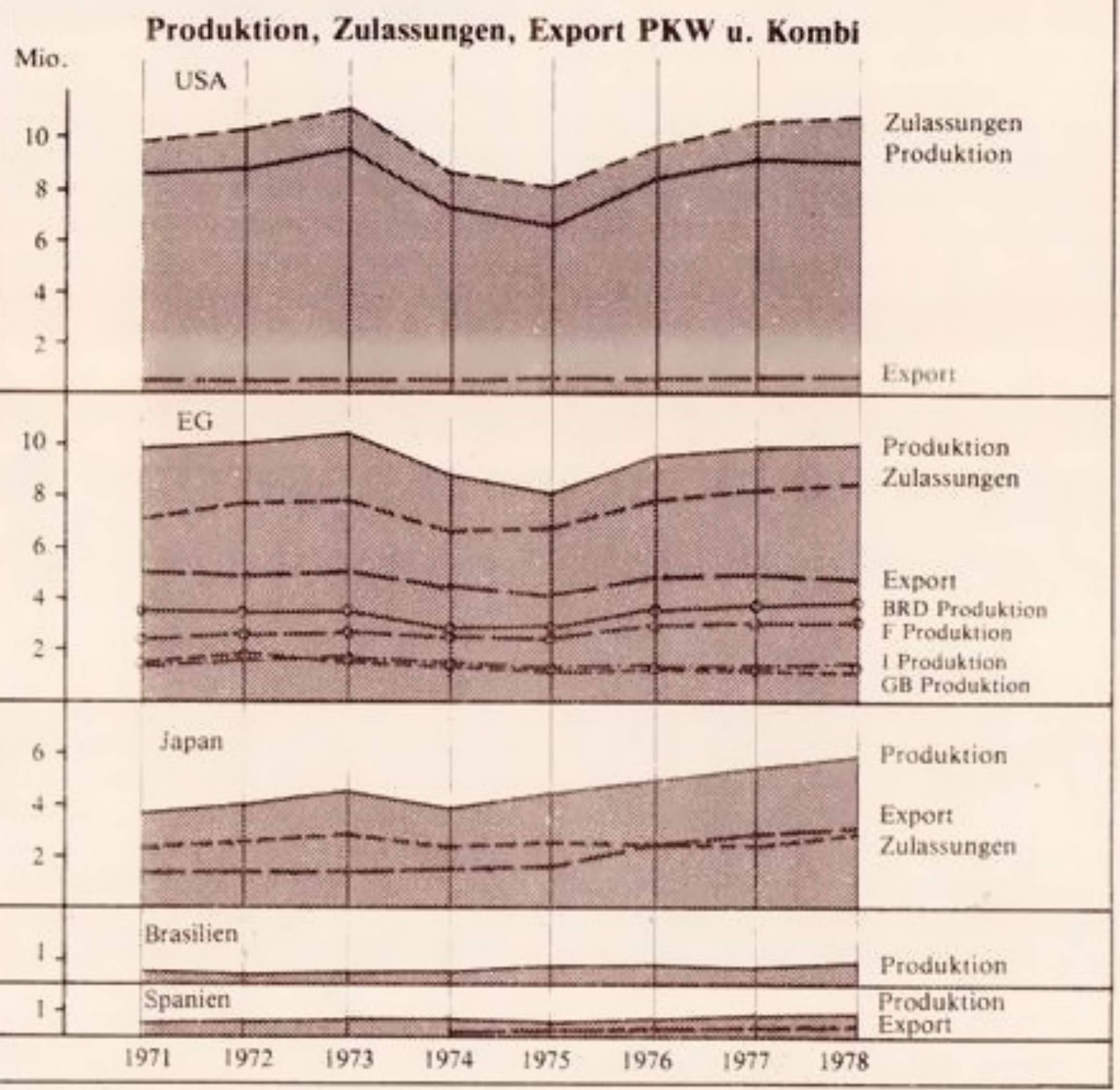
Monopolen die Pest an den Hals wünschen, fürchten sie sich wegen des internationalen Zusammenschlusses des Proletariats ebenso vor der gegenwärtig in den USA stattfindenden Tarifauseinandersetzung wie diese. 1978 sind in Westdeutschland durch Streik

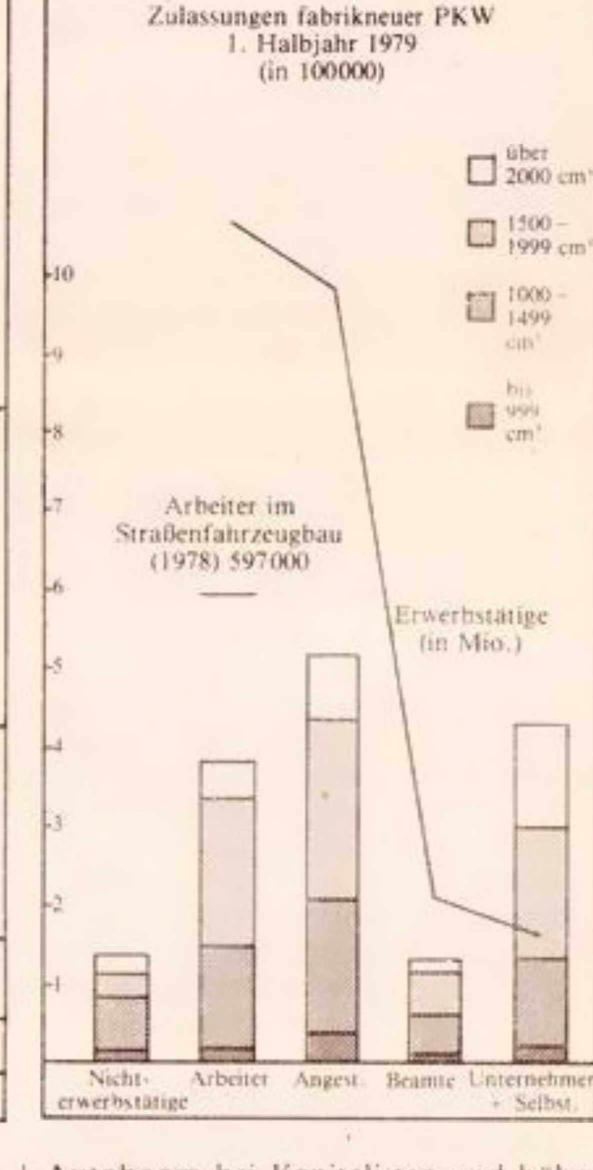
erlaubt, mit Dumpingpreisen auf den Markt zu treten. Ihre Jahresproduktion liegt derzeit bei über 2 Millionen. Den ,,Lada'' haben sie in der BRD im 1. Halbjahr 1979 6288 mal verkauft, das entspricht dem Absatz von British Leyland.











IAA '79: Die Sozialimperialisten wollen mit dem ,,Lada'' größer ins Geschäft. – Golf-Profitmaximierung: dünnstes Blech. – Rumänien hat mit dem Aufbau einer selbständigen Automobilproduktion begonnen. – Neue Technik: Armaturenanzeige durch Mikroprozessoren, Lohnsenkung in Vorbereitung.

Die Stärke der US-Imperialisten beruht entscheidend auf zwei Faktoren: einem riesigen inneren Markt, dadurch Extraprofite mit Großserien; und dem bereits Ende der zwanziger Jahre begonnenen Kapitalexport, der heute Kfz-Exporte fast überflüssig macht, außer für die Armee.

Autoboom bei Kapitalisten und höheren Beamten: kaum ein Arbeiter außerhalb der Autobranche (Jahreswagen) kann sich einen Neuwagen leisten.

z.bag.Aarhus. **Die diesjährige Festwoche der Handelskapitalisten der dänischen Stadt Aarhus wurde durch eine Reihe von Streiks empfindlich gestört.** Die Bühnenarbeiter des Stadttheaters legten zur Premiere des Festmusicals die Arbeit nieder und nahmen sie während der ganzen Festwoche nicht wieder auf. Sie forderten die Aufhebung einer internen Lohnabsprache, die zu einer Lohnsenkung geführt hatte. Vergeblich versuchte die Direktion eine Notinszenierung am 7.9. Der Theaterdirektor selbst bastelte an Kulissen und Beleuchtung, aber da schlossen die Kontrolleure das Gebäude. Der Musiklehrerverband weigerte sich, das traditionelle öffentliche Schülerkonzert durchzuführen, weil das Überstunden bedeutet hätte. Diese Aktion geschah auf dem Hintergrund einer breiten Bewegung unter den Lehrern, die für die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl eintritt. Am Freitag dieser Festwoche legten die Kassiererinnen des großen Kaufhauses Bilka die Arbeit nieder, um betriebsinterne Lohnerhöhungen und die Abschaffung des Systems der persönlichen Zulagen durchzusetzen. Die Direktion beordert Abteilungsleiter an die Kassen. (s. Bild)



z.coi.Stockholm. **2600, meist Beschäftigte im öffentlichen Dienst, demonstrierten am 8.9. in Stockholm gegen die drastischen Einschränkungen der Gesundheits- und Sozialversorgung in der Stadt.** Aufgerufen hatten ca. 30 Organisationen, vor allem die Gewerkschaften der öffentlich Beschäftigten wie die der Krankenhausangestellten. Gefordert wurde: Keine Schließung von Akutkrankenhäusern und Akutabteilungen! Die Krankenhausangestellten forderten einen kürzeren Arbeitstag und höheren Lohn. Die 8309 Akutbetten im Jahre 1974 wurden bis 1978 um 586 gesenkt und sollen bis 1980 um weitere 560 vermindert werden. Die Akutversorgung wird auf wenige, auf bestimmte Krankheitsgebiete spezialisierte Krankenhäuser konzentriert. Gleichzeitig wird die ,,Heimkrankenversorgung'' aufgebaut. Bereits heute werden 6000 Kranke, die eigentlich ein Krankenhausbett benötigen, zu Hause und aus Mangel an angestellten Krankenschwestern oft von Angehörigen zu einem Pflegegeld von 255 DM monatlich gepflegt.

z.scc. **Drei Wochen währt der Streik der Rotterdamer Hafenarbeiter für 30 Gulden netto/Woche, Rente ab 60, 35-Stundenwoche für Schichtarbeiter.** (s. KVZ 37) Nachdem die Arbeiter des größten Containerbetriebs ECT die Arbeit wieder aufgenommen haben, versuchen die Kapitalisten jetzt im Stückgutbereich, den Streik durch konzentrierten Einsatz von ,,Arbeitswilligen'' zu brechen. Bisher ohne den gewünschten Erfolg. Nach wie vor liegt der Stückgutbereich lahm. Am Mittwoch demonstrierten 2000 Hafenarbeiter zum Rathaus, um die Aufnahme von Verhandlungen zu fordern. Dennoch ist unverkennbar, daß die Lage im Streik, der ohne die Unterstützung der Transportgewerkschaft FNV, d.h. ohne Streikgeld, ohne die gewerkschaftlichen Organisationsmittel, geführt werden muß, schwierig wird. Gelingt es, den Streik über das Wochenende zu halten, verbessern sich die Aussichten, zumindest die zwischen Kapitalisten und FNV ausgehandelten 28,50 Gulden brutto/Woche rückwirkend ab 1.1. statt 1.7. durchzusetzen, schlagartig. – 1970 hatten die Rotterdamer Hafenarbeiter schon einmal in einem 18-tägigen Streik, der nicht von der Gewerkschaftsführung unterstützt wurde, eine Lohnerhöhung von 37,50 Gulden erkämpft.

z.elb.Brüssel. **Die Beschäftigten des belgischen Telefondienstes verstärken ihre Kampfaktionen.** (s. KVZ 36) In Namur streikten sie am letzten Donnerstag voll, in Brüssel wurden für den größten Teil des Tages die Anschlüsse der meisten Ministerien lahmgelegt, in Charleroi demonstrierten 300 gegen die Rücknahme der Zugeständnisse, die die Regierung bei der Erhöhung der unteren Gehaltstarife gemacht hatte. Die zugestandene Aufsummierung der Arbeitszeitverkürzung (38-Stundenwoche) auf einen freien Tag pro Monat, allerdings nur für die 75% Schichtarbeiter, und Neueinstellungen, aber zum Teil mit ,,Arbeitsbeschafften'', sollen bestehen bleiben. Die Gewerkschaften beraten derzeit über die, Durchführung einer nationalen Demonstration.

z.anb.Wien. **Drei Tage vor Beginn des 9. Bundeskongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes überraschte die Nationalbank mit der ,,schlagartigen'' Aufwertung des Schilling um 1,5%.** Ihr Präsident Koren zog an den Fäden der Sozialpartnerschaft. Während die Kapitalisten die Wirkungen der bisherigen Lohnabschlüsse dieses Jahres von 4 – 5% durch Streichung betrieblicher Zulagen, Anordnung von Sonderschichten ohne Lohn und Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit verschärfen, wird der Preisauftrieb retuschiert, um gegen die immer dringlicher werdenden Kämpfe um Nachschlag in den Betrieben Barrikaden zu errichten. Welchen Spielraum den Kapitalisten die Extraprofite der Ausbeutungsrate lassen, verdeutlichte die Gelassenheit, mit der die Wirkung der Aufwertung auf den Export beurteilt wird. Daß der Verschleiß der Arbeitskraft einen Stand erreicht hat, der die Eindämmung von Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit bereits dringlicher erscheinen läßt als ein

Vulkan-Werft Bremen: Entlassungen aus „gesundheitlichen Gründen“ werden bekämpft

z.hek. „Wie die Eskimos nur dann allen Unbilden der Natur trotzen können, wenn sie ihre Iglus gut bauen und immer wieder vor Gefahren schützen, so können auch wir die weltweite Schiffbaukrise nur dann überstehen, wenn wir alles tun, um unseren Iglu, den Bremer Vulkan, zu erhalten.“ So schrieb der „Fofftein“ im Februar 1979.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Betriebsführung bereits 38 Arbeiter „aus gesundheitlichen Gründen“ entlassen, weil sie den „Unbilden“ nicht der Natur, sondern der kapitalistischen Werftarbeit nicht mehr widerstanden. Häufige Fehlzeiten infolge Krankheit machten eine Weiterbeschäftigung unmöglich, ließ die Betriebsführung verlauten. Unter den Arbeitern gibt es etliche, die über 30 Jahre auf der Werft arbeiten, diverse Unfälle hinter sich haben und deren Arbeitskraft so verschlissen wurde. Sie sind nicht mehr geeignet, jene Leistungen zu bringen, die die Grundlage für die vergoldeten Profite der Werftkapitalisten sind. So eine der ersten Kündigungen, die Kranführerin Tabarez, die nach einem Betriebsunfall eineinhalb Jahre krankgeschrieben wurde und nur noch sitzende Arbeit verrichten kann.

Für sie und alle anderen, mittlerweile gut 70 Arbeiter „war kein leichter Arbeitsplatz auf der Werft vorhanden.“ Im Jahresbericht 1977 wird die Betriebsführung da schon deutlicher: „Bei dieser Marktsituation ist es Ziel unserer Personalpolitik, mit einer zahlenmäßig verringerten, jedoch qualitativ verbesserten Belegschaft auszukommen ...“. *Qualitativ* ist wichtig, denn jene Arbeiter, die sich mit Mühe zum Vulkan schleppen, jedoch hochqualifizierte Arbeit verrichten, werden auch entsprechend eingesetzt, ohne etwas über ihre Krankheit verlauten zu lassen, sowohl in Überstunden-, Feiertags- und Schichtarbeit.

Wurde vor geraumer Zeit im Betriebsrat noch Kündigungen aus gesundheitlichen Gründen mehrheitlich zugestimmt, so änderte sich das, als aus den Branchen und auf Betriebsversammlungen diese Kündigungen kritisiert wurden. Die Schiffbauerbranche forderte im Herbst 1978, daß der Betriebsrat Entlassungen aus gesundheitlichen Gründen prinzipiell nicht mehr zustimmen soll. Kritisiert wurde die Nichtanerkennung der Schweißerlunge als Berufskrankheit, die gerade Grundlage etlicher Entlassungen aus „gesundheitlichen Gründen“ ist. Zahlreich besucht waren einige Prozesse vor dem Arbeitsgericht und mittlerweile wurden vier Prozesse von Arbeitern gewonnen. Das stärkt den Kampf gegen die Entlassungen aus „gesundheitlichen Gründen“ und für Anerkennung der Schweißerlunge als Berufskrankheit. Wie es auch nützlich ist im Kampf um das Betriebsgesundheitswesen.

Kampf der Lehrer gegen Mehrarbeit – Kultusminister erweitern Kontrollen zum Schuljahresbeginn

z.her. Einen weiteren Wust von detaillierten Erlassen und Verordnungen haben die Kultusminister der Länder zum neuen Schuljahr herausgegeben. Ausdehnung der Kontroll- und Mehrarbeit für die Lehrer. In Hamburger Gymnasien z.B. sollen neue Richtlinien für Klassenarbeiten angewendet werden nach dem Motto keine Stunde ohne Test, wobei die Lehrer Abwechslung in die Form bringen sollen: kurze Überprüfung von Kenntnissen, Anfertigung von Übersichtsskizzen, Beschreibungen, Interpretationen, Inhaltsangaben, Protokollnotizen – schlagen die Richtlinien vor. Dauert der Test nicht länger als 10 Minuten, kann man eine Klasse zwei am Tag schreiben lassen, neben den üblichen Klassenarbeiten. Wann das ausgeheckt und korrigiert werden soll, steht nicht in deren Richtlinien. Die Konferenztätigkeit wird ebenfalls erlaßmäßig ausgeweitet. 10 – 20% Unterrichtsausfall sind schon jetzt die Regel; computererrechnete Stundenpläne müssen durch „Notstands“pläne ersetzt werden.

Eine weitere Sorte Verordnungen befaßt sich mit der Führung des Klassenbuches: Überprüfungen von Entschuldigungen und sonstige Auffälligkeiten der Schüler sollen notiert, neue erwei-

7 Fragen zu körperlichen Besonderheiten und physischer Entwicklung, 22 Fragen zu den Interessen des Schülers, 18 Fragen zu seinen Fähigkeiten, 11 Fragen zu seinen Arbeitseigenschaften. In Hessen hat der Innenminister einen dringenden Apell an die Lehrer gerichtet, doch schon jetzt entsprechende Überprüfungen nach den Richtlinien zur Einstellung für den öffentlichen Dienst vorzunehmen – es sollen etwa 600 Bewerber für die Polizeilaufbahn in Aussicht genommen werden. In Baden-Württemberg sind den Lehrern dann auch jetzt gleich Stellen beim Landeskriminalamt angeboten worden. (Bereich Rauschgiftdezernat). Von der entsprechenden Vorbildung wird ausgegangen – ob sich schon einer dafür beworben hat, war nicht zu erfahren.

Die Lehrer führen den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung mit Beginn des neuen Schuljahres fort. Einmal geht es ihnen dabei darum, Einheit in der Frage der Forderung herzustellen, wo sich eine Einigung der Lehrer der verschiedenen Schultypen im Rahmen der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche für alle Lehrer abzeichnet. Zum anderen geht es darum, welche Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung erforderlich

den.“ Im Jahresbericht 1977 wird die Betriebsführung da schon deutlicher: Kampf um das Betriebsgesundheitswesen.

Kampf der Lehrer gegen Mehrarbeit – Kultusminister erweitern Kontrollen zum Schuljahresbeginn

z.her. Einen weiteren Wust von detaillierten Erlassen und Verordnungen haben die Kultusminister der Länder zum neuen Schuljahr herausgegeben. Ausdehnung der Kontroll- und Mehrarbeit für die Lehrer. In Hamburger Gymnasien z.B. sollen neue Richtlinien für Klassenarbeiten angewendet werden nach dem Motto keine Stunde ohne Test, wobei die Lehrer Abwechslung in die Form bringen sollen: kurze Überprüfung von Kenntnissen, Anfertigung von Übersichtsskizzen, Beschreibungen, Interpretationen, Inhaltsangaben, Protokollnotizen – schlagen die Richtlinien vor. Dauert der Test nicht länger als 10 Minuten, kann man eine Klasse zwei am Tag schreiben lassen, neben den üblichen Klassenarbeiten. Wann das ausgeheckt und korrigiert werden soll, steht nicht in deren Richtlinien. Die Konferenztätigkeit wird ebenfalls erlaßmäßig ausgeweitet. 10 – 20% Unterrichtsausfall sind schon jetzt die Regel; computererrechnete Stundenpläne müssen durch „Notstands“pläne ersetzt werden.

Eine weitere Sorte Verordnungen befaßt sich mit der Führung des Klassenbuches: Überprüfungen von Entschuldigungen und sonstige Auffälligkeiten der Schüler sollen notiert, neue erweiterte Karteikarten dazu angelegt werden. Arbeitsamt und Innenminister gehören ebenfalls zu den Auftraggebern für Mehrarbeit für Lehrer. In Bremen z.B. soll in den Haupt- und Realschulklassen ein umfangreicher Fragebogen über jeden Schüler ausgefüllt werden: 7 Fragen zu körperlichen Besonderheiten und physischer Entwicklung, 22 Fragen zu den Interessen des Schülers, 18 Fragen zu seinen Fähigkeiten, 11 Fragen zu seinen Arbeitseigenschaften. In Hessen hat der Innenminister einen dringenden Apell an die Lehrer gerichtet, doch schon jetzt entsprechende Überprüfungen nach den Richtlinien zur Einstellung für den öffentlichen Dienst vorzunehmen – es sollen etwa 600 Bewerber für die Polizeilaufbahn in Aussicht genommen werden. In Baden-Württemberg sind den Lehrern dann auch jetzt gleich Stellen beim Landeskriminalamt angeboten worden. (Bereich Rauschgiftdezernat). Von der entsprechenden Vorbildung wird ausgegangen – ob sich schon einer dafür beworben hat, war nicht zu erfahren.

Die Lehrer führen den Kampf um die Arbeitszeitverkürzung mit Beginn des neuen Schuljahres fort. Einmal geht es ihnen dabei darum, Einheit in der Frage der Forderung herzustellen, wo sich eine Einigung der Lehrer der verschiedenen Schultypen im Rahmen der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche für alle Lehrer abzeichnet. Zum anderen geht es darum, welche Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung erforderlich sein werden. Die angedrohten Disziplinarmaßnahmen der Dienstherren bei Aktionen in der Unterrichtszeit machen es unvermeidlich, daß sich die Lehrerbewegung ausführlich mit der Frage der Beseitigung des Beamtenrechts befaßt.

Tausende streiken in Pariser Kaufhäusern

Kapitalisten wollen Sonntagsarbeit / Arbeitszeitordnung durchlöchert / Hungerlöhne

z.pel.Paris. „Die Gesetzesvorlage, die wir heute einbringen, soll dem Handel die Mittel in die Hand geben, die er benötigt, um seiner Bestimmung nachzukommen: die Bedürfnisse der Verbraucher im Rahmen offener und klar bestimmter Konkurrenz zu befriedigen. Mit der Entwicklung unserer Gesellschaft drücken sich diese Bedürfnisse mehr und mehr an gewissen Tagen aus, an denen die Unternehmenschefs ihre Betriebe nicht öffnen können, ohne ein Gesetz oder eine Bestimmung des Arbeitsgesetzbuches zu verletzen, was Strafe nach sich zieht.“

49 Abgeordnete der größten Partei der französischen Regierungskoalition, der UDF, beantragten am 22. Juni in der Nationalversammlung die Aufhebung des Verbots für die Handelskapitalisten, die Arbeiter und Angestellten auch sonntags für sich schuften zu lassen. Dem Minister für Handel und Handwerk war dieses hehre Anliegen die sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission wert.

Am 13.9. mußte er auf einem Treffen mit Vertretern der Kapitalistenverbände, der Gewerkschaften und der „Verbraucherorganisationen“ mitteilen, eine schnelle Entscheidung sei „angesichts der aufgetretenen Schwierigkeiten“ nicht zu erwarten. Der stellvertretende Sekretär der Gewerkschaft Handel der CGT Scipion sagte uns dazu: „Der Minister war etwas verspannt gestern, etwas unzufrieden, er hat uns vorgeworfen, wir betrieben politische Agitation, offensichtlich haben ihn die Streiks der letzten Woche getroffen“.

Mehr als 10000 Arbeiter und Angestellte der großen Pariser Kaufhäuser hatten zwischen dem 5. und 8.9. gestreikt. Es begann am 5.9. um 11 Uhr im größten Kaufhaus „Au Printemps“. Über 2000 der 4000 Beschäftigten hatten am Vortag auf der Betriebsversammlung für Streik gestimmt, alle fünf Gewerkschaften im Betrieb einschließlich der gelben Gewerkschaft Force Ouvrière (FO) riefen auf. 3000 waren dann am 5. auf der Straße und demonstrierten: „Wir lassen uns unser Familienleben nicht kaputtmachen, keine Sonntagsarbeit, 10% Lohnerhöhungen!“ Am nächsten Tag streikten 2000 im Kaufhaus Rivoli, 800 in den Galerien Lafayette. Immer wieder gehen die Streikenden auf die Straße, die Lautsprecherdrohungen der Direktion bleiben wirkungslos. Und auch die Versprechungen: „Selbst wenn die gesetzliche Möglichkeit bestände, wir versichern Ihnen, bei uns gibt es keinerlei Pläne, sonntags zu öffnen.“ „Das haben sie 1948 gesagt, dann wurde doch samstags geöffnet, das haben sie vor zehn Jahren gesagt, als sie die 48-stündige Ruhepause angriffen und montags öffneten. Heute hat ihnen keiner mehr geglaubt“, erklärt S. Scipion. „Damals haben sie Erfolg gehabt trotz unseres Kampfes, diesmal haben wir hart gearbeitet in den Ferien, und das Ergebnis hat viele überrascht.“

Warum sie sich beteiligt hat, wollten wir von einer Verkäuferin im „Printemps“ wissen. „Man will die Kampferfolge unserer Großeltern auslöschen“, ist die Antwort. Tatsächlich hat der Kampf gegen die Sonntagsarbeit im Handel jahrhundertelange Tradition. 1814 entsteht das erste Gesetz über die „Sonntagsruhe“, das aber bald in den Gesetzen von 1841 und 1892 nur noch auf Kinder und Frauen angewandt wird. Die 1865 gegründete „Gesellschaft der Handelsbeschäftigten“ erhebt die „Sonntagsruhe“ als Hauptforderung, 1869 organisiert sie die ersten Streiks zur Durchsetzung dieser Forderung. Aber erst 1906 können die Arbeiter und Angestellten der Gier der Kapitalisten nach schrankenloser Ausdehnung der Arbeitszeit mit dem Verbot der Sonntagsarbeit erste Schranken setzen. Das Gesetz gilt jedoch nur für Industrie und Handel, wobei dort alle Selbständigen ausgenommen sind.

1936 erkämpft sich die französische Arbeiterklasse die 40-Stundenwoche, mit zahlreichen Ausnahme- und Sonderregelungen schaffen jedoch die Kapitalisten gleichzeitig eine Basis für Angriffe zu ihrer Zerlöcherung. Überstunden sind möglich, um „die Produktion zu stärken“, und zwar bis zu zwölf in der Woche. Ihre mittlere Dauer darf in drei Monatsperioden acht Stunden nicht überschreiten, einmal angesetzt, *müssen* sie von den Lohnabhängigen geleistet werden. Die Handelskapitalisten erhalten 1937 per Dekret über „den Ausgleich der toten Zeit“ die Möglichkeit, sich die Arbeitskraft ihrer Verkäufer sechs Stunden in der Woche unentgeltlich anzueignen. Mit der unverschämten Begründung, daß ja häufig der Laden leer sei und es keine Arbeit gebe, brauchen die Kapitalisten bei 46 Stunden Arbeitszeit nur 40 Stunden zu zahlen.

Diese Regelungen sind in das Gesetz vom 25.2.46 übernommen worden und sind heute noch vollständig in Kraft (Überstunden) oder zumindest teilweise, wie bei der „toten Zeit“, die in den Kaufhäusern vor etwa zehn Jahren zurückgekämpft worden ist, im kleinen Lebensmitteleinzelhandel aber weiter existiert. Für die Kapitalisten sind sie zu Einfallstoren bei der immer intensiveren Vernutzung der Arbeitskraft geworden. Auf Grundlage der Überstunden haben sie die Öffnungszeiten der Läden enorm ausgedehnt. Nach Angaben der Gewerkschaft liegen sie heute zwischen 54 und 78 Stunden in der Woche. „Ich arbeite von 9.30 bis 18.30 Uhr, vorher und hinterher eine Viertelstunde umsonst. Sie sehen, die Luft ist jetzt schon dick, die Entlüftung macht nur Lärm, daß wir hier alle Hocker haben, hat jahrelangen Kampf gekostet. Viele haben hier nur Teilzeitverträge über 16 oder 24 Stunden, was dauernde Unruhe schafft. Und jetzt noch sonntags sich im Kaufhaus einschließen lassen?“

40 – 50% Teilzeitarbeiter gibt es in einigen Kaufhäusern, in denen, die bis zu 13 Stunden öffnen, wird überall Schicht gearbeitet. Der Lohn ist dort am miserabelsten. 2550 FF (1130 DM ca.) verdient eine Verkäuferin mit fünf Jahren Praxis im Monoprix, 3500 FF im Printemps, es existieren nur betriebliche Tarifverträge, bei der Masse der kleinen Läden gar keine. ⅔ der über eine Million Lohnabhängigen im Einzelhandel arbeiten in Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die noch 67% aller Umsätze tätigen. Dort haben die Gewerkschaften bis heute kaum Fuß fassen können. Insgesamt sind etwa 120000 Beschäftigte in einer Gewerkschaft, 70000 davon in der CGT.

Für den 21.9. haben alle Gewerkschaften im Raum Paris einen Aktionstag mit Streik und Demonstration zum Kapitalistenverband beschlossen. Gegen Sonntagsarbeit, für die 35-Stundenwoche. Über die Dringlichkeit einer einheitlichen Lohnforderung besteht keine Einheit. Das läßt Kapitalisten und Regierung unnötig Raum.



vertretende Sekretär der Gewerkschaft Handel der CGT Scipion sagte uns dazu: „Der Minister war etwas verspannt gestern, etwas unzufrieden, er hat uns vorgeworfen, wir betrieben politische Agitation, offensichtlich haben ihn die Streiks der letzten Woche getroffen“.

Mehr als 10000 Arbeiter und Angestellte der großen Pariser Kaufhäuser hatten zwischen dem 5. und 8.9. gestreikt. Es begann am 5.9. um 11 Uhr im größten Kaufhaus „Au Printemps“. Über 2000 der 4000 Beschäftigten hatten am Vortag auf der Betriebsversammlung für Streik gestimmt, alle fünf Gewerkschaften im Betrieb einschließlich der gelben Gewerkschaft Force Ouvrière (FO) riefen auf. 3000 waren dann am 5. auf der Straße und demonstrierten: „Wir lassen uns unser Familienleben nicht kaputtmachen, keine Sonntagsarbeit, 10% Lohnerhöhungen!“ Am nächsten Tag streikten 2000 im Kaufhaus Rivoli, 800 in den Galerien Lafayette. Immer wieder gehen die Streikenden auf die Straße, die Lautsprecherdrohungen der Direktion bleiben wirkungslos. Und auch die Versprechungen: „Selbst wenn die gesetzliche Möglichkeit bestände, wir versichern Ihnen, bei uns gibt es keinerlei Pläne, sonntags zu öffnen.“ „Das haben sie 1948 gesagt, dann wurde doch samstags geöffnet, das haben sie vor zehn Jahren gesagt, als sie die 48-stündige Ruhepause angriffen und montags öffneten. Heute hat ihnen keiner mehr geglaubt“, erklärt S. Scipion. „Damals haben sie Erfolg gehabt trotz unseres Kampfes, diesmal haben wir hart gearbeitet in den Ferien, und das Ergebnis hat viele überrascht.“

Warum sie sich beteiligt hat, wollten wir von einer Verkäuferin im „Prin-

angesetzt, müssen sie von den Lohnabhängigen geleistet werden. Die Handelskapitalisten erhalten 1937 per Dekret über „den Ausgleich der toten Zeit“ die Möglichkeit, sich die Arbeitskraft ihrer Verkäufer sechs Stunden in der Woche unentgeltlich anzueignen. Mit der unverschämten Begründung, daß ja häufig der Laden leer sei und es keine Arbeit gebe, brauchen die Kapitalisten bei 46 Stunden Arbeitszeit nur 40 Stunden zu zahlen.

Diese Regelungen sind in das Gesetz vom 25.2.46 übernommen worden und sind heute noch vollständig in Kraft (Überstunden) oder zumindest teilwei-

zelhandel arbeiten in Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten, die noch 67% aller Umsätze tätigen. Dort haben die Gewerkschaften bis heute kaum Fuß fassen können. Insgesamt sind etwa 120000 Beschäftigte in einer Gewerkschaft, 70000 davon in der CGT.

Für den 21.9. haben alle Gewerkschaften im Raum Paris einen Aktionstag mit Streik und Demonstration zum Kapitalistenverband beschlossen. Gegen Sonntagsarbeit, für die 35-Stundenwoche. Über die Dringlichkeit einer einheitlichen Lohnforderung besteht keine Einheit. Das läßt Kapitalisten und Regierung unnötig Raum.



5000 demonstrierten am 7.9. zum Handelsminister. Die entschlossenen Aktionen der Beschäftigten haben alle Gewerkschaften in die Aktionseinheit gezwungen.

---

paar Schilling mehr in der Tasche, mißbraucht die SPÖ-Führung im ÖGB zur Propagierung ihrer „maßvollen“ Lohnpolitik. Präsident Benya beschwor stattdessen die Banken, in der Bereitstellung von Staatsanleihen für die verstaatlichte Industrie ihr „Engagement“ in der Arbeitsplatzsicherung ernst zu nehmen. Auf der anderen Seite ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche *bei vollem Lohnausgleich* und sechs Wochen Urlaub für alle zum offenen Streitpunkt mit der Masse der Gewerkschaftsmitglieder geworden.

z.ulg.Rom. **Gegen eine Akkorderhöhung um 30% haben die Arbeiter des Pirelli-Werks in Settimo bei Turin einen Teilerfolg erkämpft.** Die Geschäftsleitung hatte im Juli die Normen für die Reifendeckenfertigung erhöht und, als sich die Arbeiter dagegen mit Langsamarbeiten zur Wehr setzten, bis zu 50000 Lire monatlich (rund 100 DM) vom Lohn abgezogen. Daraufhin begannen zur Unterstützung der kämpfenden Abteilung Anfang vorletzter Woche alle 2600 Arbeiter des Werks, auf 90% zu arbeiten. Letzten Dienstag mußten die Kapitalisten nachgeben. Die mit neuen Maschinen pro Schicht zu bewältigende Norm wird statt wie von Pirelli beabsichtigt um 30 nur um zehn Reifendecken erhöht. Statt elf Arbeitern an neun Maschinen arbeiten künftig in jeder „Insel“ zwölf Arbeiter an acht Maschinen. Am Mittwoch entscheidet die Belegschaft über die Annahme des Verhandlungsergebnisses.

z.acr. **Die 15000 Telefoninstallateure des US-Konzerns Bell Telephone in den kanadischen Provinzen Ontario und Quebec stimmten am 10.9. mit 78,9% einem neuen Tarifvertrag zu und beendeten damit ihren Streik.** (siehe KVZ 35/79) Bereits seit dem 1.12.1978 im tariflosen Zustand, waren sie am 13.8. in den Vollstreik getreten, nachdem sie ab Juni eine Serie von rotierenden Streiks durchgeführt hatten. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 17% im ersten Jahr, längeren Urlaub, die Aufhebung des tarifvertraglichen Rechts der Kapitalisten, sie bis zu acht Überstunden die Woche zu zwingen, sowie die Erhöhung der Überstundenzuschläge auf 100%. Nach dem neuen dreijährigen Tarifvertrag erhalten sie 10,5% mehr Lohn rückwirkend ab 1.12.1978, 10% ab 1.12.1979 und 9% ab 1.12.1980. Ab 1.12.1980 müssen die Kapitalisten Zuschläge zahlen, wenn der Lebenshaltungskostenindex über 8% steigt. Gleichzeitig wurde die Reduzierung der Zwangsüberstunden vereinbart und die Anzahl der Lohngruppen verringert.

z.rua. **Am 4.9. sind in Costa Rica 40000 Lehrer in einen unbefristeten Streik getreten.** Sie fordern die sofortige Aus- und Nachzahlung der von der Regierung Carazo im Mai zugestandenen Lohnerhöhung von 200 Colones (1 DM = 4,5 Col.). Der Durchschnittsverdienst eines Lehrers beträgt 1700 Col. (378 DM) im Monat; dieses Jahr stiegen die Preise um 10%, ohne daß die Löhne erhöht wurden. Zum 1.9. wurde der Colones erstmals seit 1974 drastisch abgewertet. Costa Rica ist mit 1,5 Mrd. $ vor allem bei den US-Imperialisten verschuldet, 1978 betrug die Zinslast 264 Mio. $. Der Staatshaushalt 1979 wurde gegenüber 1978 um 1 Mrd. Col. gekürzt, bei den Gehältern im öffentlichen Dienst und den Sozialausgaben soll diese Summe eingespart werden. Mitte August streikten in Limón die Hafenarbeiter, Ölarbeiter, Eisenbahner und Arbeiter der Bananenverpackung für eine *Festgeld*erhöhung von 400 Col., Urlaubsgeld und bessere Sozialleistungen. Die Arbeitsministerin Quesada erklärte den Streik für illegal und ließ ihn am 23.8. für 30 Tage aussetzen. Auf Druck der Arbeiterbewegung mußte sie Ende August zurücktreten. Die Forderungen der Arbeiter sind nicht erledigt. Die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes hat für Mitte September Streiks zur Durchsetzung ihrer Forderungen angekündigt.

z.evh. **In Port Louis, der Hauptstadt von Mauritius, streikten und demonstrierten seit dem 13.8. tausende Landarbeiter, Zuckerbauern und Zuckerarbeiter.** Sie forderten Lohnerhöhungen, 40-Stundenwoche und Anerkennung der Gewerkschaft durch die Kapitalisten. Die Imperialisten besitzen 50% der Zuckerplantagen und haben Mauritius den Zucker als Monokultur aufgezwungen. 50% der Erwerbstätigen arbeiten dort, ein Sechstel der Lohnabhängigen ist arbeitslos. Der Streik wurde am 24.8. beendet, als die Kapitalisten und die Regierung zu einer Lohnerhöhung gezwungen werden konnten, über deren Höhe noch nichts bekannt ist.

z.mat.Sydney. **Die Seeleute von Papua-Neuguinea bestreikten vom 15. bis 30. August Schiffe der Überseereederei Papua-Neuguineas.** Sie verlangen die Senkung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden, die Erhöhung des Urlaubs von fünf auf zwölf Wochen und die schrittweise Einführung des vom internationalen Transportarbeiterverband ITWF empfohlenen Lohns. Gegenwärtig liegen die Heuern für Seeleute auf großer Fahrt 40% unter ITWF-Tarif. Die Gewerkschaft war bereit, den Streik zu beenden, sobald die Reederei zu Verhandlungen über Arbeitszeit und Urlaub bereit ist. Die Kapitalisten hatten jede Verhandlung abgelehnt und die Forderungen als „allgemein ungerechtfertigt“ und „völlig unbegreiflich“ zurückgewiesen. Daraufhin hatten die Hafenarbeiter, die derselben Gewerkschaft angehören wie die Seeleute, in Port Moresby und in Lae einen Boykott über alle Schiffe der Reederei im Überseeverkehr verhängt. Die australischen Hafenarbeiter hatten den Streik durch zweitägige Boykotts von Schiffen aus Papua-Neuguinea unterstützt, bis zu vier Schiffe lagen in Australien fest. Die Regierung in Papua-Neuguinea nutzte die Lage zur Einrichtung einer Schiedskommission, vor der Arbeitskämpfe im Hafenbereich in Zukunft entschieden werden sollen. Als der Streik zu Schwierigkeiten in der Futter- und Lebensmittelversorgung führte, stimmte die Gewerkschaft dem Verfahren zu und setzte den Streik aus.

Schwedischer Jugendkriminalitätsbericht: Vorstrafenregister für Kinder gefordert

z.coi.Stockholm. Der ,,Rat für Verbrechensvorbeugung'' beim schwedischen Justizministerium hat einen Bericht ,,Die Gesellschaft und die jugendlichen Gesetzesübertreter'' vorgelegt. Danach ist die Zahl registrierter Gesetzesübertretungen seit 1950 bei 18–20jährigen auf das Fünffache, bei 15–17jährigen auf das Siebenfache ,,und vermutlich noch stärker bei Kindern unter 15 Jahren'' gestiegen.

Die gefaßten Jugendlichen lassen sich nicht einfach das Kreuz brechen. 70% würden wieder straffällig, bemängeln die Berichter und resümieren, daß die ,,Behandlungsideologie'' in der Unterdrückung der Jugend ,,zusammengebrochen'' ist. Gemeint ist die Linie der schwedischen Bourgeoisie, Jugendliche ,,Gesetzesübertreter'' und ,,Gefährdete'' mittels intensiver psychologischer Behandlung wieder einzugliedern bzw. deren ,,Abgleiten in die Kriminalität zu verhindern''. Mit einem ganzen Heer von Sozialarbeitern und Psychologen wurde der Staatsapparat aufgebläht und Institutionen wie die ,,Psychische Kinder- und Jugendbetreuung'' aufgebaut.

Mit der 1973 beschlossenen Strafvollzugsreform wurde die Bewährungsstrafe eingeführt (nicht zu verwechseln mit Gefängnisstrafe auf Bewährung). Manche Jugendliche, die vorher zu kurzen Gefängnistrafen verurteilt worden wären, werden nun unter die ständige Obhut eines Sozialarbeiters gestellt. Andrerseits kann die Bourgeoisie Jugendliche, die sie früher z.B. zu einer Geldstrafe verurteilt hat, heute direkt der staatlichen Kontrolle unterstellen. Waren 1973 (vor der Reform) 372 Jugendliche zwischen 18 und 20 Jahren wegen Eigentumsdelikten zu Gefängnisstrafen verurteilt, so sank diese Zahl auf 240. Hinzugekommen waren jedoch 1184 zur ,,Verjährungsstrafe'' verurteilte 18–20jährige.

Der Widerstand der Jugend gegen diese Sorte ,,liberaler'' Unterdrückung drückt sich in steigender Gewaltanwendung und Drohung gegenüber ,,staatlichen Bediensteten'' aus. Deshalb empfehlen die Berichterstatter, die Polizeiknüppel mehr freizulegen. Nach ausdrücklich sowjetischem Vorbild sollen die verschiedenenen staatlichen Organe koordiniert werden, d.h. die Polizei bei jedem ,,Jugendfall'' direkt eingeschaltet werden. Jugendliche unter 15 Jahren sollen von der Polizei und Sozialämtern bereits beim kleinsten Delikt registriert werden, das heißt: ins Vorstrafenregister.

Westberliner Umschüler kämpfen für Urlaubsgeld Ehrenberg antwortet auf Brief von 270

z.anp. 270 Westberliner Umschüler hatten in einem Brief an die Landesversicherungsanstalt, das Landesarbeitsamt und den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Ehrenberg, die Forderung nach einem Urlaubsgeld erhoben. ,,Auf einen Urlaub mit seinen materiellen Voraussetzungen können wir nicht verzichten. Wir fordern als sofortige Mindestmaßnahmen für dieses Jahr: 1. die Zahlung eines Urlaubsgeldes von mindestens 300,- DM, 2. die Ausbezahlung der Bezüge *vor* dem Urlaub.''

Die Antwortschreiben sind durchaus unterschiedlich ausgefallen. Für die Landesversicherungsanstalt ist mit der Feststellung ,,wie bereits erwähnt, fehlt dafür die gesetzliche Grundlage'' die Angelegenheit vom Tisch. Von einigem Interesse sind die Schreiben vom Landesarbeitsamt und vom Bundesministerium. In seiner Antwort läßt Ehrenberg von seinem Ministerialbeamten schreiben: ,,... einmalige Leistungen wie Urlaubsgeld oder Weihnachtsgeld (werden) grundsätzlich nicht berücksichtigt. Auf Überstunden beruhende Verdienste bleiben ebenso außer Betracht wie andererseits Verdienstausfälle infolge von Krankheit oder Kurzarbeit. Diese auf das ‚normale' Arbeitsentgelt abstellende Regelung berücksichtigt, daß Umschüler nach Beendigung ihrer Ausbildung

hin nicht mit einer Beschäftigung rechnen können, in der sie regelmäßig Überstunden leisten oder zum Ausgleich besonderer Arbeitsbedingungen oder aus anderen Gründen Zulagen oder sonstige einmalige Sonderzahlungen erhalten.'' Das ist ein kühner Angriff auf die Forderung der Arbeiterbewegung nach tariflicher Absicherung der Zulagen und darüberhinaus auf das Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Das Landesarbeitsamt baut derweil eine kleine Falle auf. Unter bestimmten Bedingungen könnten jährlich wiederkehrende Lohnzahlungen bei der Berechnung des Unterhaltsgeldes angerechnet werden: wenn sie auf vertraglicher Vereinbarung beruhen, in Höhe und Fälligkeit feststehen und auch bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis anteilig ausgezahlt würden. Bei Erfüllung dieser Bedingungen würden die Zahlungen nicht unter den Begriff ,,einmalige Zahlungen'' fallen, sondern als ,,aufgestautes Arbeitsentgelt'' zählen. Die ‚arbeitsamtliche' Definition hierfür ist in etwa die: es handelt sich dann um ein solches, wenn der Kapitalist, bei dem man vorher beschäftigt war, die Sozialabgaben z.B. für das Weihnachtsgeld nicht auf einen Schlag, sondern verteilt auf 12 Monate abführt. Nun gut, welcher Kapitalist macht's?

Neue Rahmenrichtlinien für Welt- und Umwelt-

Die Fachhochschüler organisieren bundesweit ihren Kampf gegen die reaktionäre Studienreform

z.elf. An der Fachhochschule Hamburg haben die Studenten nach einer Untersuchung der Vereinigung Deutscher Studentenschaften (VDS) durchschnittlich eine 41-Stundenwoche, 50–60 Stunden sind keine Seltenheit, in Prüfungsvorbereitungen müssen die Studenten durchschnittlich 53 Stunden wöchentlich arbeiten, im technischen Bereich brechen bis zu 50% das Studium ab, 12,5% mußten ein Fachsemester wiederholen. Die Studenten haben durchschnittlich unter 500 DM im Monat. 37,6% aller Studenten erhielten 1978 in der BRD Ausbildungsförderung. Mit der 6. BaföG-Novelle wurde die Förderungsaltersgrenze von 35 auf 30 herabgesetzt. Da 70% der Studenten den zweiten Bildungsweg hinter sich haben, bedeutet das für viele den Verlust des Förderungsanspruches. Die Prüfungen werden zunehmend in die Semesterferien hineinverlegt, so daß die Studenten ihre Arbeitskraft durch gleichzeitige Ferienarbeit und Prüfungsvorbereitung ruinieren.

Die Fachhochschüler werden ausgebildet zu mittleren bis höheren Aufsichtskadern in den Betrieben der Kapitalisten oder im Staatsapparat. Der Bundesverband der Deutschen Industrie bezeichnet das als den ,,betont praxisbezogenen Bildungsauftrag der Fachhochschulen'', und B. Egholm, parlamentarischer Staatssekretär in Schmudes Ministerium für Bildung und Wissenschaft umschreibt die kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Fachhochschüler folgendermaßen: ,,Es entspricht einer bewährten Tradition im Fachhochschulbereich, daß die Hochschulen enge Kontakte zur Wirtschaft ihrer Region unterhalten.'' Ein Teil der Fachhochschulen ,,habe sich an Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Wirtschaft und Verwaltung'' beteiligt (Rede vor dem Ingenieurverband der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung im Mai 79 in Lübeck). Trotzdem – einhellig jammern Kapitalistenverbände und Bourgeoispresse über eine ,,zunehmende Praxisferne'' der Fachhochschulabsolventen. In der FAZ vom 20.8.79 heißt es unter der Überschrift ,,Praxisschock der Ingenieure'', zunehmend sei eine ,,Wirtschaftsfeindlichkeit, im besten Falle eine Wirtschaftsindifferenz'' zu beobachten. Die Jungingenieure stünden ,,hilflos den Anforderungen des Betriebes an Kostenbewußtsein, Rentabilitätsdenken und Führungstechniken'' gegenüber. Es wird wohl eher sein, daß die jungen Ingenieure, meist selbst aus besitzlosen Familien oder ehemals Arbeiter, nicht freiwillig die Arbeiter antreiben oder gar durch Rationalisierungen rausschmeißen helfen, eben ,,Rentabilitäts- und Führungstechniken'' übernehmen.

Gegenwärtig arbeiten die Landesregierungen fieberhaft an der Durchsetzung der Beschlüsse der Bundesregierung, grundsätzlich festgehalten im Hochschulrahmengesetz von 1976, die ,,Praxisnähe'' der Fachhochschulabsolventen zu verbessern. Die Regelstudienzeit von 6 Semestern wird durch Landesgesetze und Prüfungsverordnungen zwangsweise durchgesetzt. in ,,Praxissemestern'' müssen die Studenten ein Jahr lang ohne Bezahlung, ohne das Recht auf Vertretung durch den Betriebsrat und gewerkschaftliche Organisierung ihre Arbeitskraft in Betrieben und Einrichtungen des Staatsapparates verausgaben. 2–3% derjenigen, die sich gut geführt haben, dürfen nach dem Abschlußexamen ein Zusatzstudium absolvieren. Und Egholm will den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat durch Erweiterung der ,,Teilzeitstudieneinrichtungen'' die Pflicht, die Arbeitskraft der Studenten zu bezahlen, weiter abnehmen. Außerdem empfiehlt er zwecks verstärkter Mobilität eine bessere Ausbildung in Fremdsprachen. Die Konkurrenz soll durch Ausbau um 27% bis 1982 weiter verschärft werden.

Gegen diese Maßnahmen haben im Sommersemester 1979 die Fachhochschüler in fast allen Bundesländern Kampfaktionen durchgeführt. Auf der Gründungskonferenz des VDS-Projektbereichs Fachhochschulen/Gesamthochschulen (30.6./1.7.) wurde ein ,,Aufruf zur Diskussion bundesweiter Streik-und Aktionstage im Wintersemester'' 79/80 beschlossen. Es ist den Revisionisten in Gestalt des MSB Spartakus im Vorstand gelungen, notwendige Forderungen aus dem Programm herauszudrücken und stattdessen als Hauptübel die ,,unwissenschaftlichen Kurzstudiengänge'' hinzustellen. Als ob ein ,,wissenschaftliches Langzeitstudium'' einen Schritt weiter im Kampf um politische und gewerkschaftliche Rechte führen würde. Die Forderungen, unter denen z.B. die Fachschaft Sozialarbeit an der Fachhochschule Köln gewählt worden sind, sind gute Grundlagen für geschlossene Kampfschritte der Fachhochschüler, u.a. Forderungen nach Einspruchsrecht der Fachschaften in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten, nach Streikrecht und Tarifvertrag im Berufsanerkennungsjahr (Praxissemester), gegen Erhöhung der Pflichtstundenzahl und Anwesenheitspflicht und für 1500 DM Elternfreibetrag und 100 DM mehr für alle Bafögempfänger.



,,Praxisbezug bedeutet insbesondere Berücksichtigung der Bedürfnisse der beruflichen Praxis.'' Schmude: 22 Orientierungspunkte zur Hochschulausbildung '78.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland(KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel./511/814045
Kommunistische Hochschulgruppe Hannover
Hochschulen Hannover, Hildesheim
10. September 1979
37dlz1000p

,,Orientierungsphase'' – die Abrichtung soll am ersten Tag beginnen

Es sei ein ,,Privileg studieren zu dürfen'', das ,,darauf beruht, daß erhebliche Kosten ... von der Gesellschaft, also von allen Steuerzahlern aufzubringen sind'' (S.49). Abgesehen davon, daß fast alle Steuern von den Lohnabhängigen gezahlt werden, sind Studenten nur insoweit bevorzugt, als ihnen gewerkschaftliche Rechte vorenthalten werden, die in anderen Ausbildungsbereichen schon erkämpft sind. Verstän-

Ehrenberg antwortet auf Brief von 270

z.anp. 270 Westberliner Umschüler hatten in einem Brief an die Landesversicherungsanstalt, das Landesarbeitsamt und den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Ehrenberg, die Forderung nach einem Urlaubsgeld erhoben. ,,Auf einen Urlaub mit seinen materiellen Voraussetzungen können wir nicht verzichten. Wir fordern als sofortige Mindestmaßnahmen für dieses Jahr: 1. die Zahlung eines Urlaubsgeldes von mindestens 300,- DM, 2. die Ausbezahlung der Bezüge vor dem Urlaub.''

Die Antwortschreiben sind durchaus unterschiedlich ausgefallen. Für die Landesversicherungsanstalt ist mit der Feststellung ,,wie bereits erwähnt, fehlt dafür die gesetzliche Grundlage'' die Angelegenheit vom Tisch. Von einigem Interesse sind die Schreiben vom Landesarbeitsamt und vom Bundesministerium. In seiner Antwort läßt Ehrenberg von seinem Ministerialbeamten schreiben: ,,... einmalige Leistungen wie Urlaubsgeld oder Weihnachtsgeld (werden) grundsätzlich nicht berücksichtigt. Auf Überstunden beruhende Verdienste bleiben ebenso außer Betracht wie andererseits Verdienstausfälle infolge von Krankheit oder Kurzarbeit. Diese auf das ‚normale' Arbeitsentgelt abstellende Regelung berücksichtigt, daß Umschüler nach Beendigung ihrer Ausbildung weiter-

hin nicht mit einer Beschäftigung rechnen können, in der sie regelmäßig Überstunden leisten oder zum Ausgleich besonderer Arbeitsbedingungen oder aus anderen Gründen Zulagen oder sonstige einmalige Sonderzahlungen erhalten.'' Das ist ein kühner Angriff auf die Forderung der Arbeiterbewegung nach tariflicher Absicherung der Zulagen und darüberhinaus auf das Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Das Landesarbeitsamt baut derweil eine kleine Falle auf. Unter bestimmten Bedingungen könnten jährlich wiederkehrende Lohnzahlungen bei der Berechnung des Unterhaltsgeldes angerechnet werden: wenn sie auf vertraglicher Vereinbarung beruhen, in Höhe und Fälligkeit feststehen und auch bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis anteilig ausgezahlt würden. Bei Erfüllung dieser Bedingungen würden die Zahlungen nicht unter den Begriff ,,einmalige Zahlungen'' fallen, sondern als ,,aufgestautes Arbeitsentgelt'' zählen. Die ‚arbeitsamtliche' Definition hierfür ist in etwa die: es handelt sich dann um ein solches, wenn der Kapitalist, bei dem man vorher beschäftigt war, die Sozialabgaben z.B. für das Weihnachtsgeld nicht auf einen Schlag, sondern verteilt auf 12 Monate abführt. Nun gut, welcher Kapitalist macht's?

parlamentarischer Staatssekretär in Schmudes Ministerium für Bildung und Wissenschaft umschreibt die kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Fachhochschüler folgendermaßen: ,,Es entspricht einer bewährten Tradition im Fachhochschulbereich, daß die Hochschulen enge Kontakte zur Wirtschaft ihrer Region unterhalten.'' Ein Teil der Fachhochschulen ,,habe sich an Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Wirtschaft und Verwaltung'' beteiligt (Rede vor dem Ingenieurverband der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung im Mai 79 in Lübeck). Trotzdem – einhellig jammern Kapitalistenverbände und Bourgeoispresse über eine ,,zunehmende Praxisferne'' der Fachhochschulabsolventen. In der FAZ vom 20.8.79 heißt es unter der Überschrift ,,Praxisschock der Ingenieure'', zunehmend sei eine ,,Wirtschaftsfeindlichkeit, im besten Falle eine Wirtschaftsindifferenz'' zu beobachten. Die Jungingenieure stünden ,,hilflos den Anforderungen des Betriebes an Kostenbewußtsein, Rentabilitätsdenken und Führungstechniken''

eine bessere Ausbildung in Fremdsprachen. Die Konkurrenz soll durch Aus-

für 1500 DM Elternfreibetrag und 100 DM mehr für alle Bafögempfänger.



,,Praxisbezug bedeutet insbesondere Berücksichtigung der Bedürfnisse der beruflichen Praxis.'' Schmude: 22 Orientierungspunkte zur Hochschulausbildung '78.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland(KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel./511/814045
Kommunistische Hochschulgruppe Hannover
Hochschulen Hannover, Hildesheim
10. September 1979
37dlz1000p

,,Orientierungsphase'' – die Abrichtung soll am ersten Tag beginnen

Neue Rahmenrichtlinien für Welt- und Umweltkundeunterricht in Niedersachsen

r.anc. Zum neuen Schuljahr hat das Kultusministerium für Niedersachsen Rahmenrichtlinien für das Fach Welt- und Umweltkunde an der Orientierungsstufe herausgegeben. Die Durchführung dieser Richtlinien ist für die Lehrer verbindlich und wird von der Fachkonferenz kontrolliert. Zu den allgemeinen Zielen wird ausgeführt, daß den Schülern ,,Erkenntnisse und Verhaltensdispositionen'' beigebracht werden sollen, mit deren Hilfe ihre Bereitschaft zu sachgerechtem und verantwortlichem Handeln gefördert werden soll. Wir werden sehen, welche Erkenntnisse und Verhaltensdispositionen gelernt werden sollen. Die Lehrinhalte und Lernziele zeigen nämlich, daß die Einführung dieses Faches der Bourgeoisie dazu dienen soll, ihre Ideologie der Jugend einzutrichtern.

Eines der Themen heißt: ,,Menschen der Industriestaaten nutzen die Naturvorkommen''. (Rahmenrichtlinien für die Orientierungsstufe, WUK, S. 124). Der Schüler soll erkennen, ,,daß der Mensch zu seiner Versorgung Rohstoffe abbaut und dabei in den Naturhaushalt eingreift'' (ebd. S.124). Also, in die Köpfe der Schüler soll hinein, daß Rohstoffe zu seiner Versorgung abgebaut werden und nicht etwa zur Versorgung der Kapitalisten mit billigen Rohstoffen. Ebenso sind dann natürlich alle ,,Menschen'' für die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Reichtümer verantwortlich und nicht etwa die Profitproduktion. Ein weiteres Lernziel ist: ,,daß die Industriestaaten zu ihrer Versorgung mit Rohstoffen und Energieträgern auf Fremdräume angewiesen sind und dabei die Lebensweise der dortigen Bevölkerung häufig verändert wird''. (S. 124) Mit diesem Chauvinismus soll die Jugend die Gier der Imperialisten nach Ausplünderung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt als ihr Interesse ansehen und die mögliche Intervention in die erdölproduzierenden Staaten als Verteidigung.

Mit der Behandlung des Themas: ,,Freizeit in der Industriegesellschaft'' verfolgt die Landesregierung die Absicht, die Schüler auf die bestehenden Verhältnisse einzuschwören, denn der Kapitalismus beschere der Arbeiterklasse Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne, kurz materielle Sicherheit und Freizeit. Die Schüler sollen erkennen, ,,daß im Zuge des technischen und wirtschaftlichen Wandels die Menschen ein zunehmendes Maß an freier Zeit und materiellen Möglichkeiten zu ihrer Gestaltung bekommen haben''. (S.128-129) Wobei gerade die Entwicklung der Produktivität unter dem Kommando der Kapitalistenklasse die Ausbeutung verschärft hat, die Löhne gesenkt und die Schranken des Arbeitstages durch Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit eingerissen wurden. Genau dies erfahren viele Schüler täglich. Das weiß die Bourgeoisie und setzt deshalb zur Durchsetzung ihrer Ziele den Notenknüppel ein. ,,Zur Beurteilung der Leistung des Schülers sind an den Lernzielen orientierte Lernkontrollen unerläßlich.'' (S.131).

pev/frd. ,,Ergänzend zur allgemeinen Berufsberatung ... muß die Hochschule der verbreiteten Desorientierung der Studenten über die Studienziele, die Studienanforderungen, den Stellenwert von Lehrveranstaltungen und die Arbeitstechniken entgegenwirken ... 5. Wesentlicher Bestandteil des Angebots sollen Orientierungseinheiten sein ... Die erprobten Modelle und vorliegenden Konzepte zeigen ein breites Spektrum von Gestaltungsmöglichkeiten auf.'' Dies findet sich im Punkt ,,XV. Orientierung der Studenten'' der 22 Punkte des Bundesbildungsministers Schmude.

Seit einigen Semestern wird am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften eine solche Einführungswoche für Erstsemester ‚gruppendynamisch gestaltet', gewöhnungshalber mit 22,25 Veranstaltungswochenstunden. Der Lehrstuhl BWL-C gibt Materialien dazu heraus, die ,,von Anfang an ein vernünftiges Studieren (zu) ermöglichen'' sollen (S. 4).

Zum vernünftigen Studieren mangelt es also nur an der nötigen Klarheit bei den Studenten. Nach Behauptung der allgemeinen ,,Nützlichkeit ...(wirtschaftswissenschaftlicher) Entscheidungskalküle und Stabilisierungsinstrumente'', die ,,nicht bestritten werden (kann)'', folgt zunächst ,,Motivationsbefragung''. Betont harmlos: ,,Warum will Walter Wiwi werden?'' Es soll eine ,,Veränderung Ihrer (der Studenten, der Verf.) ...Motive und Erwartungen zustande kommen'' (S.16), ,,indem Sie bereits vom 1. Semester an berücksichtigen, welche Anforderungen ‚die Praxis' an Wirtschaftsakademiker stellt ...''. (S.24) Es folgen einige ekelerregende Stellenenzeigen. Günstige Berufsaussichten ergäbe der ,,generelle Trend zur ‚Akademisierung' des Berufslebens'' (S.16), allerdings, so betont Staatssekretär Grüner dazu: ,,Der Einkommensvorsprung der Akademiker gegenüber Facharbeitern wird sich in den nächsten Jahren vermutlich sehr schnell verringern.'' Dennoch: ,,Diese Tendenzen sollen Ihnen jedoch nicht den Mut nehmen, Ihr Studium mit Elan zu beginnen und auch erfolgreich abzuschließen, denn immer noch gilt: Was in 5 Jahren ist, weiß niemand!'' (S.28) Garantiert werden könne nichts, aber eine gute Examensnote habe noch niemandem geschadet. Nur bedauerlich für solche Logik, daß sich immer mehr die Einsicht verbreitet, daß Konkurrenz und Knüppelei ,,mit Elan'' nur dazu führt, daß die Kapitalisten eine größere Masse qualifizierterer Arbeitskraft erhalten, aus der sie nach Belieben und zu ihren Lohnvorstellungen auswählen können.

Ganz im Tenor der Stellenanzeigen weiter vorn in den Materialien nennt dann der Lernzielkatalog auf S.32 Autonomie, Reflexion, Motivation, Kooperation, Kreativität und was vom ,,Top-Typ'' (S.25) noch so gefordert wird.

Nach hinten weg bis zur Studien- und Prüfungsordnung werden die Materialien überhaupt immer tristere Drillanweisungen.

Es sei ein ,,Privileg studieren zu dürfen'', das ,,darauf beruht, daß erhebliche Kosten ... von der Gesellschaft, also von allen Steuerzahlern aufzubringen sind'' (S.49). Abgesehen davon, daß fast alle Steuern von den Lohnabhängigen gezahlt werden, sind Studenten nur insoweit bevorzugt, als ihnen gewerkschaftliche Rechte vorenthalten werden, die in anderen Ausbildungsbereichen schon erkämpft sind. Verstän-digung über Kampfmaßnahmen wird auf S.53 gleich für unmöglich erklärt. ,,Jede Kommunikation wird zur Prüfung'', in der jeder versucht zu bluffen und Wissen vorzutäuschen.

Schon im letzten Semester haben die Erstsemesterstudenten dazu den praktischen Gegenbeweis angetreten, an vielen Fachbereichen Initiativen gebildet und erfolgreiche Aktionen vor allem gegen die Durchsetzung der Studienreform durchgeführt. Eine Studienberatung der Fachschaftsräte und Fachschaftszusammenschlüsse, die die Kampfbedingungen und die Lage an den Fachbereichen erläutert, ist dafür eine gute Vorbereitung. Erst recht, wenn einige lieber ,,Kollegiale Zusammenarbeit'' in den Schmudeschen Orientierungseinheiten hätten.

Ein Drittel des Monatseinkommens für die Miete

Unter dieser Überschrift schreibt der Kommunistische Studentenbund Südostniedersachsen in der Ausgabe seiner Hochschulzeitung (v.10.9.) u.a.:

Und was die Miete betrifft, so gibt die folgende Tabelle einen Überblick über die Entwicklung. Sie stützt sich auf zwei Umfragen unter Mathe/Physik-Studenten in den Wintersemestern 75/76 und 78/79.

Monatsmiete	WS 75/76	WS 78/79
bis 119 DM	24,7%	20,8%
120-149 DM	37,2%	27,8%
150-199 DM	23,5%	23,6%
200 und mehr DM	14,6%	27,8%

„Fahnenflucht" – viel geübt, wenig aussichtsreich

z.tit. Der Umstand, daß die Kapitalistenklasse sich mit Zwangsrekrutierung der Soldaten aus der Arbeiterklasse und dem Volk gleichzeitig die eigenen Feinde an die Waffen holt, erfordert von ihr besondere Unterdrückungsmaßnahmen. So unterliegen die Soldaten zusätzlich zu dem bürgerlichen Strafgesetz und dem Disziplinarrecht der Offiziere dem Wehrstrafgesetz (WStG).

60% aller Verurteilungen nach dem WStG erfolgen wegen „eigenmächtiger Abwesenheit" (§15) und 30% wegen „Fahnenflucht" (§ 16). Im Jahre 1968 waren es 2705 Soldaten, 1974 über 7000 in mehr als 11195 Fällen, die auf diese Weise ihrem Haß auf diese Einrichtung der Bourgeoisie Ausdruck verliehen haben.

Beide Paragraphen gleichen den entsprechenden in der Fassung von 1944 auf das Wort, ausgenommen einige Worte über den Kriegsfall, die in der neuen Fassung fehlen.

„§ 15.1. Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt und vorsätzlich oder fahrlässig länger als 3 volle Kalendertage abwesend ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Strafarrest bestraft ...

§ 15.3. Ist der Täter vorsätzlich oder fahrlässig länger als einen Monat abwesend, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Strafarrest nicht unter drei Wochen."

§ 16.1. Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt, um sich der Verpflichtung zum Wehrdienst dauernd oder für die Zeit eines bewaffneten Einsatzes zu entziehen oder die Beendigung des Wehrdienstverhältnisses zu erreichen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

§ 16.2. Der Versuch ist strafbar."

Die Unterscheidung zwischen Fahnenflucht und eigenmächtiger Abwesenheit hängt davon ab, ob man die Absicht hat, sich auf Dauer der Bundeswehr zu entziehen (Fahnenflucht), dann aber spielt die Dauer der Abwesenheit eine geringere Rolle. Schon nach einer Stunde kann man deswegen angeklagt werden.

Obwohl die Bourgeoisie keine Statistiken zu Verstößen gegen das WStG publiziert, kann man aus den einzelnen Zahlen, die in verschiedenen Weißbüchern zu finden sind, schließen, daß viele ziemlich hartnäckige Versuche unternehmen und es mehrmals probieren. Allerdings werden auch die meisten gefaßt und zu harten Gefängnisstrafen oder militärischem Arrest verurteilt.

Der 20 Jahre alte Jürgen K. aus Ulm: Nachdem er sich geweigert hatte, einzurücken, wurde er von Feldjägern abgeholt. Wegen Befehlsverweigerung wurde er in der Kaserne nacheinander zu 7, 15 und 20 Tagen Disziplinararrest verurteilt. Als er sich auch noch weigerte, einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen, wurde er nach dem WStG zu 9 Monaten Jugendstrafe ohne Bewährung wegen Fahnenflucht und fortgesetzter Gehorsamsverweigerung verurteilt.

Schon in den sogenannten „Friedenszeiten" muß die Bourgeoisie mit aller Schärfe gegen Desertation wie auch gegen Befehlsverweigerung und Meuterei vorgehen, denn die Armee ist entscheidender Eckpfeiler ihrer Macht und sie hat nur nackte Gewalt zur Verfügung, wo die „innere Führung" nicht greift. „Die eigenmächtige Dienstverweigerung von Soldaten bedeutet eine erhebliche Unsicherheit und damit eine Gefahr für die ständige und jederzeitige volle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Mit der Schwächung der Einsatzbereitschaft wird unter Umständen die Sicherheit des Staates gefährdet." (BVG, 26.5.1970). Noch mehr gilt das für die „Kriegszeiten", wenn es gilt, die Soldaten in den imperialistischen Krieg oder / und gegen die eigene Arbeiterklasse einsatzbereit zu haben. Entsprechend gelten in Kriegszeiten auch andere Strafen. Daß der „Kriegsteil" des Gesetzes noch nicht veröffentlicht ist, liegt nur daran, daß eine Ankündigung der Todesstrafe für diese „Delikte" noch nicht machbar erscheint.

Der Versuch, sich individuell dem Dienst in der imperialistischen Armee durch „Fahnenflucht" zu entziehen, ist wenig aussichtsreich – im Frieden führt er zu deftigen Gefängnisstrafen, im Krieg zu standrechtlicher Erschießung –, und für die Arbeiterklasse und das ganze Volk ist sie wenig zweckmäßig für den Sturz der Ausbeuterklasse. Nur kollektiv hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit, die Bourgeoisie zu stürzen, wobei das Umdrehen der Waffe erforderlich ist, statt sie wegzuwerfen. Dennoch ist schon letzteres der Bourgeoisie gefährlich genug, daß sie jedem mit Gefängnis im Frieden und Tod im Kriegsfall droht, der ihre Fahne flieht statt sie hochzuhalten.

Die Staatsschutzkammer Flensburg kann die GSG 9 nicht verteidigen

r.clm. Die zwischen 5 und 25 Zuhörer an bisher 16 Verhandlungstagen im Prozeß gegen 4 von der Staatsschutzkammer Flensburg wegen Verteilung der Volksmiliz Angeklagten werden es bestätigen: Die Beweiserhebung im Prozeß hat bewiesen, daß die GSG 9 eine Truppe von Metzgerhunden, Helden einer verkommenen Klasse sind. Es ist bewiesen, daß es der Bourgeoisie nie gelang, allein gestützt auf ökonomischen Zwang und politische Fesselung die Auspressung von Mehrarbeit in solchem Ausmaß durchzusetzen, daß das als Basis von Expansion und Weltherrschaft ausgereicht hätte, sondern daß dazu immer unmittelbarer Zwang von bewaffneten Einheiten notwendig war. Es ist bewiesen, daß immer, wenn die Klassenkämpfe sich verschärfen, die Zersetzung der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie zunimmt, sie dann zum Aufbau und zum Einsatz solcher Sondertruppen wie der GSG 9 schreiten mußte.

Daß sie die Erfahrung mit den Freicorps, mit SA und SS mit der Legion Condor zusammengefaßt hat, und Horden von Technikern, Psychologen und Polizei und Militärtaktiker in Bewegung gesetzt hat, und so eine imperialistische Killertruppe aufbauen ließ, gegen die Legion Condor und SS sich noch harmlos ausnehmen.

Die Behandlung dieses Kerns der Sache konnte das Gericht nicht verhindern, und so war es gezwungen, ihn zu rechtfertigen. „Der Einsatz der GSG 9 war gerechtfertigt," und zwar überall und immer, „wo es für deutsche Bürger Nothilfe zu leisten gibt". Den Haupt-„Nothelfer" und Beschützer praller Geldsäcke, Wegener, den „Held von Mogadischu", wollte das Innenministerium aber doch lieber nicht vor Gericht auftreten lassen: „leitender Polizeidirektor Wegener ist als Kommandeur der GSG 9 zumindest seit dem erfolgreichen Einsatz in Mogadischu eine der am stärksten gefährdeten Personen in der Bundesrepublik Deutschland." (Brief des Bundesministers des Inneren an den Vorsitzenden Richter Sauer)

Der erste Abschnitt des Prozesses ist damit abgeschlossen. Das Gericht kann der Beweisführung der Angeklagten nur offen imperialistische Propaganda entgegensetzen und so selber zum Beweis der in der angeklagten Volksmiliz aufgestellten Tatsachen beitragen. Warum läßt man Richter Sauer, der seit über einem Jahr trotz verschiedenster Versuche keine Verurteilung der SRKs Holstein und Flensburg-Westküste mehr zustande gebracht hat, und der auch im jetzigen Prozeß politisch mit dem Rücken an der Wand steht, weiterhin die Führung dieser Prozesse? Der Staatsanwalt hat verlautbaren lassen, daß er die Hauptursache für die politischen Schwierigkeiten des vorsitzenden Richters nicht in den persönlichen Mängeln Sauers sehe, sondern in den mangelhaften gesetzlichen und verfahrensrechtlichen Mitteln, die dem Gericht zur Verfügung stehen. Wenn Angeklagte und Anwälte nicht vollkommen mundtot gemacht werden können, wenn die Voraussetzungen für Verurteilung nicht weiter vereinfacht werden, kann kein Richter politische Niederlagen verhindern. Das ist das Ergebnis der Strategieseminare von Staatsanwälten und Richtern, die jetzt in aller Eile abgehalten worden sind. Die Revisionsverhandlung gegen einen Freispruch am 3.10. vor dem Bundesgerichtshof soll ein zusätzliches Mittel liefern. Ab dann soll das Verteilen von Flugblättern an beliebige Leute, das Kleben von Plakaten an beliebigen Stellen in der Stadt wegen Wehrkraftzersetzung verfolgbar sein. Das Gericht setzt auf Mobilisierung immer neuer Unterdrückungsinstrumente. Das kann schon im nächsten Abschnitt des Prozesses durchkreuzt werden. Behandelt wird die elende soziale Lage der Soldaten, ihre Unterdrückung und Schikane. Das sind besonders gute Bedingungen, um die Aktionseinheit mit der wehrpflichtigen Jugend herzustellen. Dazu kann und muß man die Wehrkundestunden nutzen, die gerade jetzt überall an Schleswig-Holsteins Schulen von Jugendoffizieren abgehalten werden.

Mit Panzerabwehr- und Mehrzweckhubschraubern Bewaffnung der westdeutschen Imperialisten

z.mal. Verstärkte Anstrengungen entfalten die Imperialisten, um die Hubschrauberwaffe umfassend zu entwickeln. Die US-Imperialisten haben 1964 nach Erprobung in Süd- und Nord-Karolina ihre erste voll luftbewegliche Heeresdivision aufgestellt und sie sogleich nach An Khe in Vietnam verlegt. Mit 430 Hubschraubern war diese Division ausgestattet, davon der größte Teil Bell-Hubschrauber vom Typ UH-1D. Dieser Hubschrauber konnte 12 voll bewaffnete Soldaten transportieren und erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von 230 km/h. Aus diesem Transporterhubschrauber wurde der Typ Bell-UH-1B als voll bewaffneter Hubschrauber entwickelt. Diese Weiterentwicklung, anfangs „Notbehelf" der US-Imperialisten gegen die Erfolge des Vietcong beim Hubschrauberabschuß, wurde systematisch ausgebaut und die Bell-UH-1B mit verschiedenen Waffensystemen eingesetzt, darunter Lenkraketen gegen bewegliche Ziele, wie z.B. Panzer.

Die Hubschrauber, unabhängig vom Gelände und nicht auf ausgebaute Flughäfen als Bodenstation angewiesen, gewinnen als Transporter, Waffenträger und Aufklärer wachsende Bedeutung. Die westdeutschen Imperialisten steigen Anfang der 60er Jahre mit dem Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm in die Hubschrauberentwicklung ein. Zu diesem Zeitpunkt ist die Bundeswehr noch nahezu vollständig mit US-Hubschraubern ausgerüstet. 1961 fliegt der erste Bölkow-Hubschrauber. 1967, sechs Jahre nach dem Erstflug der Bell UH-1D, ist der Erstflug des Modells Bölkow BO 105. Dieses Bölkow-Modell ist wie die Bell-UH-1D als leichter Mehrzweckhubschrauber konzipiert. Aus dem Grundmodell BO 105 wurde der Panzerabwehrhubschrauber PAH 1 entwickelt. Er ist mit sechs Panzerabwehrraketen des Typs HOT bewaffnet und erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 240 km/h. Die HOT-Rakete hat eine Höchstschußweite von 4000 Metern. Der PAH 1 wird jetzt eingeführt und damit erstmals für einen bedeutenden Bereich eine westdeutsche Hubschrauberproduktion eingesetzt. Von der BO 105 hat Bölkow inzwischen annähernd 1000 Stück verkauft, zuletzt im Juni einen Vertrag mit dem spanischen Verteidigungsministerium über 60 Stück abgeschlossen. Inzwischen ist Bölkow auch auf den Sektor der mittleren Mehrzweckhubschrauber vorgedrungen. Am 11. Juli wurde der BK 117 Hubschrauber vorgestellt, der zusammen mit Kawasaki entwickelt wurde.

In der Rüstungsplanung sind bereits der PAH 2 und neue Modelle für den leichten und mittleren Transporthubschrauber. Zu diesen drei neuen Hubschraubervarianten heißt es in der „Truppenpraxis" 7/79, daß jeweils Deutschland, England und Frankreich die „Federführung" haben. Mithin westeuropäische Imperialisten hier die Chance in den Händen haben, die US-Konkurrenz auszuschalten.

Mit dem „Kiebitz" hat Dornier seinen Anteil an Hubschrauberneuentwicklungen vorgestellt. Es ist ein Kleinhubschrauber, unbemannt, der aus 300 Metern Höhe mit Radar Gefechtsfeldaufklärung betreibt.



Panzerabwehrhubschrauber PAH1

gefaßt und zu harten Gefängnisstrafen oder militärischem Arrest verurteilt.

Der 20 Jahre alte Jürgen K. aus Ulm: Nachdem er sich geweigert hatte, einzurücken, wurde er von Feldjägern abgeholt. Wegen Befehlsverweigerung wurde er in der Kaserne nacheinander zu 7, 15 und 20 Tagen Disziplinararrest verurteilt. Als er sich auch noch weigerte, einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen, wurde er nach dem WStG zu 9 Monaten Jugendstrafe ohne Bewährung wegen Fahnenflucht und fortgesetzter Gehorsamsverweigerung verurteilt.

Schon in den sogenannten „Friedenszeiten" muß die Bourgeoisie mit aller Schärfe gegen Desertation wie auch gegen Befehlsverweigerung und Meuterei vorgehen, denn die Armee ist entscheidender Eckpfeiler ihrer Macht und sie hat nur nackte Gewalt zur Verfügung, wo die „innere Führung" nicht greift. „Die eigenmächtige Dienstverweigerung von Soldaten bedeutet eine erhebliche Unsicherheit und damit eine Gefahr für die ständige und jederzeitige volle Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Mit der Schwächung der Einsatzbereitschaft wird unter Umständen die Sicherheit des Staates gefährdet." (BVG, 26.5.1970). Noch mehr gilt das für die „Kriegszeiten", wenn es gilt, die Soldaten in den imperialistischen Krieg oder / und gegen die eigene Arbeiterklasse einsatzbereit zu haben. Entsprechend gelten in Kriegszeiten auch andere Strafen. Daß der „Kriegsteil" des Gesetzes noch nicht veröffentlicht ist, liegt nur daran, daß eine Ankündigung der Todesstrafe für diese „Delikte" noch nicht machbar erscheint.

Der Versuch, sich individuell dem Dienst in der imperialistischen Armee durch „Fahnenflucht" zu entziehen, ist wenig aussichtsreich – im Frieden führt er zu deftigen Gefängnisstrafen, im Krieg zu standrechtlicher Erschießung –, und für die Arbeiterklasse und das ganze Volk ist sie wenig zweckmäßig für den Sturz der Ausbeuterklasse. Nur kollektiv hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit, die Bourgeoisie zu stürzen, wobei das Umdrehen der Waffe erforderlich ist, statt sie wegzuwerfen. Dennoch ist schon letzteres der Bourgeoisie gefährlich genug, daß sie jedem mit Gefängnis im Frieden und Tod im Kriegsfall droht, der ihre Fahne flieht statt sie hochzuhalten.

z.mal. Verstärkte Anstrengungen entfalten die Imperialisten, um die Hubschrauberwaffe umfassend zu entwickeln. Die US-Imperialisten haben 1964 nach Erprobung in Süd- und Nord-Karolina ihre erste voll luftbewegliche Heeresdivision aufgestellt und sie sogleich nach An Khe in Vietnam verlegt. Mit 430 Hubschraubern war diese Division ausgestattet, davon der größte Teil Bell-Hubschrauber vom Typ UH-1D. Dieser Hubschrauber konnte 12 voll bewaffnete Soldaten transportieren und erreichte eine Höchstgeschwindigkeit von 230 km/h. Aus diesem Transporterhubschrauber wurde der Typ Bell-UH-1B als voll bewaffneter Hubschrauber entwickelt. Diese Weiterentwicklung, anfangs „Notbehelf" der US-Imperialisten gegen die Erfolge des Vietcong beim Hubschrauberabschuß, wurde systematisch ausgebaut und die Bell-UH-1B mit verschiedenen Waffensystemen eingesetzt, darunter Lenkraketen gegen bewegliche Ziele, wie z.B. Panzer.

Die Hubschrauber, unabhängig vom Gelände und nicht auf ausgebaute Flughäfen als Bodenstation angewiesen, gewinnen als Transporter, Waffenträger und Aufklärer wachsende Bedeutung. Die westdeutschen Imperialisten steigen Anfang der 60er Jahre mit dem Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm in die Hubschrauberentwicklung ein. Zu diesem Zeitpunkt ist die Bundeswehr noch nahezu vollständig mit US-Hubschraubern ausgerüstet. 1961 fliegt der erste Bölkow-Hubschrauber. 1967, sechs Jahre nach dem Erstflug der Bell UH-1D, ist der Erstflug des Modells Bölkow BO 105. Dieses Bölkow-Modell ist wie die Bell-UH-1D als leichter Mehrzweckhubschrauber konzipiert. Aus dem Grundmodell BO 105 wurde der Panzerabwehrhubschrauber PAH 1 entwickelt. Er ist mit sechs Panzerabwehrraketen des Typs HOT bewaffnet und erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 240 km/h. Die HOT-Rakete hat eine Höchstschußweite von 4000 Metern. Der PAH 1 wird jetzt eingeführt und damit erstmals für einen bedeutenden Bereich eine westdeutsche Hubschrauberproduktion eingesetzt. Von der BO 105 hat Bölkow inzwischen annähernd 1000 Stück verkauft, zuletzt im Juni einen Vertrag mit dem spanischen Verteidigungsministerium über 60 Stück abgeschlossen. Inzwischen ist Bölkow auch auf den Sektor der mittleren Mehrzweckhubschrauber vorgedrungen. Am 11. Juli wurde der BK 117 Hubschrauber vorgestellt, der zusammen mit Kawasaki entwickelt

leichten und mittleren Transporthubschrauber. Zu diesen drei neuen Hubschraubervarianten heißt es in der „Truppenpraxis" 7/79, daß jeweils Deutschland, England und Frankreich die „Federführung" haben. Mithin westeuropäische Imperialisten hier die Chance in den Händen haben, die US-Konkurrenz auszuschalten.

Mit dem „Kiebitz" hat Dornier seinen Anteil an Hubschrauberneuentwicklungen vorgestellt. Es ist ein Kleinhubschrauber, unbemannt, der aus 300 Metern Höhe mit Radar Gefechtsfeldaufklärung betreibt.



Panzerabwehrhubschrauber PAH1

Die Supermächte halten sich die „Berlin-Frage" offen

Das Vier-Mächte-Abkommen beruht auf der Verletzung von Souveränität und schafft neue Interventionswege

z.hku. Nach dem neuen Wahlgesetz der DDR wählen auch die Einwohner Berlins, DDR, die Abgeordneten der Volkskammer direkt; bisher waren diese von der Berliner Stadtverordnetenversammlung bestimmt worden. Nach der Aufhebung der Kontrollpunkte zwischen Berlin und der übrigen DDR ist damit die letzte Besonderheit der Hauptstadt gegenüber der gesamten DDR beseitigt worden.

Die US-Imperialisten, Großbritannien und Frankreich haben dagegen Protest erhoben. In ihrer Note behaupten sie erneut, daß Berlin kein Teil der DDR ist und führen unter anderem aus: „Die Drei Mächte werden auch in Zukunft jeden Versuch zurückweisen, die Rechte und Verantwortlichkeiten in Frage zu stellen, die Großbritannien, Frankreich, die USA und die Sowjetunion in Bezug auf Deutschland als Ganzes und alle vier Sektoren Berlins beibehalten."

Abrassimow, Botschafter der SU in der DDR, hat darauf geantwortet. Die US-Imperialisten wollten offenbar die „Belastbarkeit des Abkommens testen", das bekanntlich den Bürgern Westberlins viele Erleichterungen gewähre. Das Abkommen beziehe sich nur auf Westberlin. Umgekehrt: die US-Imperialisten handelten gegen die Vereinbarungen, indem sie duldeten, daß die BRD Westberlin als einen Teil von sich behandle – durch Teilnahme am Europaparlament, den Vorsitz Stobbes im Bundesrat usw. – wo doch „die Feststellung, daß Westberlin nicht im Machtbereich der BRD liege und nicht von ihr regiert wird, das A und O des Abkommens ist" (Neues Deutschland 3.9.).

Beide Supermächte, die hier ihre Ansprüche auf *fremdes* Territorium gegeneinander geltend machen, berufen sich auf das Vier-Mächte-Abkommen von 1971 und auf Rechte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Bei der Niederwerfung des deutschen Imperialismus war die Politik der Sowjetunion darauf gerichtet, einen einheitlichen demokratischen deutschen Staat zu schaffen. Berlin, das auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone lag, sollte allein *zu diesem* Zweck von den vier Besatzungsmächten gemeinsam *verwaltet* werden. Die Politik der US-Imperialisten dagegen war auf Aggression gegen die Sowjetunion gerichtet; dazu spalteten sie 1948 Deutschland und Berlin. Damit war die gemeinsame Grundlage der Anti-Hitler-Koalition zerstört, und daher auch der gemeinsamen Verwaltung Berlins. Seitdem halten die US-Imperialisten Westberlin okkupiert und behaupten, die gemeinsame Verwaltung ganz Berlins sei nur „zeitweilig suspendiert". Mit dem Erstarken des westdeutschen Imperialismus förderten die USA die Anbindung Westberlins an die BRD, ohne jedoch die Ausübung der Staatsgewalt in Westberlin letztlich aus der Hand zu geben.

Nachdem in der SU die neue Bourgeoisie die Macht an sich gerissen hatte, verwandelte sie das Bündnis mit der DDR in die Okkupation des Landes. Die Revisionisten entwickelten die Theorie von dem „einmaligen völkerrechtlichen Gebilde" Westberlin, dessen Existenz im Herzen der DDR zur weiteren Begründung der Besatzung des Landes herhalten mußte.

Im Rahmen der Ostverträge, mit denen der Sozialimperialismus seinen politischen Einfluß in Mitteleuropa verstärken wollte, wird 1971 das Vier-Mächte-Abkommen geschlossen. Damit anerkennen sich die Supermächte ihre Hegemonialansprüche gegenüber der DDR und Westberlin wie sie auch die Bedingungen für erneute und schärfere Rivalität schaffen. Das gilt sowohl für die weitergehenden Ansprüche, die nicht aufgegeben werden; wie für die Fragen, die angeblich geklärt werden.

Das Abkommen beruht auf dem Hegemonialanspruch der Supermächte. Sie haben über fremdes Territorium verhandelt; die BRD und die DDR haben in *ihrem Auftrag* verhandelt, und *sie* wachen über die Einhaltung. Die Sozialimperialisten garantieren den Transit durch die DDR „ohne Behinderungen". Welche Rechte hat die DDR dann noch auf den Transitwegen? Gehören weitere Autobahnen zur Vermeidung von „Behinderungen"? Die „Bindungen" zwischen Westberlin und der BRD sollen „aufrechterhalten" werden. Gehören neue Bundesbehörden in Westberlin dazu? Gehört zur garantierten „verbesserten Kommunikation", daß die DDR ihre Grenzen weit öffnet? So viele Vereinbarungen, so viele Anlässe zu Konflikten und Einmischungsmöglichkeiten der Supermächte.

In einem Standardwerk der Sozialimperialisten wird vorgeschlagen, Westberlin einen Status zu geben unter UN-Aufsicht, ähnlich dem Status Danzigs zwischen den Weltkriegen als „Freistaat". Ihre Ziele schauen dabei deutlich heraus: bei der Vorbereitung der faschistischen Aggression hat die Frage Danzigs und des Zugangs nach Danzig eine wesentliche Rolle gespielt. Die Forderung der Arbeiterklasse ist dagegen der Abschluß eines Friedensvertrages, der auch Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt garantiert.



Manöver der US-Besatzertruppen im Westberliner Bezirk Kreuzberg. Auch die Polizei untersteht dem Besatzerregime; in der Hauptstadt der DDR kommandiert die sozialimperialistische Generalität.

Belgien: Lohnsenker, Arbeitsbeschaffer und Kostendämpfer am Werk

z.elb.Brüssel. Der belgische Franc fällt stetig, vom 1. März bis 1. September im Vergleich zur DM von 15,8 auf knapp über 16,0:1. Die westdeutschen Imperialisten reiben sich die Hände. Je tiefer der Franc, desto mehr können sie für die belgischen Auslandsschulden von insgesamt 59,7 Mrd. bfr, die zu einem guten Teil bei den westdeutschen Banken aufgenommen wurden, kassieren. Gleichzeitig fordern sie die Herstellung der „Wettbewerbsfähigkeit" für die westdeutschen Kapitalisten in Belgien. Mit Grund; denn ihre Direktinvestitionen in Belgien/Luxemburg waren mit 5,174 Mrd. DM 1977 die höchsten des westdeutschen Finanzkapitals in Westeuropa.



Herstellung der „Wettbewerbsfähigkeit", fordert auch das belgische Finanzkapital. Zahlen sollen die belgischen Volksmassen. Ein umfassendes Programm der „sozialen Sicherheit" wird derzeit zwischen Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaften ausgehandelt. Die einzelnen Punkte: Kostendämpfung im Gesundheitswesen mittels erhöhter Eigenzahlung bei Arztbesuchen und Einführung eines „Gesundheitsbuches" für jeden Krankenversicherten, in dem sämtliche Behandlungen und Leistungen vermerkt werden, zur Vorbereitung von Streichungen. Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch Zahlung einer neuen Prämie an die Kapitalisten in Höhe von 31250 DM in zwei Jahren für jeden eingestellten Arbeitslosen. Senkung des Lohns, wie sie die Regierung derzeit bei den Berufssoldaten durchzusetzen versucht und dabei auf heftigen Widerstand stößt (s. Bild), indem die Einführung der 38-Stundenwoche Ende 1980 gekoppelt wird an die Zusicherung der Gewerkschaften zur „Lohnmäßigung". Diesen Vorschlägen der Kostendämpfer, Arbeitsbeschaffer und Lohnsenker haben sowohl die christlichen wie auch die sozialistischen Gewerkschaftsführer grundsätzlich zugestimmt. Ihre Begründung vor den Mitgliedern steht freilich noch aus.

Italienische Finanzbourgeoisie verschärft staatliche Kontrolle über Gemeindefinanzen

z.ulg.Rom. Am 1. September hat die italienische Regierung neue Vorschriften über die Aufstellung der Haushaltspläne der Gemeinden und Provinzen in Kraft gesetzt. In dem Dekret wird ein einheitlicher Kontenplan vorgeschrieben. Alle Haushaltstitel und Zahlungsanweisungen müssen mit einer Schlüsselnummer versehen werden, so daß die Zentralregierung künftig in großem Maßstab elektronische Datenverarbeitung zur Kontrolle der Gemeindefinanzen einsetzen kann. Schließlich wird den Gemeinden und Provinzen ausdrücklich verboten, zur Deckung laufender Ausgaben neue Kredite aufzunehmen. Die wachsende Verschuldung soll nicht nur Zins werfen, sondern auch ausschließlich dazu verwendet werden, bereits ausgepreßten Mehrwert zu realisieren und die Auspressung neuen Mehrwerts zu verbilligen.

Die neuen Buchhaltungsvorschriften sind nur das vorerst letzte Glied einer Kette von Maßnahmen, mit denen die von jeher kärglichen Rechte der örtlichen Selbstverwaltungsorgane Zug um Zug liquidiert worden sind. Mit der Steuerreform von 1971 wurden die eigenen Gemeindesteuern abgeschafft. Gemeinden und Provinzen erhalten seither nur noch einen festen Anteil am Steueraufkommen ihres Bezirks. Die Folge: Waren 1972 immerhin noch 22,8% der Gemeindeausgaben durch eigene Steuereinnahmen gedeckt, betrugen die vom Staat zugewiesenen Steueranteile 1977 nur noch 7,8% der Ausgaben. Gleichzeitig stieg der Anteil der Zuweisungen der Zentralregierung von 12,4 auf 38,6%.

Zudem mußten sich die Gemeinden Jahr für Jahr mehr bei den Banken verschulden. Rund die Hälfte der Ausgaben konnte jeweils nur durch neue Kredite gedeckt werden. 1976 erreichte die Verschuldung der Gemeinden 16349 Mrd. Lire (rund 50 Mrd. DM). Der Schuldendienst lag bis 1976 regelmäßig bei über 40% der Gesamtausgaben, so daß der Staat einen Teil der Rückzahlungen übernehmen mußte, um den sofortigen Bankrott der Gemeinden zu vermeiden.

Im Gegenzug wurden unter dem IWF-Diktat zur „Reduzierung des Defizits des erweiterten öffentlichen Sektors" seit 1976 weitere Rechte der Selbstverwaltungsorgane kassiert. So dürfen die Gemeinden und Provinzen für von der Zentralregierung „überwiesene" Aufgaben, z.B. die Krankenhäuser und Ambulanzen, nicht mehr ausgeben, als anteilmäßig im staatlichen Gesetz dafür vorgesehen ist.

„Totalrevision" des Schweizer Staatshaushalts Ob Bund oder Kanton, es sind Lohngelder der Arbeiter

z.anb. Wenige Wochen vor den Parlamentswahlen am 21. Oktober ist in der Schweiz im Lager der Bourgeoisie ein heftiger Streit um die „Sanierung" der Bundesfinanzen entbrannt. Den Zeitpunkt dieser Debatte konnte sich die schweizerische Bourgeoisie nicht aussuchen.

Es ist vierzehn Tage her, da teilte der Generaldirektor der Schweizerischen Notenbank, Languetin, in einem Interview des „International Herald Tribune" den maßgeblichen Interessenten mit, die Schweiz sei bereit, „die Mittelbedürfnisse der Weltbank in einem weiteren Rahmen als bisher" zu befriedigen. (NZZ, 30.8.79) Konkret handelt

auf die *Relation* interessant ist, wenn auch nicht für das tatsächliche Ausmaß der Lohnsenkung) brennt den Schweizer Bourgeois die Konkurrenzlage auf den Nägeln.

Die nachhaltig stockende Profitproduktion gibt zu gewisser Hektik Anlaß; zumal Umwälzungen der Maschinerie, wie z.B. in der Druckindustrie „jahrelang verschleppt", inzwischen zum Nachhutgefecht gegenüber der BRD-Konkurrenz ausarten. Die Kapitalisten schieben weiter das Kapital auf Drittmärkte, „Fluchtkapital" aus Ländern der dritten Welt wie dem Iran verstopft die Poren der Kapitalverwertung. Der Lohnstandard ist dabei so weit ge-



Mai 1979. Zum zweiten Mal scheitert der Versuch der Finanzbourgeoisie, die Kapitalisierung von Lohn über Einführung der Mehrwertsteuer voranzutreiben.

es sich darum, ausländischen Notenbanken die Placierung von Schuldverschreibungen in der Währung des Schweizer Franken zu gestatten. Als „harte" Währung erfreut sich der Franken bei imperialistischen Gläubigerbanken umso größerer Beliebtheit, je mehr dem Dollar die Sicherheiten abgehen. Dies bringt zwar auf der einen Seite Anteile an Wucherzinsen für die Rentiers und Couponschneider in der Schweiz ein, birgt andererseits aber eine gefährliche Tendenz: Die Interventionen der Notenbank auf den internationalen Finanzmärkten wurden zwecks Abschöpfung von Frankenbeständen bis Ende 1978 auf die stolze Summe von 22,5 Mrd. gesteigert, Exporterschwernisse der schweizerischen Kapitalisten durch Staatsrisikokredite subventioniert. Was den Finanzbourgeois Sorgenfalten auf die Stirn treibt, ist die Anarchie ihrer Profitproduktion, die blind wirkenden Gesetze des kapitalistischen Marktes: Geldmassen, die in den Kanälen der Finanzmärkte umherstreunen, ohne einen realen Gegenpart in dem von der Arbeiterklasse produzierten Wertprodukt im Inland

drückt, daß die Kapitalisten die ständig sinkende Inlandsnachfrage bereits bejammern, die Staatsverschuldung hingegen ist 1977 als Folge der Steuerschröpfung „wider Erwarten" um 1,5 Mrd. Franken reduziert worden und durch Ausgabenkürzungen um eine weitere Milliarde. Für 1979 lautete bis vor kurzem das Ziel, das Defizit auf 2 Mrd. Franken zu drücken, 5% der Ausgaben des Budgets.

Wieso reden die Bourgeois dann von „Sanierung"? Der Großteil der Steuerräuberei landet in der „falschen" Tasche der Kantone, die die eingetriebenen Tribute seit Anfang des Jahres zu kantonalen Steuer„geschenken" fehlverplanen. „Ein Mehr an kantonaler Autonomie darf aber nicht bedeuten, daß die Kantone zulasten der Bundesfinanzen Ausgabenentscheide treffen dürfen," schimpft das Finanzblatt „Neue Zürcher" (30.8.79).

Es geht um noch einmal 1,5 Mrd. Franken, die der Verfügungsgewalt des geschäftsführenden Ausschusses der Finanzbourgeois unterstellt werden sollen; Hauptangriffspunkt sind die

müssen; 1975 kürzte die Finanzbourgeoisie per Revisionsgesetz diesen staatlichen Beitrag auf 260 Mio. Allein die Einnahmen aus der Tabaksteuer betrugen in jenem Jahr 1975 mehr als eine halbe Milliarde Franken, und das AHV-Gesetz von 1948 legt die Finanzierung der Bundeszuschüsse an die AHV aus den Einnahmen der Tabak- und Branntweinsteuer fest. Die hätten doppelt und dreifach ausgereicht, seither zahlen die Arbeiter für ihre Zigaretten nochmal gestiegene Steuersätze an die Staatskasse weg.

Der Schachzug, den die Finanzbourgeoisie jetzt mit der „Neuverteilung" der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen plant – eine vollständige Revision der Verfassungsrichtlinien über den Föderalismus ist in Vorbereitung – ist ein doppelter: erstens durch Streichen der Zentralzuschüsse an die AHV und die Krankenversicherung, die auf der Ebene des Betriebes organisiert ist, den Kapitalisten und den unteren Ebenen des Staatsapparates Anrechtstitel auf Beitragserhöhungen und Steuerverschärfung zu vermachen, zweitens durch Unterstellung der „zweiten Säule" der Sozialversicherung unter staatliche Zentralgewalt die Kapitalmassen der privatrechtlichen Versicherungskassen der Arbeiter, über die diese sich zusatzversichern, weil sie im Alter überleben wollen, zu konfiszieren. Jetzt noch den Gesetzen der Konkurrenz unterworfen, gibt es bei diesen privaten Versicherungen sowohl unterschiedliche Beitragssätze als auch unterschiedlich hohe Rentenzahlungen. Der Arbeiter „kann" wählen. Die Einbettung in die Sozialgesetzgebung verfolgt die Errichtung des unumschränkten staatlichen Monopols auf die Versicherungsgelder.

Das Gesundheitswesen soll der Kontrolle – und Finanzierung – der Kantone obliegen und dem Bund saftige 920 Mio. Franken an Zuschüssen ersparen. Alters- und Pflegeheime erhalten keine Zahlungen mehr aus der AHV; die Genehmigung von Invalidenrentenanträgen seitens der Kantonalbehörden sei bei weitem „zu großzügig". Weshalb der Bund auch dort die Zuschüsse streicht. Die beiden größten bürgerlichen Parteien bauen gemeinsam am Betrug. Wo die Sozialdemokratische Partei die Zentralgewalt verteidigt, schließlich ermögliche sie ja auch solch fortschrittliche Dinge wie Verstaatlichung, greift die Christliche Volkspartei die Abzugslast von 13,5% vom Lohn für Versicherungsbeiträge auf und verlangt die Eindämmung der Ausgaben des Bundes.

Wie das ausgehen wird, mag wohl die reformistische Führung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nur ungern vorhersagen. Dessen Stellungnahme zum Revisionsentwurf der Bun-

weil sie im Alter überleben wollen, zu konfiszieren. Jetzt noch den Gesetzen der Konkurrenz unterworfen, gibt es bei diesen privaten Versicherungen sowohl unterschiedliche Beitragssätze als auch unterschiedlich hohe Rentenzahlungen. Der Arbeiter „kann" wählen. Die Einbettung in die Sozialgesetzgebung verfolgt die Errichtung des unumschränkten staatlichen Monopols auf die Versicherungsgelder.

Das Gesundheitswesen soll der Kontrolle – und Finanzierung – der Kantone obliegen und dem Bund saftige 920 Mio. Franken an Zuschüssen ersparen. Alters- und Pflegeheime erhalten keine Zahlungen mehr aus der AHV; die Genehmigung von Invalidenrentenanträgen seitens der Kantonalbehörden sei bei weitem „zu großzügig". Weshalb der Bund auch dort die Zuschüsse streicht. Die beiden größten bürgerlichen Parteien bauen gemeinsam am Betrug. Wo die Sozialdemokratische Partei die Zentralgewalt verteidigt, schließlich ermögliche sie ja auch solch fortschrittliche Dinge wie Verstaatlichung, greift die Christliche Volkspartei die Abzugslast von 13,5% vom Lohn für Versicherungsbeiträge auf und verlangt die Eindämmung der Ausgaben des Bundes.

Wie das ausgehen wird, mag wohl die reformistische Führung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nur ungern vorhersagen. Dessen Stellungnahme zum Revisionsentwurf der Bun-
desverfassung fordert die Aufhebung des Streikverbots für den öffentlichen Dienst sowie aller Einschränkungen der Rechte auf kollektive Kampfmaßnahmen der Arbeiter. Es hat fünf Jahre hartnäckigen Kampfes der größten Abteilungen der schweizerischen Arbeiterbewegung bedurft, um die Sozialdemokratie des SGB darauf zu verpflichten.

Italienische Finanzbourgeoisie verschärft staatliche Kontrolle über Gemeindefinanzen

z.ulg.Rom. Am 1. September hat die italienische Regierung neue Vorschriften über die Aufstellung der Haushaltspläne der Gemeinden und Provinzen in Kraft gesetzt. In dem Dekret wird ein einheitlicher Kontenplan vorgeschrieben. Alle Haushaltstitel und Zahlungsanweisungen müssen mit einer Schlüsselnummer versehen werden, so daß die Zentralregierung künftig in großem Maßstab elektronische Datenverarbeitung zur Kontrolle der Gemeindefinanzen einsetzen kann. Schließlich wird den Gemeinden und Provinzen ausdrücklich verboten, zur Deckung laufender Ausgaben neue Kredite aufzunehmen. Die wachsende Verschuldung soll nicht nur Zins werfen, sondern auch ausschließlich dazu verwendet werden, bereits ausgepreßten Mehrwert zu realisieren und die Auspressung neuen Mehrwerts zu verbilligen.

Die neuen Buchhaltungsvorschriften sind nur das vorerst letzte Glied einer Kette von Maßnahmen, mit denen die von jeher kärglichen Rechte der örtlichen Selbstverwaltungsorgane Zug um Zug liquidiert worden sind. Mit der Steuerreform von 1971 wurden die eigenen Gemeindesteuern abgeschafft. Gemeinden und Provinzen erhalten seither nur noch einen festen Anteil am Steueraufkommen ihres Bezirks. Die Folge: Waren 1972 immerhin noch 22,8% der Gemeindeausgaben durch eigene Steuereinnahmen gedeckt, betrugen die vom Staat zugewiesenen Steueranteile 1977 nur noch 7,8% der Ausgaben. Gleichzeitig stieg der Anteil der Zuweisungen der Zentralregierung von 12,4 auf 38,6%.

Zudem mußten sich die Gemeinden Jahr für Jahr mehr bei den Banken verschulden. Rund die Hälfte der Ausgaben konnte jeweils nur durch neue Kredite gedeckt werden. 1976 erreichte die Verschuldung der Gemeinden 16349 Mrd. Lire (rund 50 Mrd. DM). Der Schuldendienst lag bis 1976 regelmäßig bei über 40% der Gesamtausgaben, so daß der Staat einen Teil der Rückzahlungen übernehmen mußte, um den sofortigen Bankrott der Gemeinden zu vermeiden.

Im Gegenzug wurden unter dem IWF-Diktat zur „Reduzierung des Defizits des erweiterten öffentlichen Sektors" seit 1976 weitere Rechte der Selbstverwaltungsorgane kassiert. So dürfen die Gemeinden und Provinzen für von der Zentralregierung „überwiesene" Aufgaben, z.B. die Krankenhäuser und Ambulanzen, nicht mehr ausgeben, als anteilmäßig im staatlichen Gesetz dafür vorgesehen ist.



Mai 1979. Zum zweiten Mal scheitert der Versuch der Finanzbourgeoisie, die Kapitalisierung von Lohn über Einführung der Mehrwertsteuer voranzutreiben.

es sich darum, ausländischen Notenbanken die Placierung von Schuldverschreibungen in der Währung des Schweizer Franken zu gestatten. Als „harte" Währung erfreut sich der Franken bei imperialistischen Gläubigerbanken umso größerer Beliebtheit, je mehr dem Dollar die Sicherheiten abgehen. Dies bringt zwar auf der einen Seite Anteile an Wucherzinsen für die Rentiers und Couponschneider in der Schweiz ein, birgt andererseits aber eine gefährliche Tendenz: Die Interventionen der Notenbank auf den internationalen Finanzmärkten wurden zwecks Abschöpfung von Frankenbeständen bis Ende 1978 auf die stolze Summe von 22,5 Mrd. gesteigert, Exporterschwernisse der schweizerischen Kapitalisten durch Staatsrisikokredite subventioniert. Was den Finanzbourgeois Sorgenfalten auf die Stirn treibt, ist die Anarchie ihrer Profitproduktion, die blind wirkenden Gesetze des kapitalistischen Marktes: Geldmassen, die in den Kanälen der Finanzmärkte umherstreunen, ohne einen realen Gegenpart in dem von der Arbeiterklasse produzierten Wertprodukt im Inland
zu finden, sind Papier, dem der drohende Börsenkrach anhaftet.

Während die Vergleiche der imperialistischen Konkurrenz der OECD der Schweizer Finanzbourgeoisie für die durchschnittlichen Lohnwachstumsrate zwischen 1972 und 1978 von 5,6% Anerkennung zollen (für die BRD haben sie 8,6% errechnet, was in bezug

drückt, daß die Kapitalisten die ständig sinkende Inlandsnachfrage bereits bejammern, die Staatsverschuldung hingegen ist 1977 als Folge der Steuerschröpfung „wider Erwarten" um 1,5 Mrd. Franken reduziert worden und durch Ausgabenkürzungen um eine weitere Milliarde. Für 1979 lautete bis vor kurzem das Ziel, das Defizit auf 2 Mrd. Franken zu drücken, 5% der Ausgaben des Budgets.

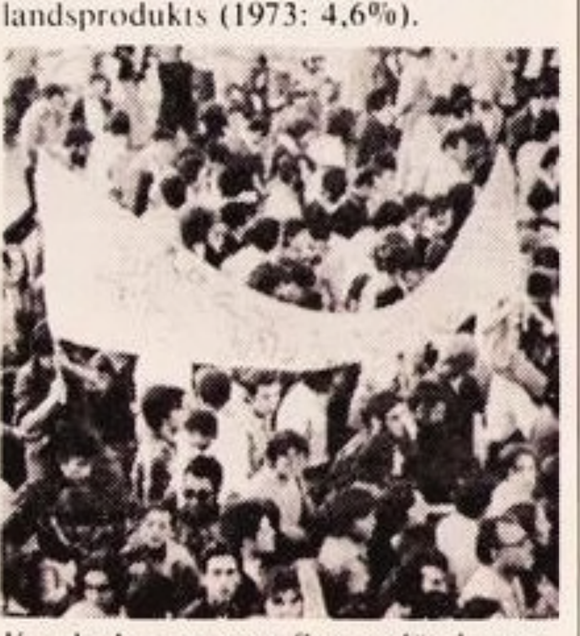
Wieso reden die Bourgeois dann von „Sanierung"? Der Großteil der Steuerräuberei landet in der „falschen" Tasche der Kantone, die die eingetriebenen Tribute seit Anfang des Jahres zu kantonalen Steuer„geschenken" fehlverplanen. „Ein Mehr an kantonaler Autonomie darf aber nicht bedeuten, daß die Kantone zulasten der Bundesfinanzen Ausgabenentscheide treffen dürfen," schimpft das Finanzblatt „Neue Zürcher" (30.8.79).

Es geht um noch einmal 1,5 Mrd. Franken, die der Verfügungsgewalt des geschäftsführenden Ausschusses der Finanzbourgeois unterstellt werden sollen; Hauptangriffspunkt sind die
Versicherungskassen. Erst vor einem Monat war die Presse mit der drohenden Bankrotterklärung der Rentenkasse der AHV (siehe KVZ 32/79) herausgekommen. Die staatlichen Zuschüsse, zu drei Viertel auf den Bund, zu einem Viertel auf die Kantone entfallend, hätten laut Gesetz von 1948, als die AHV in Kraft trat, von 1968 bis 1978 jährlich 350 Mio. Franken betragen

Neues Wirtschaftsprogramm der spanischen Regierung: Handschrift der Gläubiger unverkennbar

z.jon. Anfang August beschließt das spanische Parlament Steuererhöhungen. Mitte August verordnet die spanische Regierung eine neue Lohnleitlinie. Außer im öffentlichen Dienst „dürfen" die Löhne an die letzten Preissteigerungen angepaßt werden. Preissteigerungen, die durch Ölpreiserhöhungen verursacht seien, werden nicht berücksichtigt. (s. KVZ 32–34) Wenige Tage später verkündet die Regierung ein Wirtschaftsprogramm bis 1982, um „offensiv gegen Krise und Arbeitslosigkeit Front zu machen und der Wirtschaft größere Flexibilität zu verschaffen". Die den Volksmassen abgepreßten Kapitalmassen werden Kapitalisten zugeschoben, nach dem Lohnraub wird die „Flexibilität" der Ausbeutung erhöht. 10 Mrd. Ptas jährlich, rund 270 Mio. DM, streichen danach die Kapitalisten direkt für „Schaffung von Arbeitsplätzen" ein, weitere 70 Mrd. Ptas durch Steuer- und Krediterleichterungen. Die Sozial- und Arbeitslosenversicherung werden statt wie bisher vor allem aus Kapitalistenbeiträgen künftig zu 40 bzw. 20% aus Steuergeldern bezahlt. Das Arbeiterheer wird verjüngt: Festlegung des Rentenalters auf 69; Frühverrentung bei „mangelnder Anpassung an den technologischen Wandel"; die Berufsschulpflicht für 14–16jährige wird ausgeweitet; Arbeitslose, vor allem unter 25, werden den Kapitalisten auf Staatskosten zur Verfügung gestellt.

Die von US- und EG-Imperialisten beherrschte OECD hat in ihrem Jahresbericht 1979 die spanische Regierung zu staatlichen Maßnahmen „für eine kräftige Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeit" und gegen den „Druck der Lohnkosten" aufgefordert. Die Zahl der Lohnabhängigen in der Industrie sei 1978 um 2,1% gesunken, ihre Produktivität um 3,2% gestiegen. Das sei mehr als in den anderen OECD-Staaten, aber weniger als in den 60er und frühen 70er Jahren – zur Zeit der Franco-Diktatur –, kritisiert die OECD. Die Imperialisten fordern höhere Rendite für ihr Kapital. Von 1976 bis '78 haben sich die ausländischen Direktinvestitionen in Spanien auf 57 Mrd. Ptas vervierfacht. 25% kamen aus den USA, knapp 50% aus der EG und der Schweiz. Die Auslandsschulden Spaniens betrugen Ende 1978 14,7 Mrd. $, 11,3% des Bruttoinlandsprodukts (1973: 4,6%).



Kundgebung gegen Steuerplünderung

DDR: die Ausbeutung steigern durch persönliche Verpflichtungen

z.krk. Mit sofortiger Wirkung hat die Regierung der DDR am 10.9. die sogenannten „Gegenpläne" abgeschafft. Sie sind 1977 eingeführt worden und dienten dazu, die Betriebe zur Überbietung der staatlichen Pläne zu verpflichten. Nun sollen die Methoden eingeführt werden, die die Senkung der Produktionskosten und die Erhöhung des Nettogewinns entschiedener in den Mittelpunkt rücken. – Der Fünfjahrplan (1976–80) sieht für den Maschinenbau jährliche Wachstumsraten zwischen 8,2 und 11,4% vor und jährliche Steigerungen der Arbeitsproduktivität von 6,2–9%. Ein Mittel, um dies zu erreichen, ist die Ausweitung der Schichtarbeit. Die zeitliche Ausnutzung der Maschinen betrug im 1. Halbjahr 1979 14,7 Stunden pro *Kalendertag*. Die Industriebetriebe von Karl-Marx-Stadt verpflichteten sich, eine Ausnutzung von 20,3 Stunden/Arbeitstag zu erreichen. Ob Schichtarbeit mit dem Sozialismus überhaupt vereinbar sei, fragte im Juli 1979 eine Leserin der „Leipziger Volkszeitung" in einem Leserbrief, was den Widerstand zumindest erahnen läßt. – Um die maximale Auspressung des einzelnen sicherzustellen, werden nun „persönliche Planangebote" verlangt. Von 245000 Arbeitern des allgemeinen Maschinen- und Fahrzeugbaus sind 35000 Arbeitern solche „Angebote" abgepreßt worden. 1979 sind in dem Bereich bisher 13 Mio. Arbeitsstunden eingespart worden, 1980 sollen es 31,5 Mio. sein. Ein persönlich verpflichteter Arbeiter der Pumpenfabrik Oschersleben sagte, dies koste ihn durchschnittlich 8% Mehrarbeit.

Finnland stoppt sowjetisches KKW

z.coi. Das finnische Institut für Strahlensicherheit (SSI) hat Ende August die Inbetriebnahme des zweiten, von der SU an Finnland gelieferten 440-MW-KKW Lovisa II gestoppt. Im Reaktortank ist eine Reihe von Rissen entdeckt worden, was nach Meinung des SSI bereits beim Bau in der SU hätte erkannt werden müssen, der Tank hätte niemals eingebaut werden dürfen. Die Sozialimperialisten spielen die Mängel herunter und versuchen die sofortige Inbetriebnahme durchzusetzen. Der mit einer Startverzögerung von drei Jahren verbundene Austausch des Tanks würde 200 Mio. DM kosten, der Verkauf eines weiteren 1000-MW-KKW an Finnland und die Expansion auf dem Weltmarkt wären gefährdet. Außer an Libyen sollen KKWs des Lovisa-Typs an Griechenland, den Irak und die Türkei verkauft werden.

Imperialistischer Fischereikrieg US-Fischzug im „Hinterhof"

z.sce. Über 92% des Thunfisches, den US-Trawler in die heimischen Fischereihäfen einfahren, haben sie außerhalb der 200-Meilen-Fischereizone der USA gefangen. Zum erheblichen Teil innerhalb der kanadischen 200-Meilenzone, die die US-Imperialisten nicht anders als die Landmassen mit ihren Reichtümern als ihren „natürlichen Hinterhof" betrachten. Entsprechend lachen sie den kanadischen Gesetzen Hohn, die alle ausländischen Fänge an eine ausdrückliche Genehmigung binden. In den letzten Wochen haben kanadische Küstenschiffe 19 US-Fischereischiffe bei unerlaubtem Thunfischfang aufgebracht, die Besatzungen verhaftet und die Fänge beschlagnahmt. Um sich das „Recht" auf die Räuberei

Dieser „Frieden“ kommt Ägypten teuer

Imperialistische Krediterpressungen / „Freizonen“ für Kapitalexport

z.ulg. Vor einem Monat hat die ägyptische Regierung angekündigt, ab Anfang nächsten Jahres würden die Subventionen, mit denen die Preise der wichtigsten Lebensmittel bisher niedrig gehalten wurden, gestrichen. Seit Jahren drängen die imperialistischen Gläubiger Ägyptens auf die Abschaffung der Lebensmittelsubventionen. 1977 hatte der Internationale Währungsfonds das zur Bedingung für weitere Kredite an das dem Staatsbankrott nahe Land gemacht. Sadat war bereit, sich der Erpressung zu fügen, das ägyptische Volk nicht. Hunderttausende gingen auf die Straße. Nach zwei Tagen mußte die Regierung die Preiserhöhungen rückgängig machen.

Die Lebensmittelsubventionen – sie machen mehr als 10% des Bruttosozialprodukts des Landes aus – sind die schmale Scheidewand, die Millionenmassen vom nackten Hunger trennt. Nach Anfang dieses Jahres vom ägyptischen Planungsministerium veröffentlichten Zahlen liegt der Pro-Kopf-Verbrauch an Getreide gegenwärtig bei 297 kg im Jahr, an Fleisch, Fisch und Eiern zusammen dagegen nur bei 21 kg. Dabei sind die Mengen, die imperialistische Agenten, ausländische Touristen und ägyptische Bourgeois verschlingen, bereits mitgerechnet.

Der Durchschnittslohn der knapp anderthalb Millionen Industriearbeiter lag 1973 (jüngere Zahlen lagen uns nicht vor) bei 4,81 ägyptischen Pfund (32,42 DM) pro Woche. Dabei liegt die Zahl der Arbeitslosen erheblich über der der Industriearbeiter, und weit über eine Million Ägypter sind gezwungen, ihre Arbeitskraft im Ausland, meist in den arabischen Nachbarländern, zu verkaufen.

Die britischen Imperialisten hatten Ägypten im vorigen Jahrhundert in ihre Baumwollplantage verwandelt und so die einst blühende Landwirtschaft zerstört. Seit der bürgerlich-nationalistischen Revolution von 1952 sind große Anstrengungen zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft gemacht worden: die Agrarreformen von 1952 und 1961, die Nationalisierung des Suezkanals, der Bau des Assuanstaudamms waren Meilensteine auf diesem Weg. Aber ein Großteil dieser Anstrengungen ist durch den Zustand von weder Krieg noch Frieden, den die imperialistischen Großmächte den arabischen Staaten jahrzehntelang aufgezwungen haben, zunichte gemacht worden. Ungeheure menschliche und materielle Ressourcen mußten zur Verteidigung gegen den zionistischen Aggressor verwandt werden. Und kaum waren 1973 die ersten Siege gegen die Zionisten errungen, hinderten die Sozialimperialisten Ägypten durch eine Nachschubblockade an der Fortführung des Krieges.

Das Kalkül, das die in Ägypten herrschende Bourgeoisie mit dem Separatfrieden von Camp David verbunden hatte, war, diese Mittel könnten künftig, statt für Rüstungsgüter an die Imperialisten weggezahlt zu werden, zur Kapitalakkumulation im Land verwandt werden. Nur mit dem Argument, der „Frieden“ werde dem Aufbau der nationalen Wirtschaft nutzen, hat Sadat auch seinen Verrat an der arabischen Nation betreiben können, ohne augenblicklich durch einen Volksaufstand hinweggefegt zu werden.

Der „Frieden“ war noch nicht unterschrieben, da zeichnete sich bereits ab, daß diese Rechnung falsch war. Drei Jahre, nachdem die Sozialimperialisten endgültig aus dem Land geworfen sind, befindet sich Ägypten heute in ebenso drückender Abhängigkeit von der anderen Supermacht.

Für einen dreijährigen Kredit des Internationalen Währungsfonds über 720 Mio. Dollar mußte sich die Regierung im Juli 1978 verpflichten, die Lebensmittelsubventionen nun endgültig abzubauen und das ägyptische Pfund zum 1. Januar 1979 um 44% abzuwerten, wodurch der Druck auf die Preise der großenteils eingeführten Lebensmittel noch erhöht wird. Auf diese Zusage zahlte der IWF 1978 die ersten 125 Mio. Dollar des Kredits aus. Zu Jahresbeginn wurde abgewertet. Aber weil Ägypten die vom IWF diktierte Obergrenze für die Neuverschuldung nicht einhalten konnte, verweigerte der Imperialistenfonds in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gleich zweimal die Auszahlung der zweiten Rate. Erst müsse ein Kontrollausschuß des IWF die Entwicklung der Wirtschaftslage „begutachten“.

Im Februar schlug Sadat vor, die USA, Westdeutschland und Japan sollten nach dem zweifelhaften „Vorbild“ des Marshall-Plans einen „Carter-Plan“ zum Wiederaufbau Ägyptens aufstellen und dazu in den nächsten fünf Jahren 15 Mrd. Dollar zur Verfügung stellen. Stattdessen „boten“ die US-Imperialisten einen Kredit über 2 Mrd. Dollar „an“, von dem drei Viertel für den Kauf amerikanischer Rüstungsgüter verwendet werden müssen und der mit stattlichen 9% verzinst ist. Die Zinsen müssen auch in den tilgungsfreien ersten zehn Jahren gezahlt werden. Bereits Ende 1977 überstieg die Schuldenlast 12 Mrd. Dollar, 1,2 Mrd. Dollar gingen 1978 allein für den Schuldendienst drauf. In diesem Jahr wird das Zahlungsbilanzdefizit voraussichtlich 5,4 Mrd. Dollar erreichen, mehr als das Doppelte des Werts aller Exporte eines Jahres.

Bereits Mitte der 70er Jahre waren „Freizonen“ für imperialistischen Kapitalexport eingerichtet worden, in denen die Imperialisten völlige Steuerfreiheit genießen und sich nicht an die ägyptischen Arbeitsgesetze zu halten brauchen. Die Freizonen haben die Abhängigkeit von Importen aus den imperialistischen Ländern noch verschärft. Eines des größten Werke dort ist eine Coca-Cola-Abfüllfabrik, für die mit Ausnahme des Wassers fast alle Produktionsmittel aus den USA eingeführt werden müssen. Für die Rückgabe der Sinai-Ölquellen mußte sich Ägypten verpflichten, künftig 2 Mio. t Erdöl jährlich an die Zionisten zu liefern, rund das Doppelte der voraussichtlichen Produktion dieser Ölquellen.

Die wirtschaftlichen Probleme werden noch verschärft durch die Einstellung der Hilfe, die die anderen arabischen Staaten vor dem Separatfrieden zur Stärkung der Front gegen Israel geleistet hatten. Allein Saudi-Arabien hatte seit 1973 den Aufbau der ägyptischen Wirtschaft mit rund 7 Mrd. Dollar unterstützt.

Offensichtlich wächst auch innerhalb der nationalen Bourgeoisie der Widerstand gegen Sadats Kurs der Unterwerfung unter den US-Imperialismus. Regelmäßig wird in den letzten Wochen über Verhaftungen von Vertretern der „nasseristischen“ Opposition und der islamischen Moslembrüderschaft berichtet. Die Sozialimperialisten machen sich Hoffnungen, gestützt auf einen Teil der Bourgeoisie erneut in Ägypten eindringen zu können. Noch immer sind sie Hauptgläubiger des Landes und größter Abnehmer seines wichtigsten Exportartikels, der Baumwolle.

Unter dem Diktat der Imperialisten schreitet die Verelendung der Bauernmassen ständig weiter voran, und mit ihr der Verfall der landwirtschaftlichen Produktion. Durch die Abwertung des Pfundes sind die Preise für importierte Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel gestiegen, während der staatliche, Aufkaufpreis für Baumwolle, mit der rund ein Fünftel der Fläche bestellt ist, unverändert geblieben ist. Viele Kleinbauern sind daher auf Weizen- oder Südfrüchteproduktion ausgewichen. Trotzdem wird Ägypten in diesem Jahr voraussichtlich 4,5 Mio. t Weizen importieren müssen, mehr als je zuvor.

Durch die unter Nasser durchgeführten Agrarreformen hatten einige Hunderttausend der etwa 3 Mio. landlosen Bauern jeweils ein Stückchen Land von rund 2 ha erhalten. 1978 hat die Regierung die Höchstgrenze für privaten Landbesitz von 100 auf 200 Feddan (ca. 84 ha) erhöht und damit der Enteignung der Reformbauern Tür und Tor geöffnet. 1961 war der ausländische Landbesitz restlos nationalisiert worden. Jetzt meldet das US-Handelsministerium: „1978 besuchte eine Investitionsdelegation unter der Schirmherrschaft des US-Agrobusiness-Rats Ägypten, und bedeutende Firmen haben Interesse an eventuellen gemeinsamen Investitionen in der Landwirtschaft bekundet.“ Die ägyptischen Arbeiter und Bauern haben große revolutionäre Erfahrungen. Sie werden die erneute Verwandlung ihres Landes in eine Halbkolonie nicht dulden.



anderthalb Millionen Industriearbeiter lag 1973 (jüngere Zahlen lagen uns nicht vor) bei 4,81 ägyptischen Pfund (32,42 DM) pro Woche. Dabei liegt die Zahl der Arbeitslosen erheblich über der der Industriearbeiter, und weit über eine Million Ägypter sind gezwungen, ihre Arbeitskraft im Ausland, meist in den arabischen Nachbarländern, zu verkaufen.

Die britischen Imperialisten hatten Ägypten im vorigen Jahrhundert in ihre Baumwollplantage verwandelt und so die einst blühende Landwirtschaft zerstört. Seit der bürgerlich-nationalistischen Revolution von 1952 sind große Anstrengungen zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft gemacht worden: die Agrarreformen von 1952 und

terschrieben, da zeichnete sich bereits ab, daß diese Rechnung falsch war. Drei Jahre, nachdem die Sozialimperialisten endgültig aus dem Land geworfen sind, befindet sich Ägypten heute in ebenso drückender Abhängigkeit von der anderen Supermacht.

Für einen dreijährigen Kredit des Internationalen Währungsfonds über 720 Mio. Dollar mußte sich die Regierung im Juli 1978 verpflichten, die Lebensmittelsubventionen nun endgültig abzubauen und das ägyptische Pfund zum 1. Januar 1979 um 44% abzuwerten, wodurch der Druck auf die Preise der großenteils eingeführten Lebensmittel noch erhöht wird. Auf diese Zusage zahlte der IWF 1978 die ersten 125 Mio. Dollar des Kredits aus. Zu Jah-

„Freizonen“ für imperialistischen Kapitalexport eingerichtet worden, in denen die Imperialisten völlige Steuerfreiheit genießen und sich nicht an die ägyptischen Arbeitsgesetze zu halten brauchen. Die Freizonen haben die Abhängigkeit von Importen aus den imperialistischen Ländern noch verschärft. Eines des größten Werke dort ist eine Coca-Cola-Abfüllfabrik, für die mit Ausnahme des Wassers fast alle Produktionsmittel aus den USA eingeführt werden müssen. Für die Rückgabe der Sinai-Ölquellen mußte sich Ägypten verpflichten, künftig 2 Mio. t Erdöl jährlich an die Zionisten zu liefern, rund das Doppelte der voraussichtlichen Produktion dieser Ölquellen.



Januar 1977: In Kairo (Bild) und anderen Städten erheben sich die Volksmassen gegen die vom IWF diktierte Preiserhöhung für notwendige Lebensmittel. Die Regierung läßt auf die Demonstranten schießen, aber die Preiserhöhung fällt.

Die PLO ist gut auf die UNO-Generalversammlung vorbereitet

z.zik. Auf der Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates am 24./25. August hatte nur die Entscheidung der anwesenden blockfreien Länder, eine Resolution zur Unterstützung des palästinensischen Volkes nicht einzubringen, die US-Imperialisten davor bewahrt, ihr Veto einlegen und sich erneut vor den Ländern der Dritten Welt bloßstellen zu müssen. Carters Sonderbotschafter Strauss ist anschließend erneut nach Nahost gereist. Sein Auftrag: zu sondieren, mit welcher Methode es möglich sei, die PLO von der Unterstützung durch die arabischen Staaten und die Volksmassen in den besetzten Gebieten zu isolieren. Die Zeit drängt für die US-Imperialisten, am 18.9. beginnt die UNO-Generalversammlung, und dort wird ihnen ihr Veto nichts nutzen.



Versammlung von 300 Bürgermeistern in Westjordanien am 20. Juli

Der Palästinensische Zentralrat hatte mit seinem Beschluß von Anfang August, eine Offensive an allen Fronten einzuleiten, die Vorbereitung der UNO-Generalversammlung in die Hand genommen. Die PLO hat seither beachtliche Erfolge erringen können: An der militärischen Front ist es gelungen, *gemeinsam* mit der libanesischen Armee die verstärkten Angriffe der Zionisten auf libanesisches Gebiet zu bekämpfen. In den besetzten Gebieten haben die bewaffneten Kräfte der PLO im August ihre Aktionen verdoppeln können. An der politischen Front hat das palästinensische Volk seine Verbindung mit den arabischen Ländern festigen können. Ein wichtiger Erfolg ist die Erklärung des jordanischen Königs

wesenden blockfreien Länder, eine Resolution zur Unterstützung des palästinensischen Volkes nicht einzubringen, die US-Imperialisten davor bewahrt, ihr Veto einlegen und sich erneut vor den Ländern der Dritten Welt bloßstellen zu müssen. Carters Sonderbotschafter Strauss ist anschließend erneut nach Nahost gereist. Sein Auftrag: zu sondieren, mit welcher Methode es möglich sei, die PLO von der Unterstützung durch die arabischen Staaten und die Volksmassen in den besetzten Gebieten zu isolieren. Die Zeit drängt für die US-Imperialisten, am 18.9. beginnt die UNO-Generalversammlung, und dort wird ihnen ihr Veto nichts nutzen.

Der Palästinensische Zentralrat hatte mit seinem Beschluß von Anfang August, eine Offensive an allen Fronten einzuleiten, die Vorbereitung der UNO-Generalversammlung in die Hand genommen. Die PLO hat seither beachtliche Erfolge erringen können: An der militärischen Front ist es gelungen, *gemeinsam* mit der libanesischen Armee die verstärkten Angriffe der Zionisten auf libanesisches Gebiet zu bekämpfen. In den besetzten Gebieten haben die bewaffneten Kräfte der PLO im August ihre Aktionen verdoppeln können. An der politischen Front hat das palästinensische Volk seine Verbindung mit den arabischen Ländern festigen können. Ein wichtiger Erfolg ist die Erklärung des jordanischen Königs Hussein, auch weiterhin die Teilnahme an den Verhandlungen zwischen Begin und Sadat abzulehnen. Eine Reihe von Ländern der Dritten Welt hat während der Konferenz der blockfreien Staaten beschlossen, die PLO offiziell als einzige und legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen, so Nicaragua und Uganda. In der Schlußresolution der Konferenz wird der PLO die volle Unterstützung zugesichert und wird die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt gegen jede Lösung, die „die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes mißachtet“.

Am 13. September wurde Jassir Arafat zum ersten Mal offiziell durch die Regierung eines westeuropäischen Landes, durch die spanische Regierung, die bis heute die Anerkennung des Zionistenstaates ablehnt, zu einem Besuch empfangen.

In dieser Lage der zunehmenden Isolierung Israels und der US-Imperialisten hat Strauss versucht, im persönlichen Gespräch mit Vertretern der Palästinenser in den besetzten Gebieten deren Teilnahme an den Verhandlungen



Versammlung von 300 Bürgermeistern in Westjordanien am 20. Juli

PLO die volle Unterstützung zugesichert und wird die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt gegen jede Lösung, die „die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes mißachtet“.

Am 13. September wurde Jassir Arafat zum ersten Mal offiziell durch die Regierung eines westeuropäischen Landes, durch die spanische Regierung, die bis heute die Anerkennung des Zionistenstaates ablehnt, zu einem Besuch empfangen.

In dieser Lage der zunehmenden Isolierung Israels und der US-Imperialisten hat Strauss versucht, im persönlichen Gespräch mit Vertretern der Palästinenser in den besetzten Gebieten deren Teilnahme an den Verhandlungen über eine „Autonomie“ für die besetzten Gebiete zu erreichen. Nachdem er vom Bürgermeister von Bethlehem, den er als „gemäßigt“ einschätzte, erfahren hatte, daß „die Autonomie eine Sackgasse ist und von den Palästinensern nicht akzeptiert wird“, mußte er die Verschiebung der Verhandlungen bis nach der UNO-Vollversammlung bekanntgeben.

---

zu erzwingen, verhängten die US-Imperialisten daraufhin ein Einfuhrverbot für kanadischen Thunfisch und drohten an, es auf alle anderen Fischarten auszuweiten. Die kanadischen Seefischlieferungen in die USA machen 26% der Fänge und über 55% der Seefischexporte aus. – Die kanadische Regierung überlegt jetzt laut, den von den USA betriebenen „integrierten Markt für Energiequellen“ zu stoppen. Bisher beziehen die USA große Mengen ihres Energiebedarfs aus Kanada. Die Energiequellen, aus denen sie ihren Heißhunger auf Höchstprofite befriedigen, liegen weitgehend auf Indianergebiet.

Kanada: Aktionen der Indianer und Metis gegen Landraub

z.acr. Die Organisation der 127000 Halbindianer in der kanadischen Provinz Manitoba, die Manitoba Metis Federation, fordert die Rückgabe des von der Provinzregierung gestohlenen Landes. Außerdem fordert sie die Anerkennung als Vertretung der Metis und Geld für die Errichtung einer Fischverarbeitungsfabrik und eines Sägewerks, um die Selbstversorgung der Metis sicherzustellen. Seit dem 8. August führen die Metis in der Provinzhauptstadt Winnipeg Demonstrationen durch, dabei haben sie das Parlament mehrere Tage besetzt und während eines Hungerstreiks die Eingänge blockiert. In ihrer Absicht, den Indianern auch das letzte Land zu rauben, um an die Rohstoffe heranzukommen, greift die kanadische Bourgeoisie besonders die Metis an, weil diese nicht einmal Landrechte wie ein Teil der Indianer haben. Die jetzt am Rande der Stadt Norway House am Lake Winnipeg lebenden Metis wurden 1974 z.B. wegen angeblicher schlechter Wohnverhältnisse zwangsweise von ihrem Land in die Stadt umquartiert. Bis dahin hatten die meisten Familien sechs bis acht Hektar Land und außerdem Jagd- und Fischgründe. Die Regierung hat ihnen in der Stadt nur 0,5 Hektar Land gegeben, von dem sie sich nicht mehr ernähren können, zumal ihnen die Jagd- und Fischgründe ebenfalls gestohlen wurden. 85% der Metis sind jetzt arbeitslos und müssen von Sozialhilfe leben. – Bereits am 19. Juli organisierte die Vereinigung indianischer Frauen in Quebec einen Sternmarsch nach Ottawa gegen die Bestimmung des Indianergesetzes, daß alle Frauen, die einen Nicht-Indianer heiraten, ihr Land im Reservat verkaufen müssen und die Jagd- und Fischrechte verlieren.

England: Unterstützung für die Patriotische Front

z.hef.London. Die 400 Plätze der Westminster Central Hall in London waren am 10. September voll besetzt, und mehrere Hundert fanden keinen Einlaß, als die Genossen Tekere, ZANU, und Msipa, ZAPU, auf einer Kundgebung zur Unterstützung der Patriotischen Front und gegen die Anerkennung des Smith-Muzorewa-Regimes sprachen. Mehrere hundert Demonstranten, die meisten von ihnen Zimbabwer, hatten den ganzen Tag über vor Lancaster House demonstriert, wo die Londoner Rhodesien-Konferenz eröffnet wurde. Unter maßgeblicher Beteiligung von ZANU und ZAPU hat die „Anti-Apartheid-Bewegung“ ein „Zimbabwe Emergency Campaign Committee“ (Komitee für eine Zimbabwe-Krisenkampagne) für die Dauer der Konferenz gegründet. Ziel dieses Komitees ist, wie es in der Grundsatzerklärung heißt, gegen die Anerkennung des Smith-Muzorewa-Regimes, gegen einen „Ausverkauf“ auf der Londoner Verhandlung, gegen die Aufhebung der Sanktionen und für die Unterstützung der Patriotischen Front und der Frontstaaten einzutreten. Das Komitee erkennt an, daß es „keine Alternative zum bewaffneten Kampf“ gibt. Auf dieser Grundlage haben sich mehr als 60 Organisationen angeschlossen, darunter Gewerkschaften und Gewerkschaftsabteilungen, die Labour-Partei, die revisionistische KP Großbritanniens und trotzkistische Organisationen.

Aushungerungstaktik der Imperialisten gegen Uganda

z.acr. Gleich nach dem Sturz Idi Amins haben die Imperialisten „Beobachter“ nach Uganda geschickt, um auszuspionieren, wie sie ihre Positionen dort festigen und ausbauen können. Die britischen Imperialisten schickten Richard Posnett, einen hohen Beamten ihrer ehemaligen Kolonialverwaltung. Feststellen konnten sie, daß Ugandas Wirtschaft am Boden liegt, durch den Krieg die Ernten vernichtet sind, Nahrungsmittel fehlen. Dies bietet die Gelegenheit, die Regierung Binaisa in die Zange zu nehmen. Die US-Imperialisten bieten 6 bis 10 Mio. $ „Hilfe“ an, wollen dafür aber billig an die Rohstoffe Ugandas. Auch die EG-Imperialisten wedeln jetzt großzügig mit 98 Mio. $, die Uganda nach der Lomé-Konvention bereits unter der Amin-Regierung zugestanden hätten. Man wolle jedoch erst einmal sehen, welche „wirtschaftliche Strategie“ die Regierung Binaisa einschlägt, zögern sie erneut die Zahlung hinaus. „Große ausländische Investitionen würden uns ruinieren und die Zukunft unseres Landes verpfänden“, hatte ein Regierungssprecher geäußert. Doch die Aushungerungstaktik der Imperialisten wirkt. Binaisa mußte erklären, daß ausländische Investitionen unter Beteiligung der Regierung, deren Höhe noch festgelegt werden müsse, willkommen seien. Die jetzt dringend wichtigen Lebensmittel sind bisher fast ausschließlich aus Ländern der Dritten Welt geschickt worden. Die westdeutschen und französischen Imperialisten haben vorletzte Woche, angeblich zum Schutz ihrer Botschaften vor Plünderern, starke „Sicherheitskommandos“ nach Kampala geschickt.

Zwei völlig verschiedene Populationsgesetze

z.ges. Der protestantische Pfaffe Malthus hat im 19. Jahrhundert für die Armut der Armen ihren Kinderreichtum verantwortlich gemacht. Gegenwärtig drehen die bürgerlichen Politiker dieses Argument um, und erklären den angeblich allgemeinen Reichtum zur Ursache des Geburtenrückganges. Innerhalb des Kapitalismus ist eine hohe Geburtenrate oft bloß Anzeichen dafür, daß der Masse der Bevölkerung die individuelle Kontrolle über ihre Reproduktionsverhältnisse entglitten ist, während Geburtenrückgang ein Anzeichen dafür ist, daß gegenüber der Verschlechterung der Reproduktionsverhältnisse die Massen auf individuelle Einschränkung der natürlichen Reproduktion zurückgreifen, bevor mit weiterer Verschlechterung der Reproduktionsverhältnisse auch diese individuelle Kontrolle zusammenbricht.

Die Jeremiaden der bürgerlichen Politiker über die sinkende Geburtenrate sind nichts als ein ideologischer Hebel, um die Gegenwehr der Massen gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse zu brechen, die Steuerschraube anzuziehen, um mit einem Teil dieser Steuergelder via Kindergeld auch die persönlichen Verhältnisse vollends der Aufsicht des bürgerlichen Staatsapparats zu unterwerfen. Die Lohnsklaverei hat die Tendenz, alle Lebensbereiche der direkten Herrschaft der Sklavenherrn zu unterwerfen, die über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen. Aber so sehr sich die Bourgeoispolitiker gegenwärtig über den Rückgang der Geburten beklagen, über Mangel an Arbeitskräften und Möglichkeiten, die Löhne zu senken, brauchen sie sich selten zu beklagen. Der Kapitalismus bringt die industrielle Reservearmee ganz unabhängig vom natürlichen Bevölkerungswachstum hervor, das vielmehr seinerseits völlig durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt ist. Die industrielle Reservearmee wird ständig und nicht erst im Verlauf von Generationen produziert. Mit jedem Fortschritt der Produktivkraft werden Arbeitskräfte auf die Straße geworfen. Die Arbeiter produzieren Maschinen, und die Maschinen ersetzen bei gleichzeitiger Steigerung der Mehrarbeit einen Teil der Arbeiter. ,,Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals'', so stellte Marx fest, ,,produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Gesetz, wie in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besondren, historisch gültigen Populationsgesetze hat.'' Diese besondren, historisch gültigen Populationsgesetze bestimmen die Entwicklung der Bevölkerung und nicht unmittelbar die Naturverhältnisse. Im Kapitalismus wirkt die Entwicklung der Produktivkräfte negativ auf die Reproduktionsverhältnisse der Arbeiterbevölkerung. Nicht weil sich die Produktivkräfte nicht entwickeln, sondern gerade weil sie sich entwickeln, wächst mit der Mehrarbeit auch die industrielle Reservearmee, die auf die Löhne drückt und ständig Gefahr läuft, unter das physische Existenzminimum abzusinken. Das ist das Populationsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise.

Was ist das Populationsgesetz der sozialistischen Produktionsweise? Auch sie hat ein Populationsgesetz, das durch die ökonomischen Ziele und Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Produktionsweise bestimmt ist. Stalin hat die ,,wesentlichen Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus'' einmal folgendermaßen formuliert: ,,Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.'' Das Populationsgesetz der sozialistischen Produktionsweise besteht darin, daß das Bevölkerungswachstum durch nichts beschränkt ist als durch die Geschwindigkeit des ,,ununterbrochenen Wachstums'' und der ,,stetigen Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.'' Während in der kapitalistischen Gesellschaft das Wachstum der Produktivkräfte gerade die Basis für die Befriedigung der Bedürfnisse seitens der Volksmassen zunehmend einschränkt, gibt es im Sozialismus keine andere Schranke für die Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen als den jeweils bestimmten Stand der Produktivkräfte. So wie die Volksmassen im Sozialismus die Entwicklung der Produktivkräfte und das Wachstum der sozialistischen Produktion planmäßig vorantreiben, müssen sie darauf achten, daß die Bevölkerungsentwicklung in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Produktion bleibt. Wenn die Bevölkerung schneller wächst als die Entwicklung der Produktion, dann wird die erweiterte Reproduktion der Gesellschaft unmöglich oder der bereits erreichte Lebensstandard der Massen müßte sinken. Grundlegend ist dabei die Agrar- und Nahrungsmittelproduktion. Wenn ein großer Sprung in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft gemacht werden soll, dann muß die Produktion bedeutend schneller wachsen als die Bevölkerung. In der VR China existieren konkrete Bedingungen, unter denen der Sozialismus aufgebaut wird: die Masse der Bevölkerung von rund einer Milliarde lebt noch immer auf dem Land, im Verhältnis zur Bevölkerung ist die landwirtschaftlich nutzbare Fläche relativ klein und die Produktivkraft der landwirtschaftlichen Arbeit, die durch ihr Mehrprodukt die Basis für die industrielle Entwicklung schafft, ist noch niedrig. In den letzten Jahren ist die Bevölkerung ungefähr gleichschnell gewachsen wie die landwirtschaftliche Produktion. Um eine rasche Entwicklung der Pro-

völkerung. Nicht weil sich die Produktivkräfte nicht entwickeln, sondern gerade weil sie sich entwickeln, wächst mit der Mehrarbeit auch die industrielle Reservearmee, die auf die Löhne drückt und ständig Gefahr läuft, unter das physische Existenzminimum abzusinken. Das ist das Populationsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise.

Was ist das Populationsgesetz der sozialistischen Produktionsweise? Auch sie hat ein Populationsgesetz, das durch die ökonomischen Ziele und Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Produktionsweise bestimmt ist. Stalin hat die ,,wesentlichen Züge und Erfordernisse des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus'' einmal folgendermaßen formuliert: ,,Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.'' Das Populationsgesetz der sozialistischen Produktionsweise besteht darin, daß das Bevölkerungswachstum durch nichts beschränkt ist als durch die Geschwindigkeit des ,,ununterbrochenen Wachstums'' und der ,,stetigen Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik.'' Während in der kapitalistischen Gesellschaft das Wachstum der Produktivkräfte gerade die Basis für die Befriedigung der Bedürfnisse seitens der Volksmassen zunehmend einschränkt, gibt es im Sozialismus keine andere Schranke für die Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen als den jeweils bestimmten Stand der Produktivkräfte. So wie die Volksmassen im Sozialismus die Entwicklung der Produktivkräfte und das Wachstum der sozialistischen Produktion planmäßig vorantreiben, müssen sie darauf achten, daß die Bevölkerungsentwicklung in Übereinstimmung mit der Entwicklung der Produktion bleibt. Wenn die Bevölkerung schneller wächst als die Entwicklung der Produktion, dann wird die erweiterte Reproduktion der Gesellschaft unmöglich oder der bereits erreichte Lebensstandard der Massen müßte sinken. Grundlegend ist dabei die Agrar- und Nahrungsmittelproduktion. Wenn ein großer Sprung in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft gemacht werden soll, dann muß die Produktion bedeutend schneller wachsen als die Bevölkerung. In der VR China existieren konkrete Bedingungen, unter denen der Sozialismus aufgebaut wird: die Masse der Bevölkerung von rund einer Milliarde lebt noch immer auf dem Land, im Verhältnis zur Bevölkerung ist die landwirtschaftlich nutzbare Fläche relativ klein und die Produktivkraft der landwirtschaftlichen Arbeit, die durch ihr Mehrprodukt die Basis für die industrielle Entwicklung schafft, ist noch niedrig. In den letzten Jahren ist die Bevölkerung ungefähr gleichschnell gewachsen wie die landwirtschaftliche Produktion. Um eine rasche Entwicklung der Pro-
duktion zu ermöglichen, ist es notwendig, daß die landwirtschaftliche Produktion absolut, aber auch relativ zur Bevölkerung wächst. Unter den konkreten Bedingungen der VRCh setzt dies nicht nur eine Steigerung der Produktion, sondern auch eine planmäßige Einschränkung des Bevölkerungswachstums voraus. Im Kapitalismus drückt die Entwicklung der Produktivkräfte auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Massen. Im Sozialismus ist die Befriedigung der Bedürfnisse der Massen nur durch den Stand der Produktivkräfte beschränkt. Die Schranken des Kapitalismus lassen sich durch Revolution beseitigen, die Schranken des Sozialismus durch gemeinsame Arbeit und Planung.

Volksrepublik China: Ein planmäßiges Bevölkerungswachstum sicherstellen

z.thh. Die VR China unternimmt gegenwärtig erhebliche Anstrengungen in bezug auf die Familienplanung. ,,Ohne eine Eindämmung der Geburtenrate sind die vier Modernisierungen nicht zu verwirklichen'', schreibt die Renmin Ribao vom 19.5.

Die Familienplanung betrifft nicht nur direkt die Entwicklung der Volkswirtschaft. Die Renmin Ribao vom 15.5. führt folgende weitere Vorteile auf:
1. Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Abbau von realer und verdeckter Arbeitslosigkeit.
2. Senkung der Sozialkosten und erhöhte Akkumulation von Kapital zur Verwirklichung der vier Modernisierungen.
3. Bessere Allgemeinbildung der Bevölkerung und schnellere Steigerung des wissenschaftlichen und technischen Standards.
4. Verbesserung des materiellen, sozialen und kulturellen Lebensstandards der Bevölkerung.

Der gleiche Artikel nennt auch die Gründe für die absolut notwendige Senkung der Geburtenrate:
1. Chinas arbeitsfähige Bevölkerung ist fast so groß wie die arbeitsfähige Bevölkerung der Ersten und der Zweiten Welt zusammengenommen. Der Bevölkerungsreichtum ist eine gute Voraussetzung für den Aufbau, was jedoch nicht heißen soll, je mehr Arbeitskräfte, desto besser.
2. Im Vergleich zu vor 30 Jahren ist die Ackerfläche pro Kopf auf die Hälfte gesunken. Die Ackerfläche pro landwirtschaftliche Arbeitskraft ist kleiner als in Japan.
3. Jährlich müssen für 10 Millionen Jugendliche Arbeits- oder Studienplätze geschaffen werden. Ohne entsprechenden Zuwachs von Produktionsmitteln wird dies zum Sinken der Arbeitsproduktivität führen, statt zur Erhöhung.

1978 war hinsichtlich der Geburtenplanung das bisher erfolgreichste Jahr: Gegenüber 1971 wurden 1978 acht Millionen Kinder weniger geboren. Die Bevölkerungszuwachsrate in Beijing, Shanghai, Tianjin und acht Provinzen lag unter 1 Prozent. In Sichuan, der bevölkerungsreichsten Provinz Chinas, betrug sie nur 0,8%. Die erwähnten Städte und Provinzen haben das Ziel der Familienplanung für 1980 vorfristig erreicht. Aber: 1978 wurden immerhin 17 Millionen Kinder geboren, bei 50% davon handelte es sich um das 3. Kind oder darüber. Auf dem Land werden Kreise gelobt, deren Bevölkerungsrate von 3 – 4% auf 1% oder darunter gesenkt werden konnte. Die Guangming Ribao vom 10.8. brachte z.B. einen Artikel über den Kreis Shifang in Sichuan, wo es sogar gelungen war, die Geburtenrate von 1,24% (1974) auf 0,264% (1978) zu senken. Dort hatte die Kreisleitung 1974 eine

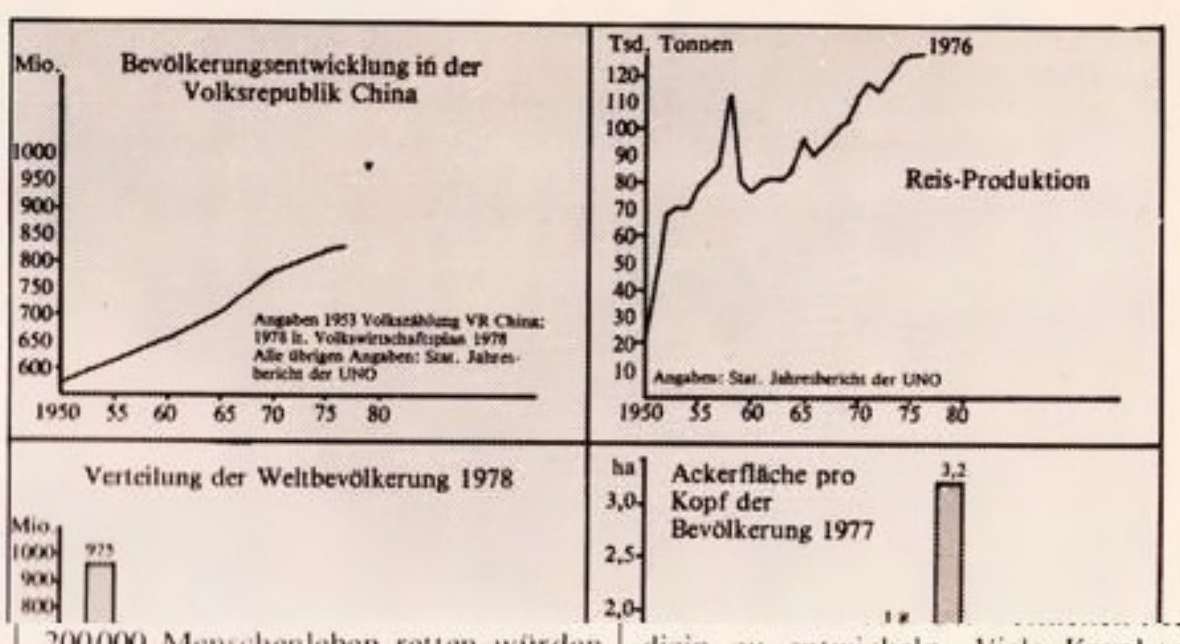
aussetzung für den Aufbau, was jedoch nicht heißen soll, je mehr Arbeitskräfte, desto besser.
2. Im Vergleich zu vor 30 Jahren ist die Ackerfläche pro Kopf auf die Hälfte gesunken. Die Ackerfläche pro landwirtschaftliche Arbeitskraft ist kleiner als in Japan.
3. Jährlich müssen für 10 Millionen Jugendliche Arbeits- oder Studienplätze geschaffen werden. Ohne entsprechenden Zuwachs von Produktionsmitteln wird dies zum Sinken der Arbeitsproduktivität führen, statt zur Erhöhung.

1978 war hinsichtlich der Geburtenplanung das bisher erfolgreichste Jahr: Gegenüber 1971 wurden 1978 acht Millionen Kinder weniger geboren. Die Bevölkerungszuwachsrate in Beijing, Shanghai, Tianjin und acht Provinzen lag unter 1 Prozent. In Sichuan, der bevölkerungsreichsten Provinz Chinas, betrug sie nur 0,8%. Die erwähnten Städte und Provinzen haben das Ziel der Familienplanung für 1980 vorfristig erreicht. Aber: 1978 wurden immerhin 17 Millionen Kinder geboren, bei 50% davon handelte es sich um das 3. Kind oder darüber. Auf dem Land werden Kreise gelobt, deren Bevölkerungsrate von 3 – 4% auf 1% oder darunter gesenkt werden konnte. Die Guangming Ribao vom 10.8. brachte z.B. einen Artikel über den Kreis Shifang in Sichuan, wo es sogar gelungen war, die Geburtenrate von 1,24% (1974) auf 0,264% (1978) zu senken. Dort hatte die Kreisleitung 1974 eine
Volkszählung vorgenommen und ein Kurzzeit- und ein Langzeitprogramm für das Geburtenwachstum ausgearbeitet. Jedes Dorf wurde angehalten, einen Bevölkerungsplan zu erstellen und zu erfüllen. Begleitet war dies von umfassender Propagandaarbeit. Die Folge war eine von Jahr zu Jahr sinkende Geburtenrate.

Vor der Befreiung gab es so etwas wie die Geburtenplanung nicht. Imperialistische und feudalistische Unterdrückung und Ausbeutung, Seuchen, Naturkatastrophen und Kriege rafften immer wieder Millionen Menschen hinweg. Von den Herrschenden wurde dies als eine natürliche Reinigung begriffen. In den 30er Jahren entgegnete z.B. der Kuomintang-General Lo Xinhui, Militärgouverneur der Provinz Sichuan, einem französischen Arzt auf dessen Vorschläge zur Eindämmung der Cholera-Epidemie: ,,Wissen Sie, daß Sichuan das fruchtbarste Gebiet des ganzen Reiches ist? Nicht ein Zoll des Geländes ist unbenutzt, die Bauern haben zwei Ernten im Jahr und legen ihre Reisfelder bis zum Gipfel der Hügel an; wenn das Wasser fällt, pflanzen sie ihr Gemüse bis in das Flußbett, um die Möglichkeit einer weiteren Ernte zu versuchen. Selbst in guten Erntejahren reichen der Reis, das Korn, das Gemüse nicht aus, um ein Volk zu ernähren, das sich jedes Jahr in ungeheuren Ausmaßen vermehrt. Die Bevölkerung ist zu dicht, die Hungersnot unvermeidlich; ich werde die Maßnahmen, die Sie so liebenwürdig waren, mir auseinanderzusetzen, nicht anwenden, aus dem einzigen Grund, weil sie 100000 oder 200000 Menschenleben retten würden … Wenn die Cholera sich ausbreitet, wird sie die unumgänglichen Lücken in der übervölkerten Provinz schaffen und dadurch den Überlebenden die Möglichkeit geben, zu essen und zu leben.'' (A. Gervais ,,Ein Arzt erlebt China'', Berlin 1936.)

All dies änderte sich schlagartig nach der Befreiung: Durch die Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes, die Verbesserung des Gesundheitswesens und die Popularisierung der Gesundheitsfürsorge fiel die Sterblichkeitsrate von 2,8% vor der Befreiung auf 0,6% heute. Mit der Propagierung der Geburtenkontrolle wurde jedoch erst ab Mitte der 50er Jahre begonnen. Zeitungen und Zeitschriften begannen laufend Artikel zu diesem Thema zu veröffentlichen, es wurden Flugblätter und Plakate herausgegeben, Propagandatrupps zusammengestellt, Dia-Vorträge veranstaltet sowie Ausstellungen, Versammlungen und Vorlesungen abgehalten, um Wissen über die Geburtenkontrolle zu verbreiten. Als Ziel galt dabei, die Methode und die Bedeutung der Geburtenkontrolle zu erklären, herauszustellen, daß sie beide, Mann und Frau, angeht und daß beide für eine erfolgreiche Familienplanung zusammenarbeiten müssen, und damit feudalistischen und verdummenden Ideen einen Schlag zu versetzen. Die verschiedensten Verhütungsmittel und -methoden wurden erklärt und die Menschen unterrichtet, wo sie sie kaufen können und wohin sie sich wenden können, um sich beraten zu lassen.

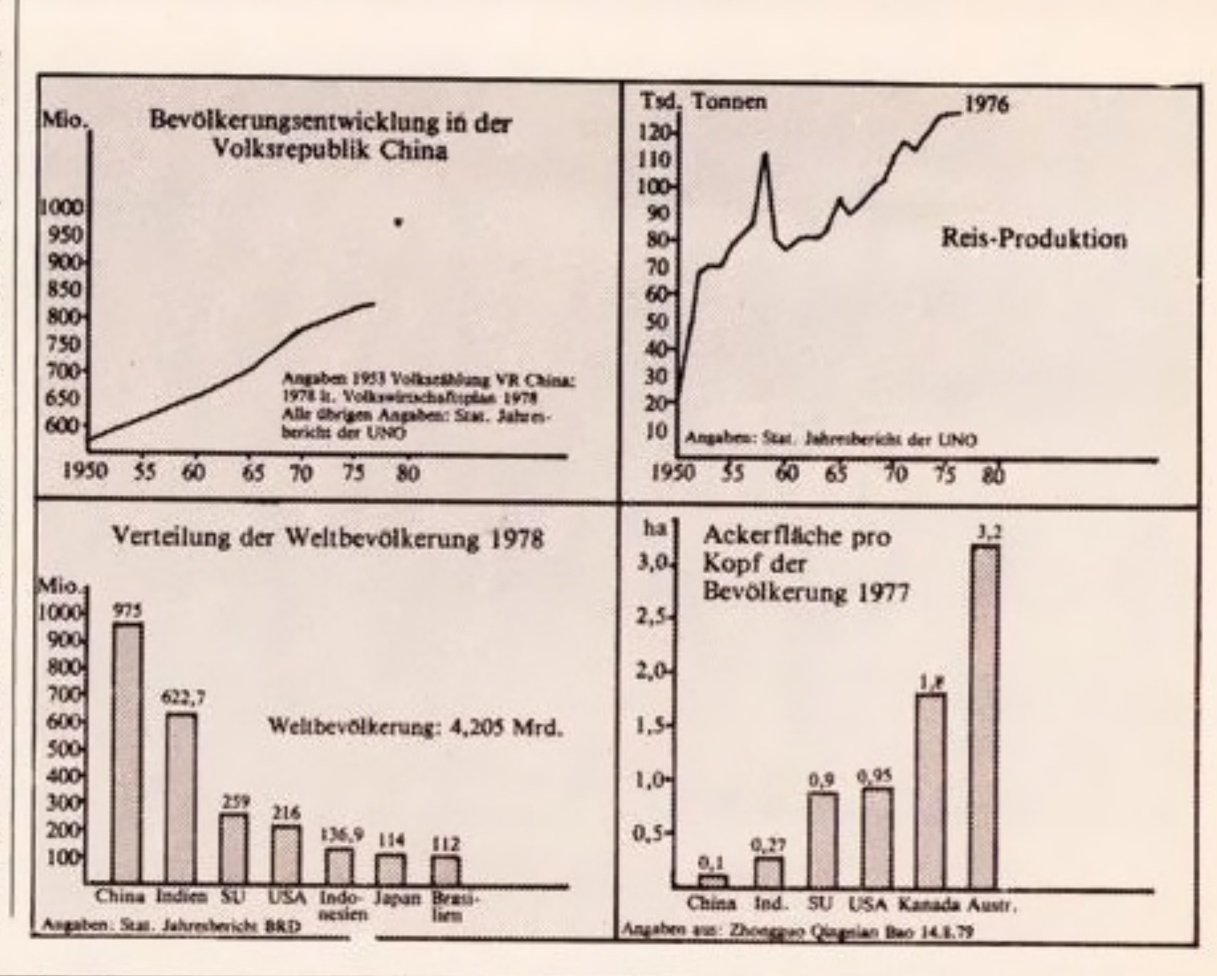
Folgende Richtlinien wurden damals herausgegeben:
1. *Verhütung* galt als wichtigste Methode der Familienplanung. Mechanische und chemische Verhütungsmittel wurden in großen Mengen hergestellt und zu angemessenen Preisen verkauft. Das Gesundheitsministerium wies ferner die medizinischen Institute an, einfache und wirkungsvolle Methoden nach der traditionellen chinesischen Medizin oder der westlichen Medizin zu entwickeln. Viele Krankenhäuser richteten Beratunsstellen ein, stellten Beratergruppen zusammen, die Verwaltungsbüros, Schulen, Fabriken und die Menschen auf dem Land besuchten und ihnen praktische Ratschläge gaben.
2. *Spätere Heirat.* Das Heiratsalter ist im Ehegesetz für die Frauen auf mindestens 18 Jahre und für die Männer auf mindestens 20 Jahre festgesetzt. Das war damals ein Kompromiß mit dem allgemeinen Brauch des Volkes. (Heute wird empfohlen, daß in der Stadt Männer erst ab 27, Frauen ab 25 heiraten sollen, auf dem Land Männer ab 25, Frauen erst ab 23.)
3. *Klinische Abtreibung.* Die Zeitung People's China schrieb damals dazu:



200000 Menschenleben retten würden … Wenn die Cholera sich ausbreitet, wird sie die unumgänglichen Lücken in der übervölkerten Provinz schaffen und dadurch den Überlebenden die Möglichkeit geben, zu essen und zu leben.'' (A. Gervais ,,Ein Arzt erlebt China'', Berlin 1936.)

All dies änderte sich schlagartig nach der Befreiung: Durch die Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes, die Verbesserung des Gesundheitswesens und die Popularisierung der Gesundheitsfürsorge fiel die Sterblichkeitsrate von 2,8% vor der Befreiung auf 0,6% heute. Mit der Propagierung der Geburtenkontrolle wurde jedoch erst ab Mitte der 50er Jahre begonnen. Zeitungen und Zeitschriften begannen

dizin zu entwickeln. Viele Krankenhäuser richteten Beratunsstellen ein, stellten Beratergruppen zusammen, die Verwaltungsbüros, Schulen, Fabriken und die Menschen auf dem Land besuchten und ihnen praktische Ratschläge gaben.
2. *Spätere Heirat.* Das Heiratsalter ist im Ehegesetz für die Frauen auf mindestens 18 Jahre und für die Männer auf mindestens 20 Jahre festgesetzt. Das war damals ein Kompromiß mit dem allgemeinen Brauch des Volkes. (Heute wird empfohlen, daß in der Stadt Männer erst ab 27, Frauen ab 25 heiraten sollen, auf dem Land Männer ab 25, Frauen erst ab 23.)
3. *Klinische Abtreibung.* Die Zeitung People's China schrieb damals dazu:



Auszüge aus dem Aufsatz: Probleme des Bevölkerungswachstums in China, von Liu Zheng

Ein planloses Bevölkerungswachstum ist kein Ausdruck der Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Bevölkerungswachstums

,,… Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Sozialismus hat bewiesen und wird beweisen, daß die Entwicklung der Produktion in jeder Gesellschaftsformation in der Zukunft hauptsächlich von der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität und nicht mehr von der Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte abhängig ist. Die sozialistische Gesellschaft macht dabei keine Ausnahme. Hinzukommt, daß die Produktion im Sozialismus höher vergesellschaftet als im Kapitalismus sein muß. Diese Produktion muß ein hohes Automationsniveau haben, und ihre technische Struktur muß ständig verbessert und erneuert werden. Unter diesen Bedingungen ist eine relative oder sogar absolute Verminderung des Bedarfs an lebendiger Arbeitskraft in der materiellen Produktion eine unausweichliche Entwicklungstendenz. Natürlich besteht noch ein gewisser Bedarf an Arbeitskräften, wenn die Branchenstruktur der gesellschaftlichen Produktion ausgeweitet wird, neue Branchen hinzukommen und die Produktion sich in die Breite und in die Tiefe entwickelt. Aber die historische Entwicklung beweist, daß der Bedarf an Arbeitskräften im umgekehrten Verhältnis zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität steht. Die sozialistische Produktion entwickelt sich in hohem Tempo. Aber das bedeutet keinesfalls, daß der Bedarf an Arbeitskräften ein schnelles, unbegrenztes Bevölkerungswachstum erfordert. Es ist völlig falsch, zu meinen, daß das rasche Entwicklungstempo der sozialistischen Produktion ein kontinuierliches, schnelles Wachstum der Zahl der Arbeitskräfte erfordert, weil der Bedarf an Arbeitskräften nicht durch die kapitalistische Profitgier beschränkt ist, keine Arbeitslosigkeit besteht und das Gesetz der relativen Überbevölkerung verschwunden ist …

Die sozialistische Gesellschaft ist die niedrige Stufe der kommunistischen Gesellschaft. Das Ziel des Sozialismus ist die Verwirklichung des Kommunismus. Grundlegend für diesen Übergang ist eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte. Nur wenn die Springquellen des kollektiven Reichtums unendlich fließen, kann die Gesellschaft das Verteilungsprinzip ,,Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen'' verwirklichen. Gleichzeitig erfordert die kommunistische Gesellschaft ein hohes wissenschaftliches und kulturelles Niveau der Werktätigen und ein hohes kommunistisches Bewußtsein. Das sind die beiden grundlegendsten Bedingungen.

Die Klassiker des Marxismus haben niemals ein planloses, unbeschränktes Bevölkerungswachstum als Bedingung zur Verwirklichung des Kommunismus bezeichnet. Sie haben uns im Gegenteil gelehrt, in der kommunistischen Gesellschaft bewußt nach den objektiven Gesetzmäßigkeiten zu handeln und nach den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Entwicklung die Geburten zu regulieren. Bei dem Bevölkerungswachstum haben die sozialistische und die kommunistische Gesellschaft das Ziel, allseitig entwickelte Menschen mit hohem kommunistischem Bewußtsein und hohem wissenschaftlichen und kulturellen Niveau auszubilden. Sie wollen keinesfalls ein planloses Bevölkerungswachstum.

Die chinesische Revolution hat in einer halbfeudalen, halbkolonialen Gesellschaft gesiegt. Chinas Wirtschaft und Kultur waren sehr unterschiedlich gegenüber den kapitalistischen Ländern. Auch das Bevölkerungswachstum hatte deshalb seine Besonderheiten. Im alten China war die Geburtenrate und ebenfalls die Sterberate hoch, das natürliche Bevölkerungswachstum war daher niedrig … Die hohe Geburtenrate hat also eine lange Geschichte. Sie konnte nach der Gründung der VR China nicht auf einmal gesenkt werden. Gleichzeitig ist das Leben der Bevölkerung nach der Gründung der VR immer besser geworden. Die Werktätigen, die früher kein Geld hatten zu heiraten, sind verheiratet. Frauen, die wegen Krankheiten früher keine Kinder gebären konnten, haben nach medizinischer Behandlung Kinder geboren. Aber früher haben wir das Bevölkerungswachstum in der sozialistischen Gesellschaft nicht allseitig und richtig verstanden. Die Maßnahmen zur Geburtenkontrolle waren wenig wirksam, so daß die Geburtenrate hoch blieb. Anfang der 50er Jahre lag die Geburtenrate in China zwischen 3,2 und 3,7%, 1954 bei 3,8%, während die Sterberate auf 1 bis 1,7% gesunken war. So kam es zu einem planlosen erheblichen Bevölkerungswachstum …

Vergleichen wir die Situation mit den anderen Ländern der Dritten Welt: Nach dem 2. Weltkrieg haben die Völker der Dritten Welt im langwierigen Kampf die imperialistische Kolonialherrschaft abgeschüttelt und ihre Unabhängigkeit gewonnen. Sie haben ihre nationale Wirtschaft und Kultur und das Gesundheitswesen entwickelt. Bei der Bevölkerungsentwicklung haben sie eine hohe Geburtenrate und eine viel niedrigere Sterberate zu verzeichnen und damit ein erhebliches natürliches Bevölkerungswachstum.

1950 bis 1970 betrug das natürliche Bevölkerungswachstum in Asien 2,1%, in Afrika 2,3% und in Lateinamerika 2,8%, alles über dem durchschnittlichen Bevölkerungswachstum von 1,9% in der Welt. Das schnelle Bevölkerungswachstum in China nach der Gründung der Volksrepublik hat gewisse Ähnlichkeiten mit anderen

Ländern der Dritten Welt. Bei dem schnellen Bevölkerungswachstum in

,,Genau genommen birgt jeder äußere Eingriff in eine normale Schwangerschaft Risiken für die Gesundheit einer Frau; er war in der Vergangenheit streng verboten. Heute verbreiten wir das Wissen über die Schwierigkeiten einer Abtreibung und lockern gleichzeitig das Verbot. Niemand wird ermuntert, die Abtreibung etwa als eine Methode der Empfängnisverhütung anzusehen.'' (People's China, 1. Juni 1957.)

4. *Sterilisierung* Dies galt jedoch als eine Methode, die möglichst wenig und nur unter besonderen Umständen angewandt werden sollte. Es wurde keine Anmeldung zur Sterilisierung angenommen, wenn sie nicht die uneingeschränkte Zustimmung von Mann und Frau hatte.

Generell wurden in den Städten hinsichtlich Geburtenplanung bessere Resultate erzielt als auf dem Land. Eine wesentliche Ursache dafür ist der immer noch starke Einfluß der feudalistischen Ideologie, vor allem auf dem Land. Die Renmin Ribao vom 30.6. berichtete über die Diskussion über das Bevölkerungswachstum auf dem Nationalen Volkskongreß im Juni. Ein Bauerndelegierter sagte dort z.B., obwohl ein Prinzip der Partei ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'' laute, erhielten Frauen auf dem Land für die gleiche Arbeit gewöhnlich 60 – 80% weniger als die Männer. Auch Beispiele aus Betrieben wurden vorgebracht: Vielerorts würden lieber männliche Lehrlinge eingestellt als weibliche. All dies führt dazu, daß die meisten Ehepaare lieber einen Jungen möchten als ein Mädchen, was sich ebenfalls auf die Geburtenrate auswirkt. Man zeugt solange Kinder, bis ein Junge geboren wird. Ein weiterer Punkt ist, daß die überwiegende Mehrheit der ländlichen Produktionsbrigaden wirtschaftlich noch nicht in der Lage ist, Renten zu bezahlen und die Bauern daher im Alter auf ihre Kinder angewiesen sind. Viele Kinder gelten daher auf dem Land immer noch als eine günstige Altersversorgung. All dies läßt sich daher nur endgültig lösen mit der Entwicklung der Produktivkräfte, was allerdings nicht heißt, daß die Rolle der politischen Propaganda für eine Familienplanung heute geringgeschätzt werden dürfe. Auf dem Volkskongreß wurde unter anderem auch vorgeschlagen, das Prinzip ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'' zu verwirklichen, mehr Frauen in den Betrieben anzustellen und höhere Renten für Kinderlose zu zahlen.

Auf einer Familienplanungskonferenz im Januar wurde beschlossen (um die Zuwachsrate bis 1980 im ganzen Land auf unter 1% zu senken):

– In dichtbesiedelten Gebieten mit hoher Geburtenrate wird weiterhin die Familienplanung gefördert.

– In den dünnbesiedelten Gebieten der nationalen Minderheiten dagegen werden Maßnahmen zur Geburtenförderung unternommen. Doch auch dort wird Familien mit vielen Kindern auf Wunsch bei der Familienplanung geholfen.

Kinder, bis ein Junge geboren wird. Ein weiterer Punkt ist, daß die überwiegende Mehrheit der ländlichen Produktionsbrigaden wirtschaftlich noch nicht in der Lage ist, Renten zu bezahlen und die Bauern daher im Alter auf ihre Kinder angewiesen sind. Viele Kinder gelten daher auf dem Land immer noch als eine günstige Altersversorgung. All dies läßt sich daher nur endgültig lösen mit der Entwicklung der Produktivkräfte, was allerdings nicht heißt, daß die Rolle der politischen Propaganda für eine Familienplanung heute geringgeschätzt werden dürfe. Auf dem Volkskongreß wurde unter anderem auch vorgeschlagen, das Prinzip ,,Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'' zu verwirklichen, mehr Frauen in den Betrieben anzustellen und höhere Renten für Kinderlose zu zahlen.

Auf einer Familienplanungskonferenz im Januar wurde beschlossen (um die Zuwachsrate bis 1980 im ganzen Land auf unter 1% zu senken):

– In dichtbesiedelten Gebieten mit hoher Geburtenrate wird weiterhin die Familienplanung gefördert.

– In den dünnbesiedelten Gebieten der nationalen Minderheiten dagegen werden Maßnahmen zur Geburtenförderung unternommen. Doch auch dort wird Familien mit vielen Kindern auf Wunsch bei der Familienplanung geholfen.

– Die Spätheirat solle weiter propagiert werden.

– Die Familien werden dazu angehalten, nur ein Kind zu bekommen oder höchsten zwei mit einem Abstand von drei Jahren.

Die Konferenz schlug vor, diejenigen, die die Familienplanung praktizieren, auszuzeichnen und diejenigen mit mehr als zwei Kindern zu maßregeln. Auch Aufklärungsarbeit über Empfängnisverhütung soll geleistet und mehr Empfängnisverhütungsmittel sollen produziert werden. Empfängnisverhütungsmittel und Sterilisation sollen kostenlos sein.

Auszeichnungs- und Maßregelungssystem wurden zuerst in Sichuan eingeführt: In den Städten erhalten Arbeiter und Angestellte mit nur einem Kind, die kein weiteres Kind wollen, monatlich 5 Yuan für Kinderpflege (fast 10% eines Monatslohns) und zwar bis das Kind 14 Jahre alt ist. Familien mit nur einem Kind, die in Wohnungen wohnen, die zu Ämtern, Fabriken oder Schulen gehören, erhalten genausoviel Wohnfläche wie eine 4köpfige Familie (die Wohnfläche hängt von der Familiengröße ab). Ferner werden solche Kinder bei der Schulaufnahme und bei der Arbeitsplatzzuteilung bevorzugt.

Auf dem Land erhalten Familien mit nur einem Kind monatlich eine Prämie für Kinderpflege, die dem Einkommen von 3 Arbeitstagen entspricht, und zwar bis das Kind 14 Jahre alt ist. Das Kind erhält eine genauso große Getreideration wie ein Erwachsener und bei der Zuteilung von Land für Privatparzellen erhält es das 1,5fache wie ein Erwachsener (normalerweise ist die Getreideration in den ländlichen Volkskommunen für Kinder niedriger als für Erwachsene; hinsichtlich der Privatparzellen erhält jede Person einen gleichen Teil).

Wenn das Kind verkrüppelt ist oder stirbt, können die Eltern ein weiteres Kind bekommen, und ihnen werden dann die gleichen Privilegien gewährt. Diese Bestimmungen auf Versuchsbasis sehen auch Maßnahmen für ältere Witwer und Witwen vor. Auf dem Land müssen der Staat und die Volkskommunen dafür Sorge tragen, daß deren Lebensstandard etwas über dem Durchschnitt liegt.

Viele Städte und Provinzen sind inzwischen dem Beispiel von Sichuan gefolgt. Da diese Methode sich als positiv herausgestellt hat und von der Bevölkerung überwiegend begrüßt wird, hat der Staatsrat ein Gesetz über Familienplanung ausgearbeitet (Entwurf), das genau diese Maßnahmen gesetzlich absichert (Renmin Ribao 30.6.).

In der Renmin Ribao vom 11.8: schrieb die stellvertretende Ministerpräsidentin Chen Muhua, eine Geburtenrate von 0% bis Ende des Jahrhunderts werde angestrebt. Dies solle in zwei Stufen erreicht werden: bis 1985 solle die Geburtenrate von 1,2% auf 0,5% gesenkt werden und von 1985 bis zum Jahr 2000 auf 0%. Dabei stellten sich allerdings zwei Schwierigkeiten: 50% der Bevölkerung seien derzeit unter 21 Jahren, d.h. sie werden zukünftig heiraten und Kinder bekommen. Das Hauptproblem aber sei, die Geburtenplanung auf dem Land durchzuführen, wo 80% der Bevölkerung leb-

Kind bekommen, und ihnen werden dann die gleichen Privilegien gewährt. Diese Bestimmungen auf Versuchsbasis sehen auch Maßnahmen für ältere Witwer und Witwen vor. Auf dem Land müssen der Staat und die Volkskommunen dafür Sorge tragen, daß deren Lebensstandard etwas über dem Durchschnitt liegt.

Viele Städte und Provinzen sind inzwischen dem Beispiel von Sichuan gefolgt. Da diese Methode sich als positiv herausgestellt hat und von der Bevölkerung überwiegend begrüßt wird, hat der Staatsrat ein Gesetz über Familienplanung ausgearbeitet (Entwurf), das genau diese Maßnahmen gesetzlich absichert (Renmin Ribao 30.6.).

In der Renmin Ribao vom 11.8: schrieb die stellvertretende Ministerpräsidentin Chen Muhua, eine Geburtenrate von 0% bis Ende des Jahrhunderts werde angestrebt. Dies solle in zwei Stufen erreicht werden: bis 1985 solle die Geburtenrate von 1,2% auf 0,5% gesenkt werden und von 1985 bis zum Jahr 2000 auf 0%. Dabei stellten sich allerdings zwei Schwierigkeiten: 50% der Bevölkerung seien derzeit unter 21 Jahren, d.h. sie werden zukünftig heiraten und Kinder bekommen. Das Hauptproblem aber sei, die Geburtenplanung auf dem Land durchzuführen, wo 80% der Bevölkerung leb-

ten. Dabei soll die Überzeugungsarbeit an erster Stelle stehen. Aber wo Ehepaare trotz alledem auf einem dritten Kind bestünden, müßten auch ökonomische Maßnahmen gegen sie ergriffen werden, z.B. in Form einer Steuer für mehr als zwei Kinder.

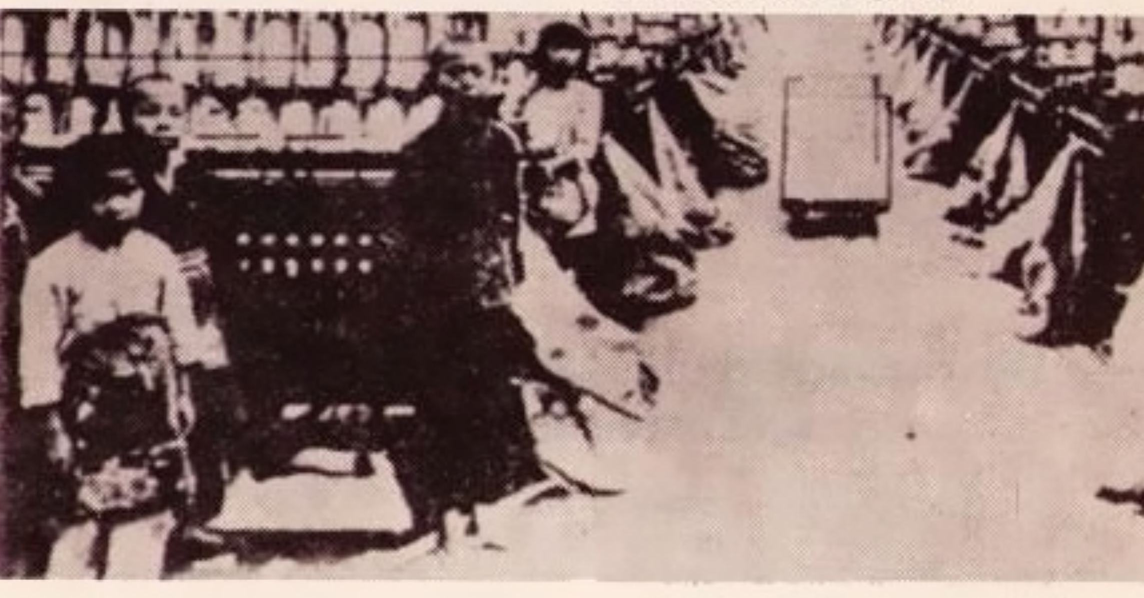
Relative Überbevölkerung im alten China

z.wig. Im alten China herrschte eine halbfeudale und halbkoloniale Gesellschaftsordnung. Die Masse der Bevölkerung, die armen und mittleren Bauern, die von den Großgrundbesitzern ausgepreßt wurden, sowie die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft zu Hungerlöhnen an die Imperialisten verkaufen mußten, fristeten ein elendes Leben. Sie mußten nicht nur für den eigenen Lebensunterhalt aufkommen, sondern mußten auch die Eltern und Verwandten ernähren, da es keine Altersversorgung gab.

Unter der drückenden Last der Pacht, die die Bauern an die Großgrundbesitzer zahlen mußten, waren sie gezwungen, ihre Kinder von frühen Jahren an als Arbeitskräfte auf dem Hof einzusetzen oder sie an die Grundherren oder an Kapitalisten zu verkaufen. Ein Führer der chinesischen Bauernbewegung berichtet über die Lage der armen Bauern und ihrer Familien Anfang des 20. Jahrhunderts: ,,Da aktive Methoden (Überarbeit) nicht ausreichten, die Schulden zu tilgen, (...) griffen sie zu ihren grausamsten Mitteln: Die Bauern ehrten Vater und Mutter, liebten Frau und Kinder, doch angesichts der Härte ihres Lebens mußten sie die Kleider von den Leibern ihrer Eltern, Frauen und Kinder verpfänden, so daß diese der Kälte schutzlos preisgegeben waren. ... So sehr mußten die Bauern ihre Familien auspressen, daß sich im Haus wahre Kämpfe zutrugen zwischen Vater und Sohn, Mann und Frau ... Reichten das Einschränken der Lebenshaltungskosten und das Auspressen der Familie nicht aus, dieses Schuldenfaß ohne Boden zu stopfen, gingen die Bauern noch einen Schritt weiter: Sie verheirateten ihre Frauen an andere Männer und verkauften ihre Kinder, um ihre Schulden zu begleichen. Hatten sie Frau und Kind verkauft, blieb ihnen nur noch, das Dorf zu verlassen, sich auf den Märkten als Arbeiter zu verdingen oder aber fortzuwandern, um als Soldaten, Banditen oder Kulis ihr Leben zu fristen.''

Fan Xiafeng, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes, berichtet in der Ausgabe 4/79 der Zeitschrift ,,Women of China'' über ihre Kindheit. Ihre Eltern waren gezwungen, sie vom Land aus nach Shanghai zu schicken, wo sie seit ihrem 12. Lebensjahr in einer Baumwollspinnerei arbeiten mußte: ,,Unsere Familie war groß und lebte in der Provinz Jiangsu, im Osten Chinas. Wir hatten große Schwierigkeiten, uns kümmerlich durchzuschlagen, weil mein Vater ein niedrig bezahlter Maschinenarbeiter in Shanghai war und meine Mutter als Landarbeiterin arbeitete. Als ältestes Kind meiner Familie mußte ich sie in einem Alter unterstützen, in dem Kinder besserer Familien in die Schule gingen.''

Viele Kinder starben aufgrund der Ausbeutung in den frühesten Jahren und die Bevölkerung wurde so immer wieder durch Hunger, Seuchen und Krankheiten, oder einfach durch die Kälte mangels Kleidung und Behausung dezimiert, was die Grundbesitzer und die ausländischen Kapitalisten nicht im geringsten störte, denn Arbeitskräfte gab es wegen der relativen Überbevölkerung genug.



Kinderarbeit vor der Befreiung in einer Shanghaier Textilfabrik

Die VR China baut die Alters- und Sozialversorgung auf dem Land weiter auf

z.brb. Auf dem Land leben in der VR China Großeltern, Eltern und Kinder zusammen und organisieren die Versorgung der Familie z.T. gemeinsam. Können die Großeltern nicht mehr auf dem Feld arbeiten, werden sie von ihren Kindern unterhalten, dafür kochen sie dann z.B. für die gesamte Familie und betreiben, wenn möglich, hauptsächlich die Privatparzelle der Familie oder einen anderen Nebenerwerb, wie Hühnerzucht, Flecht- und Korbarbeiten etc. Ihr Einkommen bezieht die Familie nach der von ihr eingebrachten Arbeitsleistung von der jeweiligen Produktionsgruppe in der Volkskommune. 1978 erhielten die Mitglieder der Volkskommunen im Durchschnitt 256 Yuan im Jahr ausbezahlt, einen Teil davon in Naturalien. Für die Mitglieder der Produktionsbrigade Wugui z.B. bedeutet dies insgesamt 310 kg Getreide und 58 Yuan Barzahlung. Hinzu kommen dann noch die Einnahmen aus den Privatparzellen oder aus dem Nebenerwerb.

Für jedes Familienmitglied gibt es die gleiche Landzuteilung für die Privatparzelle und lediglich bei der Getreidezuteilung liegt der Anteil für Kinder etwas niedriger. Die Kinder sind, wenn sie größer sind, am Nebenerwerb der Familie beteiligt und tragen so neben der Vergrößerung der Privatparzelle zur besseren Versorgung der Familie bei. Nutzt die Familie zudem die Barauszahlung und die Einkünfte aus dem Nebenerwerb gemeinsam, kann sie sich verschiedene Gebrauchsgegenstände anschaffen, wie Ventilatoren, Nähmaschinen, Fahrräder, Radios etc.

Ein Teil der Versorgung wird bereits aus dem öffentlichen Wohlfahrtsfonds der Volkskommunen bestritten, wie die billige oder kostenlose Krankenversorgung, kostenloser Schulbesuch und Kindergartenbetreuung während der Arbeitszeit, die Altersversorgung, wenn keine Kinder da sind, etc. Die Übernahme weiterer sozialer Leistungen durch den Fonds, die durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglicht wird, machen die Versorgung der Kommunemitglieder zunehmend von der Anzahl der Familienmitglieder und der daraus folgenden Einkommenssteigerung unabhängig.

Die bevölkerungsreiche Provinz Sichuan hat deshalb nach zwei Jahren der Produktionssteigerung versuchsweise weitere Bestimmungen zur Familienplanung eingeführt, mit denen die sozialen Leistungen in den Volkskommunen erhöht werden: Familien mit nur einem Kind erhalten bis zu dessen 14. Lebensjahr eine Prämie für Kinderpflege in der Höhe des Einkommens von drei Arbeitstagen. Außerdem erhält das Kind die gleiche Getreideration und die 1,5fache Landzuteilung für Privatparzellen wie Erwachsene. Zur Verbesserung der Altenversorgung sollen Staat und Volkskommune dafür Rechnung tragen, daß der Lebensstandard der Alten etwas über dem Durchschnitt liegt.



Kämpfe zutragen zwischen Vater und

Kinderarbeit vor der Befreiung in einer Shanghaier Textilfabrik

Die VR China baut die Alters- und Sozialversorgung auf dem Land weiter auf

z.brb. Auf dem Land leben in der VR China Großeltern, Eltern und Kinder zusammen und organisieren die Versorgung der Familie z.T. gemeinsam. Können die Großeltern nicht mehr auf dem Feld arbeiten, werden sie von ihren Kindern unterhalten, dafür kochen sie dann z.B. für die gesamte Familie und betreiben, wenn möglich, hauptsächlich die Privatparzelle der Familie oder einen anderen Nebenerwerb, wie Hühnerzucht, Flecht- und Korbarbeiten etc. Ihr Einkommen bezieht die Familie nach der von ihr eingebrachten Arbeitsleistung von der jeweiligen Produktionsgruppe in der Volkskommune. 1978 erhielten die Mitglieder der Volkskommunen im Durchschnitt 256 Yuan im Jahr ausbezahlt, einen Teil davon in Naturalien. Für die Mitglieder der Produktionsbrigade Wugui z.B. bedeutet dies insgesamt 310 kg Getreide und 58 Yuan Barzahlung. Hinzu kommen dann noch die Einnahmen aus den Privatparzellen oder aus dem Nebenerwerb.

Für jedes Familienmitglied gibt es die gleiche Landzuteilung für die Privatparzelle und lediglich bei der Getreidezuteilung liegt der Anteil für Kinder etwas niedriger. Die Kinder sind, wenn sie größer sind, am Nebenerwerb der Familie beteiligt und tragen so neben der Vergrößerung der Privatparzelle zur besseren Versorgung der Familie bei. Nutzt die Familie zudem die Barauszahlung und die Einkünfte aus dem Nebenerwerb gemeinsam, kann sie sich verschiedene Gebrauchsgegenstände anschaffen, wie Ventilatoren, Nähmaschinen, Fahrräder, Radios etc.

Ein Teil der Versorgung wird bereits aus dem öffentlichen Wohlfahrtsfonds der Volkskommunen bestritten, wie die billige oder kostenlose Krankenversorgung, kostenloser Schulbesuch und Kindergartenbetreuung während der Arbeitszeit, die Altersversorgung, wenn keine Kinder da sind, etc. Die Übernahme weiterer sozialer Leistungen durch den Fonds, die durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglicht wird, machen die Versorgung der Kommunemitglieder zunehmend von der Anzahl der Familienmitglieder und der daraus folgenden Einkommenssteigerung unabhängig.

Die bevölkerungsreiche Provinz Sichuan hat deshalb nach zwei Jahren der Produktionssteigerung versuchsweise weitere Bestimmungen zur Familienplanung eingeführt, mit denen die sozialen Leistungen in den Volkskommunen erhöht werden: Familien mit nur einem Kind erhalten bis zu dessen 14. Lebensjahr eine Prämie für Kinderpflege in der Höhe des Einkommens von drei Arbeitstagen. Außerdem erhält das Kind die gleiche Getreideration und die 1,5fache Landzuteilung für Privatparzellen wie Erwachsene. Zur Verbesserung der Altenversorgung sollen Staat und Volkskommune dafür Rechnung tragen, daß der Lebensstandard der Alten etwas über dem Durchschnitt liegt.



Tagesheim für Kinder der Produktionsbrigade Wugui in der Provinz Sichuan

China haben sozialistische Faktoren eine gewisse Rolle gespielt, aber vor allem Faktoren der geschichtlichen Tradition. Das ist ein Ausdruck der Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklungsperiode nach der Gründung der VR China und nicht ein Charakteristikum der sozialistischen Gesellschaft.

... Die sozialistische Gesellschaft mit dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln und mit der planmäßigen proportionellen Entwicklung der Volkswirtschaft hat die Konkurrenz und Anarchie der Produktion in der kapitalistischen Gesellschaft ersetzt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die sozialistische Gesellschaft eine planmäßige Entwicklung der materiellen Produktion, der anderen Zweige der Volkswirtschaft und des Bildungs- und Gesundheitswesens erfordert. Aber man hat lange nicht erkannt, daß auch die Reproduktion der Bevölkerung, die Grundlage der Reproduktion der Arbeitskräfte, zur Planwirtschaft gehört und planmäßig reguliert werden muß. Man hat diese Frage lange nicht beachtet. Bekanntlich ist es ein Erfordernis der planmäßigen proportionellen Entwicklung der Volkswirtschaft, daß die ganze gesellschaftliche Produktion in die Bahnen der planmäßigen Entwicklung gelenkt wird. Die gesellschaftliche Produktion schließt nicht nur die materielle Produktion, sondern auch die Reproduktion der Bevölkerung selbst ein. Beide sind aufeinander bezogen und bedingen einander. Früher hat man unter der gesellschaftlichen Produktion oft nur die materielle Produktion verstanden und die Reproduktion der Bevölkerung vernachlässigt. In der sozialistischen Gesellschaft entspricht die materielle Produktion, eine Seite der gesellschaftlichen Produktion, nicht dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln und dem auf dieser Grundlage entstandenen Gesetz der planmäßigen proportionellen Entwicklung der Volkswirtschaft, wenn die andere Seite der gesellschaftlichen Produktion, die Reproduktion der Bevölkerung selbst, nicht in den Plan einbezogen ist. Zwischen der planmäßigen materiellen Produktion und der anarchischen Reproduktion der Bevölkerung selbst werden unweigerlich Widersprüche entstehen, die die inneren Beziehungen zwischen beiden Seiten stören und die rasche Entwicklung der Produktivkräfte hemmen...''

(Wirtschaftsstudien 5/79)

Hua Guofeng: Bericht über die Tätigkeit der Regierung

,,10. Die Familienplanung weiterführen und den Bevölkerungszuwachs effektiv kontrollieren. Seit Anfang der siebziger Jahre sind wir in der Beschränkung des Bevölkerungszuwachses sehr erfolgreich gewesen, und doch muß die gegenwärtige Zuwachsrate noch weiter herabgesetzt werden. Da Ende der fünfziger und sechziger Jahre relativ viele Menschen geboren wurden, ist in den letzten 20 Jahren dieses Jahrhunderts mit einer nicht geringen Steigerung der Zahl der Männer und Frauen im heirats- und zeugungsfähigen Alter zu rechnen. Es ist für die Beschleunigung des Prozesses der vier Modernisierungen und die Verbesserung der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt von großer strategischer Bedeutung, daß der Bevölkerungszuwachs weiter reduziert wird. Man darf hier nicht im geringsten in den Anstrengungen nachlassen. Um die breiten Massen für eine freiwillige, sichere und effektive Geburtenkontrolle zu gewinnen, müssen wir die ideologische Überzeugungsarbeit, die hygienisch-technische Arbeit und die medizinische Betreuung der Kinder sorgfältig durchführen. Es müssen praktikable Anordnungen getroffen werden, Eltern mit nur einem Kind zu belohnen. Für kinderlose alte Leute soll Schritt für Schritt ein System der Sozialversicherung eingeführt werden. Auf dem Lande muß die Zuteilung des Getreides entsprechend dem Alter beibehalten werden. In der Stadt sind die Zuweisung der Wohnungen und die Sozialleistungen für Arbeiter und Angestellte so zu handhaben, daß unsere sozialökonomische Politik sich günstig auf die Familienplanung auswirkt. ... In der Provinz Sichuan wurde die Rate des natürlichen Bevölkerungszuwachses von 29 pro Tausend 1971 auf 6,1 pro Tausend 1978 reduziert, und in Shanghai von 7 auf 5,1 pro Tausend. ... In diesem Jahr streben wir an, die Bevölkerungszuwachsrate unseres Landes auf ca. 10 pro Tausend zu reduzieren und sie in den folgenden Jahren weiterhin jährlich zu senken, bis 1985 auf etwa 5 pro Tausend.'' (2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses)



2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses

Schmidt hat bei Steuersachen schon öfters anders gemußt, als er vorher gewollt hat

z.mam. 14 Tage vor Erhöhung der Tabaksteuer um 18% und der Branntweinsteuer um 20%, im Dezember 1976, tönte Schmidt in seiner Regierungserklärung: ,,Ich will aber auch klarstellen, daß die Regierung ... keine Möglichkeit sieht, Vorschläge für weitere Steuersenkungen zu realisieren. Die Regierung wird solche Forderungen mit den ihr gegebenen Möglichkeiten abwehren.'' Witzigerweise drohte er das auch für die Kapitalistensteuern an, aber da hat es mit ,,den der Regierung gegebenen Möglichkeiten'' anders ausgesehen. (Siehe Meldung auf Seite 2).

1977 betrug der Durchschnitt der Lohnabschlüsse 6,7%. Nachdem unverfroren Teile der indirekten Steuern kräftig erhöht waren, um die der Kapitalisten senken zu können, war kein Durchkommen mehr mit der ,,klaren Feststellung'', daß Steuersenkungen nicht zu realisieren seien. Jetzt ging es nicht mehr, Forderungen überhaupt abzulehnen, sondern es war schnell etwas zu finden, was nicht viel kostet und gleichzeitig so heimtückisch ist, daß die Arbeiterklasse ordentlich gespalten wird, und übers Jahr doch wieder mehr reinkommt, als man versprochen hat auszugeben.

3 Monate nach dem ,,klar festgestellten'' Nein der Regierungserklärung beschließt die Bundesregierung den Entwurf eines ,,Steueränderungsgesetzes 1977'', das zum 1. Januar 1978 in Kraft trat. Bestand der Entwurf noch in der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 13% bzw. 6,5% und des Kindergeldes für das 2. Kind auf 80 DM, für alle weiteren Kinder auf 150 DM, so mußte bei Beschluß im Juni die Mehrwertsteuererhöhung in zwei Halbjahresschritte geteilt werden.

Ein halbes Jahr vorher wollte Schmidt noch gar nichts rausrücken. Glücklich geworden ist er mit dem Juni-Beschluß auch nicht. Am 27. Oktober beschließt der Bundestag das ,,Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung''. Der Weihnachtsfreibetrag wird um 300 DM erhöht und ab 1978 wird der Grundfreibetrag für Ledige um 300 DM, für Verheiratete um 600 DM erhöht. Der allgemeine Tariffreibetrag bei Lohn- und Einkommensteuer von 510 DM für Ledige und 1020 DM für Verheiratete wird eingeführt. Wenn auch wenig, so mußten sie doch zahlen.

Im November 1977, auf dem SPD-Parteitag in Hamburg, behauptete Schmidt dann: ,,Das 16-Milliarden-DM-Programm für Zukunftsinvestitionen, unsere Kindergeldpolitik und die steuerlichen Schritte – die Mehrwertsteuer schon gegengerechnet – zusammen werden die Privathaushalte allein für 1978 um 12 Mrd. DM entlasten.'' Spätestens ein halbes Jahr drauf war nach einfachem Nachzählen des Lohntüteninhalts offensichtlich, daß simpler Betrug stattgefunden hatte.

Ob jahrelanger Irrtümer in bezug auf die Fähigkeiten der Sozialdemokratie, politische Forderungen aus der Arbeiterbewegung rauszuhalten oder umzubiegen, will Schmidt jetzt selber nichts mehr ,,klar feststellen.'' Am 24. August sagte er in ,,Bericht aus Bonn'': ,,Im Grunde ist das so, daß wir ganz sicher – zumal im Einkommensteuer- und Lohnsteuerbereich – 1981 steuerliche Erleichterungen brauchen, ... gegenwärtig sieht es aber nicht so aus, daß konjunkturpolitisch für uns eine Steuersenkung zum Jahresende notwendig wäre. Aber ich schließe nicht aus, daß sie wünschenswert werden könnte.''

,,Der Krisenheld von Mogadischu wird auch die Baracke zu zähmen wissen''

DER SPIEGEL

,,Hugo Brand gilt als heißer Favorit für den wichtigen Posten des Staatsministers im Kanzleramt. Der Job wird ab Dezember frei, wenn der derzeitige Stelleninhaber Hans-Jürgen Wischnewski wie erwartet zum stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokraten gewählt wird.'' (3.9.79)

Frankfurter Allgemeine

,,Entschieden sei aber noch nichts, heißt es dazu sowohl im Kanzleramt als auch in der SPD. Die von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen ebenfalls für den stellvertretenden Parteivorsitz vorgeschlagene Staatssekretärin Anke Fuchs soll in der Bundesregierung bleiben. Sie habe eine ,Jahrhundertaufgabe' übernommen, nämlich die Reform der Altersversorgung, nach dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts die Gleichberechtigung von Mann und Frau herzustellen.'' (5.9.79)

Frankfurter Rundschau

Unabhängige Tageszeitung

,,Zupaß kam Helmut Schmidt, daß die Juristin Fuchs im Arbeitsministerium ein ,Jahrhundertwerk' angepackt hat. ... aber in die anstehende Wahlschlacht gegen den Ober-Bayern Strauß und seine Mannen möchte er doch lieber mit dem alten Kämpfer Wischnewski gehen.'' (6.9.79)

DIE WELT

,,Im Wettkampf der Bescheidenheit hat Anke Fuchs mit Hans-Jürgen Wischnewski gleichgezogen. Am Dienstagabend erklärte sie Willy Brandt, dem SPD-Vorsitzenden, sie bewerbe sich für kein Amt, aber sie ste-

Die Steuersenkungs-Demagogen werden nicht weit kommen

z.maf. Nachdem inzwischen ein heilloser Parlamentsspektakel über die Notwendigkeit von Steuersenkungen ausgebrochen ist, ist eine gewisse Besorgnis, die Bewegung gegen die Ausplünderung durch Steuern möchte unter die demagogische Führung der CDU/CSU geraten, durchaus am Platze. Denn unter dem Deckmantel des Schreis nach Steuersenkung hat allerhand Platz, sogar, wie man inzwischen weiß, die Steuererhöhung. Da wäre es günstig, wenn man bei der Vereinheitlichung auf die verhältnismäßig vorsichtigen Forderungen, die jetzt am Platze, weil durchsetzbar sind, die Erörterung über einige größere Punkte nicht vergäße. Das wäre: 1. Daß die Arbeiterbevölkerung das Interesse nicht, das Geld nicht und die Lust nicht hat, ihre Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat auch noch zu finanzieren. Und daß dies auch sich rasch herausstellen würde, müßte der Staatsapparat die Steuer direkt von der Arbeiterbevölkerung kassieren. So wie es jetzt ist, steht der Arbeiter in Steuersachen unter einer doppelten Vormundschaft, beim Verkauf der Ware Arbeitskraft behält der Kapitalist die Lohnsteuer gleich ein und beim Kauf von den notwendigen Reproduktionsmitteln ist die Mehrwertsteuer gleich inbegriffen. Sowohl der Arbeitskraft ankaufende Kapitalist wie der Reproduktionsmittel verkaufende Kapitalist garantiert dem bürgerlichen Staat mit seinem Vermögen für die Weitergabe der eingezogenen Steuern. – Als man im vorigen Jahrhundert zuerst versuchte, die Arbeiter direkt zu veranlagen, stellte sich sofort heraus, daß das Geld nicht beizutreiben war. 2.) Daß die Kapitalistenklasse die Mittel, die ihr der Staatsapparat abnimmt, inzwischen schier hauptsächlich nicht mehr in Form von Steuern aufbringt, sondern in Form von gut verzinsten Staatsanleihen. Die Explosion der Staatsschuld, deren Zins von der Arbeiterklasse gezahlt wird, beweist bloß, wie sehr der bürgerliche Staat die Seinen zu schonen vermag, wenn die revolutionäre Richtung in der Arbeiterbewegung schwach ist. Der Zinsaufwand für die Staatsschuld macht mit rund 30 Mrd. DM inzwischen einen erheblichen Teil der Steuern aus, die die Kapitalisten überhaupt zahlen. 3.) Daß eine jede Steuerreform, die nicht die Anbindung der geänderten Steuerformel an den Durchschnittslohn enthält, sowieso bloß eine Augenwischerei ist, der die Absicht, nach kurzer Zeit neuerlich Stoff für neuerliche Betrügereien zu haben, auf der Stirn geschrieben steht. 4.) Daß die ,,Senkung'' der Lohnsteuer, wenn sie im Verbund mit Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant ist, bloß die Absicht andeutet, das Kampffeld zu wechseln. Denn die Lohnsteuer sieht man immerhin noch auf dem Lohnzettel, die Mehrwertsteuer wirkt ganz im verborgenen. Außerdem trifft sie die niedrigen Einkommen erheblich stärker und vor allem trifft sie alle, die Reproduktionsmittel kaufen müssen. – Hält man diese Punkte im Auge, so wird man gewiss nicht Gefahr laufen, dieser oder jener Richtung bürgerlicher Steuersenkungsdemagogie aufzusitzen.

Durchschnittslohn und Steuerabzüge der Steuerklassen I, III/2, IV/2

Jahr	Durchschn. lohn	St.Kl.I DM	in % Durchschn.lohn	St.Kl.III/2 DM	in % Durchschn.lohn	St.Kl.IV/2 DM	in % Durchschn.lohn
1966	824	102,00	12,3	29,30	3,5	78,80	9,6
1968	904	118,00	13,0	44,50	4,9	94,00	10,4
1970	1 112	164,60	14,7	84,50	7,6	133,80	12,0
1972	1 361	230,10	16,9	132,00	9,7	181,30	13,3
1974	1 698	342,71	20,2	195,60	11,5	247,60	14,6
1975	1 817	287,80	15,8	198,00	10,9	279,60	15,3
1976	1 945	328,50	16,9	221,00	11,3	318,40	16,3
1977	2079	374,50	18,0	245,10	11,8	360,50	17,3
1978	2 183	378,00	17,3	225,50	10,3	361,10	15,9
1979	(2277)*	370,00	16,2	228,60	10,0	353,40	15,5

*Durchschnittslohn 1978 × 1,043

gebrochen ist, ist eine gewisse Besorgnis, die Bewegung gegen die Ausplünderung durch Steuern möchte unter die demagogische Führung der CDU/CSU geraten, durchaus am Platze. Denn unter dem Deckmantel des Schreis nach Steuersenkung hat allerhand Platz, sogar, wie man inzwischen weiß, die Steuererhöhung. Da wäre es günstig, wenn man bei der Vereinheitlichung auf die verhältnismäßig vorsichtigen Forderungen, die jetzt am Platze, weil durchsetzbar sind, die Erörterung über einige größere Punkte nicht vergäße. Das wäre: 1. Daß die Arbeiterbevölkerung das Interesse nicht, das Geld nicht und die Lust nicht hat, ihre Unter- de, müßte der Staatsapparat die Steuer direkt von der Arbeiterbevölkerung kassieren. So wie es jetzt ist, steht der Arbeiter in Steuersachen unter einer doppelten Vormundschaft, beim Verkauf der Ware Arbeitskraft behält der Kapitalist die Lohnsteuer gleich ein und beim Kauf von den notwendigen Reproduktionsmitteln ist die Mehrwertsteuer gleich inbegriffen. Sowohl der Arbeitskraft ankaufende Kapitalist wie der Reproduktionsmittel verkaufende Kapitalist garantiert dem bürgerlichen Staat mit seinem Vermögen für die Weitergabe der eingezogenen Steuern. – Als man im vorigen Jahrhundert zuerst versuchte, die Arbeiter di-

Durchschnittslohn und Steuerabzüge der Steuerklassen I, III/2, IV/2

Jahr	Durchschn. lohn	St.Kl.I DM	in % Durchschn.lohn	St.Kl.III/2 DM	in % Durchschn.lohn	St.Kl.IV/2 DM	in % Durchschn.lohn
1966	824	102,00	12,3	29,30	3,5	78,80	9,6
1968	904	118,00	13,0	44,50	4,9	94,00	10,4
1970	1 112	164,60	14,7	84,50	7,6	133,80	12,0
1972	1 361	230,10	16,9	132,00	9,7	181,30	13,3
1974	1 698	342,71	20,2	195,60	11,5	247,60	14,6
1975	1 817	287,80	15,8	198,00	10,9	279,60	15,3
1976	1 945	328,50	16,9	221,00	11,3	318,40	16,3
1977	2079	374,50	18,0	245,10	11,8	360,50	17,3
1978	2 183	378,00	17,3	225,50	10,3	361,10	15,9
1979	(2277)*	370,00	16,2	228,60	10,0	353,40	15,5

*Durchschnittslohn 1978 × 1,043

gut verzinsten Staatsanleihen. Die Explosion der Staatsschuld, deren Zins von der Arbeiterklasse gezahlt wird, beweist bloß, wie sehr der bürgerliche Staat die Seinen zu schonen vermag, wenn die revolutionäre Richtung in der Arbeiterbewegung schwach ist. Der Zinsaufwand für die Staatsschuld macht mit rund 30 Mrd. DM inzwischen einen erheblichen Teil der Steuern aus, die die Kapitalisten überhaupt zahlen. 3.) Daß eine jede Steuerreform, die nicht die Anbindung der geänderten Steuerformel an den Durchschnittslohn enthält, sowieso bloß eine Augenwischerei ist, der die Absicht, nach kurzer Zeit neuerlich Stoff für neuerliche Betrügereien zu haben, auf der Stirn geschrieben steht. 4.) Daß die ,,Senkung'' der Lohnsteuer, wenn sie im Verbund mit Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant ist, bloß die Absicht andeutet, das Kampffeld zu wechseln. Denn die Lohnsteuer sieht man immerhin noch auf dem Lohnzettel, die Mehrwertsteuer wirkt ganz im verborgenen. Außerdem trifft sie die niedrigen Einkommen erheblich stärker und vor allem trifft sie alle, die Reproduktionsmittel kaufen müssen. – Hält man diese Punkte im Auge, so wird man gewiss nicht Gefahr laufen, dieser oder jener Richtung bürgerlicher Steuersenkungsdemagogie aufzusitzen.

Regierung bleiben, ,,mit Helmut Schmidt''. ,,Und dazu werden wir uns besonders an die Arbeitnehmer wenden in diesem Lande, die sind die Mehrheit.''

So weit, so einfach. Doch mit dieser simplen Feststellung fangen die Schwierigkeiten erst an.

Die AfA, rund sieben Jahre alt, ist hervorgegangen aus den Betriebsgruppen der SPD. Laut Organisationsbeschluß versteht sie sich als Betriebsorganisation der SPD. Bürgerliche Mitgliederpartei, in der die vielfältig mit der Kapitalistenklasse verschlungene Parteispitze die Politik bestimmt, kommt die SPD doch nicht ganz ohne eine Organisation aus, die der objektiven Organisation der Arbeiter entspricht. Beileibe nicht, um die Arbeiterklasse selbständig für ihre Interessen zu organisieren, sondern umgekehrt, um die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschaften einzuschnüren in ihre Parteipolitik. Helmut Rohde, Bundesvorsitzender der AfA: ,,Wir sind das politisch-organisatorische Bindeglied zwischen Arbeitsalltag und sozialdemokratischer Politik.'' Und Egon Bahr sieht die Aufgabe der AfA so: ,,für unsere Partei unsere Leistungen an die Arbeitnehmer herantragen.''

des Arbeitslebens, die im Vordergrund stehen müsse, an der Entfaltung zu hindern, ist gescheitert. Der Kampf um die Versicherungen ist durch das Ehrenbergprogramm erst richtig entbrannt und wird mehr und mehr von den Gewerkschaften geführt. Die Forderungen nach Senkung der Lohnsteuer und gegen die indirekten Steuern, vor zwei Jahren nur hie und da erhoben, werden nun in einer ganzen Reihe von Belegschaften erhoben. Ende der vorigen Woche, nach der Haushaltsrede Matthöfers, in der Steuersenkungen 1980 vorsichtig abgelehnt wurden, erklärten mindestens drei Gewerkschaftsvorstände, schon 1980 müsse die Lohnsteuer gesenkt werden, und zwar nur für die unteren Einkommen. Da bricht freilich was um, da bricht die sozialdemokratische Fesselung der Arbeiterbewegung auf. Der Einfluß, den die SPD durch ihre organisatorische Verbindung zur Arbeiterklasse hatte, verliert seine ,,Selbstverständlichkeit'', wie sich Brandt ausdrückte.

Zweitens aber hat die SPD auch Schwierigkeiten innerhalb dieser organisatorischen Verbindung selbst, innerhalb der SPD. Mit jedem Kniefall der Regierung vor den Großbanken und Finanzbourgeois wurde auch die Säuberung in der Partei vorangetrieben, die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre in der Regierung sind längst ent-

AfA-Kongreß: ... alles für ,,den Kanzler''

z.frb. Vom 7. bis 9. September fand in Nürnberg die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD statt. Egon Bahr, der Bundesgeschäftsführer der SPD, betonte in seinem Grußwort, daß die AfA ,,wichtiger für die Partei'' geworden sei. Die SPD müsse an der Regierung bleiben, ,,mit Helmut Schmidt''. ,,Und dazu werden wir uns besonders an die Arbeitnehmer wenden in diesem Lande, die sind die Mehrheit.''

So weit, so einfach. Doch mit dieser simplen Feststellung fangen die Schwierigkeiten erst an.

Die AfA, rund sieben Jahre alt, ist hervorgegangen aus den Betriebsgruppen der SPD. Laut Organisationsbeschluß versteht sie sich als Betriebsorganisation der SPD. Bürgerliche Mitgliederpartei, in der die vielfältig mit der Kapitalistenklasse verschlungene Parteispitze die Politik bestimmt, kommt die SPD doch nicht ganz ohne eine Organisation aus, die der objektiven Organisation der Arbeiter entspricht. Beileibe nicht, um die Arbeiterklasse selbständig für ihre Interessen zu organisieren, sondern umgekehrt, um die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschaften einzuschnüren in ihre Parteipolitik. Helmut Rohde, Bundesvorsitzender der AfA: ,,Wir sind das politisch-organisatorische Bindeglied zwischen Arbeitsalltag und sozialdemokratischer Politik.'' Und Egon Bahr sieht die Aufgabe der AfA so: ,,für unsere Partei unsere Leistungen an die Arbeitnehmer herantragen.''

Willy Brandt, der ,,aus eigener Erfahrung'' weiß, ,,Regierungs- und Parteiarbeit vollziehen sich in einem natürlichen Spannungsfeld'', warnte davor, in den Veränderungen, die das Regieren immer schwerer machten, nur eine Krise zu sehen. Denn eine Krise schließe die Vorstellung ein, daß es sich um etwas Vorübergehendes handle. Lieber wolle er daher von einem Umbruch reden. Die Parteimitglieder müßten sich kräftig ins Zeug legen. ,,Unsere Partei kann sich nicht mehr auf einen organisatorischen Vorsprung verlassen, der früher einmal selbstverständlich erschien.''

Zweierlei ist passiert. Erstens ist es immer schwieriger geworden, die Politik der von der SPD geführten Regierung umzulügen in eine, die den Arbeitern von Vorteil sein soll. Von den Reformversprechen ist geblieben der Ausbau von Schikanen und Unterdrückung durch den Staatsapparat, höhere Steuern und Versicherungsabzüge, mit staatlichen Zuschüssen intensivierte Arbeit. Der diesjährige Versuch, die Lohnbewegung durch geschwätzige Reden über Humanisierung des Arbeitslebens, die im Vordergrund stehen müsse, an der Entfaltung zu hindern, ist gescheitert. Der Kampf um die Versicherungen ist durch das Ehrenbergprogramm erst richtig entbrannt und wird mehr und mehr von den Gewerkschaften geführt. Die Forderungen nach Senkung der Lohnsteuer und gegen die indirekten Steuern, vor zwei Jahren nur hie und da erhoben, werden nun in einer ganzen Reihe von Belegschaften erhoben. Ende der vorigen Woche, nach der Haushaltsrede Matthöfers, in der Steuersenkungen 1980 vorsichtig abgelehnt wurden, erklärten mindestens drei Gewerkschaftsvorstände, schon 1980 müsse die Lohnsteuer gesenkt werden, und zwar nur für die unteren Einkommen. Da bricht freilich was um, da bricht die sozialdemokratische Fesselung der Arbeiterbewegung auf. Der Einfluß, den die SPD durch ihre organisatorische Verbindung zur Arbeiterklasse hatte, verliert seine ,,Selbstverständlichkeit'', wie sich Brandt ausdrückte.

Zweitens aber hat die SPD auch Schwierigkeiten innerhalb dieser organisatorischen Verbindung selbst, innerhalb der SPD. Mit jedem Kniefall der Regierung vor den Großbanken und Finanzbourgeois wurde auch die Säuberung in der Partei vorangetrieben, die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre in der Regierung sind längst entlassen, bis dorthin, daß die Hamburger Exoberbürgermeistertochter Anke Fuchs zum Aushängeschild des Gewerkschaftseinflusses in der Regierung geworden ist. Das ,,natürliche Spannungsfeld'' zwischen Regierungs- und Parteiarbeit hat dazu geführt, daß die sozialdemokratischen Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in der SPD entmachtet wurden zugunsten einer auswuchernden Beamtenmafia. Daher die Lippenbekenntnisse zur Bedeutung der AfA, der große Aufmarsch der Parteispitze, die Heuchelei, ,,ohne die AfA geht nichts mehr''. Andererseits das hochnäsige Grußwort des abwesenden Schmidt, er sei mit vielem nicht einverstanden, aber er begrüße die Diskussion.

Beschlüsse zum Lohnkampf in der Metallindustrie

Hamburg, 28.8.79. Vertrauensleutekörper Still tritt für Nachschlagsforderung in Höhe von etwa 900 DM ein und ist für die Vorbereitung des Tarifkampfes. Während der Urlaubszeit hatten 176 Arbeiter eine Unterschriftensammlung für eine Nachschlagsforderung unterstützt.

Spangenberg, 25.8.79. Seit der Juli-Lohnauszahlung zahlt die Firma Bell-Hermetic an die Belegschaft 25 Pfennig mehr die Stunde als Teuerungsausgleich.

Buxtehude, 28.8.79. Einstimmig hat die Vertrauensleuteversammlung von NRI 170 DM/8% mindestens beschlossen und eine entsprechende Resolution an die Tarifkommission geschickt.

Braunschweig, 24.8.79. 16 Arbeiter von VW fordern in einem Brief an Matthöfer die Anhebung des Grundsteuerfreibetrages in Richtung auf einen steuerfreien Monatslohn von 1 500 DM. Sie treten für 1000 DM außertarifliche Lohnerhöhung sofort und 170 DM/8% mindestens als Tarifforderung ein. Das gleiche wurde Matthöfer von 68 Arbeitern von VW Wolfsburg schriftlich mitgeteilt.

Neuss, 6.9.79. Nachdem der Gesamtbetriebsrat von Pierburg Werk I, II und III Verhandlungen mit der Betriebsleitung über eine Sonderzahlung von 350 DM aufgenommen hatte, wurden 250 DM als Sonderzahlung an die 5 500 Beschäftigten durchgesetzt.

Westberlin, 6.9.79. 18 von 20 Arbeitern der Abteilung Werkzeugbau bei Solex haben in einer Resolution an die Betriebsführung einen Lohnnachschlag von 1 000 DM gefordert.

Frankfurt, 4.9.79. Der Betriebsrat der Firma EMDA, Maschinenbau, hat als Tarifforderung 170 DM/8% mindestens beschlossen.

Frankfurt, 6.9.79. Die Mitgliederversammlung der IGM für die Heizungs- und Lüftungsindustrie Hessen hat beschlossen, 200 DM/8% mindestens für den neuen Tarif zu fordern.

Wiesloch, 3.9.79. Einstimmig hat die Vertrauensleuteversammlung der Heidelberger Druckmaschinen AG in Wiesloch die Forderung nach 1000 DM Sonderzahlung, steuerfrei und für alle gleich, beschlossen.

Reutlingen, 6.9.79. Der Vertrauensleutekörper von Bosch hat seit Juli 2000 Unterschriften für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 100 DM im Monat gesammelt. Der Betriebsrat nimmt mit den Bosch-Kapitalisten Verhandlungen auf.

Stuttgart, 6.9.79. 21 Arbeiter stellen an die Vertrauensleutevollversammlung von Bosch-Feuerbach den Antrag, Matthöfer zu schreiben, daß sie von ihrer Lohnforderung von 170 DM/8% mindestens für das nächste Jahr nichts weggesteuert haben wollen und fordern zusätzlich im Jahr 2000 DM steuerfrei und die Rücknahme der Mehrwertsteuer-Erhöhung.

Bochum, 3.9.79. Die Vertrauenskörperleitung von Opel Bochum fordert 500 DM als Sonderzahlung und 50 Pfennig mehr Stundenlohn.

Rüsselsheim, 2.9.79. Auf Antrag der Opel-Vertreter fordert die Ortsverwaltung Darmstadt der IGM eine Sitzung der Großen Tarifkommission. Dort soll die Situation zur Nachschlagsbewegung und im Vorfeld des Tarifkampfes beraten werden.

Wewelsfleth, 1.9.79. Als Sonderzahlung konnte von den Beschäftigten der Hugo Peters Werft 0,65 DM mehr pro Stunde auf den Ecklohn Metall durchgesetzt werden.

Hamburg, 12.9.79. Donnerstag vor einer Woche haben die Vertrauensleute der IGM bei Heller-Meurer mit einer Unterschriftensammlung für die Forderung von 170 DM/8% mindestens im Betrieb begonnen. Bis Freitag hatten 160 Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich des Betriebsratsvorsitzenden die Liste unterschrieben. Der Vertrauensleutekörper hat Antrag an die Funktionärsversammlung und die Tarifkommission gestellt, als Forderung 170 DM/8% mindestens zu beschließen.

Köln, 12.9.79. Folgende Sonderzahlung erhalten die Beschäftigten bei Ford Köln mit der Septemberauszahlung: 100 DM – unter einem Jahr Betriebszugehörigkeit, 250 DM – im zweiten und dritten Jahr, 325 DM – im vierten und fünfteh Jahr, 440 DM – nach dem vollendeten fünften Jahr der Betriebszugehörigkeit. Die Lehrlinge erhalten zwischen 75 und 125 DM.

Rüsselsheim, 10.9.79. Mit der Weihnachtsgeldzahlung am 29.11. müssen die Opel-Kapitalisten als einmalige Sonderzahlung auszahlen: 250 DM – bei Eintritt vor dem 1.1.78, 200 DM – Eintritt vom 1.1. – 31.12.78, 150 DM – Eintritt vom 1.1. – 30.6.79, 100 DM – Eintritt vom 1.7. – 30.11.79. Die Lehrlinge erhalten zwischen 50 und 150 DM.

Zusammengestellt nach KVZ Nachrichtendienste 36 – 38.



Hans Matthöfer: ,,Je mehr Krankheitsursachen rechtzeitig ausgeschaltet werden, desto mehr ist den Menschen, den Versicherungsträgern und den Unternehmern gedient.'' (Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft, 1977, Köln, S. 105)

he ‚für alle Aufgaben zur Verfügung, für die sie den Auftrag und das Vertrauen der Partei' erhalte. Fehlte nur, daß sie, wie Wischnewski am 3. August in Köln, noch hinzugefügt hätte: ‚Ich mag nämlich meine Partei.' '' (6.9.79)



,,Für den Fall, daß dies schiefgeht, liegt bereits ein anderer Plan vor: Der Kanzler hat Anke Fuchs als Ersatz den Posten von Arbeitsminister Ehrenberg angeboten. Ihm werfen mehrere Kabinettskollegen ein schlechtes Verhältnis zu den Gewerkschaften vor.'' (9.9.79)

DER SPIEGEL

,,Bei der Suche nach einem Nachfolger für Wischnewski entsann Schmidt sich eines gelungenen Auftritts des Steuerfachmannes Huonker im Kabinett: Als die Koalition im Sommer 1978 nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel ein Steuerpaket schnürte, argumentiert Huonker ... so überzeugend ... Fortan galt Huonker für Schmidt als ‚erwachsen gewordener Linker'. Qualitäten und Talente, die er selbst entdeckt zu haben glaubt, schätzt Kanzler Schmidt heute mehr denn je ...''

,,Die Fuchs-Show kam an – nicht zuletzt wegen der Brisanz des Themas. Unverblümt machte die Ministerkandidatin klar, daß es nicht damit getan sei, in der nächsten Legislaturperiode lediglich die Hinterbliebenen-Versorgung neu zu regeln. Die Reform müsse ‚weit über das hinausgehen, was bisher öffentlich diskutiert wird.' '' (9.9.79)

DIE WELT

,,Im Rundfunk betonte Wischnewski, Bundeskanzler Schmidt habe mehr als einmal klar gesagt, daß er bis auf seinen (Wischnewskis) Wechsel keine Absichten habe, die Bundesregierung zu ändern.'' (10.9.79)

Frankfurter Allgemeine

,,In seiner den politischen Mittelpunkt der Konferenz (AfA) bildenden Rede sagte Wehner, daß der SPD in ihrer Politik manchmal der lange Atem fehle; als er von Sperren sprach, die die Freien Demokraten gegen sozialdemokratische Politik aufrichteten, lachten einige Delegierte. Daraufhin rief Wehner ihnen zu: ‚Da braucht Ihr nicht zu feixen.' Sie sollten lieber der SPD die Mehrheit bringen – ‚dann könnten wir manches anders regeln.' Wehners Rede war von dem Willen geprägt, Bundeskanzler Schmidt für die ‚nächste Runde' den Weg ‚freizuschaufeln.' ''

,,Für Schmidt ist in der Grobskizze der SPD für den Wahlkampf der Platz des Staatsmannes vorgesehen, dessen Parteizuordnung möglichst zu vergessen ist.'' (10.9.79)

Frankfurter Rundschau

,,Die Spekulationen sind beendet. Hans-Jürgen Wischnewski, Staatsminister im Bundeskanzleramt, soll stellvertretender Vorsitzender der SPD werden ... Die Entscheidung fiel auf einen Pragmatiker, der in Harmonie mit dem größten Teil der Partei lebt und der dem Regierungsstil des Bundeskanzlers weder formal noch inhaltlich skeptisch gegenübersteht. ... Der Kanzler, von seiner Durchschlagskraft im Wahlkampf natürlich überzeugt, hat damit eine für ihn entscheidende Weiche gestellt.'' (11.9.79)

Braunschweiger Zeitung

,,Wischnewski soll Schmidt in der Partei den Rücken freihalten, ohne gleich als verlängerter Arm des Kanzlers zu gelten. Die Aufgabe des in Berlin zu wählenden Partei-Vize wird vorrangig in der Bestimmung des Wahlkampfkurses liegen.'' (12.9.79)



Frankfurter Neue Presse

,,Wischnewski wird seine neue Aufgabe nicht im Nebenberuf ausüben. Wer ihn ein bißchen kennt, weiß, daß er voll ins Geschirr gehen wird. Der Krisenheld von Mogadischu wird auch die Baracke zu zähmen wissen ...'' (12.9.79) Baracke: Parteizentrale der SPD in Bonn

Es ist offensichtlich, will die SPD die Wahl gewinnen und verlorenen Boden wieder gut machen, so muß sie ein bißchen ,,links'' auf den Tisch hauen. Z.B. gegen den Wirtschaftsgrafen, mit dem sie in der Regierung an einem Strick zieht. Auch Kritik in den eigenen Reihen ist wieder erlaubt, wenn bloß eines klar ist: ,,dem zweiten sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt den Weg freizuschaufeln für die nächste Runde.''

Hans-Ulrich Klose, oberster Hamburger Polizeiknüppel, war ausersehen vorzuspinnen, wie man selbst als Regierungschef einer Landesregierung herzhafte Kritik an der Politik des Staatsapparates üben, für seine Mittäterschaft Mitleid erbitten und am Ende einen reaktionären Vorschlag lancieren kann. Man versteht auch hier den Zweck besser, wenn man gleich mit dem Ende beginnt, mit folgendem Kotau Kloses: ,,Helmut Schmidt ist unser gemeinsamer Kanzler, unser aller Kanzler und auch meiner.'' Der gute Klose und sein Kanzler! Aber er weiß auch, daß er die Arbeiterbewegung in diese Körperstellung nicht bringt, weshalb er einen längeren kritischen Anlauf nahm, ehe er am gemeinsamen Ziel eintraf.

Klose kritisierte in bunten Farben die Praxis der Wirtschaftsförderung in der BRD und machte sie verantwortlich für die Fortdauer der Arbeitslosigkeit und die Folgen der Rationalisierung. Treu aber bekannte er: ,,die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft ist unbestritten.''

Wahr ist, daß ein großer Teil des der Arbeiterklasse abgepreßten Mehrwerts seine Verteilung mittlerweile über den Staatsapparat findet. 1978 weist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 221 Mrd. DM aus, an Kapitalübertragungen des Staates an Unternehmen wer-

Helmut Schmidt den Weg freizuschaufeln für die nächste Runde.''

Hans-Ulrich Klose, oberster Hamburger Polizeiknüppel, war ausersehen vorzuspinnen, wie man selbst als Regierungschef einer Landesregierung herzhafte Kritik an der Politik des Staatsapparates üben, für seine Mittäterschaft Mitleid erbitten und am Ende einen reaktionären Vorschlag lancieren kann. Man versteht auch hier den Zweck besser, wenn man gleich mit dem Ende beginnt, mit folgendem Kotau Kloses: ,,Helmut Schmidt ist unser gemeinsamer Kanzler, unser aller Kanzler und auch meiner.'' Der gute Klose und sein Kanzler! Aber er weiß auch, daß er die Arbeiterbewegung in diese Körperstellung nicht bringt, weshalb er einen längeren kritischen Anlauf nahm, ehe er am gemeinsamen Ziel eintraf.

Klose kritisierte in bunten Farben die Praxis der Wirtschaftsförderung in der BRD und machte sie verantwortlich für die Fortdauer der Arbeitslosigkeit und die Folgen der Rationalisierung. Treu aber bekannte er: ,,die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft ist unbestritten.''

Wahr ist, daß ein großer Teil des der Arbeiterklasse abgepreßten Mehrwerts seine Verteilung mittlerweile über den Staatsapparat findet. 1978 weist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ein Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 221 Mrd. DM aus, an Kapitalübertragungen des Staates an Unternehmen wer-
den 46,3 Mrd. DM ausgewiesen. Hinzu kommen Steuerbegünstigungen, die der Subventionsbericht mit 13 Mrd. DM ausweist. Diese Summen sollen nach dem Willen der AfA besser als bisher verteilt werden. Von Strukturräten, Bundesentwicklungsplan für die Verteilung der Gelder und ähnlichem Zauber war die Rede.

Weshalb haben die Subventionen solche Ausmaße erreicht? Weil die Produktivkräfte eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht haben, daß sie immer zwingender die Anerkennung ihres gesellschaftlichen Charakters verlangen. Sie sind Anerkenntnis, daß die Hülle des Privateigentums zu eng geworden ist, um Produktion und Austausch zu regeln. Erzwungene, passive Anerkenntnis, aber nicht Lösung des sich hier offenbarenden Widerspruchs. ,,Strukturpolitik'' hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte nicht auf und daher auch nicht ihre Fesselung, sondern versucht, sie künstlich zu erhalten, indem sie dort einspringt und nachhilft, wo die Produktion unter Privateigentum schon unmöglich geworden ist. Der echte Sozialdemokrat versteht es, ständig die ,,Verbesserung'' dieses Zustandes zu fordern, und mit dem Ruf auf den Lippen, für die Erhaltung von Arbeitsplätzen sei keine Mark zu schade, die Steuern zu erhöhen und den Kapitalisten noch mehr zuzuschanzen. Er selbst dünkt sich dabei unentbehrlich und hofft auf einen gutdotierten Posten.

Doch es handelt sich bei den ganzen Plänen nicht bloß um eine ökonomische Dummheit, sondern vor allem um einen reaktionären Anschlag auf die Einheit der Arbeiterklasse. Denn die Krönung des ganzen besteht in der Forderung nach Strukturräten und Beteiligung der Betriebsräte an der Subventionsvergabe. Was jenen Sozialdemokraten vorschwebt, ist, die Betriebsräte in eine Lage zu bringen, in der sie ganz automatisch zu Bittstellern ,,ihres'' Kapitalisten gegen die Staatskasse werden und der Arbeiterbewegung hiermit die Konkurrenz der Kapitalisten übergestülpt wird.

Auch wenn die Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik kaum jemals Verbindlichkeit erlangen werden, zur Entlastung der Regierung, zur Ablenkung von ihrer Politik, als Fehlspur, als Modell, wie der Leitspruch des Kongresses ,,Mitbestimmen – mitverantworten'' zu verstehen sei, dazu reichte jene hochgespielte Disputation aus.

Matthöfer, Ehrenberg, Vogel, Hauff, Wischnewski, Haack, sie konnten die Trommel rühren für ihr reak-

geworden ist. Der echte Sozialdemokrat versteht es, ständig die ,,Verbesserung'' dieses Zustandes zu fordern, und mit dem Ruf auf den Lippen, für die Erhaltung von Arbeitsplätzen sei keine Mark zu schade, die Steuern zu erhöhen und den Kapitalisten noch mehr zuzuschanzen. Er selbst dünkt sich dabei unentbehrlich und hofft auf einen gutdotierten Posten.

Doch es handelt sich bei den ganzen Plänen nicht bloß um eine ökonomische Dummheit, sondern vor allem um einen reaktionären Anschlag auf die Einheit der Arbeiterklasse. Denn die Krönung des ganzen besteht in der Forderung nach Strukturräten und Beteiligung der Betriebsräte an der Subventionsvergabe. Was jenen Sozialdemokraten vorschwebt, ist, die Betriebsräte in eine Lage zu bringen, in der sie ganz automatisch zu Bittstellern ,,ihres'' Kapitalisten gegen die Staatskasse werden und der Arbeiterbewegung hiermit die Konkurrenz der Kapitalisten übergestülpt wird.

Auch wenn die Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik kaum jemals Verbindlichkeit erlangen werden, zur Entlastung der Regierung, zur Ablenkung von ihrer Politik, als Fehlspur, als Modell, wie der Leitspruch des Kongresses ,,Mitbestimmen – mitverantworten'' zu verstehen sei, dazu reichte jene hochgespielte Disputation aus.

Matthöfer, Ehrenberg, Vogel, Hauff, Wischnewski, Haack, sie konnten die Trommel rühren für ihr reak-
tionäres Regierungsprogramm, nachdem ein paar ,,kritische'' Paukenschläge das Trommelfell betäubt hatten. Rohde zählte auf, daß die AfA überall an diesem Programm beteiligt war: Beim Aussuchen des Lohnsteuertarifs, bei der Zumutbarkeit der 5. AFG-Novelle, bei der Arbeitsmarktpolitik. Mustergültig für letzteres sei das Regierungsprogramm vom Mai 79. 500 Millionen DM der Arbeitslosenkasse werden hierin für Lohnkostenersatz an die Kapitalisten zweckentfremdet, die Mittelbeantragung zu ,,einer gemeinsamen Aufgabe von Unternehmensleitung und Betriebs- und Personalräten gemacht''. So findet zusammen, was in Nürnberg diskutiert wurde und was die Regierung macht.



,,Neue Arbeitsstrukturen laufen Gefahr, von den Arbeitnehmern abgelehnt zu werden, wenn größere Verantwortung als Streß, höhere inhaltliche Anforderungen als zusätzlicher Leistungsdruck ... empfunden werden.'' (Hans Matthöfer, a.a.O., S. 143)

Damit die Arbeit menschlicher wird ...

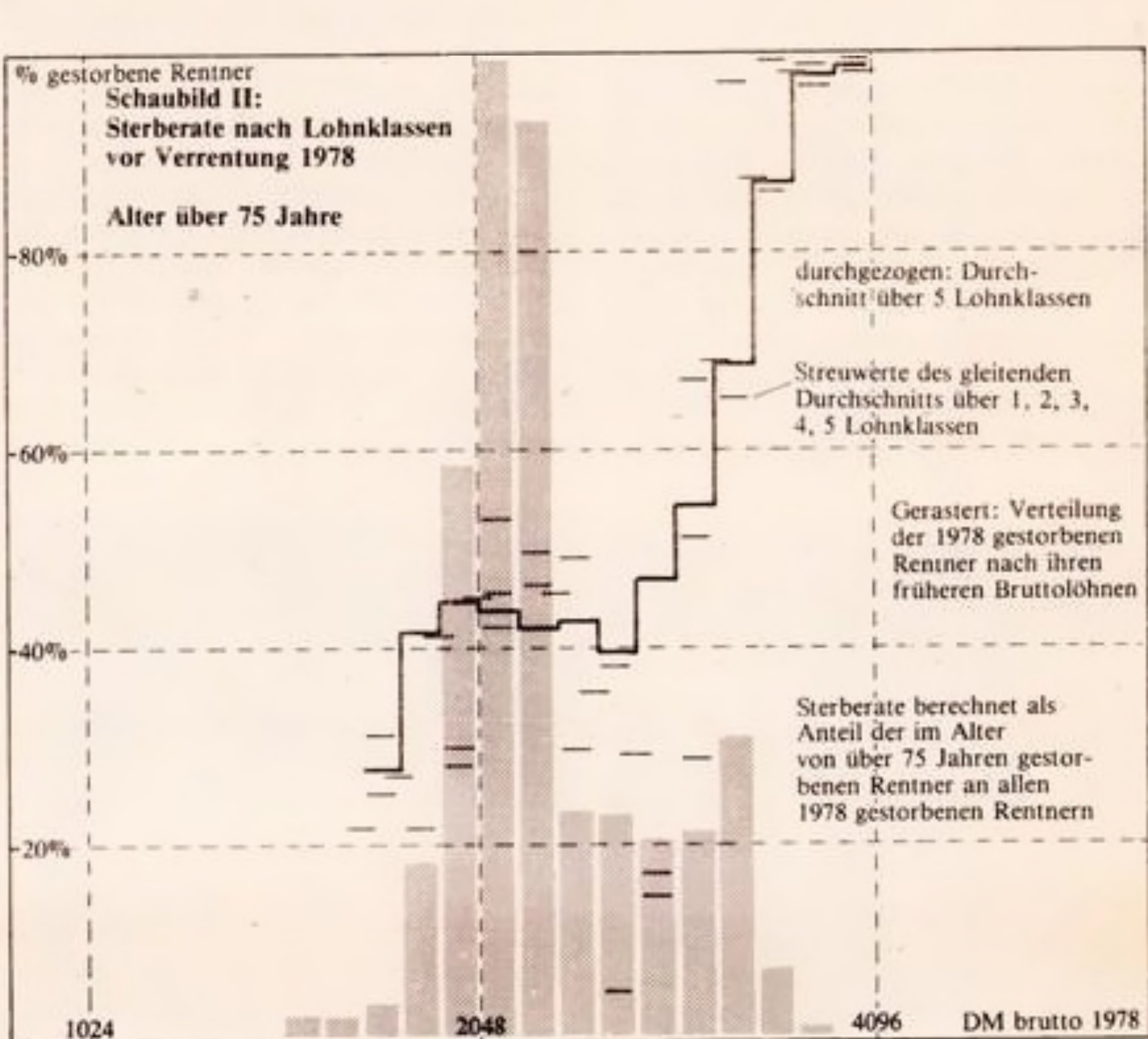
z.haj. Auch von eingefleischten Sozialdemokraten ist schwer zu bestreiten, daß den Kapitalisten in der BRD seit ihrer Gründung eine ganz gewaltige Steigerung und Intensivierung der Arbeit, der Verdichtung des Arbeitstages und damit der Ausbeutung der Industriearbeiter gelungen ist. Im Gegensatz zu allem äußeren Schein hat die insbesondere seit der Krise 1967 von den Kapitalisten vorangetriebene Automatisierung diesen wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft noch weiter beschleunigt. In dem Bedürfnis, ihrer kräftigen Unterstützung dafür ein ,,arbeitnehmerfreundliches'' Aussehen zu verleihen, hat die sozialdemokratische Regierungsmannschaft das Aktionsprogramm ,,Humanisierung des Arbeitslebens'' geboren. Hauff hat es inzwischen zu einer der 38 festen Möglichkeiten seines Minnisteriums erklärt, den Kapitalisten etwas zuzuschieben. In dem Bedürfnis, die notwendige Ruinierung der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Profitwirtschaft zu bestreiten, haben sich die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung mit Begeisterung auf dies Regierungsversprechen geworfen.

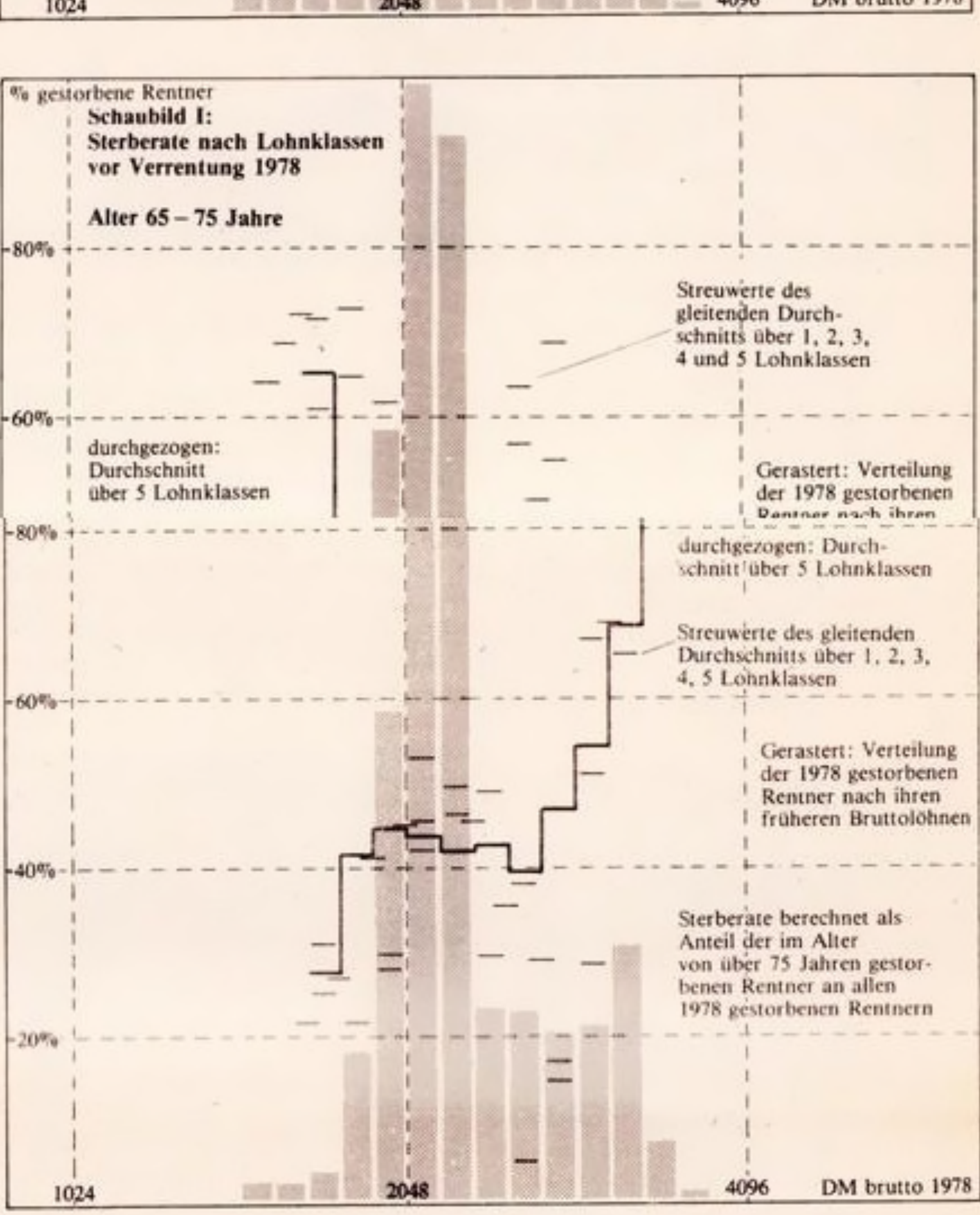
,,Damit die Arbeit menschlicher wird'', haben z.B. die AUDI-Kapitalisten in Neckarsulm 30 Mio. DM des Ministeriums kassiert. Dafür haben sie die Lackierei automatisiert. Umschreibung des Projekts: ,,Weniger Giftdämpfe durch Einsatz von Kabinen und elektrostatischer Lackauftragung''. Ergebnis: die Arbeit von jetzt weniger Lackierern kann stufenlos verdichtet werden in Verbindung mit automatischer Belieferung mit Karosserien, eben in dem Tempo, wie den AUDI-Kapitalisten die Verstärkung

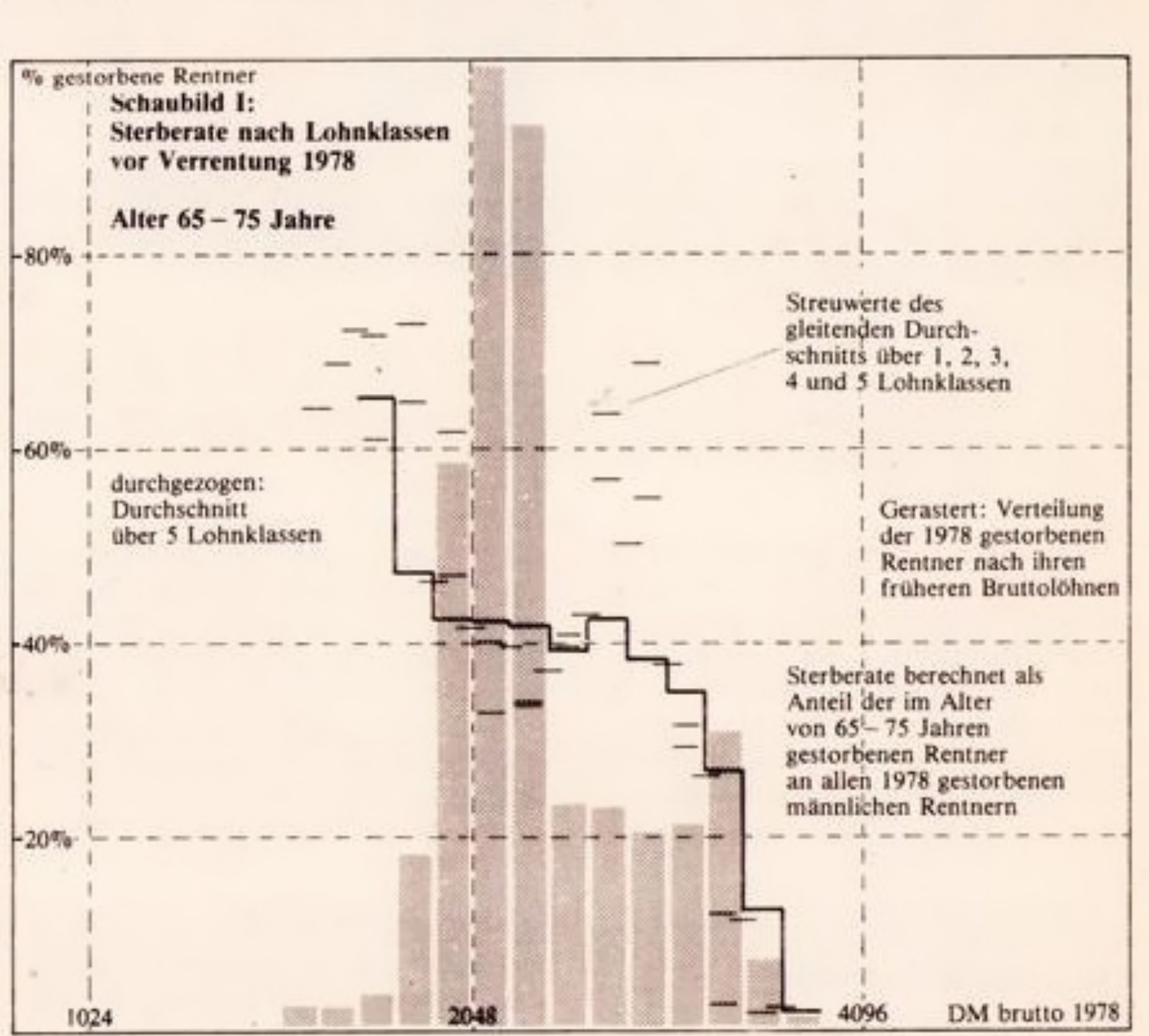
beit, der Verdichtung des Arbeitstages und damit der Ausbeutung der Industriearbeiter gelungen ist. Im Gegensatz zu allem äußeren Schein hat die insbesondere seit der Krise 1967 von den Kapitalisten vorangetriebene Automatisierung diesen wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft noch weiter beschleunigt. In dem Bedürfnis, ihrer kräftigen Unterstützung dafür ein ,,arbeitnehmerfreundliches'' Aussehen zu verleihen, hat die sozialdemokratische Regierungsmannschaft das Aktionsprogramm ,,Humanisierung des Arbeitslebens'' geboren. Hauff hat es inzwischen zu einer der 38 festen Möglichkeiten seines Minnisteriums erklärt, den Kapitalisten etwas zuzuschieben. In dem Bedürfnis, die notwendige Ruinierung der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Profitwirtschaft zu bestreiten, haben sich die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung mit Begeisterung auf dies Regierungsversprechen geworfen.

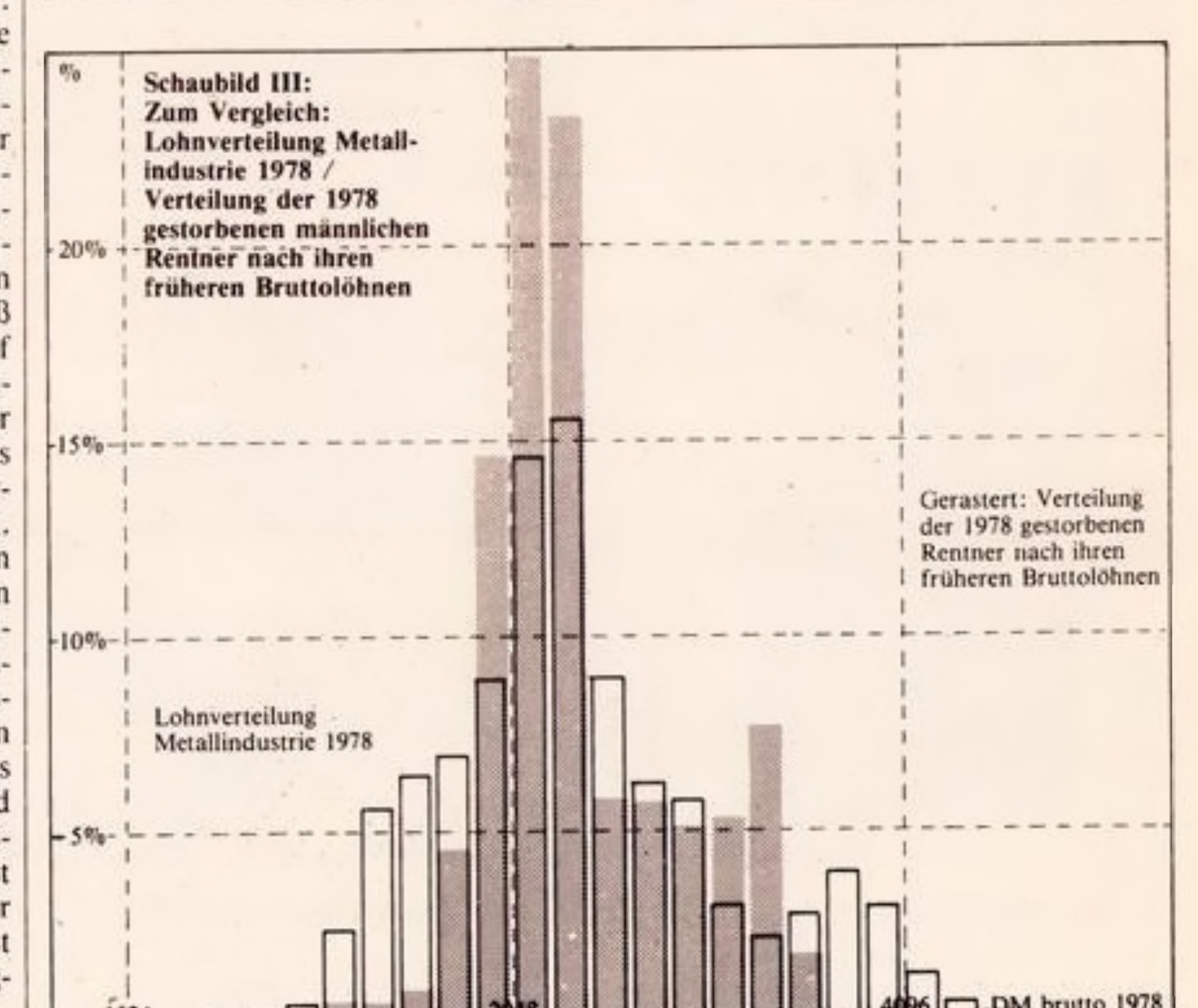
,,Damit die Arbeit menschlicher wird'', haben z.B. die AUDI-Kapitalisten in Neckarsulm 30 Mio. DM des Ministeriums kassiert. Dafür haben sie die Lackierei automatisiert. Umschreibung des Projekts: ,,Weniger Giftdämpfe durch Einsatz von Kabinen und elektrostatischer Lackauftragung''. Ergebnis: die Arbeit von jetzt weniger Lackierern kann stufenlos verdichtet werden in Verbindung mit automatischer Belieferung mit Karosserien, eben in dem Tempo, wie den AUDI-Kapitalisten die Verstärkung
der Schinderei im ganzen Werk gelingt. Von 160 Stück pro Schicht noch im Frühjahr haben sie inzwischen bereits die Schichtleistung auf 197 Fahrzeuge treiben können.

,,Damit Arbeit menschlicher wird'', soll auch mehr *Abwechslung* anstelle ,,extrem einseitiger Belastungen der Teilarbeit'' treten. Weniger Arbeiter an mehr Maschinen: das ist der immer wiederkehrende Refrain dieser ,,Abwechslung'', für die die Arbeiter doppelt bezahlen müssen und an der die Kapitalisten ihre helle Freude haben. Die ,,Arbeitswissenschaft'' spielt die Melodie zu diesem Programm. Begeistert berichtet Matthöfer in seinem dazu verfaßten Buch über das Lob der Kapitalisten für die ,,arbeitswissenschaftliche Erkenntnis'', daß die ,,Einführung von 30 Minuten Pausen in einer 8stündigen Fließbandschicht im Gegenteil zur Folge gehabt habe, daß die reine Arbeitszeit von 81,4% auf 85,1% stieg.'' – Steigende Ausbeutung, sinkende Lebenserwartung der Arbeiter sind notwendiges Ergebnis dieser sozialdemokratisch humanisierten kapitalistischen Rationalisierung. Die beiden extrem entgegengesetzten Sterberaten über und unter 75 Jahren in den nebenstehenden Bildern veranschaulichen, wer infolge dieser Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ausbeutung dabei wie fährt. Im schroffen Gegensatz zu dem Arbeiterleben, das durch die Ausbeutung besiegelt und vernichtet wird (Bild I): der Lebensabend der Bourgeoisie, die ja dort erst anfängt, wo im Bild II die Bezieher der hohen Einkommen fast vollständig erst im Alter oberhalb von 75 Jahren wegsterben.









FAZ stellt bohrende Fragen an die Pädagogik

z.maf. Im Juli vorigen Jahres fiel es der Feuilletonredaktion der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ein, einige bohrende Fragen an die Wissenschaft zu stellen:

,,Allenthalben hört man die Klagen, daß unsere jungen Leute von immer weniger immer mehr wissen, daß ihnen das fehlt, was wir einmal ,,Allgemeinbildung" nannten. Der Begriff ist gründlich in Verruf gekommen, vielleicht weil er nur noch auf untauglich gewordene Inhalte bezogen wurde. Meint er etwas, was nicht mehr definiert werden kann? Oder verbirgt sich hinter solcher Absage nur Bequemlichkeit des Denkens und der Spezialisierung? Gibt es keine Möglichkeiten, auch unter veränderten Voraussetzungen heutigen Lernens und Wissens eine neue Definition des allgemein zu Wissenden zu schaffen? Ist der Ruf nach einer neuen Allgemeinbildung unzeitgemäß? – Zu diesen uns bewegenden Fragen bringen wir einige Beiträge. Wir eröffnen die Reihe mit dem Aufsatz des Tübinger Pädagogen Andreas Flittner."

Ein Jahr verstrich, und so bewegt die fragende FAZ-Redaktion auch zu Beginn gewesen sein mag, die einschläfernde Wirkung von 10 Pädagogen wird gewirkt haben; jedenfalls hat man sang und klanglos geendigt. So unfruchtbar das Ganze in der angefragten Sache auch abgelaufen ist, ein politisches Ergebnis ist dann doch geblieben. Flittners eigenartiger Begriff der Allgemeinbildung wurde von niemandem bestritten, und das war der Mühe wert.

Flittner erklärt, wie es früher war: ,,Allgemein war die Bildung in ihrer Inhaltlichkeit: auf das philosophisch zentrierte Bildend – Allgemeine ausgerichtet. Allgemein hieß: was das Sprechen und Schreiben fördert – Philologie und Literatur; und was das Durchdenken und Erforschen der Welt bestimmt – Mathematik und Naturkunde. *Das* waren die allgemeinbildenden Disziplinen, die ,freien Künste' – frei, weil sie nicht in der täglichen Arbeit verhaftet waren, sondern sich ungebunden über alle Zwecke erhoben."

Flittner stellt sodann die Kritik an dieser herkömmlichen Vorstellung, die er teilt, vor: ,, ,Allgemein' aber im Sinne unserer Kritiker heißt vor allem dies: Was *für die Allgemeinheit* nützlich und notwendig ist: Bürgergeist, Polis, das Wissen von den Bedingungen des menschlichen Lebens, die Sorge um eine gemeinsam-humane Existenz, die Erhaltung der Umwelt, menschenwürdige Städte, die Hinwendung zu den Hilfsbedürftigen, Aufbau des freiheitlichen Gemeinwesens und einer sozialen Ordnung."

sches Ergebnis ist dann doch geblieben. Flittners eigenartiger Begriff der Allgemeinbildung wurde von niemandem bestritten, und das war der Mühe wert.

Flittner erklärt, wie es früher war: ,,Allgemein war die Bildung in ihrer Inhaltlichkeit: auf das philosophisch zentrierte Bildend – Allgemeine ausgerichtet. Allgemein hieß: was das Sprechen und Schreiben fördert – Philologie und Literatur; und was das Durchdenken und Erforschen der Welt bestimmt – Mathematik und Naturkunde. *Das* waren die allgemeinbildenden Disziplinen, die ,freien Künste' – frei, weil sie nicht in der täglichen Arbeit verhaftet waren, sondern sich ungebunden über alle Zwecke erhoben."

Flittner stellt sodann die Kritik an dieser herkömmlichen Vorstellung, die er teilt, vor: ,, ,Allgemein' aber im Sinne unserer Kritiker heißt vor allem dies: Was *für die Allgemeinheit* nützlich und notwendig ist: Bürgergeist, Polis, das Wissen von den Bedingungen des menschlichen Lebens, die Sorge um eine gemeinsam-humane Existenz, die Erhaltung der Umwelt, menschenwürdige Städte, die Hinwendung zu den Hilfsbedürftigen, Aufbau des freiheitlichen Gemeinwesens und einer sozialen Ordnung."

Bei diesen beiden, offenbar als äußerste Extreme zu sehenden Varianten des Begriffs bleibt es nicht. Flittner zur Oberstufenreform der Gymnasien: ,,Hier hat nun das ,Allgemeine' nochmals eine andere Bedeutung bekommen. Dem Allgemeinwissen im Sinne des Wissens und Könnens für die Allgemeinheit, des Nachdenkens und sich Bildens für die politischen und humanen Aufgaben soll hier nicht in einem eigenen, für alle verbindlichen Zentrum von Fächern und Gegenständen festgehalten werden, sondern es soll sich an verschiedene Fächer, an Wahlschwerpunkte anlagern."

Flittner fährt dann fort, zu bedauern, daß dies nun leider nicht gelungen sei und endet damit, daß man sich entscheiden müsse, ob das Abitur Zugang zu allen Hochschulfächern gewähren solle oder nur zu bestimmten, daß er aber auch nicht wisse, wie man solle. Kein Wunder.

Der Professor denkt bei Allgemeinbildung an eine Bildung, die alles enthält oder den Zugang zu allem eröffnet. Über die Frage, welche Bildung allen gemein, das heißt gleich sein soll, hat er sich lang erhoben. Aber so kommt die Forderung nach schulischer Ausbildung geschichtlich in der bürgerlichen Revolution auf und wird von der Arbeiterbewegung aufgenommen.

,,Unsere jungen Leute", sagt die FAZ-Redaktion und meint ihre Schnösel von Söhnen und Töchtern. Und Flittner? In Bezug auf die Oberstufe des Gymnasiums beklagt er den Verlust der Allgemeinheit. Da fehlt ihm das ,,für *alle* verbindliche Zentrum von Fächern und Gegenständen". Und dies ist auch schon das politische Ergebnis der ganzen langen Diskussion. Man hat es in Pädagogenkreisen erleichtert aufgegeben, sich mit der Ausarbeitung eines Schulstandards, der allgemein und gleich wär, abzugeben. Man schwankt, ob die höhere Schul- und Hochschulbildung mehr auf die Fertigkeiten, die erforderlich sind, den politisch gefesselten Arbeiterkörper durch die Produktion zu hetzen, abgehoben werden soll, (denn hierfür sind hauptsächlich naturwissenschaftliche Kenntnisse erforderlich, wenn auch nicht nur). Oder ob man mehr die Fertigkeiten ausbilden muß, die Lüge von der Notwendigkeit der Bourgeoisherrschaft einigermaßen rundum abgesichert zu verbreiten, (denn hierfür sind gesellschaftswissenschaftliche Kenntnisse erforderlich, wenngleich ebenfalls nicht nur).

Über die Volksbildung äußert sich brutal Erich Frister in der gleichen Serie: ,,Wo können wir Allgemeinbildung erwerben? Die Antwort liegt in der Abwandlung eines vertrauten Spruchs; nicht durch die Schule, durch das Leben lernen wir."

Was lernen ,,wir" durch die Schule? *Nichts.* Außer natürlich gehorchen. Die bürgerliche Pädagogik hat Rohrstock und Karzer verbannt, um mit dem Knüppel von Polizeihundert-

der ganzen langen Diskussion. Man hat es in Pädagogenkreisen erleichtert aufgegeben, sich mit der Ausarbeitung eines Schulstandards, der allgemein und gleich wär, abzugeben. Man schwankt, ob die höhere Schul- und Hochschulbildung mehr auf die Fertigkeiten, die erforderlich sind, den politisch gefesselten Arbeiterkörper durch die Produktion zu hetzen, abgehoben werden soll, (denn hierfür sind hauptsächlich naturwissenschaftliche Kenntnisse erforderlich, wenn auch nicht nur). Oder ob man mehr die Fertigkeiten ausbilden muß, die Lüge von der Notwendigkeit der Bourgeoisherrschaft einigermaßen rundum abgesichert zu verbreiten, (denn hierfür sind gesellschaftswissenschaftliche Kenntnisse erforderlich, wenngleich ebenfalls nicht nur).

Über die Volksbildung äußert sich brutal Erich Frister in der gleichen Serie: ,,Wo können wir Allgemeinbildung erwerben? Die Antwort liegt in der Abwandlung eines vertrauten Spruchs; nicht durch die Schule, durch das Leben lernen wir."

Was lernen ,,wir" durch die Schule? *Nichts.* Außer natürlich gehorchen. Die bürgerliche Pädagogik hat Rohrstock und Karzer verbannt, um mit dem Knüppel von Polizeihundert-schaften und Gefängnissen zu wirken. Dieser, für die politische Bewegung etwas überraschende Wechsel, hat ihnen, den Wissenschaftlern, Politikern und Schulmännern, eine gewisse Atempause verschafft, die sie nutzen, um sich weiter nach rechts zu bewegen und zu ,,gestalten". Lange geht das so aber nicht mehr dahin.

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition. Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung, Ernährung

Quellenhefte zum revolutionären Volksbildungsprogramm

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Entlastung der Kapitalisten von Lohn- und Ausbildungskosten

1969. Berufsbildungsgesetz: ,,Die Ausbildung kann sachlich und zeitlich besonders geordnete Stufen der Berufsausbildung festlegen. Nach den einzelnen Stufen soll sowohl ein Ausbildungsabschluß ... als auch die Fortsetzung der Berufsausbildung in weiteren Stufen möglich sein. ... In den (ersten) Fällen kann die Ausbildungsdauer ... unterschritten werden." *(§ 26)*

1973. Rahmenvereinbarung der Kultusminister: ,,Das Berufsgrundbildungsjahr in der Form der Vollzeitschule wird auf die berufliche Ausbildung voll angerechnet. ... Für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß muß durch geeignete Maßnahmen ... geprüft werden, ob die Aussicht auf eine erfolgreiche Teilnahme am Bildungsgang des gewählten Berufsfeldes besteht." *(Beschluß v. 6.9.)*

1976. Regierungserklärung Schmidt: ,,Bei dem Ausbildungsplatzangebot der nächsten Jahre wollen wir unser Augenmerk besonders auf jene jungen Menschen richten, die es schwerer haben als andere, einen Ausbildungsplatz zu finden." *(16. Dezember 1976)*

1976. Jugendarbeitsschutzgesetz novelliert: ,,(Das Verbot der Akkordarbeit) gilt nicht für die Beschäftigung Jugendlicher, 1. soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungsziels erforderlich ist oder 2. wenn sie eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen haben ... *(§ 23)* Die Aufsichtsbehörde kann auf Antrag Ausnahmen von § 23 ... für Jugendliche über 16 Jahren bewilligen ..." *(§ 27)*

1978. Berufsbildungsbericht des Ministeriums Schmude: ,,Die Bundesregierung prüft auch, ob aufgrund von § 21,3 Jugendarbeitsschutzgesetz durch Rechtsverordnung aus Gründen der Berufsbildung, Ausnahmen von den dort vorgesehenen Beschäftigungsverboten für bestimmte Bereiche zugelassen werden sollen."

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Novellierung des Jugend- und Familienrechts: Nackte Unterdrückung, tiefere Einmischung in Angelegenheiten der Arbeiterfamilien

1972. Dritter Jugendbericht: ,,Die derzeitige Ausstattung der Jugendämter entspricht in vielerlei Hinsicht noch nicht den Erfordernissen, die sich aus den skizzierten Problemlagen ergeben ..."

1975. Zweiter Familienbericht der Bundesregierung: ,,Ausgehend von der Erfahrung, daß die Wirkung von Jugendhilfe gering ist, wenn sie erst einsetzt, wenn Verhaltensstörungen, Erziehungsschwierigkeiten und Gefährdung für alle sichtbar geworden sind, sind mehr als bisher präventive Hilfen vorzusehen."

1977. Neugefaßtes Gesetz für Jugendwohlfahrt: ,,Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendhilfe ein. *(§ 1)* ... Die öffentliche Jugendhilfe soll die in der Familie des Kindes begonnene Erziehung unterstützen und ergänzen. ... *(§ 3)* Das Vormundschaftsgericht ordnet für einen Minderjährigen, der das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, Fürsorgeerziehung an, wenn sie erforderlich ist ... *(§64)* Das Landesjugendamt bestimmt den Aufenthalt des Minderjährigen ..." *(§ 71)*

1977. Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge: ,,§ 1666 (Bürgerliches Gesetzbuch) wird wie folgt geändert: Abs. 1 erhält folgende Fassung: (1) wird das persönliche Wohl des Kindes gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen ..."

Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Freie Bahn für den Mietwucher, die Mobilität der Lohnabhängigen und die Sanierungswünsche des Finanzkapitals

1971. Wohnungsbauminister Lauritzen zur Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes: ,,Es wird gefordert, bei jeder Sanierung die ursprüngliche Wohnbevölkerung vollständig zu erhalten und keine Nutzungsänderung zuzulassen. Ich meine, wenn wir diese Haltung übernehmen, entziehen wir uns selbst die Ba-

Novellierung des Jugend- und Familienrechts: Nackte Unterdrückung, tiefere Einmischung in Angelegenheiten der Arbeiterfamilien

1972. Dritter Jugendbericht: ,,Die derzeitige Ausstattung der Jugendämter entspricht in vielerlei Hinsicht noch nicht den Erfordernissen, die sich aus den skizzierten Problemlagen ergeben ..."

1975. Zweiter Familienbericht der Bundesregierung: ,,Ausgehend von der Erfahrung, daß die Wirkung von Jugendhilfe gering ist, wenn sie erst einsetzt, wenn Verhaltensstörungen, Erziehungsschwierigkeiten und Gefährdung für alle sichtbar geworden sind, sind mehr als bisher präventive Hilfen vorzusehen."

1977. Neugefaßtes Gesetz für Jugendwohlfahrt: ,,Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt, unbeschadet der Mitarbeit freiwilliger Tätigkeit, öffentliche Jugendhilfe ein. *(§ 1)* ... Die öffentliche Jugendhilfe soll die in der Familie des Kindes begonnene Erziehung unterstützen und ergänzen. ... *(§ 3)* Das Vormundschaftsgericht ordnet für einen Minderjährigen, der das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, Fürsorgeerziehung an, wenn sie erforderlich ist ... *(§64)* Das Landesjugendamt bestimmt den Aufenthalt des Minderjährigen ..." *(§ 71)*

1977. Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge: ,,§ 1666 (Bürgerliches Gesetzbuch) wird wie folgt geändert: Abs. 1 erhält folgende Fassung: (1) wird das persönliche Wohl des Kindes gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder in der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Vormundschaftsgericht die erforderlichen Maßnahmen zu treffen ..."

Das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Freie Bahn für den Mietwucher, die Mobilität der Lohnabhängigen und die Sanierungswünsche des Finanzkapitals

1971. Wohnungsbauminister Lauritzen zur Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes: ,,Es wird gefordert, bei jeder Sanierung die ursprüngliche Wohnbevölkerung vollständig zu erhalten und keine Nutzungsänderung zuzulassen. Ich meine, wenn wir diese Haltung übernehmen, entziehen wir uns selbst die Ba-sis eines wesentlichen Teils der Stadtentwicklungspolitik."

1976. Gesetz zur Förderung von Wohneigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau: ,,Eine Wohnbesitzwohnung ist eine mit Mitteln öffentlicher Haushalte geförderte Wohnung, die von einem Bauträger ... geschaffen wird, (um) sie auf Grund eines mit der Beteiligung an einem zweckgebundenen Vermögen verbundenen schuldrechtlichen Dauerwohnrechts (Wohnbesitz) einem Bewerber zur eigenen Nutzung zu überlassen ... Als Bauträger der Wohnbesitzwohnungen kommen nur in Betracht a) Kommanditgesellschaften ..., b) Aktiengesellschaften ..." *(12a)*

1978. Bundesregierung zur Städtebaupolitik: ,,Empirische Untersuchungen bestätigen, daß ... die besser verdienenen Haushalte überdurchschnittlich abwandern. Die sozial Schwächeren bleiben in unzureichenden Wohnverhältnissen zurück; die Erneuerungschancen der betroffenen Quartiere sinken weiter ..." *(Bundestagsdrucksache 8/2085)* – ,,Im Städtebauförderungsgesetz sollen insbesondere die Vorschriften, die sich auf den Sanierungsablauf verzögernd auswirken können, geändert werden ..." (Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleicherung von Investitionsverfahren im Städtebau, *Bundestagsdrs. 8/2451)*

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ruinierung der Kleinbauern, Kapitalkonzentration und -akkumulation in der Landwirtschaft – Nahrungsmittel schlechter, aber teurer

1970. Landwirtschaftsbericht der Bundesregierung zum Absatzfondsgesetz: ,,Die Landwirtschaft muß (gegenüber harter Konkurrenz und Konzentration der Nachfrage) ein marktkonformes Angebot bereithalten. Die Bundesregierung hat deshalb durch den Entwurf eines ... (Absatzfondsgesetzes) die Grundlage für eine Konzentration des landwirtschaftlichen Angebots geschaffen."

1972. Agrarbericht: ,,Volle Teilnahme der Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung kann demnach nicht bedeuten, daß jedem einzelnen Landwirt diese Teilnahme in seinem landwirtschaftlichen Hauptberuf ermöglicht werden kann."

1978. Der Wissenschaftliche Beirat des Landwirtschaftsministeriums empfiehlt: ,,Eine Ausweitung der Investitionsförderung auf eine wesentlich größere Gruppe von Betrieben als bisher ... sollte unter allen Umständen unterbleiben, da sie ... unvermeidlich zu einer langfristig wirksamen und nur begrenzt reversiblen Verminderung der Mobilität der in der Landwirtschaft Tätigen führen würde ..."

1979. Agrarbericht der Regierung meldet Vollzug: ,,Die einzelbetriebliche Investitionsförderung bleibt wie bisher schwerpunktmäßig auf entwicklungsfähige Betriebe ausgerichtet ... Durch Änderung der Förderungsgrundsätze noch konsequenter als bisher ... ausgerichtet."

Notenterror



Verkürzte Ausbildungsverträge

Ausbildungsbereiche		1976	1977	Veränd. in %
Industrie und Handwerk	a	237000	265449	+12,0
	b	195000	216998	+11,3
	c	42000	48451	+15,4
Handwerk	a	177500	206345	+16,3
	b	163000	189102	+16,0
	c	14500	17243	+18,9
Öffentlicher Dienst	a	17500	18957	+ 8,3
	b	16000	16123	+ 0,8
	c	1500	2834	+88,9
Alle Ausbildungsbereiche	a	498800	558876	+12,0
	b	432600	469950	+ 8,6
	c	66200	88926	+34,3

a = Insgesamt b = 1. Ausbildungsjahr
c = verkürzter Ausbildungsvertrag

Spitzel der Jugendämter



Joe, alias Hans Dieter Pfeffer, im Dienste des Münchner Jugendamtes, hat die Aufgabe, als Rocker verkleidet sich an Jugendliche heranzuschleichen, die sich auf den Straßen aufhalten, und sie zu bearbeiten, ihren Haß gegen die Ausbeuterordnung herunterzuwürgen. Daher die Berufsbezeichnung ,,streetworker". Mit Jugendpolizisten, brutalen Schlägertypen, hatte die Stadt München erfolglos versucht, die Jugendlichen zu kontrollieren.

Wohnungselend und Mietwucher

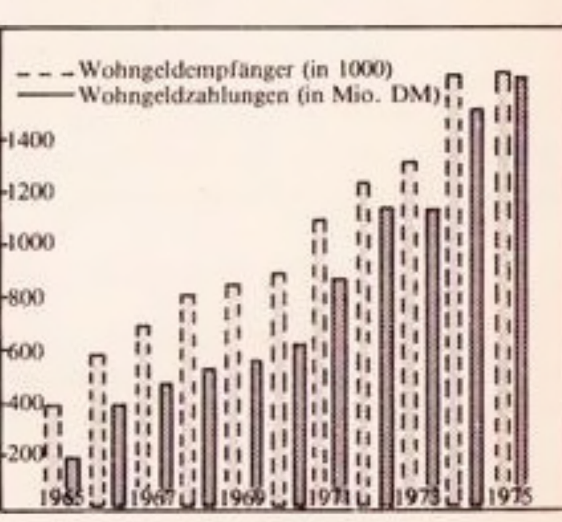
c = verkürzter Ausbildungsvertrag

Spitzel der Jugendämter



Joe, alias Hans Dieter Pfeffer, im Dienste des Münchner Jugendamtes, hat die Aufgabe, als Rocker verkleidet sich an Jugendliche heranzuschleichen, die sich auf den Straßen aufhalten, und sie zu bearbeiten, ihren Haß gegen die Ausbeuterordnung herunterzuwürgen. Daher die Berufsbezeichnung ,,streetworker". Mit Jugendpolizisten, brutalen Schlägertypen, hatte die Stadt München erfolglos versucht, die Jugendlichen zu kontrollieren.

Wohnungselend und Mietwucher



Neue Heimat Chef A. Vietor: ,,... angesichts 3 bis 4 Millionen abbruchreifer Wohnungen ...": ,,Hier ist ein Kahlschlag notwendig, auch wenn die Denkmalschützer protestieren."

Lebensmittelteuerung

Produkt, Menge	Verbraucherpreis 1970 DM	1976 DM	Veränd.i.% 1977 geg.70
Helles Mischbrot 1kg	1,35	2,24	+65,9
Zucker, Kristallraffinade 1kg	1,17	1,65	+41,0
Rindfleisch zum Schmoren 1kg	10,04	14,92	+48,6
Rindfleisch zum Kochen 1kg	6,32	8,83	+39,7
Schweinekotelett 1kg	8,40	11,08	+31,9
Schweinebauch 1kg	4,52	6,36	+40,7
Deutsche Markenbutter 250 g	1,88	2,26	+20,2

EG-Marktbereinigung 1975/78

Sorte	vernichtet in Tonnen
Blumenkohl	53914,2
Tomaten	179046,2
Pfirsiche	452491,1
Birnen	54874,8
Äpfel	1000198,7
Tafeltrauben	1271,6
Mandarinen	108396,6
Apfelsinen	384687,2
Zitronen	67789,0